Dienstag, 3. Juni 1986 - D * * *

Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 126 - 23. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

MEXICO86

SPORT

Unruhe: Die deutschen Spieler werden vor ihrem ersten Spiel gegen Uruguay (morgen) nervös. In einem WELT-Interview sagt der Hamburger Felix Magath (Foto): „Die Mannschaft ist total verunsichert. Niemand weiß, ob er spielen wird. Wir wissen vor dem ersten Spiel überhaupt nicht, wo wir leistungsmäßig stehen." (S. 18)



Ärger: Spaniens Zeitungen sprechen nach der 0:1-Niederlage ihrer Mannschaft gegen Brasilien von einem Skandal. Der Schiedsrichter hatte ein reguläres Tor nicht anerkannt. Die Zeitung „ABC": „Brasilien siegte mit unveschämter Hilfe des australischen Schiedsrichters." (S. 18)

Störungen: Noch immer sind die Tonleitungen für die Fernsehübertragungen gestört. Dennoch gibt es in der Bundesrepublik Rekord-Einschaltquoten: 14,24 Millionen Menschen sahen das Spiel Spanien – Brasilien (S. 18)

WM heute: Belgien – Mexiko, Portugal – England (ZDF, live), Algerien – Nordirland (Aufzeichnung).

POLITIK

Todesurteil: In Irak sind ungeachtet ägyptischer Vermittlungsversuche erneut zehn Ägypter wegen Paßfälschung und Devisenschmuggels zum Tode verurteilt worden. Sie hatten das irakische Devisengesetz umgehen wollen.

Ecuador: Bei den Parlamentswahlen hat die konservative Regierungskoalition des Präsidenten Cordero ihre Mehrheit im Kongreß verloren, wo sie bisher über 38 von 71 Sitzen verfügte. Das liberale Wirtschaftsprogramm gerät in Gefahr. (S. 5)

Flucht: Neun Polen und vier Staatsangehörige der CSSR haben sich nach Polizeiangaben von Reisegruppen in Bayern abgesetzt und sind nicht mehr in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Kandidatur: Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms wird nicht für den Vorsitz der CDU-Frauenvereinigung kandidieren. Sie tritt damit nicht in Konkurrenz zur aussichtsreichsten Bewerberin, Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth. Gegen sie kandidiert Renate Hellwig. (S. 4)

Morgen in der WELT

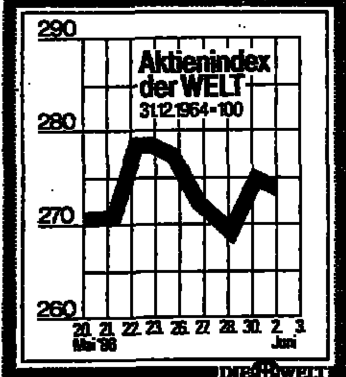
Das Ohr des Kremls in Polen

Der frühere polnische Diplomat Romuald Spasowski – die WELT veröffentlich exklusiv in deutscher Sprache seine Memoiren – beschreibt morgen das angespannte Verhältnis zwischen Polen und Sowjets. Bei Konferenzen von polnischen Funktionären war häufig das Ohr des Kremls dabei.

WIRTSCHAFT

Neue Heimat: Alfons Lappas, Vorstandschef der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG, hatte es schon Mitte April in kleinem Kreis formuliert und sich damit den Zorn von DGB-Chef Breit zugezogen: Mittel- bis längerfristig werde sich der DGB vollständig aus dem Wohnungsbau zurückziehen. Denn: „Für uns ist der Auftrag erfüllt". (S. 15)

Börse: Nach schleppendem Geschäft gaben die Kurse an den Aktienmärkten im Verlauf nach. Der Rentenmarkt war schwach. WELT-Aktienindex 274,69 (375,87). BHF Rentenindex 106,233 (106,464). BHF Performance Index 103,978 (104,174). Dollarmittelkurs 2,3296 (2,3127) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,85 (343,35) Dollar.



KULTUR

Idylle: „Geborgen und gefangen – Deutsche Familienbilder des 19. Jahrhunderts": Eine paradigmatische Ausstellung in Münster, der alte, schöne Traum von einer heilen Welt. In all den Familienbildern ist – im Gegensatz zur Literatur – nichts zu spüren von den Problemen, Konflikten und Gefährdungen der Familie. (S. 21)

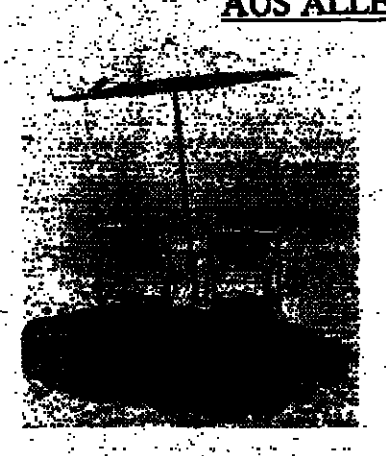
„Fliegender Holländer": Es sind die Unachtsamkeiten Ribers, die diese Aufführung im Bonner Theater zu einem Ärgernis machen. Es ist zweierlei, ein guter Intendant zu sein und ein guter Regisseur. Wenn eine Inszenierung schon perspektivlos bleibt, sollte das Bühnen-Geschehen doch glaubhaft sein. (S. 20)

SPORT

Tischtennis: Deutscher Mannschaftsmeister wurde in Wiesbaden Borussia Düsseldorf, dessen Team den SSV Reutlingen mit 9:7 schlug. Chinas sechsmaliger Weltmeister Geliang gewann den deutschen Super-Cup, an dem die neun besten europäischen Spieler beteiligt waren. (S. 19)

Tennis: Claudia Kohde-Kilsch aus Saarbrücken ist bei den internationalen französischen Meisterschaften im Stadion Roland Garros in Paris völlig überraschend an der erst 14 Jahre alten und international kaum bekannten Amerikanerin Mary Joe Fernandez mit 6:7, 7:5 gescheitert. (S. 19)

AUS ALLER WELT



Tourismus: Politische Wechselbäder schlagen sich in diesem Jahr auch an den deutschen „Tourismus-Börsen" nieder. Der Strom der Ferienreisenden ist schwer zu kalkulieren: Leere Strände am Schwarzen Meer (Foto), größeres Interesse an den USA. (S. 22)

Kratersee: Jahr für Jahr klagen die Kanaren über Wassermangel. Ein mit Plastik ausgekleideter Krater auf Teneriffa, zum Stausee umfunktioniert, soll dauerhaft für Abhilfe sorgen. (S. 22)

CSU kalkuliert Ängste ein, steht aber zu Wackersdorf

Kanzler telefoniert mit Strauß / Bund soll Grenzwerte festlegen können

PETER SCHMALZ, München

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist für die CSU kein Thema. Allerdings wird die Partei von Ministerpräsident Franz Josef Strauß die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eingetretene Stimmungslage der Bevölkerung stärker in ihre Überlegungen einbeziehen. Für diese Politik steht der Satz von Strauß nach der gestrigen dreistündigen CSU-Vorstandssitzung in München: „Die berechtigten, aber auch unberechtigten Ängste, die nicht der wissenschaftlichen Überprüfung standhalten, müssen als Realität einkalkuliert werden."

Vorschläge und Argumente der internen Diskussion in der CSU-Führung hätten den Willen gezeigt, die Kernenergie weiter zu nutzen und die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu bauen. „Wer den Ausstieg verkündet und den Eindruck erweckt, daß ein Ausstieg in naher Zukunft möglich sei, der hat entweder keine Ahnung oder übt bewußte Täuschung. Das Leben wird in dieser Generation maßgebend von der Kernkraft bestimmt werden", sagte Strauß. Der CSU-Vorsitzende befindet sich mit dieser Haltung in Übereinstimmung mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der ihm noch vor der Sitzung telefonisch erklärt hatte, auch die CDU halte an der Kernenergie sowie an der Brütertechnologie fest und erwarte von der CSU, daß sie zu Wackersdorf stehe. Der Verlauf der Vorstandssitzung entsprach den Wünschen des Kanzlers. Bei keiner der 14 Wortmeldungen, so berichtete der CSU-Vorsitzende, sei die Stimme erhoben worden für die Ausstieg. Es sei aber auch nicht eine „Denkpause" oder ein vorübergehender Baustopp in Wackersdorf empfohlen worden.

SEITEN 2 UND 10:
Weitere Berichte

„Verständlich und vernünftig" nannte Strauß den Vorschlag des Münchner CSU-Vorsitzenden Erich Kiesl, in der Kernenergiepolitik „Wissenschaft und Bürgern eine Pause" zu geben. Kiesl wurde vom Vorstandskollegen jedoch kritisiert, weil der Brief an Strauß veröffentlicht wurde, noch ehe der Parteivorsitzende ihn hatte lesen können. Strauß betonte, man werde bei den noch ausstehenden Genehmigungen für die WAA sorgfältig prüfen.

Als Lehre aus den Irritationen und dem Kompetenzwirrwarr nach Tschernobyl fordert Strauß in einer dem Bundeskanzler übergebenen Denkschrift Gesetzesänderungen auf Bundesebene. Danach soll dem Bund das Recht eingeräumt werden, verbindliche Grenzwerte festzulegen, die Katastrophenschutzpläne zu erweitern und Entschädigungspflicht auszudehnen auch auf Ereignisse im Ausland. Von der Notwendigkeit einer Kompetenzveränderung hatte bereits am Wochenende die Bundesregierung gesprochen.

Mit Zuversicht erwartet der bayerische Ministerpräsident die internationale Reaktorkonferenz. Strauß erwähnte, der CSU-Landesgruppenvorsitzende in Bonn, Theo Waigel, habe ihm vor Wochen diesen Vorschlag gemacht. Der Bundeskanzler, „der sich mit ähnlichen Überlegungen anscheinend getragen hat", sei sofort darauf eingegangen.

SPD nennt Union „Risikopartei"

CDU stellt sich vor die Betreiber des Reaktors in Hamm / Kohl: Opposition verlogen

DW. Bonn

Die von der SPD forcierte Diskussion um den Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie hat offensichtlich einen Kristallisationspunkt gefunden. Die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nutzt nach Ansicht der Union den Zwischenfall bei dem Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop dazu, dem politischen Druck jener nachzugeben, die schon immer für die Abschaltung dieser Anlage plädiert hätten.

Ludwig Gerstein, der energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion erklärte, Wirtschaftsminister Jochimsen sei über die Betreibergesellschaft des Reaktors Hamm rechtzeitig und im vollem Umfang über den Ausstritt radioaktiver Teilchen am 4. Mai informiert worden. Es zeuge daher von geringem Verantwortungsbewußtseins Jochimsens und weiterer Mitglieder der Landesregierung, wenn jetzt der weitere Betrieb des Reaktors in Frage gestellt und dadurch der nach dem sowjetischen Reaktorunglück entbrannten Diskussionen um die Kernenergienutzung in „völlig unbegründeter Weise" Nahrung gegeben werde.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Vorwurf an die Adresse der Sozialdemokraten, auf dem Feld der äußeren Sicherheit ein Risiko darzustellen, auf den innenpolitischen Bereich übertragen. Sie warf der Union vor, eine „Risikopartei" zu sein. CDU/CSU versagten bei der Gefahrenabwehr auf dem Gebiet der zivilen Nutzung der Kernenergie, sagte der stellvertretende SPD-Bundesgeschäftsführer Wolfgang Clement. Mit Hinweis auf die Verunsicherung in der Bevölkerung warf Clement der Union vor, die von ihr geführte Bundesregierung komme „ihrer Verantwortung für die Sicherheit der Menschen" nicht nach.

Bundeskanzler Helmut Kohl warf mit Blick auf das energiepolitische Umschwenken der SPD der Opposition im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl „Verlogenheit" vor. Nach einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes warnte Kohl vor einem Ausstieg aus der Kernenergie. Ein sofortiges Abschalten der Kernkraftwerke, wie es beispielsweise von den Grünen gefordert wird, habe „eine totale wirtschaftliche Verelendung und Massenarbeitslosigkeit" zur Folge.

Vor einer Wende in der deutschen Energiepolitik warnten auch die Betriebsräte der baden-württembergischen Kernkraftwerke. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die der ÖTV angehörenden Betriebsratsvorsitzenden, die für rund 1300 Arbeiter in Obrigheim Neckar-Westheim und Philippsburg sprechen, daß es auch nach Tschernobyl „keine vernünftigen Gründe" für einen Verzicht auf die „sichere, zuverlässige, preiswerte und umweltfreundliche Stromerzeugung aus Kernenergie" gebe.

Das Bundesgesundheitsministerium hat in einer Auflage von einer Million Exemplaren eine Broschüre aufgelegt, in der Experten Anworten auf Fragen besorgter Bürger nach der Reaktorkatastrophe geben.

Nakasone setzt seine Pläne durch

Vorzeitige Wahlen sollen japanischen Konservativen eine stabile Mehrheit bringen

FRED de la TROBE, Tokio

Mit der Auflösung des japanischen Unterhauses hat Ministerpräsident Nakasone seine Pläne für seine eigene politische Zukunft und zur Stärkung des konservativen Lagers gegen anfänglichen starken Widerstand in den Reihen seiner eigenen Liberaldemokratischen Partei (LDP) durchgesetzt. Als einer der Gründe, die Nakasone dazu bewegt haben, vorzeitige Unterhauswahlen anzustreben, führen politische Beobachter die Absicht des Regierungschefs an, mit einer Änderung der Parteigesetze eine Kandidatur für eine dritte Amtszeit möglich zu machen.

Durch die gestrige Entscheidung wurde der Weg für Neuwahlen freigemacht, die nun gleichzeitig mit den Wahlen für die Hälfte der Sitze des Oberhauses am 6. Juli stattfinden können. Im jetzigen Unterhaus verfügt die LDP zusammen mit einer kleinen konservativen Partei über eine Mehrheit von 258 der 511 Sitze. Im Oberhaus hat die Regierung eine Mehrheit von 138 der 252 Sitze. Bei den kommenden Unterhauswahlen müßte die LDP 271 Sitze erobern, um die Mehrheit und außerdem die Kontrolle über alle 18 Ausschüsse zu gewinnen. Beim letzten Urnengang 1983 hatten die Liberaldemokraten ihre Mehrheit verloren.

Nakasone selber hat die Zahl von 271 LDP-Mandaten genannt, die er als Wasserscheide zwischen einem ihn bestätigenden Sieg oder einer Schlappe ansehen wolle. Auch seine innerparteilichen Rivalen sind der Meinung, daß ein Ergebnis darunter als eine Abfuhr für die Politik des Ministerpräsidenten angesehen werden müsse.

Die Wahlbeteiligung ist bei einem gleichzeitigen Votum für beide Parlaments-Kammern erfahrungsgemäß hoch. Dies kommt in der Regel den Konservativen zugute. So gewann die LDP bei den letzten und bisher einzigen Doppelwahlen im Jahr 1980 einen eindrucksvollen Sieg. Andererseits ist diesmal als Folge der innerparteilichen Machtkämpfe die Zahl der liberaldemokratischen Kandidaten wesentlich höher als 1980. Damit allerdings ist die Gefahr gegeben, daß sich wegen des scharfen Wettstreits viele Bewerber der LDP gegenseitig Stimmen wegnehmen und durchfallen. Ein Bonus für den Ministerpräsidenten ist indes seine noch hohe Popularitätskurve in der japanischen Bevölkerung, die alle Umfragen immer wieder bestätigen. So unterstützten nach den letzten Ermittlungen Ende Mai noch 54 Prozent aller Befragten Nakasones Regierung.

Die Oppositionsparteien fühlen sich durch die Neuwahlentscheidung getäuscht und haben gerichtliche Schritte gegen den Wahltermin angekündigt: Nakasone hatte sie im Mai dazu bewogen, im Eilverfahren eine Neuverteilung der Wahlkreise durch das Parlament zu bringen, und dafür praktisch versprochen, auf Neuwahlen in diesem Sommer zu verzichten. Nach der Entscheidung erklärte aber, nur sofortige Neuwahlen könnten den „verfassungswidrigen Zustand" beenden. (SAD)

Industrie für Atom-Absprachen

A. G. Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat sich dafür ausgesprochen, den „aus heutiger Sicht bis auf weiteres unverzichtbaren" Kernenergieanteil an der Energieversorgung durch Absprachen auch international „verantwortbar" zu machen. Diese Forderung ist eine von zehn Thesen, die der Industrieverband in seinem „Wirtschaftspolitischen Kompaß 87" am Vorabend seiner heute in Bonn beginnenden Jahrestagung vorgelegt hat. Mit diesen Thesen will der BDI Anstöße zur Bestimmung des wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Kurses in der kommenden Legislaturperiode geben. Zu einem dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit komme nur eine Politik in Frage, die auf die längst erwiesene Wirkungskette von Gewinn, Investition und Beschäftigung setze, den Wettbewerb sichere und die Leistungs- und Risikobereitschaft stärke.

Opposition in Polen gibt nicht auf

DW. Warschau

Der seit 1981 im Untergrund lebende Wiktor Kulerski wird voraussichtlich Nachfolger des verhafteten „Solidaritäts"-Führers Zbigniew Bujak. Kulerski war bis zum Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" 1981 Bujaks Stellvertreter in der Leitung der Warschauer Organisation.

Der Dissident Jacek Kuron bezeichnete die Verhaftung der drei Oppositionellen – neben Bujak auch Konrad Bielinski und Ewa Kuli – als „schweren persönlichen Schlag". Sie bedeute jedoch „keine Niederlage. Die Opposition wird weiter arbeiten." Ähnlich äußerte sich der frühere Sprecher der „Solidarität", Janusz Onyszkiewic. Er sagte: „Alles wird weitergehen. Der Untergrund verfügt in der Bevölkerung über eine große moralische Autorität." Ein westlicher Diplomat erklärte, mit den Verhaftungen wollte das Regime seine Stärke vor dem Kongreß der kommunistischen Partei demonstrieren.

Offizier an deutsche Botschaft in Riad

rmc. Bonn

An die deutsche Botschaft in Riad wird in den nächsten Wochen ein Verteidigungsattaché entsandt. Bundeskanzler Kohl hatte den Saudis bereits bei seinem Besuch im Oktober 1983 zugesagt, im diplomatischen Dienst einen derartigen Posten zu schaffen.

Die Bundesregierung trägt mit der Entsendung eines Heeresoffiziers der geopolitischen Bedeutung des Nahen Ostens für die globale Sicherheit Rechnung. Wie es in der Begründung an die zuständigen Parlamentsausschüsse heißt, soll der neue Militärattaché für die Länder des Golf-Kooperationsrates (Saudi Arabien, Kuweit, Bahrein, Quatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate) und Nordjemen zuständig sein. Dabei soll er über die Region berichten und mit den ansässigen Regierungen Kontakte knüpfen. Bisher arbeiten Militärattachés der Bundesrepublik in Damaskus, Kairo und Tel Aviv.

DER KOMMENTAR

Unbequem

PETER GILLIES

Selten war die Mahnung, den Blick vor allem auf langfristige Entwicklungen zu richten, so berechtigt wie in diesen Tagen der Aufgeregtheiten. Die Gewerkschaften haben hier Positionen markiert, gestern legte die deutsche Industrie einen Kompaß für die Wirtschaftspolitik vor. Dies geschieht wohl in der Vermutung, die Nadel der deutschen Entscheidungsträger zittere hier zu stark und ihre Mißweisung sei zu hoch.

Der Kurs in Richtung auf mehr Arbeitsplätze, soziales Wohlbefinden und letztlich mehr persönliche Freiheit ist nur durch eine manchmal recht unbequeme Methode zu erreichen: Mit Dynamik. Sie stellt Bestehendes in Frage, ermuntert Idee und Leistung, belohnt das Risiko (wie sie Lethargie bestraft). Wer beispielsweise glaubt, morgen seien mehr Arbeitsplätze unter den Bedingungen von gestern zu schaffen, irrt sich ebenso wie jener, der die Befriedigung von Gruppeninteressen durch ungedeckte Wechsel für gute Sozialpolitik hält.

Statisch ist auch die Vision einer Vollkasko-Gesellschaft, weil in ihr die Komplettversorgung die Selbstbehauptung einschläfert. Geld wird – auch für vermeintlich gute Zwecke – nicht im Himmel gedruckt, um auf Erden allgemeiner Wohltätigkeit zugeführt zu werden. Dynamik heißt mobil, erfindungsreich, verantwortungs- und risikobewußt zu sein, bedeutet einzureißen, um Neues zu errichten. Noch in keiner Gesellschaftsform ist blühender Wohlstand bei sozialer Absicherung anders als in lebhaftem Wandel erreicht worden.

Ein Beispiel dafür gibt die Energiefrage. Die Unionsparteien stellen sich ihr nach einigen Wochen der Verwirrung in neuer Weise. Sie nehmen – anders wie die SPD und weniger zappelig – die Ängste der Bürger auf und ändern Marschzahlen, nicht abrupt ihren Kurs. Wenn es einer Volkspartei gelingt, der nötigen Dynamik auch Führungskraft beizufügen, verebbt die Angst über kurz oder lang. Noch nie hat der Wähler Verzagtheit belohnt. So ist das Wort von der „Denkpause" in der Kernenergie denkbar unglücklich. Denken verdient keine Pause, sondern Hochkonjunktur.

Tschernobyl hilft Grünen

UR. Bonn

Die SPD kann von dem Reaktorunfall in Tschernobyl offenbar nicht profitieren. Auf die Frage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen nach der Sympathie für die Parteien entschieden sich 39 Prozent der Befragten für die Union, die damit fünf Prozentpunkte einbüßte. Aber auch die SPD mußte um zwei Prozentpunkte zurückstecken und liegt jetzt bei 44 Prozent. Die Grünen hingegen verdoppelten ihren Stimmenanteil auf zwölf Prozent.

Seite 4: Politbarometer

CDU-Abgeordnete werden verhört

gba. Bonn

Bei den Ermittlungen wegen Preisgabe von Dienstgeheimnissen im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl sollen jetzt Bundestagsabgeordnete der CDU verhört werden. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Karl Miltner und der Parlamentarische Geschäftsführer Friedrich Bohl sollen morgen befragt werden, woher sie ihre Informationen über den politischen Einfluß auf das Verfahren hatten.

Seite 10: Sind wir Beschuldigte ?

Kreml umwirbt Frau Aquino

DW. Moskau

Die sowjetische Führung hat in einem Telegramm an die philippinische Präsidentin Corazon Aquino ihren Wunsch nach einer weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Manila herausgestellt. Die UdSSR, so heißt es in der Grußbotschaft aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern, wolle die Kontakte in allen Bereichen ausbauen.

Seite 5: Schonfrist läuft ab

Vermögens-Gesetz vor Verabschiedung

HH. Bonn

Nach der Einigung der Bonner Koalition über die zweite Stufe der Vermögensbeteiligung hat das Bundesarbeitsministerium die Referentenentwürfe für die Änderungen des Vermögensbildungsgesetzes, des Gesetzes über Kapitalanlagen-Gesellschaften und des Einkommensteuergesetzes verschickt. Das Kabinett will den Entwurf im August verabschieden, so daß das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten kann.

Seite 11: Bonner Koaltion einigt sich

Die Renaissance der Zwergschulen

DW. Stuttgart

In Baden-Württemberg werden vor einigen Jahren geschlossene kleine Grundschulen, die nah am Wohnort der Schulkinder liegen, wieder eingerichtet. „Im Vordergrund der Entscheidung steht das Interesse der Eltern und der betroffenen Kinder", sagte gestern Kultusminister Mayer-Vorfelder. Eine Untersuchung ergab, daß 70 der bei der Landschulreform geschlossenen Grundschulen wiedereröffnet werden können.

Seite 4: Zwergschulen im Kommen

Erdgas-Projekt unterzeichnet

Bm. Essen

Das bisher größte und am weitesten in die Zukunft reichende Projekt für die Versorgung Westeuropas mit Erdgas ist jetzt in Oslo unterzeichnet worden. Von 1993 an liefert Norwegen bis zum Jahr 2020 Erdgas aus der nördlichen Nordsee. Vertragspartner sind die staatliche norwegische Öl- und Gasgesellschaft Statoil auf der einen Seite sowie die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich und Holland.

Seite 11: Versorgung voll gesichert

Chinas Reformpolitiker berufen sich auf den Westen

Politbüro-Mitglied nimmt Deng gegen Anfeindungen in Schutz

DW. Peking

Chinas Politik der Öffnung nach Westen ist offenbar noch immer innerhalb der kommunistischen Partei umstritten. Eine hochrangiges chinesisches Politbüro-Mitglied hat sich jetzt zu Wort gemeldet, um Chinas ersten Mann Deng Xiao Ping gegen Anfeindungen aus den eigenen Reihen in Schutz zu nehmen. Den „ungesunden Tendenzen" in China könne nur eine Beschleunigung der Reformen und eine weitere Öffnung zum Westen ein Ende machen.

Hu Qili, ein 56jähriger Politiker, der als einer der kommenden Führungskräfte in China gilt, erklärte in der Zeitschrift „Liaowang" (Perspektiven), die „schädlichen Einflüsse" – eine Umschreibung für Korruption und Vetternwirschaft – seien auf das Erbe der Vergangenheit zurückzuführen, keineswegs auf Dengs Reformpolitik. Unter dem Einfluß von „halb feudalistischem, halb kolonialistischem bürokratischen Kapitalismus" habe sich die Wirtschaft Chinas nicht so entwickelt, wie sie sollte, schrieb Hu. Das Politbüro-Mitglied räumte ein, daß es solche Tendenzen auch heute noch gäbe. Es sei allerdings falsch, sie auf die seit 1979 forcierte Öffnung zurückzuführen.

Korruptionsaffären, in die häufig hochrangige Parteifunktionäre verwickelt waren, hatten das politische Leben Chinas erschüttert und eine parteiinterne Debatte über den Kurs Dengs in Gang gesetzt.

Hu verteidigte erst vor kurzem verabschiedete Bestimmungen, nach denen es chinesischen Politikern verboten ist, an geschäftlichen Transaktionen beteiligt zu sein. Das Politbüro-Mitglied berief sich dabei ausdrücklich auf die Verhältnisse in kapitalistischen Staaten, wo Regierungsmitglieder keine geschäftlichen Aktivitäten entwickeln dürften, weil es sonst zu Skandalen komme, die zu ihrem Rücktritt führten.

Auch die in China weit verbreitete Vetternwirtschaft führte Hu auf Feudalstrukturen zurück. In kapitalistischen Staaten spielten verwandtschaftliche Beziehungen eine weit geringere Rolle.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nun kann Schmitz helfen

Von Enno v. Loewenstern

Nachdem endlich das Theaterstück „Viel Lärm um nichts" von der Staatsanwaltschaft Bonn abgesetzt worden ist, würde man doch zu gern erfahren, was es mit dem Stück auf sich hat, wo Totenstille um ziemlich viel herrscht. In Sachen Brandt ist es nämlich nicht so, daß, wie bei Kohl, offensichtlich von vornherein jeder Tatverdacht fehlt. Vielmehr hat laut Protokoll des Flick-Ausschusses entweder Brandt die Unwahrheit gesagt, als er bestritt, mit dem SPD-Schatzmeister Halstenberg die Flick-Spenden an die SPD erörtert zu haben, oder Halstenberg hat die Unwahrheit gesagt, als er Brandt widersprach: „Das muß ich. Alles nicht so angenehm, aber ..."

Aber nun fragt man sich, warum die Sache seit Monaten liegt und von Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz und Justizminister Krumsiek nicht entschieden wird. Manche Pessimisten argwöhnten, es könnte daran liegen, daß eine SPD-Regierung nicht gern Ermittlungen gegen den SPD-Vorsitzenden einleitet. Doch scheint dieser Verdacht ungerecht zu sein. Anscheinend hat man doch ermittelt, wenn auch indirekt.

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat mittlerweile bei der Friedrich-Ebert-Stiftung wegen angeblich zweistelliger Millionenbeträge nachgeforscht, die bei der tugendhaften Antikapitalismus-Partei eingegangen sein sollen. Und dabei fand sich eine Notiz an den SPD-Schatzmeister Halstenberg: „Eberhard von Brauchitsch hat durchgeben lassen: Dampfer des Finanzministers im Hafen des Wirtschaftsministeriums gelandet." Notiz Halstenberg dazu: „Also haben wir helfen können."

Die Geschichte der Flick'schen Steuererlaß-„Geleitzüge" ist hinlänglich bekannt, wenn auch manchmal vergessen wird, daß damals die SPD regierte (manche tun ja auch, als glaubten sie, daß die CDU Tschernobyl gebaut und angezündet hat). Halstenbergs Hilfe für Flick muß darum nichts Unrechtes sein. Aber nun wird die Vermutung allmählich zwingend, daß so aktive Hilfe für so aktive Summen mit dem Parteivorsitzenden besprochen worden sein muß und daß er das kaum vergessen haben kann. Man sieht der Entscheidung Krumsiek-Schmitz mit gesteigertem Interesse entgegen.

Japan bleibt auf Kurs

Von Fred de La Trobe

Mit der Auflösung des Unterhauses des japanischen Parlaments hat Ministerpräsident Nakasone den Weg für Doppelwahlen beider Kammern der Volksvertretung am 6. Juli frei gemacht. Alle Urnengänge im fernöstlichen Inselreich haben in den letzten Jahrzehnten die Sehnsucht der japanischen Wähler nach einem verläßlichen Karrierepolitiker an der Regierungsspitze bekundet, der die Fortdauer konservativer Herrschaft garantiert. In einer solchen Regierung sieht die Mehrheit die beste Versicherung gegen Wirtschaftskrise, Krieg und die Machtausweitung der Sowjetunion.

Die konservative Grundhaltung drückt also den im Unterbewußtsein immer noch sehr lebendigen Drang nach Einheit und Ordnung aus. Die schon fast seit vier Jahrzehnten ununterbrochene Regentschaft der Liberaldemokratischen Partei (LDP) wird somit mit Sicherheit nach dem 6. Juli weitergehen. Die Oppositionsparteien haben keine attraktiven Alternativen anzubieten und verschrecken eher mit ihren unrealistischen Wirtschafts- und Sicherheitsplänen.

So sind die sich im Wahlkampf abzeichnenden Themen wie Verteidigung, Strategische Verteidigungsinitiative SDI (Japan strebt eine ähnliche Lösung wie die Bundesrepublik an), Schulreform, Stimulierung der Konjunktur und Hilfe für die vom starken Yen belasteten Unternehmen eher vordergründig bedeutsam. Sie beeinflussen die Wahlentscheidung kaum.

Die konservative Liberaldemokratische Partei setzt sich aus verschiedenen Gruppen und Flügeln zusammen, die sich ähnlich wie am alten Japan die Samurai um ihre Feudalfürsten (oder wie italienische Correnti-Politiker) um ihre Führer scharen und mehr um Macht und Einfluß als um ideologische Ziele ringen. Trotz aller Rivalitäten hat es die LDP bisher aber immer verstanden, einen Konsens zu finden, die Einheit zu wahren und an der Macht zu bleiben.

Nach den Wahlen am 6. Juli wird das innerparteiliche Gerangel um die Führung offen ausbrechen. Wenn aber die Entscheidung gefallen ist, ob Nakasone am Ruder bleibt oder einer seiner Rivalen es übernimmt, wird wieder Harmonie herrschen und Japan auf Kurs bleiben.

Grass, fliehend

Von Günter Zehm

Günter Grass hat die Nase voll von deutschen Verhältnissen, vom angeblich überall in der Bundesrepublik zu beobachtenden „Rückfall in die fünfziger Jahre", vom „Ausstieg der deutschen Intellektuellen aus dem politischen Engagement", vom „postmodernen Gesäusel". Er kehrt, wie er pressewirksam wissen läßt, aus all den genannten Gründen der angestammten Heimat den Rücken, um sich für mindestens ein Jahr auf die Seele Asiens einzulassen und in fernöstlichen Gefilden neue Lebenskraft zu tanken.

Daß unsere Literaten ihre Reisevergnügungen doch immer gleich den miesen Deutschen zum Vorwurf machen müssen! Goethe hat da mit seiner italienischen Reise verhängnisvoll Schule gemacht. Unter „Flucht" tut es seitdem niemand mehr. Am liebsten stilisiert man seine Reise gleich zur „Emigration". Als seinerzeit Enzensberger vorübergehend in Kuba und in Norwegen Aufenthalt nahm, da war das nichts weniger als „Emigration". Uwe Johnson „emigrierte" später auf eine englische Kanalinsel, und jetzt ist also Grass an der Reihe.

Angelsächsische Kollegen wie Graham Greene oder Anthony Burgess geben sich viel gelassener. Sie residieren zwar auch gern im Ausland, vorzugsweise an der Côte d'Azur, doch keiner von ihnen ist bisher auf den Gedanken gekommen, dies den heimatlichen Regierungen oder Literaturkritikern zum Vorwurf zu machen. Grass hingegen übt, um sein Kofferpacken zu würzen, unverdrossen Heimatschelte: Es gebe kein literarisches Leben mehr in Deutschland und schon gar nicht mehr gäbe es eine deutsche Literaturkritik.

Die Philippika klänge glaubhafter, wenn der Schriftsteller nicht soeben, um einer drohenden Abwahl zuvorzukommen, auf eine Neukandidatur für das Präsidentenamt der Berliner Akademie der Künste verzichtet hätte. Und wenn nicht soeben sein letztes Buch von der Kritik einhellig verrissen worden wäre. So aber nährt er der den Verdacht, daß er lediglich persönliche Verärgerung zu allgemeiner Publikumsbeschimpfung sublimiert hat.

Trotzdem gute Reise! Asientrips eignen sich vorzüglich dazu, von sich selber Abstand zu gewinnen, und das ist manchmal sehr notwendig.



KLAUS BÖHLE

Auf Hochtemperatur

Von Heinz Heck

Seit Tagen tobt eine Auseinandersetzung zwischen dem Betreiber des Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop und der Düsseldorfer Landesregierung. Sie nimmt an Heftigkeit täglich zu. Ein Ende ist nicht in Sicht, die Lage für Außenstehende kaum noch überschaubar.

Am 4. Mai hat der Reaktor nach Angaben des Betreibers Radioaktivität abgegeben, die den Boden in der Umgebung mit weniger als 0,1 Becquerel je Quadratmeter belastet habe. Zum Vergleich: Die Tschernobyl-Katastrophe hatte in Hamm und an vielen anderen Stellen Nordrhein-Westfalens und des Bundesgebiets zu Bodenbelastungen von 50 000 Becquerel je Quadratmeter und mehr geführt. Daraus ergibt sich ein Verhältnis von 1 zu 500 000. Schon der Normalwert aus der natürlichen und zivilisatorischen Strahlenbelastung liegt bei 500 Becquerel.

Formal geht der Streit nun darum, ob dieser Vorfall – von Störfall dürfte im Ernst niemand reden – meldepflichtig ist oder nicht. Der Betreiber verneint dies, hat ihn aber ungeachtet dessen gemeldet. Die Aufsichtsbehörde, das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium, sieht die Meldepflicht als gegeben an. Der zuständige Beamte jedenfalls hat die Meldung erhalten; was daraus geworden ist, ist noch umstritten. Das Bonner Innenministerium schließlich bescheinigt dem Betreiber, daß er korrekt gehandelt habe.

Was also soll es, daß diese Nichteinmal-Mücke zu einem Elefanten aufgeblasen wird, daß Sozialminister Heinemann von einer „ausgemachten Sauerei" spricht und Wirtschaftsminister Jochimsen als Chef der Aufsichtsbehörde öffentlich mit der Rücknahme der Betriebsgenehmigung droht? Es wird der Eindruck erweckt, als herrschten in Hamm Zustände wie in Tschernobyl. Jedenfalls hat das Vorgehen der beiden Minister dazu geführt, daß sich Moskau in Bonn nach der Größenordnung des Störfalls erkundigt hat. Daran knüpfen sich vielleicht Hoffnungen, Tschernobyl könnte bald aus den Schlagzeilen verdrängt werden.

Da weder eine objektive Gefahr gegeben war, noch eine Meldepflicht verletzt worden ist, bleibt nur eine Folgerung: Daß im Wahlkampf sogar der Hochtemperaturreaktor für die Agitation gegen die Kernenergie herhalten muß. Und daß, da man keine berechtigten Vorwürfe gegen die deutsche Kernenergie vorzubringen hat, man eben unberechtigte erfinden muß. Kanzlerkandidat Rau hat Hamm-Uentrop bei seinen Attacken gegen Plutoniumwirtschaft, Schnellen Brüter und Wiederaufarbeitungsanlage immer bewußt ausgespart. Am Hochtemperaturreaktor ist das Land Nordrhein-Westfalen mit Blick auf den Einsatz in der Kohleveredlung selbst beteiligt. Er gilt an Rhein und Ruhr als Hoffnungslinie.

Wenn ausgerechnet er ins Visier der Angriffe gerückt wird, dann wohl um zu demonstrieren, wie unerbittlich die SPD neuerdings den Ausstieg aus der Kernenergie vorspiegeln will. Ihre Haltung ist nicht erst seit Tschernobyl voller Widersprüche. Aber seither wird es bizarr. Die Forderung der Grünen nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie lehnt die SPD zwar noch als unseriös ab. Sie billigt der Kernenergie aber nur noch eine „Übergangsrolle" zu.

Was heißt das konkret? Entweder ist die Kernenergie unter Sicherheitsgesichtspunkten zu verantworten. Dann kann man einen Teil des wachsenden Energieverbrauchs in der Welt so lange damit decken, bis andere Energiequellen entwickelt sind, die kostengünstiger und/oder weniger umweltbelastend sind. Oder sie ist es nicht.



Demonstration gegen 0,1 Becquerel: Vor dem Reaktor Hamm-Uentrop FOTO: DPA

Dann müßte man sich der Forderung der Grünen anschließen und abschalten – mit allen Konsequenzen, die ein solcher Schritt hätte.

Die SPD geht gewissermaßen einen dritten Weg: von allem etwas. Der niedersächsische Spitzenkandidat Schröder beispielsweise kündigt an, im Falle des Wahlsiegs „alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten (zu) nutzen", um die Inbetriebnahme für das in Bau befindliche Kernkraftwerk Lingen zu verhindern. Das modernste deutsche Kraftwerk soll also nicht ans Netz, während Tschernobyl selbst weitermacht. Schröder will eine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke anordnen, an der auch Kernkraftkritiker teilnehmen sollten. Zur Begründung sagt er, daß er „diesen Fachleuten mehr vertraue als denen, die bisher die Betriebsgenehmigungen erteilt haben".

Hier wird suggeriert: Die Kernenergie-Mafia nimmt es mit der Sicherheit nicht so genau. Also müssen die Kritiker als Oberkontrolleure eingesetzt werden – obwohl Schröder sehr wohl weiß, daß es bereits unabhängige Wissenschaftler in Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommissionen gibt. Die Begründung, daß man den Gegnern mehr vertraue als den Befürwortern, ist nicht nur sachlich abwegig, sondern auch infam. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß es nicht um die Sache geht und auch nicht um den von Rau beschworenen Anstand, sondern um Stimmenfang um jeden Preis, auch um den der Zukunft.

Der Chef der Kraftwerk Union, Barthelt, hat gestern in einem Vortrag in Genf die Frage gestellt: „Was soll eine um die Gesundheit ihrer Kinder besorgte Mutter davon halten, wenn sie liest, daß in der Schweiz als zulässige Grenze der Kontamination von Milch ein Wert von 3700 Becquerel je Liter festgelegt wurde, in Schweden und Frankreich 2000, von der deutschen Bundesregierung 500 und im rot/grün regierten Bundesland Hessen gar nur 20 Becquerel je Liter? Das Ergebnis kann doch nur totale Verunsicherung sein."

Was soll eine besorgte deutsche Mutter angesichts des irrationalen Possenspiels um Hamm-Uentrop von der Zukunft ihrer Kinder halten?

IM GESPRÄCH Christoph Groszer

Theater mit Augenmaß

Von Dieter Schüren

Mit Christoph Groszer holen sich die Zürcher einen, wie er selbst gern sagt: altmodischen Intendanten als Nachfolger von Claus Helmut Drese an ihr Opernhaus. Zu seinen Tugenden gehören die Präsenz am Haus, das er leitet, die Kenntnis des Betriebes bis ins Detail und der Verzicht auf Selbstdarstellung, wenn sie auf Kosten der Führungspflicht ginge. Er inszeniert nie „draußen", und in Zürich die ersten Jahre sogar überhaupt nicht. Ein Hausvater, der selbst überall nach dem Rechten sieht.



Neue Regiehandschrift für Zürich: Groszer FOTO: DPA

Solche Qualitäten waren gefragt, als der heute Sechzigjährige vor acht Jahren das Staatstheater Wiesbaden übernahm, wo Streit aller gegen alle tobte. Damals probierte auch in Wiesbaden das Schauspiel die Mitbestimmung und das engagierte Theater und spielte die Ausweichspielstätten noch vollends leer, die vom Publikum in der mehrjährigen Umbauzeit ohnehin schon nicht angenommen wurden. In dieser Situation suchten und fanden die Wiesbadener in dem gebürtigen Hamburger Groszer einen Theaterleiter mit Augenmaß.

Nothelfer braucht Groszer in Zürich nun freilich nicht zu spielen. Er übernimmt von Drese ein funktionierendes Traditionshaus. Ins Gespräch gebrachte, aber schnell wieder zurückgenommene Restriktionsversuche im Zürcher Theaterbereich geben freilich der Vermutung Raum, daß auch den Eidgenossen ein sparsamer Hanseat nicht unrecht kommt, der wenig davon hält, „wenn Intendanten ständig Klagelieder singen. Sie sind deshalb hoch bezahlt, damit sie mit Problemen fertig werden und im Rahmen des Machbaren und Bezahlbaren gute Aufführungen bringen".

Mindestens so hilfreich dürften bei Groszers Zürcher Engagement auch seine Schweizer Bindungen gewesen sein. Er arbeitete von 1957 bis 1964 in Luzern und Bern als Chefdramaturg und Oberspielleiter der Oper und leitete von 1967 bis 1972 das Stadttheater Sankt Gallen, bevor er als Intendant nach Braunschweig und später Wiesbaden ging. Seiner künstlerischen Vita entsprechen seine Züricher Pläne. Er wird nichts auf den Kopf stellen, sondern Kontinuität pflegen. Der renommierte Mozart-Zyklus von Harnoncourt und Ponnelle wird mit der „Zauberflöte" der ersten und mit „Don Giovanni", „Figaro" und „Titus" in den folgenden Spielzeiten fortgesetzt. Vorgänger Drese wird den „Ring" inszenieren. Dazu ist ein neuer Richard-Strauss-Zyklus geplant.

Aber Groszer will auch neue Akzente setzen im zeitgenössischen Repertoire, das er bislang in Zürich zu kurz gekommen sieht. Er möchte „eine neue parallele Regiehandschrift zu der in Zürich zu Recht umjubelten von Ponnelle" etablieren. Und im übrigen macht er kein Hehl aus der Genugtuung, ein solches Haus zu übernehmen „mit der Möglichkeit von Höchstleistung, wenn die Konstellationen stimmen".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zur Parteispenden-Affäre:

Es ist nicht unlogisch, daß auch der Rechtsweg dort seine Grenze fand, wo er einerseits auf das höchst variable Erinnerungsvermögen im Einzelfall angewiesen war und sich andererseits damit abfinden mußte, daß sich Zeugen im Sinne einer allfälligen Anklage nicht finden ließen. Denn aus welchem Kreise sollten sie stammen, wenn nicht aus dem der Betroffenen selbst?

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung kommentiert die UNO-Afrika-Sitzung:

Die OAU hat in die UNO-Veranstaltung einen Fünfjahresplan eingebracht, der den afrikanischen Staaten weitere Hilfeleistungen und Schuldennachlässe sichern soll. Vielleicht sind die in diesem Plan als unumgänglich notwendig erhobenen Milliardenforderungen realistisch – die Erwartung, daß sie von den Industrienationen (80 Milliarden Dollar durch einige wenige Geberländer innerhalb von fünf Jahren) so erfüllt werden, ist es mit Sicherheit nicht.

Frankfurter Allgemeine

Sie geht auf Mexikos Präsidenten ein:

Der mexikanische Präsident ist daran gewöhnt, immer, wenn er in der Öffentlichkeit erscheint, von einem ausgesuchten Publikum, meistens Staatsbeamte oder gut organisierte und kontrollierte „Volksmassen", mit großem Beifall empfangen zu werden ... Für Miguel de la Madrid müßte die Eröffnung im Azteca-Stadion so etwas wie eine Stunde der Wahrheit gewesen sein. Die Protestierenden waren keine revolutionären Massen aus den ärmsten Bevölkerungsschichten. Es war vorwiegend der gehobene Mittelstand, der die hohen Eintrittspreise bezahlen konnte.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung kritisiert den Innenminister:

Verhielt er sich in Sachen Tschernobyl viel zu säumig, so befleißigte er sich jetzt im Fall Wackersdorf eines schädlichen Eifers, als es darum ging, Bedenken der österreichischen Nachbarn vom Tisch zu wischen. Der Hinweis auf das Geschäft mit deutschen Touristen hätte nicht kommen dürfen.

Eßlinger Zeitung

Sie merkt zur Abrüstung an:

Die jetzige Salt-Aufkündigung begründete man damit, daß Moskau den Vertrag nachweislich bereits unterlaufen hätte. Dies wird selbst von regierungskritischen amerikanischen Experten nicht bestritten. Übel wird dagegen auch im Kreis der Verbündeten vermerkt, daß die Aufkündigung erfolgte, ohne sich um ein Nachfolge-Abkommen bemüht zu haben.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zum Scheitern der Ariane-Rakete:

Hohe Entschädigungen werden ohne Zweifel den Kunden überwiesen werden müssen, die darauf warten, daß ihre Satelliten auf ihre Bahnen gebracht werden. Unter dieser Drohung muß man hoffen, daß die Europäer den verhängnisvollen Weg der NASA nicht gehen werden. Das wäre die wachsende Versuchung, ihre Raketen unter dem Druck des Geschäfts so schnell wie möglich wieder startklar zu machen.

Vor allem Frauen ziehen über die „Nur-Hausfrau" her

Ist man im Beruf wirklich unabhängiger? / Gastkommentar von Elisabeth Motschmann

Solidarität von Frauen ist ein heikles Thema. Insbesondere Solidarität zwischen berufstätigen Frauen und den sogenannten „Nur"-Hausfrauen scheint es nicht zu geben. Im Gegenteil, die Diskriminierung der nichterwerbstätigen Hausfrau als „Heimchen am Herd" wird vor allem von den Karrierefrauen besorgt.

Männer sind an dieser Kampagne weniger beteiligt. Zu viele von ihnen wissen zu genau, daß eine Frau, die sich „nur" um Haushalt und Kinder kümmert, das Familienleben nicht nur bereichert, sondern in vieler Hinsicht auch erleichtert. Trotzdem wird man nicht müde, den Berufsverzicht – und sei er nur vorübergehend – als Schritt in die Unfreiheit und die Abhängigkeit vom Mann, als Verlust von Emanzipation und Selbständigkeit zu bezeichnen.

Angeblich fühlen sich berufstätige Mütter in ihrer Doppelrolle wohler und sind durch ihre Familie weniger gestreßt als Frauen, die nur zu Hause sind und „nicht arbeiten". Zu diesem Resümee kommt eine in der Münchner „Medizinischen Wochenschrift" veröffentlichte Erhebung zum Thema „Streß bei Hausfrauen".

In der Tat, wer hätte nicht schon einmal die fast verschämte Antwort auf die Frage nach dem Beruf bekommen: „Ich bin nur Hausfrau." Das ist nicht verwunderlich; zu intensiv ist in den vergangenen Jahren die Minderwertigkeit des Hausfrauendaseins propagiert worden. Die Tübinger Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel scheute sich nicht, Hausfrauen, die keiner außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgehen, als „verstümmelte, verkümmerte Schöpfung Gottes" zu bezeichnen.

Hier liegt ein klassisches Beispiel für die Wirkung der „Schweigespirale" vor. „Schweigespirale heißt: Menschen wollen sich nicht isolieren, beobachten pausenlos ihre Umwelt, können aufs feinste registrieren, was zu-, was abnimmt. Wer sieht, daß seine Meinung zunimmt, ist gestärkt, redet öffentlich, läßt die Vorsicht fallen. Wer sieht, daß seine Meinung an Boden verliert, verfällt in Schweigen." (Elisabeth Noelle-Neumann: Die Schweigespirale, Frankfurt a. M. 1982). Dadurch haben nichterwerbstätige Hausfrauen selbst zu ihrer Isolation beigetragen.

Wer es wagt, gegen diesen Strom des Zeitgeistes zu schwimmen und sich gegen Klischeevorstellungen hinsichtlich der „Nur"-Hausfrau zur Wehr zu setzen, muß mit einer Flut von Unterstellungen rechnen:

Frauen auf die drei K (Kinder–Küche–Kirche) reduzieren zu wollen; Frauen als stille „Arbeitsmarktreserve" zu mißbrauchen, indem sie je nach Bedarf geholt bzw. nach Hause geschickt würden; Frauen eine „ganzheitliche Existenz" (Beruf und Familie) zu verwehren; Frauen die ökonomische und damit sexuelle Freiheit zu versagen; Frauen der „Machtdominanz" und dem „Machtüberhang" der Männer preiszugeben.

Die angeblich so abhängigen Frauen sollten sich angewöhnen, zurückzufragen. Ist die Abhängigkeit im Beruf – vom Vorgesetzten, von Mitarbeitern, von der Konjunktur, vom Arbeitsmarkt, vom Leistungsdruck, von der Konkurrenz – wirklich so viel besser als die Abhängigkeit einer Hausfrau von dem Mann, den sie doch wohl in aller Regel liebt? Sind die Kritiker nicht oft dieselben, die sonst nicht genug über das Los des „abhängig Beschäftigten" klagen können?

Warum wird, wenn man schon von Abhängigkeiten redet, nicht viel mehr von der Abhängigkeit eines Kindes von der Mutter in den ersten Lebensjahren gesprochen? Warum spielt das Kind bei all diesen Überlegungen eine so nachgeordnete Rolle, bei Leuten, die sonst bei jeder Gelegenheit eine angeblich „kinderfeindliche Gesellschaft" anprangern?

Es hat sich längst herumgesprochen, daß dieses Kind schon bei der Geburt vertraut ist mit den Herzschlägen der Mutter, mit ihrer Stimme, ihrem Geruch usw. Neun Monate Schwangerschaft haben Mutter und Kind eben doch in einer einzigartigen Weise verbunden. Der Vater, dessen Bedeutung hier überhaupt nicht in Abrede gestellt werden soll, kann diesen „Vorsprung" nicht ungeschehen machen. Er wird immer eine andere Bindung und Beziehung zum Kind haben als die Mutter. Darum würde ein „Rollentausch" in der ersten Zeit nach der Geburt allenfalls Identitätsprobleme bei allen Beteiligten produzieren. Warum fällt es vielen Müttern zunehmend schwerer, dies zu erkennen? Warum überlassen sie ihre Kinder zu früh anderen, um den Anschluß an Beruf und Karriere nicht zu verpassen?

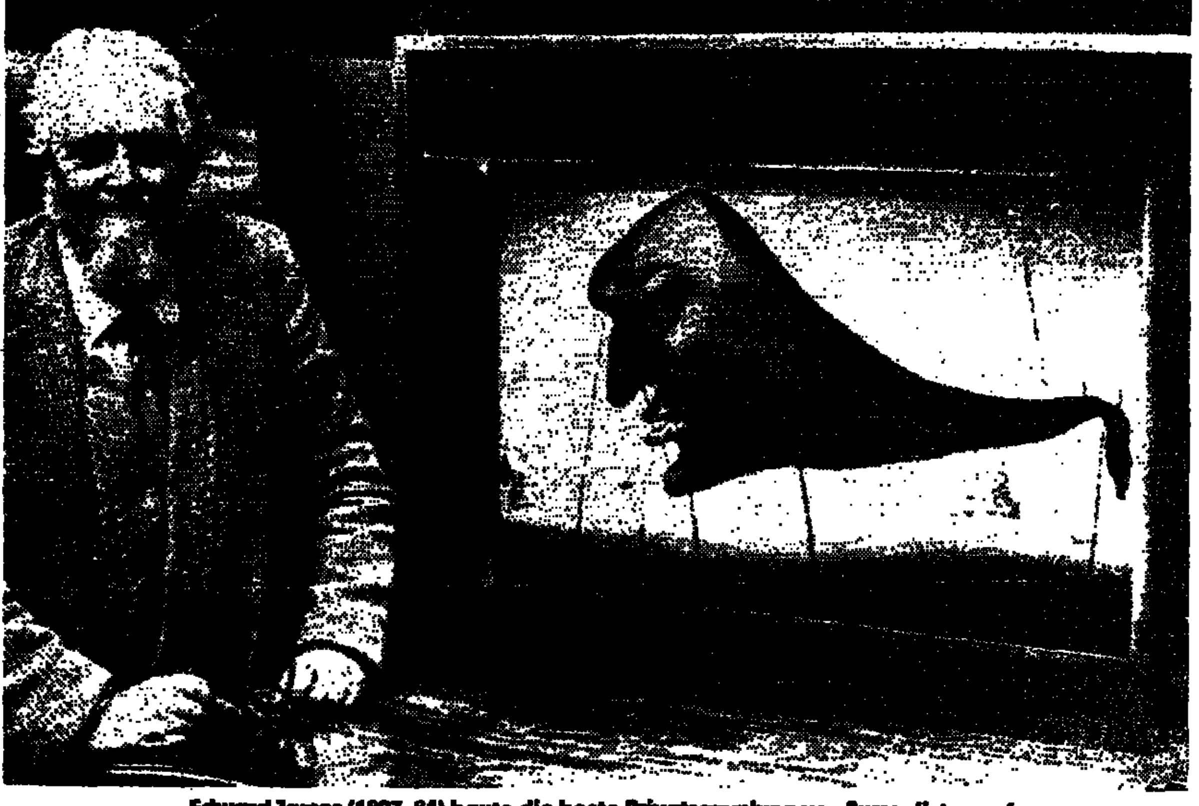
Handeln Mütter dabei nicht gegen ihre tiefsten Gefühle? Nicht nur das Kind verlangt nach der Mutter, auch die Mutter verlangt – wenn sie ehrlich ist – nach dem Kind. Sie sollte den Mut haben, diesem natürlichen Bedürfnis zu folgen, allen Einflüsterungen des Zeitgeistes zum Trotz.

Dr. Elisabeth Motschmann ist Pastorin in Itzehoe

Die Insel wird um etwas Verrücktes ärmer

Er rettete Bert Brecht vor den Nazis, förderte den noch unbekannten Salvador Dali und stiftete ein College für Kunsthandwerker und Restauratoren. Doch Schlagzeilen machte der Engländer Edward James durch seinen Lebensstil, seine exzentrischen Einfälle und seine Sammlungen. Ein Teil davon kommt in dieser Woche unter den Hammer.

Von HEIDI BÜRKLIN



Edward James (1907–84) baute die beste Privatsammlung von Surrealisten auf FOTO: TIMES

Seine Bibliothek wurde nach Maß geschneidert. In das Knopfloch seines dunkelblauen Anzugs steckte Edward James eines Tages eine strahlend-gelbe Butterblume. Das Gelb zum Blau gefiel ihm. So ließ er die Wände seiner Bibliothek mit dem gleichen dunkelblauen Anzugstoff bespannen und die Sessel genau im Ton der Butterblume.

Für den Salon entwarf sein Freund Salvador Dali lippenstiftrote Sofas, geformt wie der Mund der Hollywood-Göttin Mae West. Champagnerschalen türmte der Spanier zu Lampen hoch. Ein anderer Lampenschirm hingegen krönt eine hoch aufgerichtete, ausgestopfte Schlange. Jazziges Wellenmuster überspielt die Wände der Eingangshalle, schwappt hoch in den ersten Stock und ergießt sich auch über Ruhebetten und Kissen. In den grünen Teppichläufer ließ Edward James die Pfoten seines Wolfshundes einweben.

Violett, mauve und rosa ist das Haus außen angestrichen. Grüne, künstliche Palmen flankieren den Eingang; hoher, ebenso künstlicher Bambus verbirgt profane Regenrinnen. Aus den Fenstern hängen Bettlaken. Sie sind aus Holz geschnitzt. Die Turmuhr zeigt nicht die Stunden, sie zeigt die Tage. In der Waldlichtung spazieren neunzig – echte – Pfauen.

„Monkton House" ist ein Haus wie kein anderes. Hier in der südenglischen Grafschaft Sussex unweit von Chichester hat Edward James, Exzentriker und Mäzen, in den dreißiger Jahren ein einzigartiges surrealistisches Monument geschaffen. Bizarr, bezaubernd wird es mitten in einem Laubwald von hoher Hecke umzirkelt. Daß jetzt die Ingredienzen dieser Architektur-Kaprize – Möbel, Bilder, Kunst-Objekte – unter den Hammer kommen, daß das leere Haus selbst zum Verkauf steht, macht England um eine „folly", eine großartige Verrücktheit unseres Jahrhunderts ärmer.

Als Jagdhäuschen für die James-Familie war Monkton House im Jahre 1902 von dem äußerst respektablen Architekten Lutyens gebaut worden. Hierhin auch wurden der kleine Edward und seine vier älteren Schwestern geschickt, wenn sie im Besucherstrom des einige Kilometer entfernten Hauptsitzes West Dean lästig wurden.

Von seinem illustersten Gast und Edwards Patenonkel, König Edward VII., wird bis heute gemutmaßt, daß er sein Vater oder Großvater gewesen sei. Edward James selbst favorisierte je nach Laune mal die Version des Viertels, mal die der Hälfte königlichen Blutes.

So glanzvoll hofhalten konnten seine Eltern dank eines bedeutenden amerikanischen Erbes. Seine Mutter war schön, kapriziös, distanziert. Als sie eines Tages nach einem Kind klingelte und gefragt wurde, welches sie wünsche, soll sie gerufen haben: „Das ist mir doch ganz egal. Hauptsache, es paßt zu meiner blauen Robe."

Mit fünf Jahren galt Edward James nach dem Tode seines Vaters als einer der reichsten Erben Englands. Er spielte seine Rolle mit Aplomb. Als Student in Oxford behängte er sein Eßzimmer mit flämischen Tapisserien, sein Schlafzimmer verhüllte er mit silbergrauer Seide. In Rom mietete er während seiner kurzen diplomatischen Karriere zwei rechts und links vom Tiber gelegene Paläste. Über eine Verbindungsbrücke pflegte er seine Gäste vom Hauptgang zum Dessert zu führen.

Monkton House, ein surrealistisches Schloß

Seine poetischen Höhenflüge ließ Edward James im Eigenverlag in zwanzig Luxusbänden drucken. Natürlich reagierten seine ärmeren Kollegen mit sauren Kritiken. Seine wirkungsvollste Rolle aber fand der Brite als Sammler und Mäzen. Während seiner kurzen, stürmischen Ehe mit der österreichischen Tänzerin Tilly Losch finanzierte er eine Ballettsaison in Paris und London mit dem Choreographen Balanchine.

Um eine Rolle für seine Frau zu sichern, ließ er Bert Brecht und Kurt Weill für die Aufführung der „Sieben Todsünden" nach London kommen und rettete sie so aus dem Nazi-Deutschland. In den dreißiger Jahren half er auch damals noch nicht arrivierten surrealistischen Künstlern und baute dabei die beste einschlägige Privatsammlung auf. Als Freund unterstützte er Magritte und vor allem Dali. Gegen ein festes Gehalt hatte ihm der Spanier einige Jahre lang seine besten Bilder abzuliefern.

Als seine Ehe mit Tilly Losch in einem Scheidungsskandal endete – ihre Fußabdrücke hat er auf einer Wendeltreppe in West Dean verewigen lassen –, da zog sich Edward James nach Monkton House zurück und verwandelte es in sein surrealistisches Neuschwanstein.

Weiteren Träumen jagte er in den nächsten Jahrzehnten in Hollywood und vor allem Mexiko nach. Im mexikanischen Dschungel verwirklichte er seinen „Garten Eden", ein Capriccio an Brücken, Tempeln und Häusern, die er nie vollenden wollte: Stufen führen da ins Nichts, Gebäude besitzen nur drei Wände. Heute sinkt diese Ruinen-Romantik zurück in den Urwald.

In England hingegen hat Edward James eine vorzüglich funktionierende Stiftung hinterlassen. Um die horrende britische Erbschaftsteuer zu umgehen, wandelte der Kinderlose bereits 1964 seinen Besitz West Dean in eine Stiftung um. Als er zwanzig Jahre später starb, hatte das College für Kunsthandwerker und Restauratoren internationalen Ruf.

Für 5000 Pfund jährlich lernen Studenten hier, wie man Möbel, Porzellan und Uhren restauriert, wie man Teppiche webt und klassische Musikinstrumente baut. Der Standard ist hoch. Die Fortgeschrittenen arbeiten für Kunsthändler und Museen. Die Werkstatt für Musikinstrumente funktioniert wie ein „wohlorganisiertes Renaissance-Studio". 95 Prozent der oft Museumsstücken nachgebauten Instrumente werden im Auftrag gefertigt. Hier hatte ein Student die Muße und die Kunstfertigkeit, in 18 Monaten eine prachtvoll eingelegte Barockgitarre nach einem Exempel aus Stuttgart zu vollenden, „wohl die dekorativste Gitarre, die seit 300 Jahren gebaut wurde". Kurzkurse, die von einem Wochenende bis zwei Wochen dauern, bieten eine Fülle von Themen an: 6000 Interessierte können hier jährlich unter anderem Buchbinden, Korbstühle-Flechten, Zeichnen oder Flöte lernen.

Gewohnt und gearbeitet wird in der privaten Atmosphäre des Herrenhauses von West Dean, das noch einen inspirierenden Nachklang seiner glorreichen Tage der Jahrhundertwende bewahrt hat.

Jetzt hat in dem hügeligen englischen Garten mit den kunstvoll natürlich eingestreuten Baumgruppen das Auktionshaus Christie's seine Zelte aufgeschlagen. Händler und Privatsammler können sich hier seit gestern an dem bedienen, was die James-Familie in zwei Generationen an Hochkarätigem, Dekorativem und Bizarrem gesammelt hat.

Die Mammutauktion mit 2367 Nummern begann mit einer angeschlagenen chinesischen Vase (Schätzpreis 200 Pfund). Sie endet am Freitag mittag mit einem ausgestopften Elch und einem Stoß Bücher. Dazwischen kann man unter einer kunstvoll mit Elfenbein eingelegten deutschen Ebenholzkommode (Schätzpreis 20- bis 30 000 Pfund), einem prächtigen italienischen Kabinett (10- bis 15 000 Pfund) oder einer französischen Kommode im japanischen Stil (40- bis 60 000 Pfund) wählen.

Da wird eine kleine Armee an vergoldeten Louis-Seize-Stühlen vor englischen Mahagonischränken paradieren, die in der Form chinesischer Pagoden getischlert wurden. Da gibt es Tische im maurischen Stil und Stühle, die wie Muscheln geformt sind. Lampen erscheinen als Palmen und Spiegel als Sonnen. Kostbare Brüsseler Tapisserien werden aufgerufen und ein großes Nürnberger Puppenhaus aus dem 19. Jahrhundert. Ebenso indische Helme, englische Pistolen, Manschettenknöpfe Edwards VII. oder ein kleines goldenes Skelett aus Costa Rica.

Aus Monkton House transportierte man Edward James' surrealistische Spiele und Späße heran: Simulierte Bambusmöbel und den Stuhl, dessen Arme sich wie die eines Ertrinkenden recken. Sein palmengesäumtes Himmelbett, das Napoleons Katafalk nachempfunden wurde. Bilder und Zeichnungen von seinen Künstlerfreunden wie Pavel Tschelitschev, Max Ernst und Leonora Carrington.

Die erste Garnitur hatte er allerdings selbst 1981 zur Auktion gegeben. Das Meisterwerk ist jetzt ein kleines Wandpaneel, das Dali für das James-Haus in London gemalt hatte: „Paranoisches Gesicht" (50- bis 70 000 Pfund).

Wer will den Anzug ohne Butterblumen?

Einen surrealistischen Anklang hat auch dieser Ausverkauf. Die Stiftung braucht Geld, sagen die Treuhänder. Sie ist wohldotiert, hört man von anderen: Dieser radikale künstlerische Aderlaß sei unnötig und ganz und gar nicht im Sinne des Stifters Edward James.

An Monkton House heftet sich jedenfalls ein ironisches Kapitel: Als die Nation dies Unikum in Bausch und Bogen übernehmen wollte, blieb nicht genug Zeit, die geforderten 1,5 Millionen Pfund aufzubringen. Jetzt wird das bizarre, phantastische Innenleben in alle vier Winde verteilt. Für diese Schale ohne Kern wird sich jedoch nur schwer ein Käufer finden lassen. Wer will schon den dunkelblauen Anzug ohne seine Butterblume?

In Neza siegen der Mut und Überlebenswille der Armen

Als Mexikos Präsident de la Madrid die Fußball-Weltmeisterschaft eröffnete, wurde er mit Pfiffen bedacht – Proteste gegen Korruption und soziale Versäumnisse. Einer der Austragungsorte, Nezahualcoyotl, ist ein Beispiel für mexikanisches Elend. Doch er ist auch Symbol für die Energie und den Mut der Armen, gegen das Elend anzukämpfen.

Von WERNER THOMAS

Eliseo Escobar und sein 13jähriger Sohn Oscar laufen über den leeren Parkplatz vor dem Stadion. Sie haben Holzkisten unter ihre Arme geklemmt und suchen nach Arbeit. Sie wollen schmutzige Schuhe putzen. Wir fragen Escobar, was er von der „Mundial" hält. „Senor", antwortet der schmächtige 38 Jahre alte Mann mit dem bereits zerfurchten Gesicht, „ein bißchen stolz sind wir schon, daß dieses Ereignis auch hier stattfindet." Sehen wird er allerdings keines der Spiele. „Ich besitze weder einen Fernsehapparat noch kann ich mir eine Eintrittskarte leisten." Escobar verdient 3000 Pesos pro Tag, etwa 13 Mark. Damit muß er acht Kinder ernähren.

Ein Slum trägt den Namen eines Kaisers

Nezahualcoyotl, kurz Neza genannt: Dieser Name eines der letzten Azteken-Kaiser hat für viele Mexikaner einen schockierenden Klang. Denn es ist auch der Name des ehemaligen Slumbezirks im ausgetrockneten Texcoco-See, der sich innerhalb von 35 Jahren zur zweitgrößten Stadt des Landes entwickelte. Drei Millionen Menschen leben hier. Auch die Millionen-Metropole trägt das Stigma der Armut und des Elends.

Die gewaltige Trabantensiedlung liegt östlich der Hauptstadt an der chaotisch verkehrsreichen Avenida Zaragoza, die in die Volkswagen-Stadt Puebla führt. Am Eingang steht ein mächtiges Monument des Azteken-Kaisers, der ein berühmter Dichter war.

Neza wirkt improvisiert und häßlich. Ein- oder zweistöckige Betonhäuser der Kategorie Billig-Architektur. Auf den flachen Dächern flattert Wäsche. Eine Regierungs-Statistik stuft 222 203 der 341 851 Gebäude als „inakzeptabel" ein: ohne ausreichende Wasser- und Elektrizitäts-Versorgung und Kanalisation. Schäbige Blechhütten bilden eine Gürtelzone. Schmuddelige Hunde streunen durch staubige Straßen. Nur die Hälfte der Straßen ist asphaltiert. Grau-grün sind die Blätter der wenigen Bäume.

Der Schuhputzer Escobar zählt zu den ärmsten Bevölkerungsschichten. Er besitzt eine Blechbude auf dem „Berg der Tauben" mit nur einem Raum, in dem die gesamte Familie wohnt – zehn Personen. Hinter diesem Berg verbreitet eine riesige Müllhalde kilometerweit Gestank und verschafft tausenden Leuten täglich ihren Lebensunterhalt: Sie wühlen in den Abfallbergen nach brauchbarem Unrat.

Die schlicht gekleideten Menschen Nezas – viele Frauen tragen Schürzen – stammen meist aus fernen Provinzen oder aus der zu teuer gewordenen Hauptstadt. Manche klagen, manche empfinden eine Haß-Liebe zur neuen Heimat.

Zum Elend kommt das Gefühl, ignoriert zu werden von den Behörden. Der Begriff „Los Olvidados" (die Vergessenen) kursiert. Das Verbrechen grassiert. Die Zeitung „Excelsior" ermittelte bei einer Umfrage nach dem gefährlichsten Pflaster in der Hochebene von Mexiko, daß Neza an zweiter Stelle rangiert.

Dennoch keimt Hoffnung. Wir sprechen mit der Eisverkäuferin Isabel Lorera. „Es ist steil aufwärts gegangen", sagt sie. „Als wir vor 15 Jahren kamen, fehlten Schulen und Krankenhäuser, und kaum jemand hatte fließendes Wasser und elektrisches Licht. Da hat sich viel geändert." Es gibt sechs öffentliche Büchereien. Senora Lorera verkauft ihr Eis vor dem modernen „Palacio Municipal", dem Rathaus, wo den Azteken-Kaisern Cuauhtemoc und Cuitlahuac Denkmäler gesetzt wurden. Sie verdient etwa 1000 Pesos pro Tag, etwas mehr als vier Mark. Ihr Mann, ein Taxifahrer, bringt täglich umgerechnet 18 Mark nach Hause. „Wir können leben", sagt die 32jährige Frau, Mutter von sechs Kindern. „Sie sollen einmal eine Universität besuchen."

Vor den Toren des Neza-Stadions: Nahrungssuche auf der Müllkippe FOTO: AP

„Die Hauptstadt kann mir gestohlen bleiben"

Salvador Ugarde, Besitzer eines kleinen Restaurants, das Tortillas und Tacos serviert, die populärsten Mais-Gerichte, schimpft auf Mexico City: „Die Hauptstadt kann mir gestohlen bleiben." Seine Worte spiegeln die weitverbreitete Abneigung gegen die noch größere Millionen-Metropole wider. Die Menschen von Neza reagieren verärgert auf die verächtliche und abschätzige Beurteilung ihrer Stadt in Mexico City. Trotz allem oder gerade deshalb entwickelte sich ein Lokal-Patriotismus: Nezahualcoyotl – wir sind auch wer.

Fast alle Gesprächspartner äußern sich erfreut, daß drei WM-Spiele im Neza-Stadion ausgetragen werden. „Die ganze Welt wird auf uns blikken", sagt Maria de Los Angeles (25), die – eine der wenigen Ausnahmen – in dieser jungen Metropole geboren wurde. „Wir hoffen, daß wir einen guten Eindruck hinterlassen."

Neza will sich von seiner besten Seite zeigen. Die grauen Wände wurden bunt gestrichen. Entlang der Avenidas Lopez Mateos und Chimalhuacan, der beiden Hauptstraßen, entstanden Grünanlagen. Einige scheinen allerdings unvollendet zu sein. „Sauberkeit ist Fortschritt", verkünden Aufschriften, oder: „Keinen Abfall wegwerfen" und: „Neza – Stätte der Feundschaft".

Im Hotel-Führer findet Neza nicht statt

Die Flaggen Dänemarks, Schottlands und Uruguays sind an die Fassaden gemalt worden. Die Teams der drei Länder, Gegner der deutschen Mannschaft, müssen in dem mit knapp 35 000 Plätzen bescheidenen Neza-Stadion ihre Vorrunden-Spiele bestreiten.

Weder die Mannschaften noch die ausländischen Schlachtenbummler werden jedoch viel von Neza sehen. Kein ausländischer Gast bezog hier Quartier. Denn das mexikanische Organisations-Komitee wollte die Stadt nicht in sein Hotel-Verzeichnis aufnehmen.

Der amerikanische Anthropologie-Professor Henry Selby (University of Texas, Austin), der Nezahualcoyotl seit drei Jahren studiert, kritisierte diese Entscheidung. „Neza ist besser als sein Ruf", versichert er. „Neza ist ein Beispiel für den bewundernswerten Überlebenswillen armer Menschen."

Gesetz bewirkte Entlastung des Arbeitsmarktes

gba. Bonn

Teilzeitarbeit, Altersurlaub und ein „arbeitsmarktpolitischer Urlaub" für Beamte und Richter finden seit ihrer Einführung am 1. August 1984 zunehmendes Interesse. In einem Erfahrungsbericht über das Gesetz zur Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften von 1984 stellt Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) fest, daß diese Gesetzesinitiative zur Entlastung des Arbeitsmarktes

beigetragen habe. So habe in der Zeit vom 1. August 1984 bis zum 31. März 1986 sowohl die Teilzeitbeschäftigung als auch die Beurlaubung in der Bundesverwaltung kräftig zugenommen. Die Teilzeitbeschäftigung stieg um fast 25 Prozent von 9752 auf 12 153 Beamte und Richter. Die Zahl der Beurlaubungen erhöhte sich diesem Bericht zufolge von 9450 auf 11 210, was einem Zuwachs von knapp 19 Prozent entspricht. Wörtlich heißt es in dem Bericht des Bundesinnenministers: „Erfreulich hoch ist die Zahl der Neueinstellungen, die aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen in der Zeit vom 1. August 1984 bis zum 31. März 1986 in der Bundesverwaltung vorgenommen werden konnten: Es handelt sich um fast 3000 Fälle." Da in der Praxis nicht jeder Fall einer Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung oder Urlaub bis zu einer belegbaren Neueinstellung verfolgt werden könne, sei nicht auszuschließen, daß die wirkliche Zahl der Neueinstellungen noch höher liege. Auch in den Bundesländern sei die Teilzeitbeschäftigung wie die Beurlaubung mit ähnlich positiver Wirkung auf Neueinstellungen verlaufen, stellt Zimmermann fest. Auch in Zukunft werde es darauf ankommen, diese Möglichkeiten konsequent zu nutzen.

Die wichtigsten Neuregelungen vom August 1984 sind:

– Teilzeitbeschäftigung von zehn Jahren für alle Beamten

– Altersurlaub für lebensältere Beamte

– arbeitsmarktpolitischer Urlaub von sechs Jahren, vor allem für den Lehrerbereich.

– familienpolitischer Urlaub von neun statt bisher sechs Jahren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Im „Ländle" sind Zwergschulen wieder ganz groß im Kommen

Mayer-Vorfelder spricht von 70 Standorten / Bisher den langen Weg unterschätzt

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Ende der sechziger Jahre, als die Bildungsreformer der Gigantomanie verfielen, kam für über 800 Zwergschulen in Baden-Württemberg das Aus. Jetzt will Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) das Rad der Geschichte im schwäbischen „Ländle" ein Stück weiter zurückdrehen: Bis zu 70 dörfliche Grundschulen sollen in nächster Zeit wiedereröffnet werden. Eine spektakuläre Absichtserklärung, die Mayer-Vorfelder gestern damit begründete, daß „die kleinen Einheiten kindgerechter und pädagogisch wertvoller" seien als große Bildungsfabriken.

Baden-Württemberg, ohnehin im Besitz des dichtesten Schulnetzes aller deutschen Flächenstaaten, vollzieht diese Wende nicht trotz, sondern gerade wegen des anhaltenden Schülerrückgangs. Der nämlich setzt jene Lehrerstellen frei, die zur Sonderbetreuung kleiner und kleinster Grundschulen auf dem Land gebraucht werden. Für sie gibt es eine „Sockelgarantie", die verhindert, daß die Lehrerzuweisung nach Klassenstärken erfolgt. Bei jahrgangsübergreifenden Klassen gewährt das Kultusministerium obendrein einen Deputatszuschlag von 30 Prozent auf die Normalversorgung. Unterm Strich schlägt die Auferstehung besagter 70 Grundschulen rechnerisch mit 120 Lehrerstellen zu Buche.

Ausgangspunkt der schulpolitischen Gegenreformation Mayer-Vorfelders war die Untersuchung einer vor Monaten eingesetzten Arbeitsgruppe. Sie stellte fest, daß es im Südwesten in 199 Gemeinden oder Teilorten, die vor knapp 20 Jahren noch ihre eigene Dorfschule hatten, über 40 pendelnde Grundschüler gibt. Davon wiederum wurden – nach intensiven Lageuntersuchungen und Gesprächen vor Ort – 70 für die Wiedereröffnung geeignete Standorte ausgewählt. In neun besonders günstig gelagerten Fällen konnte Mayer-Vorfelder gestern bereits Vollzug melden.

Möglicherweise werden am Ende nicht alle vorgeschlagenen Standorte wiederbelebt. Das letzte Wort haben nämlich der zuständige Schulträger und die Elternschaft. „Gegen deren Willen wird keine neue Grundschule eingerichtet", betonte der Minister. Außerdem darf keine Nachbarschule „langfristig in ihrem Bestand gefährdet" werden. Und: Für die neue Schule müssen mindestens 40 Kinder zusammenkommen. Sie sollen dann nach den Vorstellungen des Ministers in mindestens zwei Klassen, in denen die herkömmlichen Klassenstufen eins und zwei sowie drei und vier



Schul-Gegenreformator Mayer-Vorfelder FOTO: FÖRSTERLING/DPA

beisammen sind, unterrichtet werden.

Das unterscheidet diese Schulen wiederum von den (in Baden-Württemberg vereinzelt noch bestehenden) Zwergschulen alter Prägung. In den Hauptfächern Deutsch und Mathematik sollen die vier Klassenstufen mit Rücksicht auf den Lehrplan sogar getrennt unterrichtet werden.

„Ich kann nicht mit der Multiplikation anfangen", sagt Gerhard Mayer-Vorfelder, „bevor die Schüler die Addition und Subtraktion beherrschen". In allen andern Fächern dagegen sei die Klassengemeinschaft von Nachbarjahrgängen durchaus sinnvoll.

Der wohnortnahen Schule gilt seit Jahren die besondere Aufmerksamkeit des Kultusministers. Dort kann, wie bei der jüngsten Lehrplanrevision vorgegeben, die engere Heimat am besten in den Unterricht einbezogen werden. Und dort wird laut Mayer-Vorfelder auch von den Lehrern „gute Arbeit" geleistet.

Dorfschüler, sagt er, bewiesen mit ihren Übergangsquoten an weiterführende Schularten, daß sie die gleichen Bildungschancen wie Stadtkinder hätten.

Ungekehrt sei die Belastung, die der weite Weg in Nachbarschaftsschulen und Bildungszentren für Grundschüler mit sich bringe, „lange unterschätzt" worden.

Raumprobleme dürfte es bei Wiedereröffnung der 70 Dorfschulen kaum geben. In den meisten Fällen kann das alte Schulhaus, das zwischenzeitlich anderen kommunalen Zwecken diente, zu neuen Ehren kommen. Für notwendige Investitionsmaßnahmen gewährt das Land Zuschüsse aus dem 150-Millionen-Mark-Topf des Schulhausbau-Förderungsprogrammes.

Burt sieht Beziehung vor Wendemarke

Forderung nach neuem Konzept der transatlantischen Partnerschaft / CDU-Forum

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Gehen Europas Uhren anders als die Zeitmesser Amerikas? Dieser Frage wurde auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung im Berliner Reichstagsgebäude nachgegangen, auf der es um die Belastungen und Herausforderungen ging, denen das Atlantische Bündnis in einer Zeit des Wandels ausgesetzt ist.

Deutsche und amerikanische Gesprächspartner waren sich darin einig, daß die Beziehungen und das Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf eine Wendemarke zusteuern.

Fragliche Strukturen

US-Botschafter Richard Burt beschwor zwar die außergewöhnliche Nachkriegszeit „großer Männer, großer Herausforderungen und noch größerer Antworten". Doch: „Die Geschichte allein ist nicht genug für die neue Generation." Die Staatsmänner von heute, die sich einer neuen Welt gegenübersähen, brauchten „ein neues Konzept".

Für ein neues Konzept der transatlantischen Partnerschaft plädierte mit Nachdruck auch der deutsche Koreferent Michael Stürmer von der Universität Erlangen: „Es stellt sich die Frage, ob die Strukturen der Nachkriegszeit von Dauer sind ... ob die Architektur des Nachkriegssystems auch in Zukunft noch Geltung findet."

Die Europäer, so Stürmer, hätten Abschied zu nehmen von teuren Illusionen und müßten an einer variablen Geometrie Europas arbeiten, um vom Klienten der USA zum weltpolitischen Partner aufzusteigen.

Die unüberhörbare Aufforderung an die Europäer, sich ihres Machtgewichts in der weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen den beiden antagonistischen Blöcken bewußt zu werden und es sinnvoll einzusetzen, stieß auf volle Zustimmung bei Richard Burt. Stürmer sieht die Bundesrepublik als die Nation des Westens mit den stärksten historischen Bindungen und der größten geographischen Nähe zu Osteuropa. Sie müsse „eine Hauptrolle" dabei spielen, Veränderungen und mehr Offenheit in die geschlossenen Gesellschaftssysteme der kommunistischen Welt zu tragen.

Dabei gelte es freilich, Abschied zu nehmen von einer Entspannungspolitik mit ihren überzogenen Erwartungen. Dem Aufzug der Détente folgte ihr Verfall. Zwar umgeben uns noch, so Stürmer, die Strukturen der Nachkriegszeit. Doch sie altern, ebenso wie die psychologischen und politischen Voraussetzungen, unter denen sie zustande kamen. Den Befürwortern einer Wiederbelebung der herkömmlichen Entspannungspolitik schrieb Stürmer ins Stammbuch, daß die Détente mit ihren ausgesprochenen und unausgesprochenen Spielregeln der Vergangenheit angehöre. Niemand werde sie wiederbeleben können.

Künftig besser informiert

Als funktionsfähiges Konzept für die Zukunft bezeichnete Burt eine Politik, die darauf ausgerichtet sei, Offenheit und friedlichen Wandel in die geschlossenen Gesellschaften des Ostens hineinzutragen.

Man könne sicher sein, daß die Menschen in Osteuropa in einem Jahrzehnt mehr darüber wissen, was die Menschen in Westeuropa tun und denken, als jemals zuvor, meinte Burt.

In ähnlicher Weise äußerte sich Stürmer, der für eine koordinierte Ostpolitik des Westens plädierte, die sich verantwortlich wisse für die Menschen im östlichen Mitteleuropa.

Tschernobyl schadet auch der SPD

ULRICH REITZ, Bonn

Zwei Wochen vor der Landtagswahl in Niedersachsen haben es Sozialdemokraten und Grüne offenbar nicht geschafft, die mit absoluter Mehrheit regierenden Christdemokraten in der Wählergunst zu überflügeln. Daran hat auch die Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl Ende April nichts geändert. Auf die Frage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, welches Ergebnis die Befragten von der Niedersachsen-Wahl erwarten, antworteten 45 Prozent, sie rechneten mit einem Wahlsieg von Ernst Albrecht. SPD und Grüne kommen bei dieser „Erwartungsfrage", deren Ergebnisse gestern im ZDF-Politbarometer vorgestellt wurden, gemeinsam auf lediglich 42 Prozent. Allerdings äußerten immerhin 13 Prozent der Befragten keine Meinung.

Schröder kommt schlecht weg

Aufschlußreich für die Bewertung der beiden Spitzenkandidaten ist die „Sympathiefrage": Was halten sie von diesen Politikern? Während hier der Ministerpräsident „mittlere Werte" (0.3) erreicht, schneidet sein Herausforderer Schröder deutlich schlechter ab (0.1). Albrecht wird in den eigenen Reihen voll akzeptiert (1.3) der SPD-Politiker kommt bei den Genossen deutlich schlechter weg: 0.6. Kanzler Kohl notierte im Mai bei -0.1 (April: 0.3), Johannes Rau bei 1.1 (April: 1.2).

Der Reaktorunfall in der Ukraine hat eine tiefe Skepsis in der deutschen Bevölkerung über die weitere Nutzung der Kernkraft hinterlassen. Sprachen sich im April 1984 noch 29 Prozent dafür aus, weitere Atomkraftwerke zu bauen, so schmolz im Mai dieses Jahres der Wert auf zehn Prozent. 33 Prozent votierten für einen Ausstieg. Vor zwei Jahren waren es nur 13 Prozent.

Reaktorunfall auch bei uns?

Bemerkenswert sind die Antworten auf die Frage nach der Einschätzung der Sicherheit deutscher Kernkraftwerke. 72 Prozent der Befragten glauben, daß ein Unfall, der schwere Folgen für Bevölkerung hat, auch bei uns möglich ist. Lediglich 27 Prozent verneinten dies. Schlechte Noten bekam die Informationspolitik der deutschen Behörden: Nur 32 Prozent fühlten sich ausreichend informiert, 68 Prozent beklagten sich über unzureichende Informationen.

Tschernobyl hat offenbar auch die Sympathiewerte der Parteien beeinflußt. Auf die Frage: „Welche Partei bevorzugen Sie im Augenblick?" sprachen sich 39 Prozent für die Union aus (April: 44 Prozent). Aber auch die SPD konnte bislang keineswegs von der Verunsicherung in der Bevölkerung profitieren. Auch die Sozialdemokraten büßten zwei Prozentpunkte ein und liegen jetzt bei 44 Prozent. Tschernobyl kam in erster Linie den Grünen zugute: Sie verdoppelten ihren „Sympathie-Anteil" auf zwölf Prozent. Die FDP legte ein Prozent zu und liegt jetzt bei fünf.

Wenn am nächsten Sonntag in der Bundesrepublik gewählt würde, kämen Unionsparteien und FDP auf 50, SPD und Grüne zusammen auf 49 Prozent. Im April verfügte die Koalition noch über eine stabile Mehrheit von 52 Prozent.

Das „Schlupfloch" für Diplomaten heißt Stolpe

DIETER DOSE, Berlin

Vom Zentrum Ost-Berlins, wo die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung („StäV") der Bundesrepublik Deutschland zum größten Teil wohnen, bis in die City West-Berlins beträgt die Autofahrzeit etwa 20 Minuten. Das Dienstgebäude der „StäV" ist sogar nur eine Autominute vom nächsten Übergang (Invalidenstraße) nach West-Berlin entfernt. Doch wenn Ilona M., Ehefrau eines Mitarbeiters der Ständigen Vertretung, jetzt zu ihrer Arbeitsstelle im Westteil der Stadt will, benötigt sie zwei Stunden Fahrzeit oder länger.

Für mehr als 100 betroffene Mitarbeiter der Ständigen Vertretung ist Westberlin nun – je nach Stadtteil – zwischen 60 und 75 Kilometer entfernt. Das ist eine Folge der Anordnung der „DDR"-Behörden, die seit über einer Woche unter Verletzung des Berliner Viermächtestatus von Diplomaten, die drei westalliierten Schutzmächte ausgenommen, beim Passieren der Sektorengrenze das Vorzeigen des Diplomatenpasses verlangen. Bisher genügte die rote „Klappkarte", ausgestellt vom „DDR"-Außenministerium. Doch damit ist es vorbei. Die „DDR"-Schikane hat den Alltag in der Ständigen Vertretung komplizierter gemacht.

Bräutigam weigert sich

Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam, seine Mitarbeiter und deren Familienangehörige weigern sich, den „DDR"-Grenzern ihren Diplomatenpaß zu präsentieren. Eberhard Grashoff, Presseattaché der „StäV", hat es in der vergangenen Woche mehrmals an den innerstädtischen Sektorenübergängen mit der Klappkarte versucht – aber vergebens. Die Grepo wies ihn wie auch andere „Bonner" ab.

Das „Schlupfloch" in den Westen für die „StäV"-Mitarbeiter heißt Stolpe: Ein Grenzübergang im Norden Berlins und außerhalb der Stadt gelegen. Hier, auf „DDR"-Gebiet, gilt der Viermächtestatus nicht, deshalb weisen sich Diplomaten seit jeher mit dem Paß aus. Stolpe, gegenüber vom Westberliner Ortsteil Heiligensee, ist derzeit noch ein wenig frequentierter Grenzübergang. Vom nächsten Jahr an aber fließt hier der gesamte Autoverkehr von Berlin nach Hamburg.

Um dorthin zu gelangen, müssen die Diplomaten quer durch ganz Ost-Berlin und ein weites Stück durch den „DDR"-Kreis Oranienburg fahren. Nach Passieren des Kontrollpunktes befinden sie sich an einem der nördlichsten Zipfel West-Berlins. In der „rush hour" dauert es noch einmal eine halbe Stunde oder länger bis man in die Innenstadt kommt.

Vier Stunden Fahrzeit

Es gibt viele Gründe, für „StäV"-Angehörige West-Berlin zu besuchen. Dazu zählen beispielsweise Arztbesuche. Die „Westler" können zwar das „DDR"-Regierungskrankenhaus – das gleich in der Nachbarschaft der Ständigen Vertretung liegt –, aufsuchen, aber die meisten haben ihre behandelnden Ärzte im Westen. Betroffen sind außerdem die in West-Berlin berufstätigen Ehefrauen, Söhne und Töchter, die diesseits der Mauer an Hochschulen studieren.

Sie alle müssen es in Kauf nehmen: Einmal von Ost- nach West-Berlin und zurück, dazu brauchen sie vier bis fünf Stunden Fahrzeit. Manchmal nur für ein Telefongespräch, das von West-Berlin aus geführt werden muß, weil man die Gewißheit haben will, daß der Staatssicherheitsdienst nicht mit als ungebetener Lauscher in der Leitung sitzt...

Von der „DDR"-Schikane sind jedoch glücklicherweise die Schulkinder der „StäV"-Mitarbeiter ausgenommen: Sie können mit ihrem Schülerausweis noch im Schulbus die innerstädtischen Übergänge passieren. Das gilt außerdem für die sogenannten „Ypsilons" der Ständigen Vertretung. So wird das technische Personal wegen des „Y" im Kraftfahrzeug-Kennzeichen genannt. Sie haben andere Ausweise und keine Diplomatenpässe.

Wilms tritt nicht gegen Süssmuth an

dpa, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms wird nicht für das Amt der Vorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung kandidieren. Sie tritt damit nicht in Konkurrenz zur aussichtsreichsten Bewerberin für dieses Amt, Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth. Mit Blick auf die am 7. Juni in Bonn vorgesehene Wahl erklärte Frau Wilms gestern, daß eine Kandidatur zweier Bundesminister aus Gründen der Effektivität der politischen Arbeit nicht zweckmäßig sei. Auch die Vorsitzende der westfälischen CDU-Frauen, die Bundestagsabgeordnete Leni Fischer, hat ihre Kandidatur für den Vorsitz zurückgezogen.

Einzige Gegenkandidatin von Rita Süssmuth ist damit nach derzeitigem Stand noch die CDU-Bundestagsabgeordnete Renate Hellwig. Die rund 360 Delegierten der CDU-Frauenvereinigung haben die Nachfolgerin der vor einigen Monaten verstorbenen Vorsitzenden Helga Wex zu wählen.

Totalverweigerer freigesprochen

dpa, Idar-Oberstein

Das Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Idar-Oberstein (Kreis Birkenfeld) hat den 21jährigen Kai Kanz aus Stuttgart, der aus Gewissensgründen den Wehrdienst wie auch den zivilen Ersatzdienst verweigert, von der Anklage der Wehrdienst- und Gehorsamsverweigerung freigesprochen.

Der junge Mann hatte im Januar 1985 erstmals den Antritt des Wehrdienstes in Idar-Oberstein verweigert. Im April 1985 war er vom Jugendschöffengericht Idar-Oberstein als erster sogenannter Totalverweigerer in der Bundesrepublik freigesprochen worden. Kanz hatte damals vor dem Gericht in Idar-Oberstein gesagt, er könne mit seinem Gewissen keinerlei Gewaltanwendung vereinbaren. Auch der zivile Ersatzdienst sei „Beihilfe zu Mord", da er im Rahmen der zivilen Verteidigung offizieller Teil der militärischen Gesamtverteidigung sei, der militärischen Planung unterlege und somit ein „Kriegsdienst ohne Waffen" sei.

Die Vereinten Nationen beschließen ein Hilfsprogramm für Afrika

Wirtschaft soll angekurbelt werden / Finanzzusagen westlicher Länder blieben aus

ACHIM REMDE, New York

Nach einer knapp einwöchigen Sondersitzung hat die UNO ein „Aktionsprogramm für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986–1990" verabschiedet. Die Vereinten Nationen verpflichten sich darin, Afrika bei einem energischen Feldzug gegen die katastrophale Wirtschaftslage zu helfen.

Ein von der Organisation für Afrikanische Einheit ausgearbeiteter und in das Programm aufgenommener Plan sieht bis 1990 Investitionen zur Wirtschaftsbelebung in Höhe von 128 Milliarden Dollar vor. Davon wollen die Afrikaner 82 Milliarden Dollar selbst aufbringen, der Rest soll von außen kommen. Auf präzise Finanzzusagen ließen sich die Geberländer allerdings nicht festlegen. Die Westeuropäer versprachen, ihre Entwicklungshilfe künftig besser zu koordinieren.

Mehr Marktwirtschaft

Die Reden der Außenminister im Plenum hatten schon bald gezeigt, daß Afrika und der Westen sich bei der Suche nach Wegen zur Beseitigung von Hunger und wirtschaftlichem Niedergang in Afrika angenähert haben. Seit geraumer Zeit ist in Afrika ein gewisser Pragmatismus festzustellen: Betonung der privaten Initiative, mehr Marktwirtschaft. Ob nach Westen oder Osten hin orientiert – fast alle Länder des schwarzen Kontinents waren nach der Unabhängigkeit mit dem Ziel angetreten, einen Wohlfahrtsstaat aufzubauen. Das Resultat waren aufgeblähte Bürokratien und ineffektive Staatsbetriebe: Hunger und Elend machten sich breit. Doch in den propagandistischen Parolen der Dritte-Welt-Politiker war davon nie die Rede. Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus, ungerechte Weltwirtschaftsordnung waren die Schlagworte – und meistens mußte auch noch das „Rassistenregime" in Südafrika herhalten.

Die im Plenum demonstrierte Eintracht verblaßte jedoch bei der Arbeit hinter verschlossenen Türen. Die Gruppe der Blockfreien, die die neue Weltwirtschaftsordnung seit jeher als ideologischen Kernpunkt gepflegt hatte, leistete den afrikanischen Pragmatikern hartnäckig Widerstand. Verständlich, denn die Blockfreien-Bewegung, traditionell in der UNO tonangebend, war allein schon dadurch irritiert, daß man zum ersten Mal in der Geschichte der UNO von einer globalen Behandlung der Entwicklungsprobleme abgewichen war, indem man eine Konferenz ausschließlich einer Region, Afrika, widmete, und sah im Verhalten der Afrikaner Verrat an der Dritte-Welt-Solidarität. Der von Afrika ebenfalls enttäuschte Ostblock bestärkte sie darin. Die Afrikaner selbst zögerten denn auch als sich herausstellte, daß vom Westen keine festen Finanzzusagen zu erwarten waren. Wie Afrika seinen eigenen Anteil finanzieren will und wie die Durchführung des Programms überwacht werden soll, bleibt unklar.

Neben den offiziellen Delegationen gaben auch private Organisationen ihre Meinungen zur Bewältigung der Krise in Afrika kund. „Live-Aid"-Propagator Bob Geldof kritisierte die Ineffektivität der UNO und auch den amerikanischen Außenminister Shultz, weil dieser Afrika militärische Unterstützung angeboten hatte. Der erfolglose Aspirant für die amerikanische Präsidentschaft, Jesse Jackson, sagte, der Reaktorunfall von Tschernobyl habe gezeigt, daß letztlich alle in einem Boot sitzen, „wenn der Wind sich dreht". Wenn Afrika sich aus der Weltwirtschaft ausklinke, werde die westliche Welt das Nachsehen haben. Beide sprachen sich für ein Schuldenmoratorium aus, mit dem Afrika sich wirtschaftlich erholen könne.

Vorbehalte gegen IWF

Genau weiß niemand, wie der krisengeplagte Kontinent auf den Weg zu einer wirtschaftlichen Trendwende gebracht werden kann. Bisher hat nur der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Konzept vorgelegt, das Aussicht auf Erfolg verspricht und in Ghana bereits Wirkung zeigt. Obwohl die Politik des IWF in Afrika in den Grundzügen akzeptiert wird, stößt der politische Einfluß der Organisation auf Widerstand. Die Kompromißbereitschaft der Afrikaner ist denn auch weitgehend von der Furcht bestimmt, in großem Umfang ihre Souveränität einzubüßen. Wenn wirtschaftliche Roßkuren angewendet werden müssen – und das steht außer Zweifel –, dann wollen die Afrikaner es selber tun.

Opposition liegt bei der Wahl in Ecuador vorn

AP, Quito

Die Wähler in Ecuador haben der Politik ihres Präsidenten, Leon Febres Cordero von der Christlich-sozialen Partei (PSC), offenbar eine deutliche Absage erteilt. Bei der Abstimmung über eine von der Regierung angestrebte Verfassungsänderung ergab sich nach Auszählung von mehr als 30 Prozent der Stimmen eine deutliche Mehrheit gegen die Änderung. Die Abstimmung war von der Regierung mit den Parlaments- und Regionalwahlen verknüpft worden. 4,2 Millionen Ecuadorianer hatten 59 der 71 Mitglieder des Einkammerparlaments, 51 Abgeordnete von Provinzparlamenten und 461 Kommunalabgeordnete neu zu wählen.

Nach den gestern vorliegenden Ergebnissen stimmten 61 Prozent gegen die Verfassungsänderung. Sie sieht vor, daß Inhaber öffentlicher Ämter künftig nicht mehr Mitglied einer politischen Partei sein müssen. Die linken Oppositionsparteien hatten eine Ablehnung der Verfassungsänderung empfohlen.

Auch bei der Stimmauszählung der Kongreßwahlen lag die Opposition vorn. Der Urnengang gilt als Test für den strikten Sparkurs des seit 1984 amtierenden Präsidenten. Die Wirtschaftslage Ecuadors hat sich wegen des Ölpreisverfalls seit Ende vergangenen Jahres spürbar verschlechtert.

Chinas Marine übt im Westpazifik

rtr, Tokio

Die chinesische Marine hat nach Berichten der japanischen Tageszeitung „Sankei Shimbun" im Mai erstmals ein größeres Seemanöver im westlichen Pazifik veranstaltet. Sonst hatte die Marine ihre Übungen bisher zumeist in Küstennähe abgehalten. Nach Darstellung der Zeitung reagiert China mit dieser geänderten Marinestrategie auf den Ausbau der sowjetischen Pazifikflotte in den vergangenen Jahren und die engeren Militärbeziehungen der Sowjetunion zu Vietnam.

Knapp 100 Tage regiert Corazon Aquino die Philippinen. Sie trägt schwer am Erbe der Ära Marcos': Wirtschaftskrise, Auslandsverschuldung, kommunistische Rebellion. Diese Probleme stehen einem nationalen Konsens im Wege.

Schonfrist für Frau Aquino läuft ab



Massenprotest in Manila: Anhänger des gestürzten Präsidenten Marcos wehren sich gegen eine neue Verfassung FOTO. AFP

Von JOCHEN HEHN

Staatspräsidentin Corazon Aquino wird nach den ersten hundert Tagen ihrer „gelben Revolution" kum Muße finden, Bilanz zu ziehen. So sehr häufen sich die Probleme auf den Philippinen, von denen jedes geeignet ist die Zukunft des 55 Millionen-Volkes entscheidend zu beeinflussen. Corazon Aquino wird jedoch die Erkenntnis gewonnen haben, daß es weit mehr als guter Absichten oder einer Anti-Marcos-Ideologie bedarf, um ein von Krisen erschüttertes Land in den Griff zu bekommen.

Die Filipinos, die Frau Aquino am 25. Februar auf einer Welle der Euphorie zur Macht getragen haben, rechnen Erfolge und Mißerfolge gegeneinander auf. Sie mußten die deprimierende Erfahrung machen, daß sich ihre Erwartungen – die sicher zu hochgesteckt waren – nicht erfüllt haben.

So ist es unbestritten, daß die in 20 Jahren durch die Regierung Marcos zu Grunde gerichtete Wirtschaft des Landes noch keinen nennenswerten Aufschwung genommen hat. Vor allem auf dem Lande, wo 70 Prozent der Bevölkerung leben, herrscht weiter bittere Armut.

Die vor wenigen Tagen gewährte internationale Wirtschaftshilfe wie der von der Weltbank und einigen Industrienationen (darunter auch die Bundesrepublik Deutschland) bereit gestellte 770 Millionen US-Dollar-Kredit, ist nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Von der weit verbreiteten Armut profitiert in erster Linie die kommunistische Guerrilla, die trotz beschwörender Appelle Corazon Aquinos nicht daran denkt, ihren bewaffneten Kampf aufzugeben.

Die Folge: In der Armee wächst die Unruhe. Nicht nur, weil ihr Zurückhaltung gegen die angeblich verhandlungsbereite Guerrilla auferlegt wurde, sondern auch wegen der den kommunistischen Rebellen versprochenen Generalamnestie, während eine „Präsidentenkommission für Menschenrechte" die Marcos-Vergangenheit einiger Militärs unter die Lupe nimmt.

Noch steht die Armee, an ihrer Spitze Generalstabschef Fidel Ramos, loyal zur neuen Regierung. Doch ist es kein Geheimnis, daß Verteidigungsminister Ponce Enrile der Regierungspolitik gegenüber den Rebellen mit großem Mißtrauen begegnet und sich dabei der Unterstützung vieler Militärs sicher ist.

Weniger beunruhigend als die kommunistische Gefahr ist die lautstark auftretende Opposition, die sich aus Anhängern des außer Landes geflohenen Ferdinand Marcos formiert, jedoch durch ihre Massenaufmärsche für ein weiteres Element der Unruhe sorgt.

In der Behandlung dieser Oppositionelle durch die Regierung zeigt sich jedoch ein wesentlicher Unterschied zur Marcos-Diktatur: Die Filipinos leben heute in einer Atmosphäre der Freiheit. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß all die Freiheiten, die sie jetzt genießen, in die künftige Verfassung aufgenommen werden, die von der gestern erstmals zusammengetretenen Verfassungskommission bis zum September vorgelegt werden soll.

Frei und arm zu sein, ist sicher nicht genug. Doch ungeachtet ihrer Ernüchterung nach den ersten hundert Tagen ihrer neuen Regierung haben sie die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Und sie tun gut daran, sich weiter in Geduld zu fassen. Schnelle Erfolge sind bei dem Erbe, das die Regierung Aquino angetreten hat, nicht zu erwarten.

Anläßlich des zehnten Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Philippinen hat Staatspräsident Gromyko in einem Telegramm an Frau Aquino die Hoffnung ausgedrückt, „daß sich unsere Beziehungen auch künftig entwickeln".

Am Ende siegte die relative Wahrheit

Israel im Konflikt zwischen Staatsräson und absoluter Gesetzestreue / Der Fall Zamir

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Es war im Grunde ein Konflikt zwischen Staatsräson und absoluter Ethik. Und wie so oft in Israel, lag die Lösung in einem Kompromiß.

Der Generalstaatsanwalt, Professor Yitzhak Zamir, hatte vor vier Monaten seinen Rücktritt „aus persönlichen Gründen" angemeldet, aber den Termin der Regierung überlassen. Diesen Sonntag, nachdem er sich wie ein moderner Michael Kohlhaas benommen hatte, akzeptierte die Regierung den Rücktritt mit einer Frist von nur drei Tagen und ernannte als Nachfolger den stellvertretenden Vorsitzenden des Tel Aviver Bezirksgerichtes, den 62jährigen Josef Charish.

Der Hintergrund der Affäre: Bei der Befreiung eines israelischen Busses mit 30 Geiseln vor etwas mehr als zwei Jahren wurden zwei der vier Geiselnehmer getötet, nachdem sie sich ergeben hatten. Abraham Shalom, der Chef des Abwehrdienstes „Shabak" (früher „Shin-Bet" genannt), soll für den Tod der beiden Geiselnehmer verantwortlich sein: Er soll sogar Dokumente gefälscht und Zeugen zu falschen Aussagen verleitet haben. Zamir übergab seine Vernehmungsprotokolle der Polizei und beauftragte sie mit einer vollen Ermittlung.

Hier schaltete sich die Regierung ein und zwar mit seltener Einhelligkeit. Sie versuchte, Zamir zum Zurückziehen des Auftrages zu bewegen und die Sache einer geheimen Untersuchungskommission zu übergeben, um die unvermeidliche Schädigung der staatlichen Sicherheitsinteressen abzuwenden. Zamir berief sich jedoch auf sein verfassungsmäßiges Recht, das seine Beschlüsse unanfechtbar macht und weigerte sich. Das Gesetz sorge auch für Sicherheit, meinte er.

Premier Peres argumentierte: „Wir stehen in einem ständigen Kampf mit unmenschlichen Terroristen. Der Shabak leistet Unglaubliches, um unsere Sicherheit zu gewährleisten." Peres erklärte, er habe den von Shabak-Chef Shalom angebotenen Rücktritt abgelehnt, auch habe er sich geweigert, ihn vom Dienst zu suspendieren: „Es ist meine moralische Pflicht, an der Seite eines Mannes zu stehen, der den staatlichen Auftrag hat, das Leben seiner Bürger zu schützen und gegen den nur prima facie Beweise bestehen … Das wäre eine leichte Lösung, aber wer würde sich in der Zukunft zur Übernahme solcher Posten bereit finden, wenn leichte Lösungen zur Praxis werden?"



Objektive Strenge gegen rechts: Ex-Generalstaatsanwalt Zamir FOTO: CAMERA PRESS

Der Großteil der Presse unterstützte Zamir. Sogar die große Gewerkschaftszeitung, die im allgemeinen die Ansichten der Arbeiterpartei vertritt, schrieb: „Wir sind Zeugen eines Versuches, die Position des Generalstaatsanwaltes zu untergraben und seinen Namen zu beschmutzen … Die Regierung hat kein Recht, ihn zu umgehen." Die unabhängige Zeitung „Chadashot" meinte: „Es geht hier um einen Konflikt zwischen Wahrheit und relativer Wahrheit."

Allerdings hat sich auch Zamir nicht als blütenweiß erwiesen. Er ging in seiner siebenjährigen Dienstzeit mit objektiver Strenge mehr gegen rechts denn gegen links vor. Dem Likud gelang der Nachweis, daß Zamir in öffentlichen Ansprachen gegen die extreme Rechte sprach, aber nie gegen die extreme Linke.

Der neu ernannte Generalstaatsanwalt Charish ist für seine Haltung als Anhänger der staatlichen Autorität bekannt. Justizminister Yitzhak Modai bestritt, daß dies „irgend etwas mit der laufenden Kontroverse zu tun habe". Das ist ziemlich unglaubhaft. Zumal Charish bereits erklärte, er müsse zwar „die Akte noch genau studieren, aber grundsätzlich bin ich für eine geheime Ermittlung".

(SAD)

Jaruzelskis Lehrer führt Exilregierung

J. G. G. Bonn

Zum neuen Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in London wurde Professor Edward Szczapanik gewählt. Der Hochschullehrer an der Polish University in London löst Kazimierz Sabbat ab, der die Exil-Polen seit 1976 führte. Szczapanik lehrte an der Harvard-Universität und war lange Zeit hoher UN-Beamter im Auftrag der britischen Krone.

Als junger Fähnrich wurde Szczapanik 1939 nach der polnischen Kapitulation im sowjetischen Lager Malischtschw Bor interniert und dort mit der Gründung eines Lagergymnasiums beauftragt. Zu einem seiner Schüler zählte der Jungwehrmann Wojciech Witoch Jaruzelski, der eines Nachts nach „Gesprächen" mit dem sowjetischen Geheimdienst spurlos verschwand und später als Oberfähnrich in einer sowjetischen Militärschule in Rjasan bei Moskau wieder auftauchte. Szczapanik trat der von den Sowjets gegründeten national-polnischen Armee bei und war bei Kriegsende Artillerie-Hauptmann bei den westlichen Alliierten.

Die nach der Niederlage Polens 1939 gegründete Exil-Regierung ist seit 1940 in London ansässig. Nach der Entdeckung der sowjetischen Massaker in Katyn brach sie mit Moskau. 1944 gründete die Sowjetunion als Gegenregierung das kommunistische „Lubliner Komitee". Auf der Konferenz von Jalta 1945 erkannten auch die West-Alliierten die von Moskau protegierte Regierung an.

Buenos Aires will Beziehung zu Bonn noch enger gestalten

Bundesrepublik als Vorbild / Wörners Reise-Eindrücke

R. MONIAC, Buenos Aires

Der vom argentinischen Präsidenten Raoul Alfonsin mit großer Energie vorangetriebene Prozeß der Demokratisierung des Landes nach langjähriger Herrschaft der Militärs zwingt auch die Streitkräfte zum radikalen Umdenken und zur Bereitschaft, die politische Verantwortung der vom Volk gewählten Führung zu akzeptieren. Dies ist eine der Erkenntnisse, die Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner von seinem zweitägigen Besuch in Buenos Aires und aus Gesprächen mit Alfonsin, weiteren Politikern und Verantwortlichen im Verteidigungsministerium mitbrachte.

Gleichzeitig wurde bei den Gesprächen deutlich, wie intensiv Argentinien sich um eine Verstärkung seiner Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten bemüht und wie sehr Buenos Aires daran interessiert ist, vor allem auch durch die Vermittlung der Bundesrepublik, alsbald eine Lösung des Streits mit Großbritannien um die Falkland-Inseln zustandezubringen. Insgesamt nahm Wörner von seiner zehntägigen Reise, die ihn vorher auch nach Brasilien geführt hatte, den Eindruck mit, beide Länder seien für eine Intensivierung der Kontakte zu Bonn „ungeheuer dankbar".

Wörner knüpfte in Buenos Aires an die Gespräche an, die sein argentinischer Amtskollege German Lopez vor Wochen mit ihm schon in Bonn geführt hatte. Die Regierung in Buenos Aires hat sich die Bundesrepublik hinsichtlich der Einbettung von Streitkräften in einen freiheitlich-demokratisch verfaßten Staat zum Vorbild genommen. Auch die verantwortlichen Generale und Admirale der Armee sind, wie der deutsche Minister feststellen konnte, vom deutschen Konzept der „Inneren Führung" beeindruckt. Verabredet wurde, daß bald eine Gruppe Obristen aus Argentinien mit Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Studienaufenthalt in die Bundesrepublik reisen wird, um sich über die Stellung der Bundeswehr im Verfassungsgefüge und die weiteren gesetzlichen Grundlagen zu informieren.

Wörner, der immer wieder unterstrich, er reise nicht nur als Verteidigungsminister, sondern auch als Regierungsmitglied, um damit zu betonen, daß er sich für die Pflege der äußeren Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten neben Bundeskanzler und Außenminister wie die weiteren Kabinettsmitglieder ebenfalls verantwortlich fühle, wurde in Buenos Aires bedeutet, man sehe in Bonn den wichtigsten Partner überhaupt.

Ob sich die darin zum Ausdruck kommende argentinische Erwartung über die konkreten Möglichkeiten zur Verbesserung der Kooperation zwischen beiden Ländern befriedigen läßt, wurde in Wörners Delegation allerdings zurückhaltend beurteilt. Bei der Überwindung des vordringlichsten Problems Argentiniens, der Bekämpfung der Wirtschaftsrezession, könne das Ausland direkt nur wenig helfen.



Jelena Bonner: Kreml verfolgt neue Taktik

DW. Mailand

Jelena Bonner, die Frau des nach Gorki verbannten sowjetischen Atomphysikers Andrej Sacharow, hat vor ihrem Abflug in die Sowjetunion auf die neue Taktik des Kreml hingewiesen. Moskau bemühe sich bei seiner Kampagne gegen den Regimekritiker jetzt darum, Sacharow als achtbaren Wissenschaftler darzustellen, der von seiner „jüdischen, zionistischen, von der CIA bezahlten Frau" auf Irrwege geleitet werde. Nach offizieller sowjetischer Darstellung steht einer Rückkehr Sacharows nach Moskau nur das „antisowjetische" Verhalten von Jelena Bonner entgegen.

Zu derartigen Erklärungen sagte Sacharows Frau, sie sei bereit, allein in Gorki zurückzubleiben, falls ihr Mann dadurch wieder in die sowjetische Hauptstadt reisen dürfe. Wenn Sacharow in Gorki bleibe, sei „sein Leben wirklich in Gefahr". Die behandelnden Ärzte, so Frau Bonner, hätten ihrem Mann während dessen Hungerstreik gesagt: „Wir lassen Sie nicht sterben, aber wir werden Sie zum Krüppel machen."

Nach ihrem mehrmonatigen Aufenthalt im Westen ist Jelena Bonner gestern von Mailand aus nach Moskau zurückgeflogen. Zu Beginn ihres Aufenthaltes hatte sie öffentliche politische Erklärungen strikt vermieden. Sie ging erst von dieser Haltung ab, nachdem heimlich in Gorki gemachte Video-Aufnahmen von der Sowjetunion verbreitet worden waren. Zur Begründung sagte sie, sie wolle „dem KGB nicht das Monopol der Information über Sacharow lassen".

Gericht läßt radikale Basken-Partei zu

dpa, Madrid

Die baskische Wählergemeinschaft Herri Batasuna (HB), der Beziehungen zu den ETA-Terroristen nachgesagt werden, muß nach einem Spruch des Obersten Gerichtshofs in Madrid als Partei anerkannt werden. Damit hat auch die oberste Justizinstanz Spaniens gegen das Innenministerium entschieden, das mehrfach mit Berufungen gegen Urteile von Verwaltungs- und Zivilgerichten ein Verbot dieser Wählergemeinschaft erreichen wollte.

Die Franzosen entdecken den türkischen Markt

Handfeste Gründe für Flirt mit Ankara / Äquidistanz mit Athen

E. ANTONAROS, Ankara

Die Deutschen, seit Jahren von der Türkei als die treuesten Partner in Westeuropa betrachtet, haben Konkurrenz erhalten. Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker Anfang vergangener Woche zum ersten Besuch eines westlichen Staatsoberhaupts seit sechs Jahren in Ankara eintraf, hatte gerade der französische Verteidigungsminister André Giraud die türkische Hauptstadt verlassen.

Girauds knapp zweitägige Türkei-Reise manifestiert deutlicher als alles andere den erst einige Monate alten, aber sehr intensiven Flirt zwischen Frankreich und der Türkei. „Unsere bilateralen Beziehungen haben eine neue Qualität erhalten", sagte Ministerpräsident Turgut Özal nach Gesprächen mit der französischen Regierung Ende April in Paris.

Streit über Terroristen

Herzlichkeit ist in den Beziehungen zwischen Türken und Franzosen absolut neu. In den vergangenen fünfzehn Jahren war das bilaterale Verhältnis oft so frostig, daß die beiden Regierungen zeitweilig nicht einmal miteinander redeten. Ankara hat die Franzosen immer wieder beschuldigt, die armenischen Terroristen in Schutz zu nehmen. Tatsächlich sind in keinem anderen Land der Welt so viele Terroranschläge auf türkische Diplomaten wie in Frankreich verübt worden. Vor allem Mitterrands inzwischen verstorbenem Innenminister Defferre haben die Türken vorgehalten, mit Rücksicht auf die armenische Gemeinde in seiner Heimatstadt Marseille absolut nichts zur Zerschlagung der armenischen Terrorgruppen zu tun.

Ein Dorn im Auge der Türken war auch die Griechenfreundlichkeit der Franzosen. Vor allem unter den Präsidenten Giscard d'Estaing und Konstantin Karamanlis blühten die Beziehungen zwischen Athen und Paris auf. Damals hieß es sogar, daß Giscard die Griechen in die EG geführt habe.

Aber auch in den vergangenen Jahren hat Ankara den Verdacht nicht loswerden können, daß sich Griechen und Franzosen verbündet hätten, um die Türken wegen Menschenrechtsverletzungen in wichtigen europäischen Gremien anzuschwärzen und den Ausbau der Beziehungen zur EG zu bremsen.

Die Wende kam mit dem Regierungswechsel in Paris. Frankreichs neuer Ministerpräsident Chirac, der schon früher enge Kontakte zu Özal und dessen konservativer Regierungspartei gepflegt hatte, setzte neue Akzente. Sehr zu seinem Erstaunen mußte sich Athens Staatspräsident Christos Sartzetakis während eines Staatsbesuchs in Paris vor einigen Wochen von Chirac sagen lassen, daß Frankreich fortan eine Art Äquidistanz zwischen Griechen und Türken pflegen, ja, daß es die Beziehungen zu Ankara verbessern wolle.

Großprojekte in Aussicht

Möglicherweise will Chirac durch diese betonte Freundlichkeit gegenüber Ankara auch sein Unbehagen über das Verhalten des sozialistischen griechischen Ministerpräsidenten Papandreou zum Ausdruck bringen. Maßgebend sind allerdings andere Überlegungen. Die Franzosen haben erkannt, daß sie in der Türkei einen enormen wirtschaftlichen Nachholbedarf haben. Während sich die deutschen Ausfuhren seit 1980 mehr als verdoppelt haben (1985: 1830 Millionen Dollar), haben die französischen Exporte nur um knapp 25 Prozent (514 Millionen Dollar) zugenommen.

Der ständig wachsende türkische Markt, so haben viele französische Firmen inzwischen erkannt, bietet große Möglichkeiten. Viele Unternehmen wollen mit Großprojekten massiv einsteigen. Unter anderem geht es um den Bau der U-Bahn in Ankara und eines riesigen Kohle-Kraftwerks bei Izmir sowie um die Lieferung von Rüstungsmaterial.

Den Türken ist diese Entwicklung nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen höchst willkommen. Einmal sind sie ständig auf der Suche nach neuen Absatzmärkten, zum anderen wollen sie ihre Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft normalisieren. Denn – so Informationsminister Mesut Yilmaz – für uns ist es ein wichtiges Prinzip, daß wir zu Europa gehören." (SAD)

Albrecht hofft jetzt auf hohe Wahlbeteiligung

MJ. Hannover

In der CDU-Führung herrscht jetzt Übereinstimmung über die „gute Chance" der Niedersachsen-CDU, nach der Landtagswahl „die erfolgreiche Arbeit der Regierung Albrecht fortzusetzen". Mit diesen Worten trat der CDU-Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, gestern nach der Sitzung des Parteivorstandes in Hannover dem in der vergangenen Woche entstandenen Eindruck entgegen, die Union schließe eine Wahlniederlage in Niedersachsen nicht aus.

Auf entsprechende Nachfragen bekräftigte Kohl: „Ich bin ganz sicher: Ernst Albrecht wird Ministerpräsident bleiben." Es gebe „niemanden zur Ordnung zu rufen". Er selbst habe „nicht die Absicht, mich mit einer denkbaren Niederlage zu beschäftigen".

Albrecht berichtete aus dem „hervorragend laufenden" Wahlkampf, der von CDU-Generalsekretär Geißler so bezeichnete „Richtungswahlcharakter" der Wahl für die Bundespolitik präge sich den Bürgern nachhaltig ein und werde „vermutlich eine erhöhte Wahlbeteiligung" bewirken. Zusätzlichen Auftrieb verspricht sich die Union von der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen aus dem Monat Mai, die eine positiven Trend anzeigen werden.

Keinen Zweifel" hat Albrecht am Verbleiben der FDP im Landtag: „Gerade deshalb" habe die CDU „keinen Anlaß", die Freidemokraten zu stützen. Unwidersprochen – Geißler hatte kürzlich noch ein „Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Lager" registriert – äußerte Albrecht die Erwartung, zusammen könnten CDU und FDP „sogar auf etwas über 52 Prozent kommen".

In einer „Erklärung zur Landtagswahl" meint der CDU-Vorstand, „die unverantwortliche Angstkampagne" von SPD und Grünen zur Kernenergie nach der Tschernobyl-Katastrophe sei „gescheitert", da das „Urteilsvermögen der Bürger" die energiepolitischen „Schlangenlinien" der SPD nicht honorieren werde. Unter Anspielung auf die „vor vier Jahren von der SPD geerbte schwerste Wirtschaftskrise seit der Währungsreform" (Geißler) „appelliert die CDU an die Niedersachsen, nicht diejenigen zu wählen, die den Karren in den Dreck hineingefahren„ sondern diejenigen, die ihn herausgezogen haben".

Die Frage nach den Grünen haftet Schröder täglich an den Fersen

Von MICHAEL JACH

Die 24seitige Hochglanzbroschüre der niedersächsischen SPD preist den im Werbefoto zu strahlender Kosmetikglätte retuschierten Spitzenkandidaten als einen „Ministerpräsidenten für alle" an. Indes, wenn Gerhard Schröder im Wahlkampf um die Macht in Hannover „die Anderen" geißelt – als brandmarkender Richtungsbegriff gleichbedeutend mit „die Rechten", „die Konservativen", als Sozialchiffre mit „die Privilegierten", auch schon mal „die Dicken" –, dann weht ein Hauch polarisierender Demagogie über die Schauplätze seiner Kundgebungen.

Mit der „Versöhnungs"-Rhetorik des anderen, in Niedersachsen schon um die Macht in Bonn fechtenden sozialdemokratischen Spitzenkandidaten, genannt „Bruder Johannes" Rau, mögen Schröders Kampfvokabeln sich wohl stoßen. Weil aber Wahlversammlungen vom Partei-Stammpublikum leben, schafft der Albrecht-Herausforderer sich über den Appell an das soziale Wir-Gefühl der lauschenden Genossen die tragende Stimmungswoge, auf deren Schaumkamm er sich zur mobilisierenden kämpferischen Hochform aufschwingt.

Das gelingt nicht überall. Auf dem Neubau-Marktplatz von Altwarmbüchen vor den Toren Hannovers müht er sich zwanzig Minuten lang mit mäßigem Erfolg, den zündenden Funken auf die locker verteilten dreihundert Zuhörer überspringen zu lassen. Die „Celler Regierungsbombe" Tschernobyl und der Kernkraft-„Umstieg", Attacken gegen Ernst Albrecht und Schröders „zuverlässigen Wahlhelfer" Helmut Kohl – keines der kalkulierten Erregungsthemen reizt zu mehr als schütterem Beifall. Schröders Sprache wird bald merkwürdig spröde, verfängt sich im Seminaristenstil, trifft „den Nerv" nicht.

Tags zuvor, im Landstädtchen Melle am Nordosthang des Teutoburger Waldes, hat ein zahlenmäßig gleiches Publikum einen ganz anderen Gerhard Schröder erlebt. Dort, im Gasthaussaal, freute sich Albrecht über die „dichtere Atmosphäre" – sie ist allemal der Polemik förderlich. Der erste Hieb auf Kohl, der nächste auf Albrecht – ohne diesen späterhin noch beim Namen zu nennen –, und Schröder hat den Saal rhetorisch in der Hand.

In einem Landtagswahlkampf, den beide Großparteien mit der Inanspruchnahme eines neuen „Wir-Niedersachsen"-Gefühls bestreiten, gibt Schröder dem Appell an den Heimatstolz die griffige parteiliche Wendung: Dieses Land sei „viel zu schön, um schwarz zu sein".

So hat der Spitzenkandidat ein dankbares Publikum, wenn er sich an Gegenständen wie „Sozialabbau" und Trümmerfrauen-Babyjahr Luft macht über „konservative Politik", die unter dem Leitbild der „Ellenbogengesellschaft" die „Fahne des Christentums stiehlt".

In der Diskussion kommt das regionale Sorgenthema „Stahlstandort Osnabrück" zur Sprache. Es hat den Wahlkampfreisenden bereits den Nachmittag über beschäftigt: Seniorenkaffee in Georgsmarienhütte, Treffen mit Stahl-Betriebsräten. Nach der einstweiligen Rettung des Werks „GMHütte" im Vorjahr treibt die Stahlwerker die Sorge um, nun sei irgendwann das aus Kostengründen nicht augelastete Elektrostahlwerk Osnabrück „dran"; an beiden Werken samt Zulieferern hängen nahezu 10 000 Arbeitsplätze und damit Wohl und Wehe der Region. Schröder verspricht, auf ihn werde Verlaß sein, wenn's wieder Ernst werden sollte.

Beim Altenkaffee zuvor hatte er „Dunst gekriegt", so sagt man hier, von Genossen, weil er, als die Schließung der Hütte verhindert wurde, „die Schau dem Albrecht überlassen" habe: „Wo warst du da eigentlich?"

Im kahlen Tanzsaal des verblichenen „Kasinohotels" von Georgsmarienhütte, einst in Wirtschaftswunderjahren gewiß einmal der Stolz des Ortes, steht Schröder allzu weit entrückt am Pult auf der Saalbühne, als daß das vertrauliche Genossen-Du noch wärmen könnte.

Da schießt dann eine resolute Sozialdemokratin die Frage regelrecht auf ihn ab, die ihm angeblich die Presse eingebrockt hat, mit der indes die älteren Genossen ihm landauf, landab viel hartnäckiger auf den Fersen bleiben: „Was hast du nun wirklich mit den Grünen vor? Der Holger hat ja auch erst gesagt, er nimmt die Dachlatte ..." Die Antwort der Wahlstrategen klebt dieser Tage allenthalben an den Plakatständern: „Klarheit wählen – Gerhard Schröder."

Bevorzugt geschlossene Säle: Gerhard Schröder
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Südamerikas Guerrilla versucht es ohne Gewalt

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Fast 25 Jahre waren seit der Gründung der uruguayischen Guerrilla-Gruppe „Tupamaros" ins Land gegangen, als sie sich Ende Dezember, nach Uruguays Demokratisierung, im Schutz einer Amnestie zum ersten Mal wieder zu einem Kongreß versammelte. Sie entsagte nun dem bewaffneten Aufstand und reorganisierte sich als politische „nationale Befreiungsbewegung". Die Entwicklung der Tupamaros ist ein typisches Beispiel für den politischen Prozeß in den zur Demokratie zurückgekehrten Ländern Südamerikas. Dieser Prozess verlief in Etappen:

– Die Diktaturen der siebziger Jahre, die als Notwehr gegen die kommunistische Subversion legitimiert wurden, unterbrachen nur die Tätigkeit der marxistischen Linken, beendeten sie aber nicht.

– Diese ins politische Leben zurückkehrende Linke, die sich einst ohne nennenswerte Unterstützung der Sowjets etabliert hatte, entdeckt nun, daß während ihrer erzwungenen Passivität ihre Heimatländer Beziehungen zur Sowjetunion schufen.

– Die marxistische Linke hatte es verstanden, Gewerkschaften zu unterwandern, die ideologischen Spitzfindigkeiten keinen Raum geben. Sie hat jedoch außerhalb der Gewerkschaften die ideologischen Diskussionen über Leninismus, Trotzkismus und Peking-Orientierung nicht überwunden. Sie bleibt daher zersplittert.

Kommunistische Parteien entstanden vor weit mehr als einem halben Jahrhundert in Südamerika als Verlängerung bürgerlich-liberaler Traditionen und als intellektualisierte Erinnerung an indianische Aufstände. Die Vorstellung, einen „neuen Menschen" zu schaffen, war für die Liberalen der Kampf gegen die jeweilige Kolonialmacht, für die Intellektuellen die Brücke zum Kommunismus, wie man ihn aus der Ferne verstand. Denn wirkliche Kontakte mit Kommunisten waren bis dahin selten.

Breite Front in Uruguay

Noch am Anfang der sechziger Jahre unterhielten in ganz Südamerika nur Argentinien und Uruguay diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion, deren Ideologen und Diplomaten versicherten, daß sie an Revolutionen in Südamerika nicht einmal langfristig dachten. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß der sowjetische Einfluß in Südamerika unter den Militärdiktaturen unerwartete Ausmaße annahm.

Guerrilleros, die wie die Tupamaros in die Politik umsteigen wollen, werden heute von den Moskau-Kommunisten mit offenen Armen als Bundesgenossen aufgenommen. Nur in Argentinien ist es noch nicht so weit: Dort schützt keine Amnestie ehemalige Guerrilleros vor der Anklagebank. Sie schweigen daher lieber über ihre Vergangenheit. In Uruguay aber hat die Linke ihre „breite Front" zu neuem Leben erweckt, die von Christdemokraten über die Sozialdemokraten und Splittergruppen bis zur kommunistischen Partei reicht. Bei den letzten Wahlen erzielte sie fast 22 Prozent der Stimmen.

In Argentinien und Brasilien sind die kommunistischen Parteien aus der Illegalität in die Öffentlichkeit zurückgekehrt. Sie betreiben wieder ihre in Südamerika übliche Politik der langfristigen Ziele und widmen sich erfolgeich der Organisierung der Jugend. Argentiniens moskautreue Kommunisten zählen nur 50 000 Mitglieder, aber ihre Jugendgruppen erfassen 70 000. Zwei andere Gruppen, die sich zur Linken Argentiniens zählen, haben mehr als 140 000 Mitglieder. In Brasilien gibt es zwei kommunistische und drei sozialistische Parteien. In Peru konnte die sozialdemokratische regierende „Apra" trotz ihrer aggressiven Rhetorik nicht verhindern, daß die übrige marxistische Linke sie ständig überrundet.

Moskaus stärkere Präsenz

An Mitgliedszahlen gemessen sind die wieder erstehenden Parteien der marxistischen Linken noch keine besondere Bedrohung der Demokratie. Sie gewannen aber in Brasilien bereits eindrucksvolle Erfolge bei wichtigen Lokalwahlen, bei denen persönliche Werbung eine größere Rolle spielt als bei nationalen Wahlen.

Diesen Parteien kommt heute auch die stärkere Präsenz Moskaus in Lateinamerika zugute. Die Sowjetunion kauft ein Drittel aller argentinischen Exporte. Aeroflot unterhält teure, unrentable Flüge nach Argentinien, Bolivien und Peru. Fischerei-Abkommen führten zur ständigen Anwesenheit von mehr als 200 Fischereischiffen an Südamerikas pazifischer Küste. Argentinische Häfen versehen den Service russischer Schiffe und halten ihnen damit eine Atlantikroute in die Antarktis offen.

Albrechts Rundfunkgesetz heute auf dem Prüfstand

Mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht

HENNING FRANK, Bonn

Zwölf Tage vor den niedersächsischen Landtagswahlen steht ein Lieblingsprojekt von Ministerpräsident Ernst Albrecht auf dem Prüfstand des Bundesverfassungsgerichts. Unter Vorsitz von Vizepräsident Herzog findet heute die mündliche Verhandlung des Ersten Senats in dem von der SPD-Bundestagsfraktion gegen das niedersächsische Landesrundfunkgesetz angestrengte Normenkontrollverfahren statt. Auch wenn daran weder Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (er läßt sich von seinem für Rechts- und Verfassungsfragen in der Fraktion zuständigen „Vize" Alfred Emmerlich vertreten), noch der niedersächsische Regierungschef Albrecht, (für ihn kommt der Chef der Staatskanzlei in Hannover, Josef Meyer) teilnehmen, so ist der Ausgang dieses Prozesses von bundesweiter Bedeutung.

Der Hamburger Rundfunkrechtler und Direktor des Bredow-Instituts, Wolfgang Hoffmann-Riem, wird den Antrag der Bonner Opposition begründen, das niedersächsische Landesrundfunkgesetz für grundgesetzwidrig zu erklären. Dabei dürfte er von dem für Hessen auftretenden Frankfurter Verfassungsrechtler Erhard Denninger unterstützt werden.

Der Göttinger Staatsrechtler Christian Starck wird als Prozeßbevollmächtigter der Landesregierung in Hannover zwar nicht bestreiten können, daß Albrecht mit diesem Gesetz rundfunkrechtliches Neuland betreten hat. Er kann jedoch darauf hinweisen, und insoweit kann er sich der Unterstützung des für die rheinland-pfälzische Landesregierung auftretenden Justizstaatssekretärs Walter Rudolf sicher sein, daß es sich lediglich um ein Organisationsmodell des privaten Rundfunks für eine Übergangszeit handelt.

Gestaltungsfreiheit für Gesetzgeber

Gerade dafür aber hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem dritten Rundfunkurteil, der sogenannten FRAG-Entscheidung von 1981, durch die wesentliche Teile des saarländischen Rundfunkgesetzes für verfassungswidrig erklärt wurden, den Landesgesetzgebern eine ziemlich weite politische Gestaltungsfreiheit eingeräumt: „Wie der Gesetzgeber seine Aufgabe erfüllen will, ist Sache seiner Entscheidung. Das Grundgesetz schreibt ihm keine besondere Rundfunkorganisation vor; es kommt allein darauf an, daß freie umfassende und wahrheitsgemäße Meinungsbildung gewährleistet ist, daß Beeinträchtigungen und Fehlentwickungen vermieden werden."

An diesen verfassungsrechtlichen Maßstäben, die die Richter des „Grundrechtssenates" vor fünf Jahren zur Sicherung der im Artikel 5 des Grundgesetzes garantierten Rundfunkfreiheit aufgestellt haben, wird Karlsruhe mit ziemlicher Sicherheit auch die niedersächsischen Regelungen für die Veranstaltung von privaten Hörfunk- und Fernsehprogrammen messen.

Parteizugehörigkeit als Fehlkalkulation?

Abgesehen davon, daß auch diesmal Professor Konrad Hesse Berichterstatter ist, sitzen im Ersten Senat noch vier weitere Richter, deren Unterschriften unter dem dritten Rundfunkurteil von 1981 stehen: Professor Hermann Heussner, Gisela Niemeyer, Dietrich Katzenstein und Helmut Simon.

Ob allerdings die Rechnung der SPD-Bundestagsfraktion und der Landesregierung in Wiesbaden (für Hessen tritt Börners Medienexperte, der Chef der Staatskanzlei Paul Leo Giani, auf) aufgeht, wird sich erst noch erweisen müssen. Die Parteizugehörigkeit der Richter könnte sich nämlich wieder einmal als eine Fehlkalkulation erweisen. Da der durch den Tod von Franz Niedermaier verwaiste Platz im Richterkollegium (acht Mitglieder) noch nicht wieder besetzt worden ist, stehen bei der Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes den drei SPD-Mitgliedern Hermann Heussner, Gisela Niemeyer sowie Helmut Simon und dem von der SPD nominierten „neutralen" Richter Konrad Hesse mit Roman Herzog sowie Dietrich Katzenstein nur zwei CDU-Mitglieder und mit Johann Friedrich Henschel lediglich ein FDP-Mitglied gegenüber.

Damit ist jedoch noch lange nicht gesagt, daß der Antrag der SPD, der übrigens auch von der ARD und ihrem Prozeßbevollmächtigten, dem Passauer Professor für öffentliches Recht Herbert Bethge unterstützt wird, im Ersten Senat eine Mehrheit findet, zumal da von diesem ein viertes Rundfunkurteil und damit ein konstruktiver Beitrag zur Neugestaltung der Rundfunklandschaft erwartet wird.

Von Berg hat Vorbehalte gegen die SPD

dpa, Bonn

Der mit Einwilligung der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland übergewechselte Ostberliner Professor Hermann von Berg hat offen gelassen, ob er der SPD beitreten wird. Bei der Vorstellung eines neuen Buches, das sich kritisch mit dem Marxismus auseinandersetzt, sagte von Berg gestern in Bonn auf eine entsprechenden Frage: „Erst guck ich mir mal alles an, weil ich im Augenblick nicht weiß, was die SPD ist." Natürlich stehe er den Sozialdemokraten am nächsten, habe aber Vorbehalte gegen deren Deutschland- und Wirtschaftspolitik. „Meine Seligkeit hängt nicht davon ab, daß ich Mitglied einer Partei bin", sagte der frühere prominente SED-Vertreter, Verfasser zahlreicher ökonomischer und historischer Veröffentlichungen.

In seinem Buch bezeichnet von Berg Karl Marx und den Marxismus-Leninismus als friedensgefährdende Ideologie. Marx selbst, so der Autor vor der Presse, sei der Erfinder des Personenkultes und ein nach Politik und Lebensweg total unfähiger Mann gewesen. Von Berg glaubt, daß in beiden Teilen Deutschlands wieder stärker über die Einheit der Nation diskutiert werde. Dieses Bewußtsein müsse wachgehalten werden. Ein Friedensvertrag könnte die äußeren Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" in ihrer jetzigen Form festlegen und die innerdeutsche Grenze aufheben. Bestandteil einer solchen Regelung wäre aus seiner Sicht der Austritt aus NATO und Warschauer Pakt, der Abzug aller fremden Truppen, die Entfernung von ABC-Waffen auf deutschem Boden, die Abschaffung der deutschen Armee und ihr Ersatz durch eine Volksmiliz.

Weniger Aussiedler aus der Sowjetunion

dpa, München

Die Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion liegt mit insgesamt 28 im Mai weiterhin „auf niedrigem Niveau". Insgesamt kamen seit Jahresanfang 275 Aussiedler aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik, während es im Vorjahr 460 waren, sagte der bayerische Sozialminister Franz Neubauer (CSU) in München. Neubauer forderte die sowjetischen Behörden auf, „die restriktive Behandlung der Ausreiseanträge endlich aufzugeben, damit wieder mehr deutsche Aussiedler aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik übersiedeln können".

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Hoering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weldenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

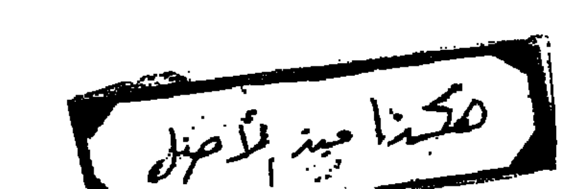
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Mit einer Frau am Steuer ist das Automobil berühmt geworden.

Berta Benz, eine unternehmungsfreudige, junge Frau, war von der Erfindung ihres Mannes Karl Benz so sehr überzeugt, daß sie eines schönen Tages das Steuer selbst in die Hand nahm.

An einem frühen Augustmorgen während der Sommerferien 1888 machte sie sich mit ihren beiden Söhnen auf den Weg ins etwa 100 km entfernte Pforzheim. Alle sollten sehen, was in diesem Motorwagen steckt.

Es war die erste Fernfahrt in der Geschichte des Automobils.

Eine Fahrt, bei der es manches Abenteuer zu bestehen gab. Schon kleine Steigungen und Gefälle, die der Fahrer heutiger Automobile überhaupt nicht wahrnimmt, erforderten bei dem nur mit einem 1,5 PS starken Motor ausgerüsteten dreirädrigen Wagen alle Kräfte und den ganzen Mut der drei Pioniere.

Die Bremse – ein Holzklotz mit Lederbeschlag – mußte mehrmals beim Schuhmacher erneuert, die verstopfte Benzinzufuhr mit Mutters Hutnadel repariert werden. Das Benzin für den 1-Zylinder-Motor und das Wasser für die Kühlung gab es in der Apotheke.

Erst bei Dunkelheit kamen die drei übermüdet und verstaubt, aber heil und glücklich in Pforzheim an.

Das Automobil hatte seine erste große Bewährungsprobe bestanden – dank der Courage einer Frau.

Ein Jahrhundert Automobil ist auch ein Jahrhundert Geschichte eines uralten Menschheitstraumes. Nämlich dem, so sicher, bequem, schnell und zuverlässig wie möglich von einem Punkt zum anderen zu gelangen. Und dabei auch allerhand mit aufzunehmen – an Landschaften, Städten, Menschen, Erfahrungen.

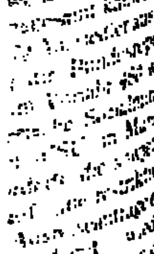
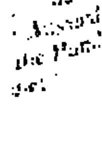
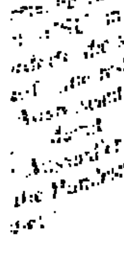
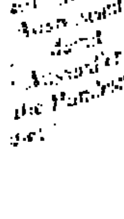
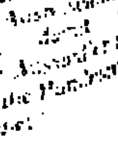
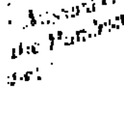
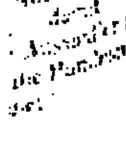
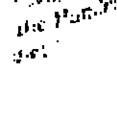
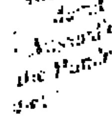
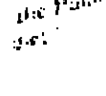
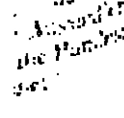
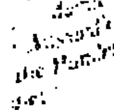
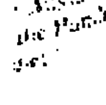
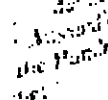
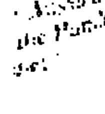
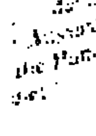
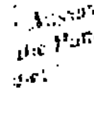
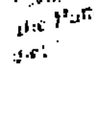
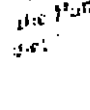
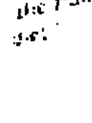
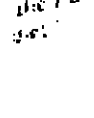
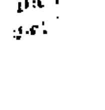
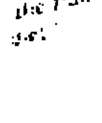
Heute ist das Automobil ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens. Wir verdanken ihm eine Mobilität, die uns selbstverständlich erscheint und die wir für Arbeit und Beruf ebenso nutzen wie für die Freizeit.

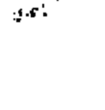
Auch künftig bedarf es genialer Ideen und fortschrittlicher Technologien, um das Auto noch attraktiver und sinnvoller zu machen.

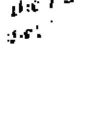
Und unternehmerischen Mut.

Wie damals, als eine Frau das Steuer in die Hand nahm.

DAIMLER-BENZ AG



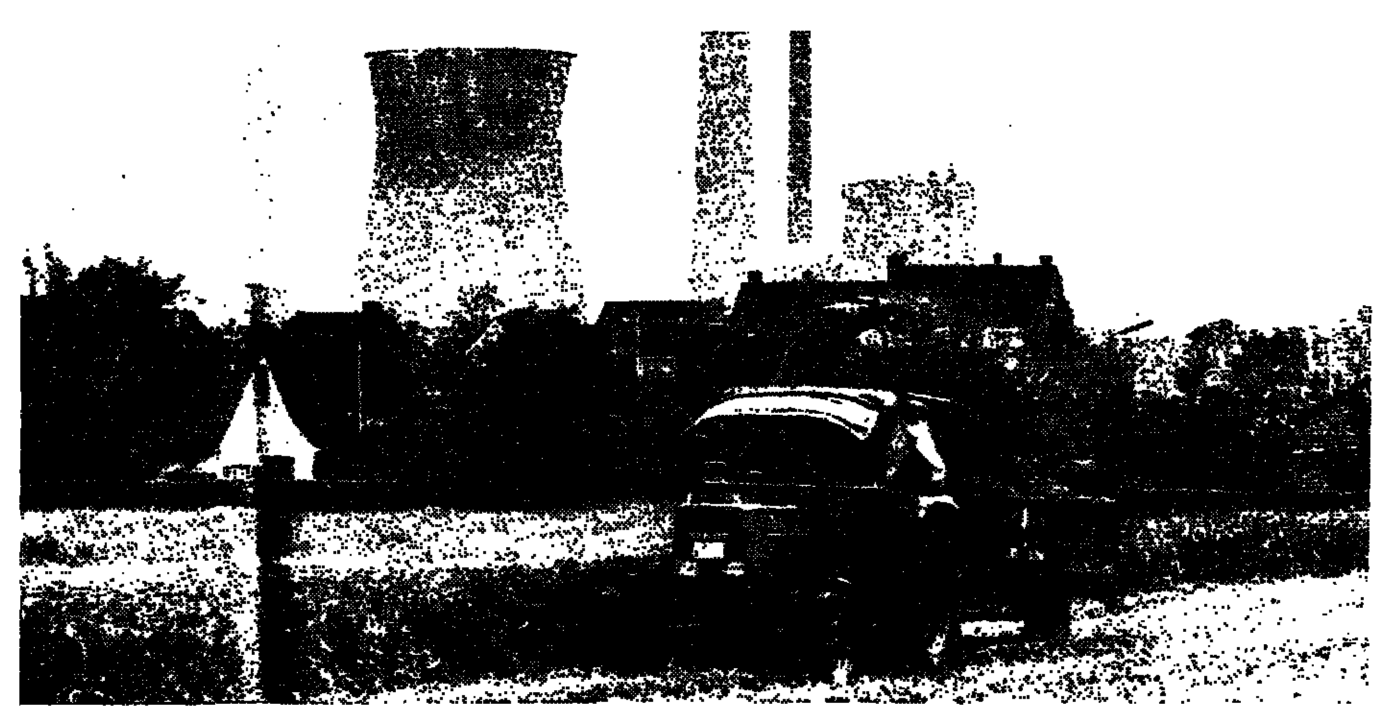











Der Bergbau an der Ruhr hat sich seit seinen Anfängen im letzten Jahrhundert laufend ausgebreitet, Kraftwerke und Industrieanlagen sind ihm gefolgt. Da inzwischen im Kern des Ruhrgebietes kaum noch Steinkohle abgebaut werden kann, wandert der Bergbau mehr und mehr nach Norden. Dabei ist es dringend notwendig, Rücksicht auf die Erfordernisse des Naturschutzes zu nehmen. FOTO: AP

Bergbau erhält eine ökologische Dimension

Die Nordwanderung des Steinkohlenabbaus im Ruhrgebiet bringt für den Naturschutz viele Probleme mit sich

Von ALBERT SCHMIDT

Seit 150 Jahren gehören das Gebiet an der Ruhr und der Steinkohlenbergbau eng zusammen. Im Laufe dieser Zeit hat er sich jedoch bis zur Emscher, in die Lippezone und zum Niederrhein ausgeweitet. Nach Erschöpfung der zur Zeit betriebenen Abbaufelder sucht der Bergbau nun neue Gebiete. Aus geologischen Gründen ist dabei nur eine Wanderung nach Norden möglich, wohin sich die karbonische Lagerstätte dieses Raumes unter zunehmend mächtiger werdendem Deckgebirge fortsetzt. Um möglichst wenig Umweltveränderungen auszulösen, wählte man für diese Nordausdehnung das Konzept der Anschlußbergwerke.

Dieses Konzept gilt als wirtschaftlich und umweltschonend, da es von der Erschließung neuer Lagerstätten unter Tage bei weiterer Nutzung der bisherigen Förderschächte ausgeht. Zudem erfordert dieses Vorgehen nur relativ kleine Flächen für Seilfahrtschächte (10 bis 15 ha) und Wetterschächte (0,5 bis 1,5 ha).

Auch die ökologischen Folgen der infrastrukturellen Anbindung durch Straßen, Energietrassen sowie Abwasser- und Abfallanlagen können begrenzbar bleiben, wenn die neuen Betriebsanlagen vorhandenen Siedlungsbereichen zugeordnet und ökologisch empfindliche Landschaftsräume geschont werden. Nicht gemindert werden können mit der Konzeption der Anschlußbergwerke allerdings die mit dem untertägigen Abbau verbundenen Bergsenkungsfolgen.

Die Erweiterung soll in zwei Phasen verlaufen

Die Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus in neue Abbaugebiete an der Lippe, im südlichen Münsterland und am Niederrhein soll in zwei Phasen erfolgen. Bis zum Jahr 2005 sollen nicht mehr als fünf Seilfahrtschächte und zehn Wetterschächte („Planungsräume") niedergebracht werden. Erst nach 2005 wird über die Erschließung der weiter nördlich gelegenen „Reserveräume" entschieden. Sie reichen an die Linie Sendenhorst – Dülmen – Raesfeld – Wesel – Kevelaer heran und könnten nach heutigem Kenntnisstand auch die Anlage neuer Förderschächte notwendig werden lassen. Diese zweite Phase würde Infrastrukturprobleme mit erheblich größeren Umweltkonflikten auslösen.

Die Steinkohle ist für die nordrhein-westfälische Landesregierung der wesentliche Eckpfeiler der Kohle-Vorrangpolitik und soll aus energie-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen auch künftig gesichert werden. Daher ist bei gleichbleibender wirtschaftlicher Entwicklung damit zu rechnen, daß man die zweite Phase im nächsten Jahrtausend in Angriff nehmen wird.

Die Landesregierung hat im Januar 1986 für die erste Phase ein „Gesamtkonzept zur Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr" vorgelegt, das „durch die Anpassung bergbaulicher Maßnahmen an die Belange der Landschaft mit ihren kulturhistorischen Werten die Umwelt schonen und den Flächenverbrauch mindern soll". Wichtige Teile des Gesamtkonzepts nehmen auf das im Auftrage des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft von der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung Nordrhein-Westfalen (LÖLF) erstellte Ökologie-Konzept Bezug.

Aufgabe der LÖLF war es, basierend auf einer Erfassung aller Naturräume und ihrer schutzwürdigen Eigenarten die Bedeutung der Planungs- und Reserveräume für den Natur- und Landschaftsschutz und die landschaftsgebundene Erholung herauszustellen. Es sollte versucht werden, die Auswirkungen des künftigen Steinkohlenbergbaus vor allem auf empfindliche Landschaftsbereiche einzuschätzen. Schließlich sollte das Konzept ökologisch begründete räumlich und sachbezogene Schutz- und Entwicklungsziele für den Nordwanderungsraum enthalten.

Von der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus werden große Ausschnitte der Naturräume „Untere Rheinniederung" im Westen sowie „Münsterländer Bucht" im Osten betroffen. Es handelt sich in weiten Bereichen um eine noch mit naturnahen und ökologisch wertvollen Landschaftsstrukturen durchsetzte, vorwiegend landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzte Kulturlandschaft. Die Spannweite schutzwürdiger Biotope reicht von Altstromrinnen, Flutmulden und Kolken der Rheinaue über wertvolle Buchenwälder, Moor- und Bruchgebiete der wechselreichen Höhenzüge, Grundwasserlandschaften und Niederungen des Zentralhügellandes bis zu den zum Teil noch vielfältig gegliederten landwirtschaftlichen Nutzflächen der Sand- und Lehmplatten in der Münsterländer Bucht. Der besondere ökologische Wert dieser Landschaft besteht in einem noch weithin intakten Mosaik aus sich ergänzenden Biotop-Typen mit feuchter und trockener Ausprägung, die für eine große Anzahl seltener Pflanzen- und Tierarten wichtige Brut- und Lebensräume bilden.

Besonders bedrohlich sind Grundwasseränderungen

Es verwundert deswegen nicht, daß die Biotopkartierung für dieses Gebiet mehr als 2000 schutzwürdige Biotope ergab. Weite Bereiche der Niederungen sowie der Fluß- und Bachauen sind vom Grundwasser abhängig und werden von ihm geprägt. Sie erfüllen eine wichtige Vernetzungsfunktion. Jede Unterbrechung dieses schutzwürdigen Biotopgerüstes etwa durch den Bau einer Schachtanlage, einer Straße, vor allem jedoch durch von Bergsenkungen ausgelöste Veränderungen der Grundwasserverhältnisse kann zu einer empfindlichen Störung des Gesamtsystems führen.

Bei der Einschätzung der Folgewirkungen der Nordwanderung auf die vorhandene ökologische Situation muß unterschieden werden zwischen direkten Eingriffen durch die Errichtung von Betriebsanlagen, Erschließungsmaßnahmen oder Aufhaldungen und indirekten Einwirkungen durch Bergsenkungen. Während die direkten Eingriffe mit Auswirkungen wie Flächeninanspruchnahme, Zerschneidungseffekten oder Immissionsbelastungen gesteuert werden können und sich mindern oder zum Teil ausgleichen lassen, sind die Bergsenkungsfolgen ungleich schwieriger einzuschätzen und von größter ökologischer Bedeutung.

Das bedeutet: die Grundwasserverhältnisse werden beeinträchtigt, Oberflächengewässern werden gestört; ihre Vorflut wird möglicherweise umgekehrt, oder sie fallen sogar trocken, die ursprüngliche Geländeformation wird verändert. Dies kann die Existenz von Fließ- und Stillgewässern, von ökologisch bedeutsamen Grundwasservorkommen und feuchtigkeitsabhängigen Biotopen, aber auch die land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung in bestimmten Gebieten in Frage stellen. Um die negativen Bergsenkungsfolgen abfangen zu können, müßten in den betroffenen Räumen auf Dauer eine künstliche Vorflutregelung und Sümpfungsmaßnahmen betrieben werden.

Um die ökologischen Folgen zu minimieren und einen „differenzierten Ressourcenschutz" zu erreichen, hat die Landesregierung Umweltqualitätsziele für die Bereiche „Natur und Landschaft" sowie „Wasser" entwickelt, aufgegliedert nach Teilräumen. Bei der Errichtung von Schachtanlagen und Folgeeinrichtungen soll für einen sparsamen Flächenverbrauch gesorgt werden.

Mit diesen Zielvorgaben für die künftigen Planungsräume wird – ausgehend von der realen Nutzung und den biologischen Potentialen – vom Bergbau gefordert, die Schutzgebiete verschiedener Ausprägung zu erhalten, den Verlust schutzwürdiger Biotope durch Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren, die überregional bedeutsamen Grundwasservorkommen zu schonen und die Folgen von Bergsenkungen durch gegensteuernde Maßnahmen möglichst gering zu halten.

Die Ziele für die Umweltqualität- und Quantität müssen durch die Regionalplanung, die fachgesetzlichen Verfahren und insbesondere die Landschaftsplanung umgesetzt werden. Besonders wichtig ist jedoch, daß sich die Rahmenbetriebspläne und Betriebspläne des Bergbaus eng an die Vorgaben halten. Dieses gilt besonders auch für den untertägigen Abbau: Hier sollten Fragen der Schadensvermeidung bzw. einer Steuerung der Bergsenkungen berücksichtigt werden.

Bergbau und Ökologie müssen zusammenarbeiten

Das ganze Vorgehen läuft auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung hinaus. Dies gelingt jedoch nur, wenn Bergbau und Ökologie von Anfang an eng und kooperativ zusammenarbeiten. Es ist erforderlich, alle Planungen über die vorgesehenen Maßnahmen über und unter Tage einschließlich der Prognosen für die zu erwartenden Bergsenkungen offenzulegen. Bei allen Planungsschritten muß davon ausgegangen werden, daß ökologische und ökonomische Erfordernisse gleichrangig sind.

Mit dem mindestens alle fünf Jahre zu überprüfenden und bei neuen Erkenntnissen flexibel zu handhabenden Gesamtkonzept soll der Bergbau erstmals eine „ökologische Dimension" erhalten. Welche neuen und gegebenenfalls weitergehenden Anforderungen an die zweite Phase der Nordwanderung zu stellen sind wird davon abhängen, wie weit das Konzept erfüllt und konkretisiert wird. Jetzt und künftig muß auf jeden Fall eine Aufteilung des Nordwanderungsgebietes in „Opfer- und Ausgleichsräume" vermieden werden. Vielmehr ist anzustreben, daß in allen zur Disposition stehenden Teilräumen die funktionalen Zusammenhänge der Ökosysteme erhalten bleiben.

Dipl.-Ing. Albert Schmidt ist Präsident der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Ökologie (LÖLF) in Recklinghausen.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Krebsfrüherkennung

Bonn (DW.) – Neuartige Methoden zur immunologischen Krebsfrüherkennung sollen bei einem von der Dr. Mildred Scheel Stiftung für Krebsforschung veranstalteten Workshop, der gestern in Bonn eröffnet wurde, diskutiert werden. Die Teilnehmer des Treffens – Wissenschaftler aus der ganzen Welt, die dem Komittee für Immundiagnostik der „Union Internationale Contre le Cancer" (UICC) angehören – wollen einen Überblick über den derzeitigen Stand der Forschung auf diesem Gebiet geben.

Solar-Forschung

Hannover (dpa) – Die Gründung eines Institutes für Solarenergie mit der Einrichtung von 12 Planstellen hat jetzt die niedersächsische Landesregierung beschlossen. Ziel des Projektes ist es, Alternativen zu der herkömmlichen Stromgewinnung zu erschließen. Als Standort des Institutes ist der Großraum Hannover vorgesehen.

Super-Modem

New York (CVB) – Ein neues Super-Modem, das sich besonders für Mini-Computer auf der Reise eignet, hat die Firma Anchor Automation herausgebracht. Es ist auch an jeden Computer anschließbar, der eine RS-232C Schnittstelle besitzt. Das Modem ist nur 15 Zentimeter lang und 8,6 Zentimeter breit. Es wiegt 226 Gramm. Über einen „modular jack" ist es in USA direkt ans Telefon anschließbar. Die Übertragungsrate ist wählbar zwischen 300 und 1200 baud. Eine Stromquelle wird nicht benötigt. Das Modem bezieht seine wenige Energie nach dem Einschalten aus dem Telefonnetz. Der Preis liegt umgerechnet bei ca. 250 Mark.

Gewitterwarnung

Paris (Fizit) – Ein neuartiges, tragbares Gewitterortungsgerät hat jetzt eine französische Firma vorgestellt. Seine Besonderheit liegt in der Kombination aus einem Fernsensor, der die elektrischen Ladungen zwischen den Wolken und dem Erdboden auf Entfernungen zwischen 15 und 20 km ortet, sowie einem Nahsensor, der auf Veränderungen des elektrostatischen Feldes in der unmittelbaren Umgebung anspricht. Die Sensoren lösen bei Annäherung eines Gewitters eine akustische Warnung aus.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nutznießer der Angst

Bei den reichlichen unterschiedlichsten Bekundungen im Zusammenhang mit dem sowjetischen Reaktorunfall hat sich bei mir der Eindruck verstärkt, daß die Linken, Grünen, Alternativen und sonstige „Antis", die Folgen des Reaktorunfalls genießen wie eine politische Sonnenbank.

Denn es geht ihnen ja eben nicht in erster Hinsicht um die Abschaltung der Kernkraftwerke, sondern um die Abschaltung unserer Wirtschaftskraft, um dadurch die freiheitliche Demokratie, die aus unserer erarbeiteten Unabhängigkeit gewachsene und gefestigte Freiheit zu stören, zu behindern oder zumindest in Mißkredit zu bringen, um das Feld für ihre abstrusen Ideen, entstanden aus naiver Borniertheit, Böswilligkeit und Unwissenheit, aufzubereiten. Im Vergleich mit der Gefährlichkeit dieser Leute sind die deutschen Kernkraftwerke die reinsten Wattebäuschchen.

Dr. Klaus H. Jaeger, Hamburg 52

*

Es gibt seitens der „Grünen" den bekannten Slogan: „Stellen Sie sich vor, es gibt Krieg und keiner geht mit".

Dem stelle ich gegenüber: „Stellen Sie sich vor, was bei einem Atomschlag auf ein Land passiert, das Kernkraftwerke besitzt?"

Antwort: Wer in aller Welt wird denn so töricht sein, und sich und seine Verbündeten der Gefahr eines Super-GAUs aussetzen zu wollen, da niemand es verhindern kann, daß die dann entstandenen radioaktiven Wolken sich nach allen Richtungen ausbreiten, also auch über dem Angreifer.

Die Schlußfolgerung überlasse ich den Lesern.

K. v. Klitzing, Bensberg-Refrath

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die westliche Welt rätselt, was die neue Macke Ostberlins soll, den Paß von Diplomaten zu verlangen.

Warum rätselt man so lange? Die Sache hat ihren Zweck erfüllt: Tschernobyl ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Das Image der UdSSR ist das alte. Man ärgert sich um Präsenzen, Kompetenzen. Die Politik geht ihren alten Gang, nach der Gangart Moskaus.

Mit freundlichem Gruß Hans Joachim Schultz, Ahrensburg

*

Die deutsche „Atomangst" ist furchtbar!

Warum bringen Sie nicht einmal einen „Vergleich" von einem deutschen Kernkraftwerk mit dem von Tschernobyl, vor allem hinsichtlich der Sicherheit?

Warum nicht auch einmal eine Angabe, was ein Becquerel, ein Millirem usw. ist? Wo beginnt die Gefahr?

Hans Franzke, Essen 1

Der Zweck der „Reform"

„Klassenkampf und keine Leistung"; WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn es denn sein muß, sind wir die Feinde der SPD, wir, das heißt alle reformunwilligen Lehrer. Die WELT hat Gott sei Dank in Hunderten von Beiträgen die wahren Auswirkungen der von der SPD so sehr befürworteten „Bildungsreform" deutlich gemacht, und wir Lehrer erleben es täglich in der Praxis, was dabei herauskommt.

Was heißt „Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg"? Die gesamte abendländische Geschichte soll verfälscht werden, indem früheren Zeiten angedichtet wird, was aus heutigem Blickwinkel als Unterdrückung erscheint: Menschen, die fest an die Autorität als Setzung Gottes glaubten, sollen als unterdrückt hingestellt werden; wieviel Unterdrückung aber von den Radikalen der Französischen Revolution ausging, wird verschwiegen.

Niemals wird unterschieden zwischen rechenschaftsbereiter Autorität und solcher, die das nicht war: „Der" Obrigkeitsstaat wird angeprangert ohne Rücksicht auf das Epochenbewußtsein. Der Marxismus wird als Wissenschaft hingestellt, obwohl er längst widerlegt ist.

Die verschiedenartigen Fähigkeiten der Schüler werden weginterpretiert, als ob unsere Gesellschaft nicht auch Menschen braucht, die keine Akademiker sind; so werden wir per Gesamtschule dahingehend unterdrückt, daß wir möglichst jedem Schüler das Abiturzeugnis aushändigen müssen: eine feine Obrigkeit!

Gegen diese verdammte Gleichmacherei auf allen Gebieten werden wir Lehrer mit der „feindlichen" Überzeugung uns zu wehren wissen.

Mit freundlichen Grüßen W. R. Thorwirth, Oberstudienrat, Gummersbach

Zum Vergleich

„Ein treuer Diener des Hauses Siemens"; WELT vom 24. Mai

Solche Berichte, die Lebensgeschichte des Peter von Siemens, stimmen nachdenklich, wenn man die Leistungen des DGB-Vorsitzenden Breit, Steinkühler und Genossen, im Bereich der Neuen Heimat betrachtet. Jedem besonnenen Bürger und besonders den Gewerkschaftern müßte allmählich klarwerden, daß es angebracht ist, die eigene Gewerkschaftsführung kritisch zu durchleuchten.

Die Verschwendung von Steuer- und Gewerkschaftsgeldern ist so skandalös, daß man diesen Herren kein Vertrauen mehr schenken kann. Wenn sie volltönig reden, daß die Reichen immer reicher würden, können sie sich nur selbst gemeint haben.

Bei einer so katastrophalen Mißwirtschaft in der Neuen Heimat steht für die Gewerkschaften mehr als der gute Ruf und das Ansehen auf dem Spiel. Es liegt im Interesse aller Beteiligten, daß möglichst schnell und gründlich alle Tatsachen auf den Tisch gelegt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Bernhard Trappe, Waltrop

Wort des Tages

„Man kann seine Eitelkeit nur befriedigen, indem man die Eitelkeit anderer verletzt."

Charles de Montesquieu, französischer Autor (1689–1755)

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Deutscher Botschafter in Nassau wird **Rolf Enders**. Die Inselrepublik der Bahamas erteilte dem Diplomaten inzwischen das Agrément. Der Jurist war als Botschafter in Kamerun und in Uganda tätig und leitete seit 1983 die deutsche Botschaft in Tripolis.

UNIVERSITÄT

Dr. **Edgar Biemer**, außerplanmäßiger Professor für Plastische Chirurgie in der Fakultät für Medizin der Technischen Universität München, wurde mit Wirkung vom 1. Juni zum Extraordinarius für Plastische und Wiederherstellungschirurgie der TU München ernannt (Nachfolger von Frau Professer **Ursula Schmidt-Tintemann**). Gleichzeitig wurde ihm die Leitung der Abteilung für Plastische und Wiederherstellungschirurgie der Chirurgischen Klinik des Klinikums rechts der Isar übertragen, die er seit Oktober 1984 bereits kommissarisch wahrgenommen hat.

VERANSTALTUNG

Dr. **Gerhard Fischer**, bis vor kurzem deutscher Botschafter in Bern, wird am 19. Juni im Rheinischen Landesmuseum in Bonn einen Vortrag über seine bisherigen Erfahrungen in einer Leprastation in der Nähe von Madras/Indien halten. Botschafter a. D. Fischer hatte sich vorzeitig pensionieren lassen, um in der Leprakolonie mitzuarbeiten. Sein Bruder **Per Fischer** ist Botschafter in Peking.

ERNENNUNG

Die Marburger Ethnologin Professor Dr. **Charlotte Oberfeld** ist von der Europäischen Märchengesellschaft beauftragt worden, die Organisation und Leitung des Internationalen Kongresses der Gesellschaft zum Thema „Märchen der Brüder Grimm und Märchen der Welt" 1986 zu übernehmen. Der Kongreß wird vom 24. bis 28. September in der Geburtsstadt und dem „Jugendparadies" der Brüder Grimm in Hanau und Steinau a. d. Straße veranstaltet.

EHRUNGEN

Robert Kempner, ehemaliger US-Anklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, ist die Würde eines Doktors der Philosophie ehrenhalber des Fachbereichs Sprache, Literatur und Medien der Universität Osnabrück verliehen worden. Begründet wurde diese Entscheidung des Fachbereichs mit Kempners Einsatz „für Aufarbeitung und öffentliche Diskussion faschistischer und vom Faschismus begünstigter Verbrechen". Der 1899 in Freiburg im Breisgau geborene Kempner war vor 1933 Justitiar der Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums.



Robert Kempner

*

Der aus der Schweiz stammende und heute in Paris lebende Schriftkünstler und Grafiker **Adrian Frutiger** erhält den alle drei Jahre von der Stadt Mainz und der Internationalen Gutenberg-Gesellschaft verliehenen Gutenberg-Preis. Frutiger erhält die Auszeichnung aufgrund der weltweit anerkannten Leistungen im Schriftenentwurf und in der Schriftentwicklung im Satz-Computer. Der Preis, dotiert mit 20 000 Mark, wird zum Johannis-Fest und der Jahresversammlung der Internationalen Gutenberg-Gesellschaft am 21. Juni überreicht.

MILITÄR

Der italienische Generalmajor **Franco Angioni** ist zum neuen Kommandeur der Schnellen Eingreiftruppe der NATO ernannt worden. Die rund 5000 Soldaten zählende Eingreiftruppe wird gemeinsam von acht Bündnisländern gestellt und soll im Spannungsfall durch rasche Entsendung in die „Flankenländer" Norwegen, Griechenland oder Türkei die NATO-Solidarität demonstrieren.

KIRCHE

Der Kurat der deutschsprachigen Gemeinde in Rom, **Paul Knopp**, hat am Sonntag die Ernennungsurkunde zum Päpstlichen Ehrenprälaten erhalten. Der Leiter des katholischen Auslandssekretariats in Bonn, P. Dr. **Paul Guntermann** OP, würdigte die 18jährige Tätigkeit Knopps in der Ewigen Stadt und bezeichnete ihn als einen der dienstältesten Seelsorger der über 180 deutschen Auslandsgemeinden.

GESTORBEN

Eine der populärsten Berliner Politikerinnen, die Weddinger Bezirksbürgermeisterin **Erika Heß** (SPD), ist im Alter von 52 Jahren gestorben. Sie „regierte" den ehemaligen Arbeiterbezirk Wedding und setzte sich nachdrücklich für die deutsch-französische Freundschaft ein, zumal Wedding im französischen Sektor Berlins liegt. In ihrer elfjährigen Tätigkeit als Kommunalpolitikerin war sie weit über die Grenzen Berlins bekannt geworden. Bei der Berliner Wahl vom 10. März 1985 verteidigte Erika Heß das Weddinger Rathaus gegen die starke CDU.

Bauen mit Rat und Staat.

Wer sich jetzt traut und baut, steht nicht alleine da.

Der Staat höchstpersönlich unterstützt den Mut zu den eigenen vier Wänden.

Und für uns als kreative Bank ist es eine hochinteressante Aufgabe, in Ihren Bau-Plänen die Möglichkeiten für Zuschüsse, Vergünstigungen und Steuer-Vorteile aufzustöbern.

Diesem Rat folgt die Tat selbstverständlich auf dem Fuß, denn auch bei den entsprechenden Anträgen dürfen Sie mit uns rechnen.

Wir haben eben ein Faible für Häuser, die aus guten Ideen bestehen. Schließlich sind wir selbst ein solches.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.



Gisela Silbermann
HYPO-BANK

„Aufsichtsbehörde war rechtzeitig informiert“

Vorwürfe Jochimsens gegen Betreiber von Hamm widerlegt

WILM HERLYN, Hamm

Die Betreibergesellschaft des Hochtemperaturreaktors (THTR 300) in Hamm-Uentrop, die Hochtemperatur- Kernkraftwerk GmbH (HKG) hat gestern mit einer Dokumentation die Vorwürfe des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums entkräftet, nach der die Aufsichtsbehörde nicht korrekt unterrichtet worden sei. In der Dokumentation heißt es:

2. Mai 1986:

Die radioaktive Wolke aus Tschernobyl erreicht Nordrhein- Westfalen. Messungen in Hamm-Uentrop: Anstieg der Luftbelastung auf bis 42 Becquerel je Kubikmeter.

3. Mai 1986:

Starke Gewitterregen waschen die Tschernobylwolke aus. Messungen in Hamm-Uentrop: Anstieg der Bodenwerte auf bis zu 50 000 bq/m² – wie auch z.B. in Düsseldorf und Heinsberg.

4. Mai 1986:

Beim Beschicken des Reaktorkerns mit frischen Betriebselementen verklemmen sich Absorberkugeln in einer Armatur der Zugabestrecke. mit Hilfe eines Helium-Stroms wird versucht, den Stau in der Beschikkungsanlage aufzulösen. In der THTR-Abluft werden im Rahmen der genehmigten Grenzwerte geringfügig erhöhte Mengen an Radioaktivität gemessen.

5. Mai bis 8. Mai 1986:

Die regelmäßige, zeitlich aufwendige Analyse der Meß-Filter im Kamin bringt Klarheit über die Herkunft der Radioaktivitäts-Abgabe. Die Annahme, diese sei allein auf Tschernobyl zurückzuführen, bestätigt sich nicht. Als richtig stellt sich heraus, nach dem Durchspühlen der THTR- Beschickungsanlage mit Helum-Gas am 4. Mai waren radioaktiv angereicherte Staubteilchen über den Kamin ins Freie gelangt.

7. Mai 1986:

Unmittelbar nach Abschluß der Analyse an diesem Tage versucht die THTR-Betriebsleitung – jedoch ergebnislos –, die Aufsichtsbehörde im NRW-Wirtschaftsministerium von dieser nicht-meldepflichtigen Aktivitätssabgabe zu informieren.

8. Mai 1986:

Beamte der Aufsichtsbehörde werden erstmals erreicht und umfassend unterrichtet.

15. Mai 1986:

Im Rahmen eines Routinegesprächs wird der Aufsichtsbehörde das Ergebnis der Auswertung erläutert. Die Aufsichtsbehörde fordert keine Einstufung als meldepflichtiges Ereignis.

Auch in der Sowjetunion rührt sich Widerstand gegen die Kernenergie

In „Prawda“ Hinweis auf solche Leserbriefe / 2000 demonstrieren in Krakau gegen Tschernobyl

DW. Moskau/Krakau

Im Ostblock wird nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die Kritik an der Atomenergie lauter und offener geäußert. Erstmals ist jetzt in einem Artikel des KPdSU-Organs „Prawda“ ein Hinweis auf Vorbehalte in der Bevölkerung erschienen. In einem Interview mit dem Vizedirektor des Moskauer Kurtschatow-Instituts für Atomenergieforschung, Professor Waleri Legassow, sagte ein Korrespondent der Parteizeitung: „Ich will nicht verheimlichen, daß es in der Redaktionspost auch Briefe gibt, die eine negative Einstellung zur Atomkraft zum Ausdruck bringen.“ In der Sowjetunion ist eine öffentliche Diskussion über die friedliche Verwendung der Kernkraft nie ausgetragen worden. Allerdings hatte es vereinzelte kritische Stimmen von Wissenschaftlern gegeben.

„Lehren ziehen“

Nach Ansicht von Legassow hat sich in Tschernobyl ein Unglück ereignet, daß „als wenig wahrscheinlich galt“. Aus diesem Unfall müßten „technische, organisatorische und psychologische Lehren“ gezogen werden, da Menschen ums Leben gekommen und ein „riesiger materieller und moralischer Schaden“ entstanden sei. Die „Tragödie“ von Tschernobyl sei eine Warnung nicht nur im Bezug auf die Kernenergie, sondern an alle immer komplexer werdenden technischen Systeme. Legassow, der Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften ist, zeigte sich in dem Interview „zutiefst überzeugt, daß die Atomzentralen die höchste Errungenschaft im Energiebereich“ und den „Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung der Zivilisation“ darstellen.

Am vergangenen Freitag waren in Moskau 14 Mitglieder der Gruppe für die „Herstellung von Vertrauen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten“ kurze Zeit festgenommen worden, als sie Unterschriften für eine Änderung des sowjetischen Nuklearprogramms sammeln wollten. Die Sowjetunion hatte nach der Reaktorkatastrophe erklärt, daß sie ihr Kernenergieprogramm auch künftig fortsetzen werde. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen zumindest die beiden ersten Reaktorblöcke wieder in Betrieb genommen werden.

Zu der ersten Anti-Kernkraftkundgebung Polens ist es am Sonntag in Krakau gekommen. Rund 2000 Demonstranten haben in Spruchbändern gegen die „sowjetische Verstrahlung“ protestiert und forderten „Nieder mit den sowjetischen Reaktoren“ und „Tötet unsere Kinder nicht“. Zugleich riefen die Kundgebungsteilnehmer auch „Keine Freiheit ohne Solidarnosc“, „Wir wollen Lech (Walesa)“ und „Bujak, Bujak“ – aus Protest gegen die Festnahme des „Solidarität“-Führers Zbigniew Bujak.

Polizei zurückhaltend

Zu der Kundgebung hatte die Dissidenten-Organisation „Freiheit und Frieden“ aufgerufen, die 1985 von Studenten gegründet und unmittelbar danach verboten worden war. Die Demonstration hatte im Anschluß an eine Messe begonnen, die in der Marien-Basilika in Krakau für die „von der Umweltkatastrophe bedrohten Kinder“ zelebriert wurde. Die Kernkraftgegner zogen anschließend singend mit Transparenten und Nachbildungen weißer Friedenstauben durch die Straßen. Unter ihnen fielen zahlreiche Kinder auf, die ganz in weiß gekleidet waren. Die Polizei war bei der Demonstration, die ohne Zwischenfälle verlief, so gut wie nicht präsent. Noch am 1. und 3. Mai hatten die Sicherheitskräfte geplante Kundgebungen von Regimegegnern durch massives Auftreten im Keim erstickt.

CDU-Abgeordnete: Sind wir denn Beschuldigte?

Miltner und Bohl empört über geplante Vernehmung

GÜNTHER BADING, Bonn

Bei der Staatsanwaltschaft Aachen ist ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt anhängig, mit dem geklärt werden soll, ob sich im Bereich der Staatsanwaltschaft Bonn oder der Generalstaatsanwaltschaft in Köln ein Beamter der Verletzung eines Dienstgeheimnisses schuldig gemacht hat. Dieses Verfahren ist eingeleitet worden, nachdem in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, daß die Bonner Staatsanwaltschaft erst auf ausdrückliche Weisung von Generalstaatsanwalt und Justizminister das Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl eingeleitet hat.

Morgen sollen die CDU-Bundestagsabgeordneten Karl Miltner und Friedrich Bohl durch einen Bonner Amtsrichter vernommen werden – allerdings im Beisein eines Oberstaatsanwalts der ermittelnden Behörde in Aachen. Sie sollen Auskunft geben, woher sie die Information hatten, auf deren Grundlage sie ihre Bewertung über eine politische Einflußnahme auf das Kohl-Verfahren in Presseerklärungen und einem Interview abgegeben haben.

Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, verwies darauf, daß auch in diesem Falle eine Berichtspflicht gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft gegeben sei. Die Zeugenanhörung – „ich bin ja doch wohl kein Beschuldigter“ – müsse also wiederum mit Wissen und Billigung des Generalstaatsanwalts angesetzt worden sein. Da allerdings die Pflichten und Rechte eines Abgeordneten, darunter das Zeugnisverweigerungsrecht, bekannt seien, könne er dieses Vorgehen nur als Versuch verstehen, ihn selbst und Miltner „vorzuführen“. Man wolle nach dem Motto, daß immer etwas hängen bleibe, jetzt der Union eins auswischen.

Am Tag der Vernehmung wird in Bonn auch mit der Entscheidung gerechnet, ob die Vorermittlungen gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt wegen des Verdachts einer falschen uneidlichen Aussage (WELT v.12. 5.) in ein formelles Ermittlungsverfahren münden. Die bei den Bonner Staatsanwälten eingegangenen Strafanzeigen wegen Verdachts auf Rechtsbeugung und Verfolgung Unschuldiger – in diesem Falle des Bundeskanzlers – gegen Generalstaatsanwalt Schmitz und Justizminister Krumsiek sind an die Staatsanwaltschaft in Wuppertal abgegeben worden. Mit einer Entscheidung wird in der zweiten Junihälfte gerechnet.

‚Entführte sind Idealisten‘

Eltern der verschleppten Deutschen melden sich zu Wort

dpa, Managua

Die Eltern in Nicaragua entführten Deutschen haben in einem Aufruf an „alle politischen Kräfte“ bedauert, daß ihre von antisandinistischen „Contras“ verschleppten Kinder „von einem Teil der Presse“ als Sympathisanten des Kommunismus verdächtigt würden. In dem Aufruf, der dpa von dem Vater des enführten Dominik Diehl übermittelt wurde, appellierten die Eltern „deshalb an alle Medien, unsere Kinder als das zu würdigen, was sie tatsächlich sind, nämlich engagierte Idealisten“. Die jungen Leute hätten Risiken und Entbehrungen auf sich genommen und sich in Nicaragua für eine friedliche und humanitäre Aufgabe zur Verfügung gestellt.

Die Bundesregierung bemüht sich „intensiv auf allen Ebenen“ um die Freilassung der acht Deutschen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts sagte, der von Außenminister Hans Dietrich Genscher geleitet Krisenstab verhandele täglich mit beiden Seiten.

Parallel dazu setze der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua seine Bemühungen um eine Lösung fort. Zu Berichten, wonach die „Contras“ einen Vorschlag der Sandinisten für die Freilassung der Deutschen abgelehnt haben sollen, lehnte der AA-Sprecher eine Stellungnahme ab. Die Bundesregierung äußere sich im Interesse der Verhandlungen nicht zu Einzelheiten. Bonn stehe im ständigen Kontakt auch mit den Regierungen in Washington, Honduras und Costa Rica.

Mehr Empfänger von Sozialhilfe

dpa, Köln

Seit 1981 ist in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Sozialhilfeempfänger um knapp 60 Prozent gestiegen. Bei jedem dritten der rund 760 000 Haushalte, die Ende September 1985 Sozialhilfe bekamen, war Arbeitslosigkeit der Hauptgrund. Dies berichtet der Deutsche Städtetag in Köln in einer Sonderuntersuchung der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesanstalt für Arbeit.

277 000 Arbeitslose – das sind knapp 13 Prozent der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen – lebten danach in Haushalten, die Sozialhilfe erhielten. Rund 48 Prozent der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfempfänger waren längerfristig ohne Arbeit. Ein Viertel von ihnen war unter 25 Jahre alt.

Entspannung auf Lehrstellenmarkt

AP, Saarbrücken

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Himmelreich, sieht Anzeichen der Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt. Im Saarländischen Rundfunk erklärte er, das Angebot habe um 7,5 Prozent zugenommen, die Nachfrage dagegen um zwei Prozent abgenommen. Allerdings seien noch von 1985 fast 60.000 Lehrstellenwünsche mit in das neue Jahr hinübergenommen worden: auch in diesem Jahr werde „ein gewisser Teil“ übrig bleiben.

Nach Ansicht Himmelreichs macht sich allmählich der Pillenknick am Arbeitsmarkt und bei den Lehrstellen bemerkbar. Besonders qualifizierte Jugendliche hätten jetzt bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Oschatz hebt Reiseverbot auf

rtr, Hannover

Der niedersächsische Kultusminister Oschatz (CDU) hat das nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verhängte Verbot von Studienfahrten und Schülerreisen in osteuropäische Länder mit Wirkung vom nächsten Schuljahr an wieder aufgehoben. Das Ministerium teilte mit, es sei zu erwarten, daß in den nächsten Wochen auch die allgemeine Empfehlung der Landesregierung an die Bürger aufgehoben werde, Reisen nach Osteuropa zu unterlassen. Verboten bleiben aber Studien- und Schüleraustauschfahrten in den Raum Kiew.

Nach Angaben von Oschatz waren von dem vorübergehenden Verbot von Schulfahrten in osteuropäische Länder rund 20 Klassen aus Niedersachsen betroffen.

U-Ausschuß Neue Heimat

Koalition will die Geschäfte des Konzerns durchleuchten

D.G. Bonn

Die beiden Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP werden noch in dieser Woche formell die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Durchleuchtung des Geschäftsgebarens Neuen Heimat beantragen. Nach einem Bericht von Fraktionschef Wolfgang Mischnick stimmte des FDP-Präsidium gestern auf seiner ersten Sitzung nach dem Bundesparteitag diesem Vorhaben zu.

Rechtzeitig vor Ablauf der 10. Legislaturperiode des Bundestages Ende des Jahres soll der Untersuchungsausschuß offenlegen, wie die Neue Heimat in eklatanter Weise Vorschriften der Gemeinnützigkeit verletzt und damit die Interessen von Hunderttausenden ihrer Mieter mißachtet hat.

Im FDP-Präsidium bestand Einigkeit darüber, daß die Koalition der SPD und dem DGB diesen für beide brisanten Untersuchungsausschuß nicht ersparen könne und dürfe. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war aus FDP-Sicht die völlig unzureichende Behandlung des Themas Neue Heimat auf dem DGB-Kongreß in Hamburg sowie die dort immer wieder beschworene einseitige Parteinahme der Gewerkschaften für die SPD. FDP-Generalsekretär Haussmann verurteilte nach der Präsidiumssitzung diesen Kurs und warf dem DGB vor, er habe sich von der Einheitsgewerkschaft entfernt und sei zu einem Wahlkampfverein der SPD geworden.

Unser langjähriger Intendant und Freund

Boy Gobert

ist tot.

Das Thalia Theater trauert um ihn.

Weich ist stärker als hart
Wasser ist stärker als Fels
Liebe ist stärker als Gewalt

Hans Herbert Hagemann

Editha, Natascha, Eva

Die See-Bestattung findet im engsten Familienkreis statt.

5788 Winterberg-Hoheleye, den 28. Mai 1986

Wir trauern um unseren Chef

Hans Herbert Hagemann

Träger des Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland

Mit Schaffenskraft, Mut und unternehmerischem Weitblick hat Herr Hagemann seine Betriebe in Hoheleye seit 1959 aufgebaut und entwickelt. Sein Lebenswerk ist uns Auftrag und Verpflichtung.

Wir werden das Andenken an unseren Chef in dankbarer Erinnerung behalten.

Geschäftsführung und Mitarbeiter
Kurklinik „Auf der Hoheleye“
und
Kurhotel und Kursanatorium „Hochsauerland“

5788 Winterberg-Hoheleye, den 28. 5. 1986

Dr. med. Franz Duntze

* 22. 7. 1905 † 27. 5. 1986

In Liebe und Dankbarkeit für alle Angehörigen:
Marga Duntze geb. Witthege-Witte

Freiburg, Tivolistraße 14

Die Beisetzung hat in aller Stille stattgefunden.

WELT DER WIRTSCHAFT

Troll mit Weitsicht

Bm. – Unter dem Schock des Verfalls der Öl- und Gaspreise tritt alle Welt auf die Investitionsbremse. Die Amerikaner, die Mexikaner und auch deutsche Ölinteressenten haben ihre Investitionspläne für Exploration und Produktion von Kohlenwasserstoffen zum Teil kräftig gekürzt.

Dabei wissen alle sehr genau, daß zu der Zeit, da diese Investitionen ihr Geld verdienen werden, Öl und Gas wieder gefragt sind – in fünf bis zehn Jahren, je nach Aufwand für die Entwicklung neuer Quellen. Und dennoch halten sie ihr Pulver trocken, weil eben niemand in der Lage ist, abzusehen, was in fünf oder gar zehn Jahren auf dem Markt für Öl und Gas los sein wird. Auf einen Nenner gebracht: Die Unübersichtlichkeit der Zukunft beschwört sehr deutlich die Gefahr herauf, daß Öl und Gas in absehbarer Zeit wieder knapp und die Industrienationen wieder – wie gehabt – zur Ader gelassen werden.

Ganz anders die Norweger. Sie nehmen – trotz knapper Kasse – bis Anfang der neunziger Jahre Milliarden in die Hand, um parat zu sein mit ihrem Erdgas, wenn der Ruf nach neuen Erdgasquellen wieder lauter werden wird. Richtig ist der Einwand, daß Norwegen mit den neuen Mengen vornehmlich in alte Verträge hineinwachsen wird, was das Risiko mindert. Falsch ist aber der Hinweis, daß die Norweger leichter antizyklisch investieren könnten, weil eine Staatsgesellschaft die Verträge abschließt. Politiker haben die kritischsten Aufsichtsräte der Welt: die Wähler. Ergo: „Troll" zeigt Weitsicht.

Steuerparadies

J. Sch. (Paris) – Nach der Amnestie für die Kapital- und Steuerflucht ins Ausland sowie nach der Wiederherstellung des Goldanonymats winkt den Franzosen jetzt auch für die Steuererklärung selbst mehr Freiheit. Auf Vorschlag des früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing soll nämlich die Verjährungsfrist für die Steuerforderungen des Staates von bisher vier auf drei Jahre und für Angestellte sogar auf zwei Jahre reduziert werden. Sollte die Nationalversammlung diese Gesetzesvorlage annehmen, dann würde sich das Risiko, bei einer Steuerfahndung entdeckt zu werden, zeitlich erheblich vermindern. Die Opposition sieht darin geradezu eine Herausforderung zu falschen Angaben. Dem hält Giscard entgegen, daß zusätzliche Steuerausfälle durch schnelleres Arbeiten der Behörden kompesiert werden könnten. Aber bisher haben die französischen Steuermühlen noch langsamer als im Vierjahres-Rhythmus gemahlen. So kommt es Giscard vielleicht auch darauf an sich ein Denkmal zu errichten. Wenn sein Beispiel Schule machen sollte, könnte Frankreich wohl bald zum Steuerparadies erklärt werden.

ENERGIE / Neues Großprojekt für Westeuropa mit Norwegen vereinbart

Die Versorgung mit Erdgas ist jetzt bis zum Jahr 2020 voll gesichert

HANS BAUMANN, **Essen**

Das bisher größte und am weitesten in die Zukunft reichende Projekt für die Versorgung Westeuropas mit Erdgas ist jetzt in Oslo unterzeichnet worden. Beginnend 1993, liefert Norwegen bis zum Jahr 2020 Erdgas aus der nördlichen Nordsee. Um das Jahr 2000 wird die Menge pro Jahr 20 Milliarden Kubikmeter erreichen. Norwegen wird dafür parallel zur Pipeline Ekofisk–Emden ein rund 900 Kilometer langes Erdgasrohr in der Nordsee verlegen, das in Zeebrugge in Belgien an Land geht.

Für den neuen Vertrag, über den eineinhalb Jahre lang verhandelt wurde, war auf norwegischer Seite die staatliche Öl- und Gasgesellschaft Statoil zuständig. Die Vertragspartner auf dem Kontinent unter Federführung der Ruhrgas AG, Essen, sind die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich und Holland. Wenn die Lieferungen um das Jahr 2000 voll laufen, wird die Bundesrepublik pro Jahr wie Frankreich 8 Mrd. Kubikmeter beziehen, die restlichen 4 Mrd. Kubikmeter gehen je zur Hälfte an die Niederlande und an Belgien. Wichtiger Punkt des neuen Vertrages: Die Bezieher haben entsprechend ihrer Versorgungslage die Möglichkeit, die vereinbarten Mengen aufzustocken.

Um das Erdgas zum Festland zu bringen, muß Norwegen eine neue Pipeline vom Troll-Feld aus (100 km nordwestlich von Bergen und 900 km nördlich von Emden) nach Zeebrugge an der belgischen Nordsee bauen. Diese Milliarden-Investitionen gehen zu Lasten Norwegens. Die Vertragspartner beziehen das Gas frei Grenze, die Franzosen und Belgier in Zeebrugge, die Holländer und die Deutschen über die bestehende Pipeline nach Emden. Die Größenordnung des Vertragsvolumens ist nur schwer zu greifen. Unterstellt man aber einen Preis von 50 Pfennig je Kubikmeter beim Privatverbraucher, so wird nach heutigen Preisen von 2000 an Erdgas im Wert von grob 10 Mrd. Mark jährlich geliefert.

Auch in dem neuen Vertrag mit Norwegen wurde vereinbart, daß Norwegen stets zu wettbewerbsfähigen Preisen liefert. Das heißt, daß die Gaspreise stets den Preisen folgen, die für den Wärmemarkt auf dem Kontinent gelten, wahrscheinlich auch dann wieder vornehmlich angebunden an den Preis für leichtes Heizöl.

Von Bedeutung für die Versorgungssicherheit ist auch, daß der Kontinent – und damit auch die Bundesrepublik – künftig norwegisches Erdgas aus mehreren Feldern beziehen. Bisher waren die Verträge auf Mengen ganz bestimmter Erdgasfelder in der Nordsee abgestellt. Norwegen wird jetzt das sogenannte Troll-Feld entwickeln, von dem Geologen sagen, daß es ein „Gigant" sei, Fachterminus für ungewöhnlich umfangreiche Lagerstätten. Die gewinnbaren Reserven in diesem Feld werden mit 1300 Mrd. Kubikmeter angegeben. Es hat eine Ausdehnung von 650 Quadratkilometer. Gefördert werden muß das Gas aus Wassertiefen von 300 bis 340 Meter. Das Gas selbst liegt im Gestein mit rund 200 Meter Mächtigkeit in Tiefen von 1300 bis 1600 Meter. Um das Gas gewinnen zu können, müssen Plattformen entwickelt werden, die fast doppelt so hoch (470 Meter) sind wie die zur Zeit größten im norwegischen Feld Statfjord (270 Meter; Kölner Dom: 157 Meter).

Neben dem Troll-Feld wird auch das Sleipner-Feld entwickelt (300 km südwestlich von Troll) mit Reserven von 200 Mrd. Kubikmeter. Mehrere Felder werden mit Unterwasserpipelines verbunden, Troll, Sleipner, Heimdal, Frigg und Ekofisk. Norwegisches Erdgas hat zur Zeit einen Anteil an der deutschen Erdgasversorgung von rund 13 Prozent. Die neuen Mengen werden dazu dienen, die in den neunziger Jahren zurückgehenden Mengen aus laufenden Verträgen zu decken und möglicherweise auch einen geringen Verbrauchszuwachs zu bedienen.

An den acht Milliarden Kubikmetern für die Bundesrepublik ist die Ruhrgas mit 55 Prozent, Brigitta-Elwerath mit 30 und Thyssengas mit 15 Prozent beteiligt. Es wird damit gerechnet, daß das norwegische Parlament den Vertrag vor Jahresschluß genehmigt.

STEUERPOLITIK

SPD will Reform von 1986 teilweise zurücknehmen

HEINZ HECK, **Bonn**

Eine Steuersenkung für Bezieher niedriger Einkommen zu Lasten der Besserverdienenden – das ist der Kern eines SPD-Steuerkonzepts, das der Hamburger Finanzsenator Horst Gobrecht mit dem Titel „Erste Vorschläge zu Neugestaltungen im Steuersystem" gestern vorgestellt hat. Danach soll die Steuersenkung 1986 für die Bezieher höherer Einkommen weitgehend rückgängig gemacht werden. Das Reformkonzept ist in etwa aufkommensneutral. Im Gegensatz zur Bundesregierung plant er keine Senkung der Steuerlastquote, die 1985 mit 23,8 Prozent unter dem Niveau der frühen sechziger Jahre gelegen habe.

Neu an Gobrechts Konzept ist vor allem, daß er Spitzenverdienern keine Freibeträge mehr gewähren will: Bei Jahreseinkommen von mehr als 470 000/940 000 Mark (Ledige/Verheiratete) soll also der unveränderte Spitzensteuersatz von 56 Prozent voll greifen. Gobrecht zielt auf eine Neudefinition der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit. Der Grundfreibetrag soll in einem ersten Schritt auf 5022/10 044 (heute 4536/9072) Mark erhöht, die untere Proportionalzone mit einer gleichmäßigen Besteuerung von 22 Prozent auf 21 600/43 200 (heute 18 000/36 000) Mark ausgedehnt werden. Bis zu Einkommen von 41 040/82 080 Mark ist eine fühlbare Steuerentlastung durch Abflachung des Progressionsanstiegs vorgesehen. Dagegen soll in der oberen Progressionszone ein Teil der gesetzlich beschlossenen Entlastung 1988 rückgängig gemacht werden.

Auch in Gobrechts Modell wird der Spitzensteuersatz von 56 Prozent bei 130 000/260 000 Mark Jahreseinkommen erreicht, die höchstmögliche Grundentlastung auf knapp 16 000/32 000 Mark begrenzt. Diese Grundentlastung soll jedoch ab 150 000/300 000 Mark Jahreseinkommen stufenweise abgebaut werden und ab 470 000/940 000 Mark ganz entfallen.

Gobrecht will die Kinderfreibeträge zugunsten einer Erhöhung des Kindergelds wieder abschaffen. Für das erste Kind sind 100, das zweite 200 und das dritte und jedes weitere Kind je 300 Mark vorgesehen. Tarifkorrekturen und Neugestaltung des Familienlastenausgleichs führen, so Gobrecht, dazu, daß Familien mit zwei und mehr Kindern bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2800 Mark durch Verrechnung mit dem Kindergeld steuerfrei bleiben. Auf der Basis von zwölf Gehältern ergibt sich ein Betrag von 33 600 Mark. Er ist in etwa identisch mit dem Vorschlag des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau mit 2600 Mark auf der Basis von 13 Gehältern, also 33 800 Mark.

Für die neuerdings wieder stark diskutierte Besteuerung der Zinseinkünfte sieht Gobrecht eine deutliche Erhöhung der Freibeträge und eine strengere Erfassung vor.

Börsenneuling Viag

Von JOACHIM GEHLHOFF

Bis zu einhundert Mark höher als der dann vorsichtig gewählte Placierungskurs von 165 DM gingen auch in Bonner Regierungskreisen zunächst die Vorstellungen über den angemessenen Aktienpreis bei der Teilprivatisierung der Bundes-Konzern-Holding Viag AG. Die Vorsicht zahlt sich bei der heute fürs breite Publikum beginnenden Zeichnungsaktion offensichtlich aus.

Schon im Vorfeld dieser Aktion, die den derzeit nicht in allerbester Verfassung befindlichen Aktienbörsen immerhin eine Dreiviertelmilliarde Mark abverlangt, ist einigermaßen verläßlich zu hören, daß das Aktienangebot dieses bedeutenden Börsenneulings schon am ersten der drei Verkaufstage von den Kaufwünschen übertroffen und deshalb die Zeichnungsaktion vorzeitig beendet wird. Insbesondere auch aus dem Kreis der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die sich bei dieser großen Erstmals-Aktienplacierung wieder einmal, kräftig schimpfend, von den Geschäftsbanken ins Quoten-Hintertreffen gedrängt sehen, wird sehr lebhaftes Anlegerinteresse signalisiert.

Sehr lebhaft ist nach bisherigem Eindruck auch das Kaufinteresse der im weiten Viag-Kreis Beschäftigten. Ihnen werden mit Zeichnungsfrist bis 28. Juni für gleichfalls 165 DM Stückpreis sechs Millionen DM Holding-Aktien reserviert. Auch die Mitarbeiter der „wesentlichen" Viag-Beteiligungen (ab 25 Prozent) können maximal sechs Aktien pro Kopf erwerben. Der Holding-Vorstand zieht da bereits die Zwischenbilanz einer „sehr guten" Resonanzquote von 40 Prozent der Beschäftigten, bei einer der großen Energiegesellschaften der Gruppe seien es sogar nahezu hundert Prozent.

Das nimmt nicht wunder. Denn in Korrektur des letzte Woche bei der Bilanzvorlage Verkündeten teilte der Holding-Vorstand inzwischen mit, daß das auf die Holding-Aktie entfallende DVFA-Ergebnis aus den gut zwölf Milliarden DM Gruppenumsatz mit Steuergutschrift für den Inlandsaktionär sogar bei 17,81 DM (ohne Steuergutschrift bei 15 DM) liege, mithin beim Aktienpreis von 165 DM und „sicheren" fünf DM Dividende ein Kurs/Gewinn-Verhältnis von 9,3 ergebe. Das ist für Anleger, auch mit Blick auf das Kurssteigerungspotential, eine zumindest passable Relation.

So kann man nach dieser geglückten Teilprivatisierung nun getrost den Blick aufs Grundsätzliche richten. Da ergibt sich zunächst und vor allem eine befriedigende Feststellung. Mit dem Verkauf von insgesamt 40 Prozent des Viag-Aktienkapitals von 580 Mill. DM schreitet der Bund wenigstens zur Teilkorrektur eines schon längst nicht mehr in unsere Wirtschaftsordnung passenden Faktums.

Denn fast ein Drittel mehr als die seit der Währungsreform kassierten 622 Millionen DM Dividende hat der öffentliche Eigentümer bisher in Holding-Kapitalerhöhungen der kräftig investierenden Viag-Gruppe gesteckt. Eine Kapitalakkumulation mit Steuerzahlergeld, für die bei dieser auf ihren drei Geschäftsfeldern Energie, Aluminium und Chemie mit privatwirtschaftlichen (oder wenigstens gemischtwirtschaftlichen) Unternehmen konkurrierenden Gruppe überhaupt kein vorrangiges öffentliches Interesse auszumachen ist.

Damit hat es nun bei der Viag ein Ende. Aber das Ende sollte auch Signal sein, um andernorts die kostspielige und ordnungspolitisch falsche Kapitalakkumulation öffentlichen Eigentums in der Energieversorgung wenigstens zu mildern, besser noch abzuschaffen. Sehr lohnende Ansatzpunkte dafür gibt es zur Genüge, auch im Kreis der Viag-Minderheitsbeteiligungen. Reizvoll ist ob der geglückten Viag-Aktion auch die Erinnerung an die einst bei Preussag, Volkswagen und Veba mit „Volksaktien" vorgenommene Teilprivatisierung. Der damals mit dem löblichen Ziel breiten Eigentums an Produktivkapital gewählten und börsenfernen Aktien-Vorzugspreise bedarf es heutzutage nicht mehr. Der Bundesbürger-Durchschnittshaushalt hat inzwischen 300 000 DM Gesamt- und 80 000 DM Geldvermögen. Natürlich ist das die Quersumme aus Millionären und armen Teufeln. Aber für das Gros auch der Arbeitnehmer gilt, daß ihnen zum Aktienerwerb bei attraktivem Preis längst nicht mehr die Potenz fehlt. Die Reaktion der Viag-Beschäftigten auf ihr Belegschaftsaktien-Angebot unterstreicht das erneut und deutlich.

AUF EIN WORT

„Neben Steuer-, Rechts- und Rentenberatern soll sich derzeit ein neuer Berufsstand etablieren. Seine Angehörigen sollen dem Vernehmen nach ausgezeichnet verdienen. Die Rede ist von den ‚Subventionsberatern', die alles darüber wissen, wie man an öffentliche Gelder herankommen kann."

Dr. Armin Feit, Präsident des Bundes der Steuerzahler. FOTO: SUSANNE ESCHE

Mietwohnungen Mangelware?

dpa/VWD, **Köln**

Der künftige Wohnungsbau wird nicht nur deutlich abnehmen, sondern sich gleichzeitig in erster Linie auf die Schaffung von Wohneigentum konzentrieren. Dadurch würden vor allem finanziell schwächer gestellte Haushalte mit ihrem Bedarf an preisgünstigen Wohnungen vorrangig getroffen, meinte Prof. Rainer Winkel von der Technischen Universität Berlin. Nur mit gezielter Förderung des Mietwohnungsbaus für die unteren Einkommensgruppen ließe sich eine ausgeglichene Wohnversorgungslage in der Bundesrepublik erzielen, schrieb Winkel in der Monatsschrift des Deutschen Städtetages.

BUNDESVERBAND DER INDUSTRIE

Zehn wirtschaftspolitische Thesen zum Wahljahr

A. G. **Bonn**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat sich dafür ausgesprochen, die Öffentlichkeit über Chancen und Risiken neuer Techniken fortlaufend zu informieren. Der „aus heutiger Sicht bis auf weiteres unverzichtbare" Kernenergieanteil an der Energieversorgung sollte durch Absprachen der kernenergieerzeugenden Staaten über Mindestsicherheitsstandards auf hohem Niveau auch international verantwortbar gemacht werden. Diese Forderung ist eine von zehn Thesen, die der Industrieverband in seinem „Wirtschaftspolitischen Kompaß 87" am Vorabend seiner heute in Bonn beginnenden Jahrestagung vorgelegt hat.

Mit diesen zehn Thesen will der BDI Anstöße zur Bestimmung des wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Kurses in der kommenden Legislaturperiode geben. Zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit komme nur eine Politik infrage, die im Kern auf die längst erwiesene Wirkungskette von Gewinn, Investition und Beschäftigung setze, den Wettbewerb sichere und die Leistungs- und Risikobereitschaft stärke.

Im einzelnen fordert der BDI mehr Freiraum für den Bürger und eine Eindämmung bürokratischer Reglementierung. Die öffentlichen Haushalte müßten weiter konsolidiert und diskriminierende Unternehmenssteuern gesenkt oder beseitigt werden. Auch sollte die sozialstaatliche Vollversorgung zurückgeschnitten, starre Arbeitsmarktregeln abgebaut, die Hemmnisse für eine europäische Integration beseitigt und auf protektionistische Maßnahmen verzichtet werden.

VERMÖGENSBILDUNG

Bonner Koalition hat sich auf zweite Stufe geeinigt

HH. **Bonn**

Die Bonner Koalition hat nach langen Verhandlungen jetzt auch die letzten Maßnahmen für die seit Jahren umstrittene zweite Stufe des Vermögensbeteiligungsgesetzes getroffen. Die zuständigen Ministerien haben sich auf Referentenentwürfe für die Änderung des Vierten Vermögensbildungsgesetzes, des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) und des Einkommensteuergesetzes geeinigt, die der Arbeitsminister jetzt zahlreichen Verbänden zugeleitet hat. Voraussichtlich am 6. August wird das Bundeskabinett die Gesetzentwürfe beschließen, damit das Gesetz noch vor Ablauf der 10. Legislaturperiode verabschiedet werden kann.

Im KAGG sollen Kapitalanlagegesellschaften zugelassen werden, die für ihr Sondervermögen auch stille Beteiligungen erwerben dürfen (Beteiligungs-Sondervermögen). Im Einkommensteuergesetz soll vor allem der Lohnsteuerfreibetrag bei Überlassung von Vermögensbeteiligungen nach Paragraph 19a erhöht werden.

Der vorgesehene neue Dritte Abschnitt des KAGG regelt unter anderem, daß Wertpapiere des Beteiligungsunternehmens weder zur amtlichen Notierung oder zum geregelten Markt an einer inländischen Börse zugelassen sind, noch an einem inländischen organisierten Markt gehandelt werden. Weiterhin muß eine stille Beteiligung nach ihrem Erwerb laufend bewertet werden. Dabei sind der erwartete Ertrag, der erwartete Rückzahlungsbetrag, die Veräußerbarkeit und das allgemeine Risiko stiller Beteiligungen sowie die Rendite öffentlicher Anleihen mit annähernd gleicher Restlaufzeit zu berücksichtigen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Pauschalsätze für Reisespesen erhöht

Bonn (AP) – Die Bundesregierung hat die Erhöhung der Pauschalsätze für Reisespesen gebilligt. Einen entsprechenden Kabinettsbeschluß zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) teilte das Bonner Finanzministerium mit. Danach können Geschäftsleute für Reisen im Inland pro Tag 64 Mark (bisher 54 Mark) von der Steuer absetzen. Bei Reisen ins Ausland schwanken die Abzugsbeträge je nach Ländergruppe zwischen 70 (64) DM und 134 (124) DM.

Philips nach Hamburg

Hamburg (dpa/VWD) – Das neue Philipswerk zur Herstellung von mikroelektronischen Bauelementen wird endgültig in Hamburg gebaut. Wie das Unternehmen in der Hansestadt mitteilte, sind die Verhandlungen zwischen dem Senat und dem Vorstand der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH erfolgreich abgeschlossen worden. Die Vorentscheidung, das neue Werk von Philips/Valvo in Hamburg zu errichten, war bereits Anfang Mai gefallen. In der ersten Bauphase sind Investitionen von 500 Mill. DM vorgesehen, durch die 350 bis 400 hochqualifizierte Arbeitsplätze entstünden.

Golf weiter Spitze

Flensburg (dpa/VWD) – Der Golf war auch im April wieder Spitzenreiter bei den Pkw-Neuzulassungen in der Bundesrepublik Deutschland. Gut jeder achte der über 310 000 Pkw kam von den Fließbändern der Wolfsburger Volkswagen AG. Das geht aus der vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Flensburg veröffentlichten Neuzulassungsstatistik hervor. Mit fast 40 000 Anmeldungen (Vorjahresmonat 34 000) lag der Golf etwas unterhalb aller aus Japan importierten Pkw.

Transport 86

München (dpa/VWD) – Der deutsche Straßengüterfernverkehr hat sich mit einer Steigerung von 99,2 Mill. Tonnen (t) im Jahre 1960 auf 323,1 Mill. t im Jahr 1984 mehr als verdreifacht. Der grenzüberschreitende Güterverkehr wuchs in diesem Zeitraum von 11,7 Mill. t auf 118,8 Mill. t und verzehnfachte sich damit. Mit diesen Zahlen verdeutlichte der Geschäftsführer der Münchner Messegesellschaft, Gerd vom Hövel, die Bedeutung der bevorstehenden „Transport 86", die der „wichtigste internationale Fachmarkt für Problemlösungen im Güter- und Personenverkehr" sei.

Ölpreis-Spekulationen

Manama/Hamburg (dpa/VWD) – Vor der Ende Juni im jugoslawischen Brioni stattfindenden Konferenz der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben die Spekulationen über den Ölpreis wieder zugenommen. Saudi-Arabiens König Fahd meinte in einem Zeitungsinterview, der Ölpreis werde wieder auf 20 Dollar je Barrel (159 Liter) ansteigen. Dagegen berichtete der renommierte Informationsdienst „Middle East Economic Survey", führende Ölminister hätten Einvernehmen erzielt, daß der Ölpreis „bis irgendwann in den 90er Jahren" nicht über 17 bis 19 Dollar steigen werde.

„Kohlepfennig prüfen"

Bonn (A. G.) Der gegenwärtige Preisverfall bei Mineralöl rechtfertigt nach Meinung des Bundes der Steuerzahler keine Erhöhung des Kohlepfennigs. Ein allgemeines Umsteigen von Kohle auf Mineralöl bei der Elektrizitätserzeugung sei nämlich heute nicht mehr zu befürchten. Der Steuerzahlerbund fordert dringend eine Überprüfung des Kohlepfennigs, der Stromverbraucher seit 1975 mit 17 Mrd. DM zur Kasse gebeten habe.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 167,89 (167,44); Elektrowerte: 296,73 (296,60); Autowerte: 771,49 (769,95); Maschinenbau: 158,23 (159,01), Versorgungsaktien: 163,20 (164,56); Banken: 395,41 (397,00); Warenhäuser: 137,20 (138,63); Bauwirtschaft: 468,25 (470,43); Konsumgüterindustrie: 164,06 (164,73); Versicherung: 1464,85 (1496,81); Stahlpapiere: 163,13 (164,07); Gesamt 274,69 (275,87).

RENTENMARKT

Die Anleger sind seit Tagen in einen Kaufstreik getreten

cd. **Frankfurt**

Der Bund sah sich nach dem Kursrutsch am Freitag gestern früh genötigt, die Renditen für Bundesobligationen und Finanzierungsschätze weiter zu verbessern. Für die fünfjährigen 5,5prozentigen Bundesobligationen wurde der Verkaufskurs von 99,60 auf 99,00 Prozent gesenkt, so daß die Rendite von 5,59 auf 5,74 Prozent steigt, bei den Finanzierungsschätzen mit einjähriger Laufzeit wurde die Rendite von 3,50 auf 3,90 Prozent erhöht und bei den zweijährigen von 4,25 auf 4,75 Prozent.

Unterdessen hat sich gestern unter dem Eindruck des am Freitag schwächeren amerikanischen Bondmarktes die Abwärtsbewegung der Rentenkurse fortgesetzt. Die Bundesbank, die bei manchen Bundestiteln praktisch der einzige Käufer war, nahm die Kurse dieser Titel bis um 80 Pfennig zurück, so daß deren Durchschnittsrendite von 5,90 auf 5,96 Prozent anzog. Die Pfandbriefrendite erhöhte sich für fünfjährige Papiere von 5,91 auf sechs Prozent und für zehnjährige von 6,85 auf 6,91 Prozent. Händler bezeichnen den Markt, an dem die in- und ausländischen Anleger in einen Kaufstreik getreten sind, als völlig verstopft.

Die beiden Tranchen der Vier-Milliarden-Bundesanleihe sind fast vollständig bei den Banken hängengeblieben. Voraussetzung für eine Trendwende sei eine Erholung des US-Marktes, hieß es; dafür sah man gestern mittag gewisse Chancen.

Der Zinsanstieg in den USA hat auch den Dollar mit hochgezogen, dessen Kurs morgens zeitweilig auf 2,3410 DM stieg. Amtlich wurde die US-Währung mit 2,3296 DM nach 2,3127 DM am Freitag notiert.

ALTPAPIER / Sammler beklagen Überschüsse – Fabrikanten erkennen Mangellage

Recycling-Manie ruiniert den Markt

PETER DE THIER, **Bonn**

Auf dem deutschen Papiermarkt herrscht zur Zeit ein Zustand, der weder in der ökonomischen Theorie noch in der wirtschaftlichen Praxis allzu häufig anzutreffen ist. Man streitet sich nämlich darüber, ob im Bereich des Altpapiers eine Knappheit oder ein Überschuß vorliegt.

In der Recycling-Branche, die durch den Bundesverband für Papierrohstoffe (bvp) vertreten wird, wird ein verheerender Überschuß beklagt. 1986 wird ein Überangebot von 800 000 Tonnen erwartet. Die Papierhersteller befürchten hingegen, daß die Gemeinden langfristig zu ernstzunehmenden Konkurrenten um das vorhandene Altpapier werden könnten, um ihre neuerrichteten Müllverbrennungsanlagen mit Altpapier füttern zu können. Egal welcher Version man mehr Glauben schenkt, in beiden Fällen hätte der Verbraucher das Nachsehen: Eine Knappheit würde die Papierpreise steigen lassen, ein Überschuß schlägt sich in steigenden Abfallgebühren nieder.

Die Fakten scheinen jedoch der Überschußthese recht zu geben. Verfehlte Prognosen hinsichtlich des Altpapierverbrauchs veranlaßten vor einigen Jahren die Gemeinden, ihre Erfassungskapazitäten für Altpapier aufzustocken. Da der Verbrauch seit etwa einem Jahr stagniert, wird seit dem Einsetzen dieser „Recycling-Manie" gewissermaßen an dem Bedarf vorbeiproduziert. Jörg Sudan, der Geschäftsführer des bvp, sieht hier eine Parallele zur subventionierten Überschußproduktion auf dem EG-Agrarmarkt. Sudan plädiert für eine Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien, die eine kostendeckende und am tatsächlichen Bedarf orientierte Produktion erfordern.

So verlangen beispielsweise im Saarland Altpapiersammler von den Gemeinden bis zu 40 D-Mark pro Tonne, um nichtverwertbares Altpapier auf französische Mülldeponien abschieben zu können. Wen diese Kosten letzten Endes treffen, liegt auf der Hand. Dies scheint die vom Verband Deutscher Papierfabriken (VDP) vertretene „Knappheitsthese" zu widerlegen.

Sudan hat jedoch für die Bedenken der Papierhersteller eine plausible Erklärung: Der Preisverfall führt bei den Papierfabrikanten zu niedrigeren Beschaffungspreisen. Um diese Situation auch langfristig zu sichern, gäbe es kaum eine geschicktere Taktik, als eine Knappheit zu beklagen. Hiermit würde die Sammelei weiter angeheizt und somit der Preisverfall aufrechterhalten werden. Abhilfe schaffen kann man der Altpapiermisere nur durch eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien. In der Privatwirtschaft überlebt auch nur derjenige, der seine Produktion an der Nachfrage orientiert.

ARGENTINIEN / Drei Abwertungen in zwei Monaten

Krise noch nicht überwunden

DW. Buenos Aires

Bis Anfang der 80er Jahre wollten Argentinien und die Argentinier mit dem Rest Lateinamerikas nichts zu tun haben. Die These war, das Land sei zu groß, zu reich und vor allem zu europäisch, um zur Dritten Welt zu gehören. Argentinien ist Lebensmittelexporteur und nahezu unabhängig von Energieimporten. Die Nation hat jedoch die Wirtschaftskrise, in die sie vor mehreren Jahren geschlittert ist, trotz eines im Juni vergangenen Jahres verordneten rigorosen Stabilitäts- und Sparprogramms, noch nicht überwunden.

Ausdruck dieser schmerzlichen Realität war letzte Woche die dritte Abwertung der Landeswährung Austral gegenüber dem Dollar, diesmal um 1,176 Prozent nach vorausgegangenen 3,75 Prozent (April) und 1,19 Prozent (Mitte Mai). Manche sprechen bereits davon, daß die gegen die argentinische Mentalität gerichtete Radikalkur gescheitert ist. Die Arbeitslosigkeit – offiziell rund 680 000 Menschen oder 5,9 Prozent – ist nicht zurückgegangen, der Preisauftrieb hat zugenommen. Die Auslandsschuld von 50 Mrd. Dollar hemmt den wirtschaftlichen und den sozialen Fortschritt.

Mit einem Bruttonationalprodukt pro Kopf (1983) von 2070 Dollar steht Argentinien jetzt auf dem 40. Platz in der Welt und nimmt in Lateinamerika Rang fünf ein. Die Realeinkommen sanken 1985 um 23 Prozent. Das zeigt auch: Größtes Problem bleibt die Inflation. Zwar betrug sie in den ersten vier Monaten dieses Jahres nur rund 15 Prozent; gemessen an den über 1000 Prozent im Juni 1985 ist das nicht viel.

Aber das Ziel, die Preise nicht um mehr als 28 Prozent in diesem Jahr steigen zu lassen, ist durch die Steigerung im ersten Drittel sehr gefährdet. Größtes Problem ist, daß der verteilungspolitische Konflikt bis heute ungelöst ist. Er spiegelt die Auseinandersetzungen zwischen der Staatsführung und den peronistischen Gewerkschaften wider. Für den kommenden Monat ist erneut ein Generalstreik geplant, der dritte in diesem Jahr.

Fraglich ist, wie reformfähig und -willig das Land ist. Vergeblich fordern Forschungsinstitute eine Streichung ineffizienter öffentlicher Ausgaben. Sie verlangen nach mehr ökonomischer Freiheit, Förderung von Privatinitiativen und Maßnahmen zum Anreiz von Investitionen. Der Staat kontrolliert noch immer etwa 50 Prozent des Erwerbslebens; ein aufgeblähter Behördenapparat reguliert restriktiv private Initiativen. Die öffentlichen Ausgaben und die hoch verschuldeten Staatsbetriebe sind schwer zu überschauen.

TÜRKEI / Viele Staatsunternehmen in roten Zahlen

Neues Privatisierungs-Gesetz

E. ANTONAROS, Ankara

Auf dem Weg zur Privatisierung von zahlreichen Staatsfirmen, die ja zu den wichtigsten programmatischen Erklärungen der Regierung Özal gehört, ist nun in der Türkei auch die letzte Hürde genommen worden. Die Nationalversammlung in Ankara hat jetzt ein Gesetz verabschiedet, das die Regierung ermächtigt, zahlreiche staatlich kontrollierte Unternehmen der privaten Hand zuzuführen.

Das Gesetz überläßt der Regierung die Entscheidung, welche Unternehmen verkauft werden sollen. Diese Firmen sollen dann einem öffentlichen Beteiligungsfonds übertragen werden, dessen Management wiederum entscheiden soll, welche Firmen durch eine Aktienemission und welche durch den Direktverkauf an Privatunternehmer privatisiert werden sollen.

Eine von der türkischen Regierung in Auftrag gegebene und von der amerikanischen Bank Morgan Guaranty erstellte Studie hat insgesamt 36 Staatsunternehmen unter die Lupe genommen, die nun als Privatisierungskandidaten in Frage kommen. Als erste Staatsunternehmen sollen aller Voraussicht nach die türkische Fluggesellschaft Turk Hava Yollari (THY) und ihre Tochtergesellschaften an interessierte Privatunternehmer verkauft werden. Ebenfalls will das Kabinett in den nächsten zwei Jahren eine Hotelkette, zahlreiche Zementhütten und Düngemittelfabriken, die staatliche Bergwerk-Holding Etibank und das Textilunternehmen Sümerbank mit insgesamt 466 Verkaufsstellen privatisieren.

Das Privatisierungs-Gesetz, das gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Opposition verabschiedet wurde, gibt Regierungschef Turgut Özal die Möglichkeit, einen wichtigen Teilaspekt seines marktwirtschaftlich orientierten Sanierungsprogramms zu verwirklichen. Vom Abbau des Staatssektors verspricht er sich einen drastischen Rückgang der staatlichen Subventionen und Hilfsbeträge, die jährlich in die Kassen der meist defizitären Staatsfirmen geflossen sind. Özal hat erkannt, daß viele Firmen wegen schlechter Management-Methoden und personeller Überbesetzung in den roten Zahlen stecken.

Bisher hatte die Regierung nur Partizipationsscheine und Einkommenszertifikate für die Bosporus-Brücke und den Energiekomplex Keban in der östlichen Türkei an den Mann gebracht. Diese im Jahre 1984 mit großem Erfolg abgewickelte Aktion hat dem Beteiligungsfonds knapp 50 Millionen Dollar eingebracht. Diese Beträge sind vorwiegend zur Finanzierung von neuen Dämmen am Euphrat (Osttürkei) verwendet worden. (SAD)

GROSSBRITANNIEN

Lage der Industrie hat sich verbessert

fu. London

Nach einem enttäuschenden ersten Quartal wird sich die Produktion in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens in den kommenden vier Monaten etwas verbessern. Zu diesem Schluß kommt der Industrieverband CBI nach seiner jüngsten Umfrage bei mehr als 1500 Mitgliedsfirmen.

So rechnen 27 Prozent der Unternehmen mit einem Produktionsanstieg während der nächsten vier Monate. 60 Prozent dagegen erwarten eine unveränderte Produktion. Damit entspricht das Umfrageergebnis weitgehend denen von März und April und läßt auf ein Wirtschaftswachstum in diesem Sommer ähnlich dem vom Herbst letzten Jahres schließen. Die optimistische Prognose von Schatzkanzler Nigel Lawson, daß die britische Wirtschaft in diesem Jahr um drei Prozent wachsen wird, würde sich damit kaum erfüllen.

Ihre gegenwärtige Gesamtauftragslage bezeichnen 14 Prozent als überdurchschnittlich gut, 55 Prozent als normal und 30 Prozent als unterdurchschnittlich. Die Exportauftragslage wird von 20 Prozent der befragten Unternehmen als überdurchschnittlich gut, von 50 Prozent als normal und von 29 Prozent als schwach beschrieben.

DIDIER / Produktion im Ausland nimmt weiter zu

Kühleres Feuerfest-Klima

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Didier-Werke AG, Wiesbaden, erwarten auch für 1986 wieder einen „befriedigenden Gewinn". Zwar habe sich das Klima im Feuerfest-Geschäft abgekühlt – die Auftragseingänge verharrten in den ersten drei Monaten auf dem gedrückten Niveau des letzten Quartals 1985, und die Stahlerzeuger – mit 55 Prozent vom Umsatz wichtigste Abnehmergruppe des Feuerfest-Spezialisten – haben sich auf sinkende Produktionsmengen eingestellt.

Doch inzwischen hätten sich die Auftragseingänge des Konzerns schon wieder den Planwerten genähert, so Vorstandschef Martin Bieneck, und das weitere Vordringen der Stahl-Stranggießtechnik mit ihrem Bedarf an höherwertiger Feuerfest-Keramik verspreche den teilweisen Ausgleich der Volumensrückgänge. Vor allem in den USA mit einem Stranggußanteil von erst 43 Prozent – gegenüber 80 Prozent bei der deutschen Stahlindustrie – sieht Bieneck noch erhebliche Marktchancen, die mit neuen Produktionsanlagen vor Ort genutzt werden sollen.

Damit wird der Anteil der Auslandsproduktion am Weltumsatz von zuletzt 40 Prozent weiter steigen. Bereits im vergangenen Jahr war der Anteil der Auslandswerke an der Weltkapazität des Konzerns durch die Übernahme von vier französischen Werken von der Lafarge-Coppée-Gruppe auf 37 (27) Prozent der Weltkapazität gestiegen.

Daraus erklärt sich auch ein Teil der kräftigen Steigerung des Weltumsatzes um 22 Prozent auf 1,24 (1,01) Mrd. DM, von denen 72 Prozent auf das Auslandsgeschäft entfielen. Aber auch der nicht durch Übernahmen beeinflußte AG-Umsatz nahm noch um zwölf Prozent auf 801 (714) Mill. DM zu, eine Folge vor allem der wachsenden Stahlproduktion.

Das Ergebnis verbesserte sich ebenfalls noch einmal spürbar. Fast im Gleichtakt erhöhten sich der ausgewiesene Jahresüberschuß um 5,5 Prozent auf 18,9 (18) Mill. DM und das (um außerordentliche und aperiodische Einflüsse bereinigte) DVFA-Ergebnis je Aktie um 5,7 Prozent 14,52 (13,73) DM. Die günstige Entwicklung ermutigte den Vorstand, erstmals nach Jahren des kontinuierlichen Abbaus die Belegschaft der AG wieder leicht auf 4060 (3990) Mitarbeiter aufzustocken. Der mit 6320 (5570) Arbeitsplätzen stärkere weltweite Ausbau ist wesentlich auf die französische Akquisition zurückzuführen.

Der geplante Paukenschlag bei den Investitionen wurde durch Liefer- und Genehmigungsprobleme vereitelt: Statt der geplanten 40 Mill. DM erreichte Didier nur ein Volumen von 34 (31) Mill. DM bei 27 (24) Mill. DM Abschreibungen.

IW

Magerere Jahre für Computer

A. G. Bonn

Mit der Produktion der deutschen Computerindustrie wird es in diesem Jahr nicht mehr so zügig bergauf gehen wie in der jüngsten Vergangenheit. Zwar sei auch gegenwärtig noch mit zweistelligen Zuwachsraten zu rechnen, aber „die ganz fetten Jahre" scheinen für den dynamischsten Industriezweig der Bundesrepublik zunächst vorbei zu sein. Zu dieser Feststellung gelangt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in seiner gestern veröffentlichten Branchenanalyse.

Als Gründe für die zu erwartende „Verschnaufpause" führt das Institut an, daß vor allem bei den Kleincomputern mehr und mehr das Problem der Kompatibilität in den Vordergrund trete: Die verschiedenen Hersteller mit ihren unterschiedlichen Systemen müßten sich in der nächsten Zeit auf einheitliche Normen einigen. Außerdem mache den Computerherstellern auch der Fachkräfte-Mangel auf der Anwenderseite zu schaffen. Qualifiziertes Personal bei der Computerbedienung würde, so die Hoffnung der Hersteller, auch die inländische Nachfrage wieder wachsen lassen.

Die Herstellung von Computern nimmt zwar nur einen Umsatzanteil von 1,3 Prozent an der gesamten Industrieproduktion ein. Gemessen an den Wachstumsraten steht diese Branche allerdings ganz vorn. Allein im vergangenen Jahr konnten die Computerhersteller ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr um 25 Prozent steigern. Gegenüber 1980 wurde sogar ein Plus von 132 Prozent erwirtschaftet. Zum Vergleich: Das verarbeitende Gewerbe insgesamt erhöhte seine Produktion von 1980 bis 1985 lediglich um 4,6 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten in der Computerherstellung stieg von 1980 auf 1985 von 57 000 um fast 30 Prozent auf 73 000 Personen. Allein im letzten Jahr wuchs der Personalbestand um über zehn Prozent.

GERLING-KONZERN / Neue Beteiligungsgesellschaft

Weltweite Expansion geplant

Py. Düsseldorf

Nach dem Rückkauf der Anteile an seinem Konzern von Friedrich Karl Flick und den Anteilseignern der früheren Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie (VHDI) GmbH hat Hans Gerling jetzt eine neue Beteiligungsgesellschaft durch Umwandlung der VHDI in die Gerling-Konzern Consortiale Holding AG (GCH) gegründet.

Diese neue Gesellschaft, deren Kapital von bisher 182 auf 202 Mill. DM durch Gerling erhöht worden ist, ist an der Holding des Gerling-Konzerns, der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG (GKB), mit 48 Prozent beteiligt, 49 Prozent liegen bei der Gerling gehörenden Rheinischen Versicherungs-Gruppe und die restlichen drei Prozent bei Hans Gerling persönlich. Dem Vorstand der GCH gehören Hans Gerling und Manfred Bock an, Vorstandsmitglied der Rheinischen Gruppe.

Das neue Unternehmen soll sich, wie der Konzern mitteilte, mit der Gründung von Beteiligungsgesellschaften sowie dem Erwerb und der Veräußerung von Beteiligungen aller Art im In- und Ausland, ferner mit Kapitalbeschaffung, Finanzierung und Vermögensanlagen beschäftigen. Außerdem gehören die Durchführung von Finanzanlagen, mit Bereitstellung von Risikokapital für andere Unternehmen und Beteiligung an Kapitalfonds dazu.

Mit dieser Gesellschaft will Gerling offenbar weltweit besser, als es ihm bisher möglich war, die Möglichkeiten zur Ausweitung seines Konzerns nutzen, insbesondere im Bereich der industriellen Versicherungs-Beratungsaktivitäten. Für die Beteiligungspolitik sei jetzt ein Rahmen geschaffen worden, ohne daß konkrete Vorhaben bestehen, hieß es gestern.

Kapitalbeteiligungen sollen auch über den Gerling-Konzern hinaus wahrgenommen werden. Bei der Bereitstellung von Risikokapital wird Gerling als neuer Wettbewerber für die Risikokapital-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Versicherungswirtschaft mbH auftreten, der Gerling nicht angehört. Schließlich dürften in Kürze neue Kapitalanlagefonds, ähnlich den sehr erfolgreichen Gerling-Dynamik- und Gerling-Rendite-Fonds, mit Hilfe der GCH entstehen.

AUSTRALIEN / Schwache Rohstoffnachfrage reißt ein Loch in die Leistungsbilanz

Lebensstil widerspricht Verhältnissen

dpa/VWD, Canberra

Nach drei wachstumsstarken Jahren muß die australische Regierung die Konjunktur bremsen. Die Leistungsbilanz bereitet Sorgen. Bundesschatzminister Paul Keating gesteht inzwischen, daß die hohen außenwirtschaftlichen Fehlbeträge nicht nur vorübergehender Natur sind. Nun erkennt auch er die Gefahr.

Auslöser der Krisenstimmung in dem Staat am Zipfel der anderen Halbkugel sind die jüngsten Statistiken, die erwarten lassen, daß das Defizit in der Leistungsbilanz im laufenden Finanzjahr 1985/86 (30. Juni) auf mindestens 14 Mrd. australische Dollar (22,12 Mrd. DM) steigen wird. Unpopuläre Wirtschaftsauguren mahnen bereits seit Jahren, daß die australische, an einen hohen Lebensstandard gewöhnte Freizeitgesellschaft, über ihre Verhältnisse lebt. Zu hohe Gehälter und Löhne sowie stetige Arbeitszeitkürzungen wurden genehmigt. Nun will die Labor-Regierung, daß die 16 Millionen Einwohner ihre Gürtel enger schnallen.

Australier investieren lieber im Ausland

Der Rohstoffreichtum hilft den Australiern im Augenblick wenig, einen Weg aus der Misere zu finden. Der weltweit fallende Bedarf, die dadurch sinkenden Preise haben Australiens Handelsbilanz hart getroffen. Die Fertigungsindustrie hat in den letzten Jahren infolge der gestiegenen Arbeitskosten und staatlichen Belastungen Rationalisierungen vorgenommen, die oft zu Stillegungen führten, da importierte Ware zum Teil qualitativ besser und zudem billiger ist. Australische Unternehmer investieren heute lieber in den aufstrebenden asiatischen Ländern oder in Nordamerika als daheim.

Die Wirtschaftsverbände erklären das Zögern der Unternehmer, stärker zu investieren, mit der die Planungen verunsichernden Wirtschaftspolitik der Regierung, die zunehmend ein investitionsfeindliches Klima erzeuge. Dazu zählen neue steuerliche Belastungen, das Fehlen steuerlicher Absetzmöglichkeiten und die hohen Zinssätze, die bis auf 21 Prozent hochgeschraubt wurden, um Auslandskapital anzuziehen und so den international stark angeschlagenen Wert des Australdollars zu stützen.

Die in diesem Jahr wieder auf 8,2 Prozent gestiegene Inflationsrate und die bei acht Prozent liegende Arbeitslosenrate sind kein erfreulicher Hintergrund der derzeitigen australischen Wirtschaftsszene. Das Manko in der Leistungsbilanz wurde bisher durch Kapitalimporte ausgeglichen. Die Auslandsverschuldung des Staates und der Wirtschaft wird nach einer Voraussage der National Australia Bank bis Ende des laufenden Finanzjahres auf 80 Mrd. DM ansteigen.

Bundesschatzminister Paul Keating hat in der derzeitigen Krisenstimmung eine Konferenz der Gewerkschafts- und Wirtschaftsführer einberufen, auf der die Regierung über Notmaßnahmen beraten will.

Staat will seine Ausgaben senken

Die öffentlichen Aufwendungen, die unter der ausgabefreudigen Labor-Regierung bereits fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts verschlingen, sollen gesenkt werden. Neben den bisherigen staatlichen Leistungen sind auch die für dieses Jahr von der Regierung versprochenen Steuersenkungen in Gefahr.

Die Regierung befindet sich in einem Dilemma. Ihre gewerkschaftlichen Verbündeten haben bereits bekundet, daß sie nicht bereit sein werden, Abstriche bei der Anpassung der Löhne an die Inflation hinzunehmen. Angestellte und Arbeiter sollen von der Politik des „Gürtel-enger-schnallen" nicht betroffen sein; diese Last sollen allein die Unternehmer tragen. Zur Bekräftigung dieses Standpunktes haben sie bereits massive Warnstreiks angekündigt. Die Arbeitgeber propagieren derweil eine Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik und die Senkung der Reallöhne als Mittel zur Überwindung Krise.

NORDD. STEINGUT

Preisverfall bei sinkendem Absatz

ww. Bremen

Die Actiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik Bremen-Grohn konnte im Geschäftsjahr 1985 trotz schwieriger Rahmenbedingungen wiederum ein positives Ergebnis erwirtschaften. Aus dem Bilanzgewinn 1985 von 0,84 Mill. DM wird der zum 26. Juni einberufenen Hauptversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 5 DM (10 Prozent) je 50 DM-Aktie vorgeschlagen. Für 1984 waren 4 DM zuzüglich 1 DM Bonus

ausgeschüttet worden. Auf der Hauptversammlung soll außerdem die am 30. Juni 1986 endende Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals um insgesamt 2 Mill. DM vorsorglich um weitere fünf Jahre erneuert werden.

Die Actiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik mußte Einbußen hinnehmen. Der Absatz fiel um 5,5 Prozent. Der Rückgang war aber nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt der anderen deutschen Herstellerwerke. Hieraus folgt ein Zugewinn des Marktanteils auf über 17 (16) Prozent. Der Umsatzrückgang um 10,5 Prozent auf 56,51 (63,17) Mill. DM spiegelt den wettbewerbsbedingten starken Preisverfall wider. Die Gesamtleistung ging weniger stark auf 57,30 (58,45) Mill. DM zurück.

Für das neue Geschäftsjahr 1986 erwartet das Unternehmen bei weiter abnehmendem Wohnungsneubau aber anhaltend günstiger Wirtschaftslage und niedrigem Zinsniveau stärkere Impulse für die Modernisierung älterer Wohnungen.

Südwestsalz mit gutem Gewinn

nl. Stuttgart

Bei der Südwestdeutschen Salzwerke AG, Heilbronn, die zu den größten deutschen Salzbergwerks-Unternehmen zählt, lag nach Angaben der Verwaltung der Absatz im ersten Quartal 1986 über alle Salzsorten hinweg etwa auf dem Niveau der vergleichbaren Vorjahreszeit. Deshalb rechne man, wie es weiter heißt, mit einem „normalen" Geschäftsjahr 1986, das allerdings in seinem Ergebnis durch die beginnende Reparatur des Schachtes in Bad Friedrichshall-Kochendorf belastet werde.

Das Ergebnis des Berichtsjahres 1985 kann sich sehen lassen, denn der Gewinn vor Steuern verbesserte sich um gut 26 Prozent auf 26,5 Mill. DM. Es wird ein auf 11 (9) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem unverändert 10 DM je Aktie Dividende gezahlt werden. Bedient wird allerdings ein größeres Aktienkapital. Der Hauptversammlun am 9. Juli wird vorgeschlagen, das Grundkapital im Verhältnis 5:1 durch Umwandlung von Rücklagen von 30 Mill. auf 36 Mill. DM aufzustocken, wobei die 6 Mill. DM neuen Aktien für 1985 voll dividendenberechtigt sein sollen. Am Grundkapital sind die Stadt Heilbronn und das Land Baden-Württemberg zu jeweils 45 Prozent beteiligt.

Das Berichtsjahr 1985 hatte für Südwestsalz konjunktur- und witterungsbedingt eine deutliche Geschäftsbelebung gebracht. Die Nach

frage nach Industriesalz stieg und ließ den Absatz in dieser Sparte um 8,4 Prozent zunehmen. Eine Steigerung gab es auch bei Steingewerbe- und Auftausalz. Das Geschäft mit Stein- und Siedespeisesalz blieb nahezu konstant. Der Konzernumsatz erhöhte sich um 12,5 Prozent auf 211,1 Mill. DM. Investiert wurden 4,8 (8,6) Mill. DM und abgeschrieben 10,2 (10,9) Mill. DM. Das Unternehmen zählt gut 800 Mitarbeiter.

STEUERREFORM / Eine angemessene Ausstattung mit Eigenkapital ist Voraussetzung für neue Arbeitsplätze

Investitionsrücklage für den Mittelstand gefordert

Von HANSHEINZ HAUSER

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Aus dem ursprünglichen Gedanken einer Einheit von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist heute eher ein Verhältnis von Gegensätzen geworden. Gegenüber der sozialpolitischen Diskussion werden wirtschaftspolitische Probleme gerne in den Hintergrund geschoben. Nicht umsonst hat Professor Biedenkopf kürzlich gemahnt: „Wenn es nicht gelingt, die Kongruenz zwischen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik einsichtig zu machen, wird die politische Mehrheit, die sich in der Arbeits- und Sozialpolitik artikuliert, die politische Minderheit, die sich anscheinend nur mit engeren wirtschaftspolitischen Fragen befaßt, überwältigen. Wir brauchen also den ordnungspolitischen Zusammenhang auch zum Schutz der Arbeits- und Sozialpolitik, die nicht leben kann ohne eine gesunde Wirtschaft."

Damit ist ein Ansatzpunkt für die Steuerreform der kommenden Legislaturperiode genannt: Die Steuerdiskussion darf sich nicht darauf verengen, wie die Steuerlastquote für Bürger und Unternehmen gesenkt werden kann, sondern es müssen vor allem die weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Strukturveränderungen berücksichtigt werden, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Denn der Arbeitsmarkt ist ein Teil der Wirtschaft, und deshalb ist seine Gestaltung Teil einer wirtschaftspolitischen Aufgabe.

Angesichts der Arbeitslosenquote und der weltwirtschaftlichen Entwicklung muß die Definition des Verteilungsproblems durch Einbeziehung des Bereiches „Arbeit" erweitert werden.

Die Mehrzahl der Arbeitsplätze wird im Bereich der mittelständischen Unternehmen angeboten. Deren Eigenkapitalquote liegt heute laut Auskunft der Deutschen Bundesbank bei 10,1 Prozent. Natürlich ist die Verbesserung der Eigenkapitalausstattung in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Der Staat hat jedoch die Pflicht, die unternehmerische Entscheidungs- und Handlungsfreiheit zu sichern, indem er im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik jene Bedingungen schafft, die die Eigenkapitalbildung ermöglichen und fördern. Eine angemessene Ausstattung der mittelständischen Unternehmen mit Eigenkapital ist geradezu ein Bestimmungsfaktor für die Stabilisierung vorhandener sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Dies ist der Hintergrund für den Vorschlag, eine steuerstundende Investitionsrücklage einzuführen. Dabei geht es natürlich nicht um einen Zinsgewinn, wie kürzlich von Verbandsseite ausgeführt wurde. Es geht um das Ansparen von mehr Eigenkapital. Dies liegt bei einem kleinen Handwerker, einem Einzelhändler oder einem Dienstleistungsunternehmen heute in der Regel zwischen 50 000 und 100 000 DM. Wenn man durch die Einführung der Investitionsrücklage das Eigenkapital um jährlich 50 000 DM erhöht, so hat man am Ende des vierten Jahres ein zusätzliches Eigenkapital von 200 000 DM. Man hat also sein Eigenkapital dann verdreifacht oder gar versechsfacht. Der mittelständische Unternehmer kann – um im Beispiel zu bleiben – seine Eigenkapitalquote


Hansheinz Hauser
FOTO: FRANK DARCHINGER

von durchschnittlich zehn Prozent auf gut 30 Prozent aufstocken.

Deshalb muß die nachhaltige Verbesserung der Eigenkapitalquote beim Mittelstand ein Hauptziel der Reform der Unternehmensbesteuerung sein. Hierfür ist die Einführung der steuerstundenden Investitionsrücklage ein einfaches Mittel. Sie wirkt sofort, spezifisch mittelständisch, und sie ist unbürokratisch. Ihr einziger Nachteil: Sie würde zu vorübergehenden Steuerausfällen jährlich führen, ganz einfach deshalb, weil so viele kleine und mittlere Unternehmen hiervon Gebrauch machen könnten. Im steuerpolitischen Verteilungskampf steht dann diese Summe natürlich nicht zur Senkung der Vermögenssteuer oder der Gewerbesteuer zur Verfügung, wodurch die Großwirtschaft nachhaltiger entlastet würde als der Mittelstand, sondern sie steht zur spezifischen Entlastung des Mittelstandes bereit. Auch dies gehört zur offenen Diskussion und ist als Argument zweifellos fairer und ehrlicher als der Versuch, die Investitionsrücklage mit steuersystematischen oder gar ordnungspolitischen Scheinargumenten immer wieder in eine Ecke zu drängen, in der sie nichts zu suchen hat.

Die Forderung nach steuerpolitischen Maßnahmen, die vor allem zugunsten der Verbesserung der Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes wirken, bleibt so lange aktuell, bis sich die Eigenkapitalquote des Mittelstandes wieder auf ein betriebswirtschaftlich vertretbares Maß aufwärts entwickelt.

Der Mittelstand wird sich nicht abdrängen lassen auf die Rolle des Bittstellers, wenn es um die Frage der Unternehmenssteuerreform geht. Ein Nahziel dieser Reform ist für uns, daß die erwirtschafteten Erträge dann steuerlich begünstigt werden, wenn sie für Investitionen verwendet werden. Dadurch wird die Steuerbelastung des Unternehmens gemildert. Dadurch werden Liquidität und Selbstfinanzierungskraft verbessert. Zusammen mit einer Milderung der Steuerprogression führt der Stundungseffekt bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften zu einer dauerhaften Verbesserung der Eigenkapitalausstattung. Natürlich muß mittelfristig die Senkung der Gesamtsteuerlast zur Stärkung der Leistungsfähigkeit unser Ziel bleiben. Aber nur eine Steuerpolitik, die den Interessen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten gerecht wird, trägt den spezifisch mittelständischen Problemen Rechnung. Wir wollen keine Sonderregelung für den Mittelstand, sondern wir wollen gleiches Recht für alle.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hussel erhöht

Hagen (VWD) – Vorstand und Aufsichtsrat der Hussel Holding AG, Hagen, schlagen der HV am 9. Juli vor, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 von 14,2 (1984: 13,4) Mill. DM eine auf 8,50 (8) DM je 50-DM-Aktie angehobene Dividende zu zahlen (Grundkapital: 80 Mill. DM). Ferner soll der Vorstand ermächtigt werden, das Grundkapital bis zum 30. Juni 1991 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 40 Mill. DM zu erhöhen.

SEN halbiert Dividende

Mannheim (dpa/VWD) – Die Seitz Enzinger Noll Maschinenbau AG (SEN), Mannheim, schlägt für das Geschäftsjahr 1985 eine auf drei DM je Aktie halbierte Dividende auf 27,6 Mill. DM Grundkapital vor (HV am 15. Juli). Großaktionäre sind die Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale, Mannheim, mit über 25 und die Klöckner-Werke AG, Duisburg, mit 24 Prozent.

Personalabbbau

Emden (dpa/VWD) – Zu „kurzfristig tiefgreifenden Rationalisierungmaßnahmen" sieht sich die Phillips Petroleum Norsk A/S in ihrem Erdgas-Terminal in Emden gezwungen. Als Ursachen werden der Ölpreisverfall, neue deutsche Umweltschutzbestimmungen sowie die Einführung eines neuen Prozeßleitsystems im Betrieb genannt. Die Phillips Petroleum betreibt in Emden ein Erdgas-Terminal für Nordseegas aus norwegischer Förderung. Beschäftigt werden 115 Mitarbeiter.

Minderheitsbeteiligung

Berlin (VWD) – Die Axel Springer Verlag AG, Berlin, hat eine Minderheitsbeteiligung an der Druckerei und Verlag A. Beig KG, Pinneberg, erworben. Wie der Springer Verlag mitteilt, hat er mit 12,5 Prozent die Hälfte des Anteils der Gesellschafterin Ellen Kölzow übernommn. In dem 1858 gegründeten Verlag, mit dem der Springer Verlag seit Jahren auf dem Drucksektor und im redaktionellen Bereich zusammenarbeite, wird das „Pinneberger Tageblatt" herausgegeben, das mit einer verkauften Auflage von rund 20 000 Exemplaren täglich erscheint. Zum Gesellschafterkreis des Beig-Verlags gehören weiterhin der Verleger und Geschäftsführer Dieter Beig, der 25 Prozent hält, sowie Jürgen Sprotte mit ebenfalls 25 Prozent Anteil. In Händen von Frau Kölzow bleiben 12,5 Prozent, während die Erben von Walter Beig junior zusammen 25 Prozent halten.

Batterien von Kodak

Stuttgart (nl) – Unter den Namen „Supralife" und „Ultralife" wird Eastman Kodak ab Juli in den USA Hochleistungsbatterien in den gebräuchlichsten Größen sowie auch in einer Reihe von Spezialkonfektionierungen auf den Markt bringen. Hierbei handelt es sich um Lithium-Batterien, die von der in 1984 gegründeten Tochter Ultra Technologies (200 Beschäftigte) produziert werden. Ob und wann Kodak-Batterien auch auf außeramerikanischen Märkten angeboten werden, darüber wurden zunächst keine Angaben gemacht.

Preise unbefriedigend

Aachen (dpa/VWD) – Die Uniroyal Englebert Reifen, Aachen, Deutschlands drittgrößter Autoreifenhersteller, hat im Geschäftsjahr 1985 einen Umsatz von 507 Mill. DM (plus 14,8 Prozent) erzielt. Der Jahresüberschuß stieg von 14,5 auf 15 Mill. DM. Gewinnschmälernd wirkten sich die unbefriedigenden Preise in der Automobil-Erstausrüstung und der anhaltende Preisverfall bei Nutzfahrzeugreifen aus.

Mehr Mitglieder

Frankfurt (adh) – Wieder auf dem Weg bergauf sieht der Vorstand die Dugena AG, Darmstadt. In diesem Jahr will die in der Vergangenheit in Schwierigkeiten geratene Uhren- und Schmuck-Einkaufsgenossenschaft wieder ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen. 1985 wurden unter der neuen Ägide (Dugena gehört jetzt zum Rewe-Leibbrand-Bereich) 113 Mill. DM (ohne Mehrwertsteuer) Umsatz erzielt. In den ersten vier Monaten dieses Jahres liege der Auftragseingang um 30 Prozent über den entsprechenden Vorjahreszahlen, der Umsatz um 16 Prozent. Auch die Mitgliederzahl (am Jahresende 1 430) steigt wieder an.

Hohe Werbeumsätze

Baden-Baden (dpa/VWD) – Der Verband Deutscher Adreßbuchverleger (VDAV) hat im vergangenen Jahr seinen Werbeumsatz um 8,5 Prozent auf 1,08 Mrd. DM gesteigert. Dies berichtete der Verband gestern auf seiner Jahresversammlung in Baden-Baden. Der 1920 gegründete Verband zählt rund 200 Mitglieder und ist zuständig für die Werbung in Bundes- und Landesadreßbüchern, Telefonbüchern, den Branchenfernsprechbüchern („Gelbe Seiten"), internationalen Adreßbüchern, Export-Adreßlisten, Einwohnerverzeichnissen sowie Fachadreßbüchern.

Bayerische Hof vorn

Hamburg (dpa/VWD) – Unter den zehn umsatzstärksten Hotels in der Bundesrepublik und Berlin sind je vier Münchner und Frankfurter Hotels und je eines aus Berlin und Hamburg. Umsatzstärkstes Hotel war 1985 der Bayerische Hof, München, mit 77,1 Mill. DM, vor dem Frankfurt Sheraton mit 68 Mill. DM und dem Frankfurt Inter-Continental mit 64,4 Mill. DM. Dies geht aus einer Statistik der „NGZ Neue Gastronomische Zeitung" hervor. Auf den nächsten Plätzen folgen München Hilton (57,4 Mill. DM), München Sheraton (49,5 Mill.), Berlin Inter-Continental (49,2 Mill.) und Vier Jahreszeiten Kempinski München (48,5 Mill. DM).

COSMOS LEBEN

Erfolgreich ohne Außendienst

Py. Düsseldorf

Auch im vierten Jahr des auf den kostengünstigen Direktvertrieb (ohne Außendienst) umgeschalteten Geschäfts hat die zur Aachener- und Münchener-Gruppe gehörende Cosmos Lebensversicherungs-AG, Saarbrücken, 1985 ein überdurchschnittliches Ergebnis im Neugeschäft erzielt.

Vom eingelösten Neugeschäft von 238 (157) Mill. DM entfällt die Mehrzahl der Verträge auf die Risiko-Lebensversicherung, die eine Durchschnitts-Versicherungssumme je Vertrag von 112 000 (100 000) DM aufweist. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch sind die Durchschnittsverträge der Kapital-Lebensversicherung, die mit 73 000 (60 000) DM je Vertrag auf die gehobene Klientel schließen läßt.

Der Versicherungsbestand erreichte 1,33 (1,16) Mrd. DM, die Stornoquote von 4,4 (4,8) Prozent des Bestands resultiert weitgehend aus dem Altbestand, der noch mit dem traditionellen Außendienst abgeschlossen wurde. Die Nichteinlösequote des Neugeschäfts liegt bei 0,7 Prozent, ein Beweis für die starke Bestandsfestigkeit des Direktgeschäfts.

Die Beiträge erhöhten sich auf 43 (41) Mill. DM. Zu dem auf 24,7 (23,3) Mill. DM gestiegenen Bruttoüberschuß haben die Kapitalerträge und der günstige Schadenverlauf beigetragen. Die Versicherten erhielten davon 97,5 Prozent (oder 69,3 Prozent der Beiträge). Die nachhaltigen guten Erträge machen erneut eine Verbesserung der Gewinnbeteiligung möglich. Die Dividende an die AM beträgt wieder zehn Prozent.

Die Cosmos Versicherungs-AG hat im ersten Jahr seit Aufnahme des Geschäftsbetriebs gute Fortschritte gemacht. Sie bietet eine besonders preisgünstige private Unfallversicherung an. Obwohl noch im Aufbau, wurde ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

Schwarz zielt auf Auslandsmarkt

J. G. Düsseldorf

Obwohl der Bereich Medizin-Technik mit gut einem Dutzend Mill. DM Umsatz 1984 verkauft wurde, hat das Pharma-Familienunternehmen Schwarz GmbH, Monheim, seinen Gesamtumsatz 1985 noch um 6,7 (23) Prozent auf 311 Mill. DM gesteigert. Der bei abermals stabilen Verkaufspreisen erzielte (und verschwiegene) Ertrag wird „zufriedenstellend" genannt. Die Sachinvestitionen gingen auf 7,5 (11,1) Mill. DM zurück. Die Belegschaftszahl wird mit 1162 genannt, davon 282 im Ausland.

Auf Auslandsmärkten, wo die Firma mit drei eigenen Töchtern (England, Italien und seit 1985 Schweiz) vertreten ist, wurde mit nun 56,1 (nach 42 und 18,1) Mill. DM Umsatz das größte Wachstum erzielt. Weiterer Ausbau der Auslandsaktivitäten sei gerade auch für ein mittelständisches Pharmaunternehmen künftig der wichtigste Weg, um bei hohem Aufwand für Anwendungsforschung und Galenik (1985: 49,5 Mill. DM) mit den Belastungen fertig zu werden, die der Heimatmarkt durch die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen bringe.

MIETFINANZ / Ausschüttung 30 Prozent plus zehn Millionen Mark Gratiskapital

Wettbewerb zehrt nicht am Ertrag

HANS BAUMANN, Düsseldorf

Sie spielt schon eine Ausnahmerolle unter den deutschen Leasing-Gesellschaften, die Mülheimer Mietfinanz GmbH. Beinahe unberührt vom sehr heftig gewordenen Wettbewerb in der Branche verteidigt sie ihre Erträge. Kein Jota weichen sie von ihren Konditionen ab, erklärt der geschäftsführende Gesellschafter der Mietfinanz, Gerd Koenig, vor der Presse. Die Arbeit der Gesellschaft muß wohl von besonderer Qualität sein, wenn sie dennoch das Neugeschäft in 1985 um 20 Prozent ausbauen konnte. Es wuchs damit doppelt so schnell wie 1984.

Diese Wachstumsrate wurde auch nicht beeinflußt durch Sondergeschäfte von ungewöhnlicher Größenordnung. Untergrenze für die Abschlüsse war auch 1985 das 100 000-Mark-Geschäft. Die Durchschnittsgröße gibt Koenig mit 1,5 Mill. DM an. An Massengeschäften mit geringwertigen Wirtschaftsgütern ist die Mietfinanz nicht interessiert. Auch Privatleasing (Automobile etwa) gibt es nicht. Das Geschäftsfeld ist die reine Mietfinanzierung von Investitionsgütern für die gewerbliche Wirtschaft.

Die Bruttobilanzsumme der Mietfinanz ist im Berichtsjahr auf 1,17 (1,14) Mrd. DM gestiegen. Daß diese Erhöhung hinter dem Wachstum des Neugeschäftes zurückblieb, wird von Koenig damit erklärt, daß 1985 einige Großgeschäfte aus früheren Jahren, die zum Teil Laufzeiten von zehn und mehr Jahren hatten, beendet wurden. Stark gewachsen ist das Auslandsgeschäft, das bereits über 30 Prozent der Neugeschäfte auf sich vereint. Sehr gut angelaufen ist auch der Ausbau des Vertriebsnetzes auf die Gesellschafterbanken, an deren Schaltern die Dienstleistung der Mietfinanz in Anspruch genommen werden kann. Auch im Auslandsgeschäft wird mit einer wachsenden Zahl von Banken zusammengearbeitet.

Die Gesellschafter der Mietfinanz (Baden-Württembergische Bank AG, Bayerische Vereinsbank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Genossenschaftsbank, Klöckner & Co. KGaA, Landwirtschaftliche Rentenbank und Simonbank AG) nehmen wieder voll teil an den Erfolgen ihrer Beteiligung. Wie im Vorjahr werden 30 Prozent Dividende auf das Stammkapital von 15 Mill. DM ausgeschüttet. In die offenen Rücklagen wurde wieder 1 Mill. DM eingestellt, die sich damit auf 19 Mill. DM erhöhten. Aus diesen Rücklagen werden 10 Mill. DM zu Gratiskapital umgewandelt. Für 1986 rechnet Koenig mit einer weiteren Erhöhung des Neugeschäftes.

Seinen Optimismus schöpft Koenig aus der kräftigen Steigerung der Investitionen der deutschen Industrie im laufenden Jahr um real 6 Prozent. Zweistellige Wachstumsraten erwartet er in den besonders gut beschäftigten Branchen Elektronische Datenverarbeitung, Feinmechanik und Optik sowie Maschinenbau. Vereinzelte skeptische Meinungen zur Entwicklung der Industriekonjunktur werden von den Kunden, die die Mietfinanz regelmäßig befragt, nicht geteilt. Koenig sieht auch keinen triftigen Grund für eine nennenswerte Veränderung des Zinsniveaus in den nächsten Monaten. Viele Firmen investierten jetzt in Erweiterungen und Modernisierungen.

Pepsi hat gewonnen

hg – Der „Cola-Krieg" ist beendet. und Pepsi hat ihn gewonnen. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, daß Pepsi in Deutschland auch künftig mit einem Geschmackstest zwischen dem eigenen Gebräu und zwei anderen, nicht genannten Cola-Marken werben kann. Die Zentrale zur Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs hatte das Verfahren im Jahr 1983 angestrengt, weil ihre Juristen diesen Geschmackstest, Inhalt des TV-Werbespots „Martin", für eine unzulässige vergleichende Werbung halten.

So kann man es in der Tat sehen. Wenn sich auch Pepsi mit dem von der Werbeagentur J. Walter Thompson entwickelten Geschmackstest formal an die Regeln hielt und die beiden anderen Cola-Getränke nicht nannte, so wußte doch jeder Zuschauer, welche gemeint waren – es gibt nämlich nur vier davon. Das löste in der Wettbewerbszentrale Irritationen aus – wäre Pepsi nur eine Marke unter vielen, dann hätte kein Jurist ein Haar in den Cola-Proben finden können, um daran ein Verfahren aufzuhängen.

Man kann es indes auch anders sehen: Wenn Vergleiche, zu denen der Verbraucher von den Herstellern ja ständig aufgefordert wird, dann unzulässig sein sollen, wenn eine Identifizierung des Vergleichsobjekts möglich ist, dann heißt das in der Praxis, daß Anbieter in einem engen Oligopol vor werblichen Angriffen ihrer Konkurrenten besser geschützt sind als diejenigen, die sich mit einer Vielzahl von Wettbewerbern herumschlagen müssen. Das macht wenig Sinn. Es heißt weiterhin, daß die Oligopol-Mitglieder etwas nicht dürfen, was ihnen bei einer anderen Marktstruktur unbenommen bliebe. Das macht erst recht keinen Sinn, denn anders als im Kartellrecht kommt der Begriff „Marktmacht" im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb nicht vor. Mithin kann er auch nicht zur Formulierung spezieller Regeln für die Werbung marktstarker Unternehmen bemüht werden.

Ob die Entscheidung des Bundesgerichtshofs tatsächlich so „grundlegend für die Werbung in Deutschland" ist, wie Pepsi-Cola in einer Pressemitteilung verkündet, wird sich indes erst zeigen, wenn in drei bis vier Monaten die Urteilsbegründung vorliegt. Eines zeigt sich allerdings schon jetzt: Das Korsett, in das sich die Werbung hierzulande zwängen muß, läßt manchmal doch noch etwas Luft.

Werbung darf nicht autoritär wirken

DW. Wien

Eine Absage an rein informative Werbebotschaften hat der Vorsteher des Fachverbandes Werbung, Prof. Dr. Herbert Mittag, erteilt. Werbung, die nur Kriterien aufliste oder gar belehrend wirke, löse negative Reaktionen aus. Sie dürfe nicht autoritär wirken und Erinnerungen an die Zeit der Erziehung wecken, sagte Mittag während der 33. Österreichischen Werbewissenschaftlichen Tagung in Baden bei Wien.

Der Gestalter von Werbung müsse in die Zielgruppen hineinhorchen und soweit als nur möglich Auffassungen und Erwartungen der Umworbenen erkennen. Darauf gestützt gelte es, die notwendigen Informationen leicht faßlich und unterhaltsam zu vermitteln. „Dies erfordere psychologische Potenzen, die aber nichts mit den sogenannten ‚geheimen Verführern' zu tun haben", sagte der Werbeprofessor.

Investition in Verkaufsleistung

DW. München

Werbung ist kein Kostenfaktor, sondern Investition in verstärkte Verkaufsleistungen. Diese Firmen-Philosophie vertritt Buck Rodgers, Marketingchef beim amerikanischen Computer-Riesen IBM. Das Verhalten anderer Unternehmen, „kurzfristige oder mittelfristige Ziele durch einen verringerten Personalbestand oder durch eingeschränkte Werbung zu erreichen", erscheint dem IBM-Manager „langfristig bedenklich".

Gegenüber der Werbefachzeitschrift „werben & verkaufen", München, erklärte Rodgers, daß bei seinem Unternehmen auch kein Platz für die Diskussion über globale Werbung sei. IBM bemühe sich um größtmögliche Dezentralisierung. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen mit globaler Werbestrategie sehe bei seiner Firma die Werbung in jedem Land Europas anders aus.

HYPOBANK-WERBUNG / Kunden gewinnen „mit Esprit, Charme und Sympathie"

Die Mitarbeiter halten für ihr Versprechen den eigenen Kopf hin

DANKWARD SEITZ, München

Man hatte sich viel vorgenommen. Etwas ganz Neues, Ungewohntes sollte es im Vergleich zur Branche werden. Entsprechend sorgfältig hatten die Verantwortlichen der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG gemeinsam mit ihrer Werbeagentur H & P, Herrwerth & Partner, monatelang an der neuen Anzeigenkampagne gefeilt. Und dennoch wurde der Startschuß im Sommer 1984 gleich zur Panne: Statt, wie geplant, beim ersten Mal die neue Anzeige in allen überregionalen und großen regionalen Tageszeitungen am gleichen Tag zu veröffentlichen, erschien sie wegen einer kleinen Unachtsamkeit bei H & P in der WELT bereits 14 Tage zu früh.

Nach rund zwei Jahren kann man nur noch erahnen, wie peinlich es dem für Werbung zuständigen Hypobank-Vorstandsmitglied Eberhard Martini gewesen sein muß, diesen Frühstart allen gegenüber als einen ersten Test zu „verkaufen", auch wenn er heute darüber nur noch lachen kann. Und längst vergessen sind ebenso alle Selbstzweifel und die notwendige Überzeugungsarbeit bei den Vorstandskollegen. Denn worauf inzwischen sowohl die Konkurrenz als auch die Werbebranche mit Hochachtung reagiert, wurde einst von vielen Fachleuten äußerst skeptisch beurteilt.

Am Anfang der Kampagne stand die Idee, so Martini, private Kunden und mittelständische Firmen „mit Esprit, Charme und Sympathie", aber keinesfalls mit einem plumpen Gag an die verschiedenen Dienstleistungen der Hypobank heranzuführen. Zudem kam es darauf an, daß die Anzeige in der heute so technischen Welt Menschlichkeit ausstrahlt und das Gefühl vermittelt, daß der Mensch hinter dem Bankschalter Zeit und Verständnis für die Probleme der Kunden hat. Kurz: „Wir lassen uns etwas für sie einfallen."

Da lag es dann auch nahe, statt der üblichen schönen Allerwelts-Fotomodelle zur Steigerung der Glaubwürdigkeit der Werbeaussage nur Mitarbeiter zu Wort kommen zu lassen. Der Kunde soll die Wirklichkeit erleben, ja vielleicht sogar die Frau oder den Mann hinter dem Schalter wiedererkennen. Daher wird man auch künftig vergeblich nach einem Konterfei eines Vorstandsmitglieds suchen. Von den Zeitungsseiten sollen ausschließlich Kontaktpersonen (Martini: „Vom Azubi bis zum Generalbevollmächtigten") die Leserschaft ansprechen.



Und dadurch, daß die Mitarbeiter buchstäblich ihren eigenen Kopf hinhalten für ihr ureigenstes Versprechen der kreativen Beratung, wird nicht nur zum Kunden ein sehr persönlicher Kontakt hergestellt, sondern werden auch die eigenen Mitarbeiter zur Einhaltung eben dieses Versprechens in einem hohen Maße motiviert. Martini: „Eine Dienstverpflichtung unserer Angestellten".

Zweifel, ob man nicht zu viel verspricht, kamen anfangs nicht nur den Werbeprofis. Auch die Mitarbeiter standen der Idee, derart in die Pflicht genommen zu werden, sehr reserviert gegenüber. Hinzu trat noch die bange Frage, was sagen die Kollegen, die Nachbarn oder die Familie, wenn sie mein Bild in einer Zeitung sehen? Inzwischen sind alle Bedenken längst vergessen. Monika Krömer von der Filiale Ulm hat sich jedenfalls „wahnsinnig gefreut", eine der Auserwählten zu werden. Sie ist „stolz darauf", zumal die Reaktion der Kunden und der Kollegen „ganz toll" war. „Es hat sehr viel Spaß gemacht." Und wen kann es angesichts eines solchen Fotos wundern, daß manchem schon „Fanpost" (Martini) ins Haus geflattert ist?

Ein Honorar hat Frau Krömer wie alle anderen 50 Kollegen vor ihr nicht bekommen. Daran hat sie auch „keine Minute gedacht". Aufgrund einer hausinternen Vereinbarung mit dem Betriebsrat wäre eine Bezahlung, so Martini, auch nicht möglich, denn schließlich könne kein Mitarbeiter gezwungen werden, sich zur Verfügung zu stellen. Als „kleinen Dank" erhält jeder nur „seine" Anzeige in einem Rahmen mit einer Widmung des Vorstands. Dies macht allen, wie sich gezeigt hat, mehr Freude als ein paar Mark.

Mit noch größerem Stolz erfüllt es Martini ganz offensichtlich, daß diese Werbekampagne der Hypobank Ende 1985 nach einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts unter Führungskräften der deutschen Wirtschaft unangefochten auf Platz zwei (hinter Daimler-Benz) gesetzt wurde. Und dies, obwohl die Anzeigenserie „erst jetzt – nach zwei Jahren – wie ein Tanker so richtig auf Touren kommt". Bestätigt fühlt er sich auch durch eine „sehr hohe Ansprechquote" bei der Zielgruppe.

Dieser Erfolg rechtfertig nach Meinung von Martini auch den hohen Aufwand von allein fünf bis sechs Millionen Mark im Jahr 1985 und daß damit ein „wesentlicher Teil" des gesamten Werbeetats der Bank (Bilanzsumme: 75,4 Mrd. DM) aufgezehrt wird. Um die Kosten nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, werden die Anzeigen jeweils abwechselnd in den meinungsbildenden Blättern geschaltet, so daß zumindest bei Viellesern der Eindruck entsteht, die Hypobank sei immer und überall präsent. Und obwohl jeder „Mitarbeiter-Kopf" nur ein einziges Mal veröffentlicht wird, die fast 11 000 Beschäftigten bilden ein unerschöpfliches Reservoir.

INTERPRESENT

Eine blumige Idee für „scharfe" Männer-Sachen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Es müssen nicht immer Blumen sein, sagte sich der ehemalige Verlagsmanager Werner Schilling und gründete nach dem Vorbild des Blumenversanddienstes Fleurop die InterPresent im schweizerischen Campione. Fortan durften es Kaviar, Champagner und Parfüms sein, vom Besten versteht sich.

Was Fleurop oder Hermes für die Blumen, will Werner Schilling und seine bislang zwölf Köpfe starke Mitarbeiter-Crew künftig für die Köstlichkeiten des Gaumens sein. „Finden Sie nicht, daß Blumenpräsente für Herren oft unpassend sind?" Diese Frage beantwortete 1984 Schilling sich selbst mit dem „Abkupfern" der nicht geschützten Fleurop-Idee für seine Zwecke: „Es gibt viel mehr zu verschenken."

Der Kunde, ob Unternehmen oder Privatmann, wählt Geschenke aus einer Liste von rund 20 Positionen aus und gibt den Auftrag an ein InterPresent-Vertragsgeschäft an seinem Wohnort. Dort bezahlt er auch den Preis (übrigens in diesen Geschäften übliche Ladenpreise) zuzüglich einer Gebühr von neun (Ausland zwölf) Mark für Briefvermittlung, 17 (26) DM für die Telefonvermittlung sowie einer Zustellgebühr von sechs DM. Der Expreß-Service, Auslieferung innerhalb von drei Stunden, kostet 26 Mark, ein Betrag, den Schilling-Kunden aus Erfahrung gern bezahlen: „Die Kunden wissen, daß die Ware pünktlich zum Empfänger kommt, vor allem, daß sie in immer gleicher Qualität geliefert wird und – fast ebenso wichtig, wenn es sich um Spirituosen handelt – auch nicht auf dem Transport kaputtgegangen ist."

Kaviar und Whisky

Außerdem will Schilling der übertriebenen EG-Bürokratie ein Schnippchen schlagen. Da die Ware auch über Grenzen reist, bedarf die Sendung keiner umständlichen Zollformalitäten. Den PR-gewohnten Manager beeindruckt selbst ein weiteres Argument für InterPresent: „Kennen Sie ein Geschenk, das mit einer Geschwindigkeit von 1500 Stundenkilometern nur Stunden von Hamburg nach Palermo benötigt?"

Ohne interessierte Einzelhändler wäre die Idee nichts. Anfängliche Skepsis schlug nach den Worten Schillings schnell in wohlwollendes Interesse um. Eine eigene Außendienstorganisation akquiriert nicht nur immer neue Einzelhändler des gehobenen Genre, sie zieht auch von Unternehmen zu Unternehmen, um die Präsent-Idee bekannt zu machen.

In erster Linie waren Delikatessenläden (für Whiskies, Sekt, Kaviar und Champagner) und Parfümerien (für das noch schmale Chanel- und Dior-Angebot) zu begeistern. Letztere sollten InterPresent auch für Frauen attraktiv machen, wenngleich das übrige Angebot einschließlich des Jahresabonnements für den „Playboy" (Honit soit qui mal y pense) eher auf Männer und Männergeschenke ausgerichtet ist. Schließlich soll es demnächst auch einen attraktiven Blumenstrauß geben, aus Seidenblumen.

Prospekte in Hotels

Noch sind freilich Unternehmen und Freiberufler die Hauptkunden, die pro Auftrag stolze 130 Mark beim Handel ausgeben. Derzeit hat die InterPresent 1700 Geschäfte europaweit, die die Aufträge abwickelt, 900 davon in der Bundesrepublik, 220 in der Schweiz, 300 in Italien. Prospekte liegen bereits in Nobel-Hotels, bei Cross Air aus. Mit Diners Club wurde kürzlich ein Exklusiv-Vertrag über die Zahlungsmodalitäten abgeschlossen.

Im laufenden Jahr erwartet Schilling fast eine Viertelmillion Aufträge (davon 60 Prozent im Inland) im Wert von annähernd 30 Millionen Mark. An schnellem Ausbau ist dem jungen Unternehmen durchaus gelegen, denn gegenwärtig ist InterPresent weltweit noch allein auf dem Markt. Schilling: „Nationale Organisationen oder solche, die nur eigene Produkte vertreiben, zählen nicht." Im kommenden Jahr will Schilling mit seiner Idee in die USA und nach Japan gehen: „Die Japaner schenken viel mehr als wir."

Daneben wird die Angebotsliste vervollständigt, vielleicht im zweiten Schritt auch an die Auslieferung deutscher Spezialitäten im Ausland gedacht, auch an ein „Hotel-Wochenende mit Autopackage". Das Ziel für 1990 sind mindestens 20 Prozent des Fleurop-Umsatzes. Die hat er aber heute schon. Sagt Schilling: „InterPresent ist keine Konkurrenz, nur eine sinnvolle Steigerung."

NECKARWERKE / „Keine Alternative zur Kernenergie“

Strompreis bleibt konstant

nl. Esslingen

Keinerlei Anlaß, die Energiepolitik im Hinblick auf den Reaktorunfall in der Ukraine und die in Gang gekommene öffentliche Diskussion abzuändern, sieht David Beichter, Vorstandsvorsitzender der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen, die zu den großen Stromversorgern im Südwesten zählt. Eine Alternative zur Nutzung der Kernenergie gebe es seiner Ansicht nach nicht. „Was wir brauchen, ist Vernunft und Augenmaß“, konstatiert er. Die Bauarbeiten für den zweiten Block (1200 MW) des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckar lägen im Zeitplan. Die Anlage werde Anfang 1989 in Betrieb gehen. Der Anteil der Kernenergie am Stromaufkommen werde dann von derzeit 46 Prozent auf rund 70 Prozent ansteigen.

Die Neckarwerke haben Anfang März dieses Jahres zum Ausgleich der Kosten aus dem Bau und Betrieb der Umweltschutzanlagen die Strompreise um 3,3 Prozent erhöht. Für das laufende Jahr und auch das Jahr 1987 seien keine weiteren Preiserhöhungen vorgesehen. Dabei komme dem stabilisierenden Element der Kernenergie ein hohes Gewicht zu.

Beichter prognostiziert für 1986 einen Zuwachs des Strombedarfs im Versorgungsgebiet um 3 Prozent. Es werde ein Jahresabschluß erwartet, der die Ausschüttung einer „angemessenen Dividende“ gestatte, aber erneut keine Stärkung der Rücklagen zulassen werde. Für 1985 wird nach den durch Nachzahlungen kräftig auf 52,5 (1984: 37,2) Mill. DM erhöhten Steuern ein auf 25,3 (23,2) Mill. DM angewachsener Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem wiederum eine Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet wird. Der Gewinn je Aktie (nach Steuern) hat sich auf 8,16 (8,41) DM ermäßigt.

Am Grundkapital von 180,6 Mill. DM sind der kommunale Neckar-Elektrizitätsverband mit 60 Prozent, die EVS mit 32 Prozent, die TWS mit 2 Prozent beteiligt, 6 Prozent der Aktien sind in Streubesitz. Im Berichtsjahr war die Stromabgabe im Versorgungsgebiet um 5,6 Prozent auf 6,3 Milliarden kWh angestiegen, die Umsatzerlöse erhöhten sich auf 1,34 Mrd. DM (plus 12,9 Prozent).

BRAUNE HANNE HV / Mai brachte endlich Belebung

Günstige Ertragsaussichten

dos, Hannover

Die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG, Hannover, rechnet nach den „erfreulichen Ergebnissen“ des Geschäftsjahres 1985 im laufenden Jahr mit einer ähnlich günstigen Entwicklung. Vor allem die Mai-Zahlen stärkten die positive Erwartungshaltung, meinte Vorstandschef Hans-Dieter Schrader vor der Hauptversammlung. Der ständige Rückgang der Hypothekenzinsen, die im April mit 6,25 Prozent für zehnjährige Papiere einen ersten Tiefststand erreichten, hätte bei den Interessenten die Hoffnung genährt, durch Abwarten noch günstigere Bedingungen zu erreichen. Erst die erneute Verteuerung im Mai habe die Abschlußbereitschaft gefördert.

Nach den Worten Schraders hat das Institut bis Ende Mai im Hypothekenbereich Darlehen über 255 (248) Mill. DM neu abgeschlossen. Hinzu kommen Kommunalkredite von 785 (779) Mill. DM. Die gute Bestandsentwicklung ließ die Bilanzsumme jetzt auf über 11 Mrd. DM steigen. Schrader erwartet, daß das Umschuldungsinteresse weiter anhält, und eine verstärkte Nachfrage nach langfristigen Festzinshypotheken mit sich bringt. Auch für den Kommunalkredit sei bis 1987 wegen früherer Verpflichtungen nicht mit einem Rückgang der Nettokreditaufnahme zu rechnen. All das festige die Zuversicht, 1986 erneut ein gutes Ergebnis zu erwirtschaften.

Im Geschäftsjahr 1985 wurden neue Darlehen von 1,92 (1,87) Mrd. DM abgeschlossen. Davon entfielen auf die Finanzierung von Wohnungsneubauten 152 (240) Mill. DM, auf Darlehen zur Umschuldung oder Renovierung 305 (181) Mill. DM und auf gewerbliche Beleihungen 250 (352) Mill. DM. Der Rohertrag konnte auf 84,8 (78,9) Mill. DM und das Betriebsergebnis auf 60,7 (55,5) Mill. DM verbessert werden. Aus dem Jahresüberschuß von 26,5 (16,8) Mill. DM wurden die offenen Rücklagen mit 20 (10) Mill. DM gestärkt. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 22 (20 plus 2 Bonus) Prozent.

NEUE HEIMAT / Rückzug des Gewerkschaftsbundes aus dem Wohnungsbau – Lappas: Auftrag ist abgeschlossen

Die Kasse soll wieder einmal der Staat auffüllen

Alfons Lappas, Vorstandschef der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG), Frankfurt, hatte es schon Mitte April im Kreise von Frankfurter Wirtschaftsjournalisten klipp und klar formuliert (und sich damit den Zorn von DGB-Chef Ernst Breit zugezogen): Mittel- bis längerfristig werde sich der Deutsche Gewerkschaftsbund vollständig aus dem Wohnungsbau zurückziehen. Denn: „Für uns ist der Auftrag erfüllt. Die Wohnungsnot ist weitgehend behoben.“ Und: „Die Gewerkschaften allein können den sozialen Wohnungsbau mit seinen großen Folgelasten nicht mehr tragen.“

Damit war nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß es nun um die allmähliche Auflösung des gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns geht. „In einer überschaubaren Zeitspanne wird das Problem der Neuen Heimat zur Wirtschaftsgeschichte gehören“, lautet denn auch Lappas sichere Prognose. In der Trennung vom zweiten Block gewerkschaftlicher Wirtschaftsaktivitäten (nach dem Verkauf der Handelsgruppe co op) sieht er keineswegs die schrittweise Abkehr der Genossen vom Unternehmertum überhaupt, sondern lediglich eine notwendige Umstrukturierung.

Sowohl der gemeinwirtschaftliche Lebensmittelhandel als auch die Wohnungswirtschaft seien durch die Marktentwicklung überflüssig geworden. Zunehmend bestehe dagegen auch in Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen ein Bedarf an vernünftiger und zielgruppengerechter Finanzberatung und Dienstleistung. Ziel der BGAG ist es darum, künftiges Wachstum im abgerundeten Finanzdienstleistungs-Verbund aus Volksfürsorge (Versicherungen), BfG (Bank) und BHW (Bausparkasse) zu suchen.

„Kapitel mit Anstand und Würde beenden“

Grundsätzlich ist gegen den Rückzug aus der Wohnungswirtschaft auch wenig einzuwenden. Daß die Tage des herkömmlichen gemeinnützig-sozialen Wohungsbaus gezählt sind, haben bereits die Insolvenzen anderer gemeinnütziger Bauträger signalisiert. Und auch von einem gemeinwirtschaftlichen (nicht zu verwechseln mit gemeinnützigen) Unternehmen ist – trotz aller hohen moralischen Ansprüche, die die Genossen für ihre Firmen selbst reklamiert haben – nicht zu erwarten, daß es bereitwillig langfristige Verlustgeschäfte betreibt. Denn Unternehmen wollen auch die Gewerkschaftsbetriebe sein.

Nur: In der Praxis fällt es schwer, das Kapitel der Neuen Heimat – wie von Lappas noch proklamiert – „mit Anstand und Würde zu beenden“. Das liegt nicht nur daran, daß ausgerechnet in einer ohnehin schwierigen Abwicklungsphase immer neue kriminelle Machenschaften früherer Neue-Heimat-Manager ans Tageslicht kommen. Auch ohne sie knistert es gefährlich im finanziellen Gebälk des Wohnungsbau-Imperiums.

Die Fehleinschätzung des Marktes und das allzu große Entgegenkommen gegenüber prestigeprojektwütigen Kommunalpolitikern haben dem Konzern über Jahre hinweg hohe Bestände an kaum nutzbaren Grundstücken und unvermietbaren Wohnungen eingetragen. Die aber sind – bei äußerst knappem Eigenkapital – mit hohen Finanzierungskosten belastet, denen keinerlei Einnahmen gegenüberstehen.

Gerade bei einem Unternehmen, das sich auf den gemeinnützig-sozialen Wohnungsbau konzentriert und damit zwar in früheren Jahren in den Genuß staatlicher Förderung kam, dafür aber auch äußerst knappe Margen bei der Kalkulation der Mietpreise und sogar noch ihre langfristige soziale Bindung in Kauf zu nehmen hatte, mußte derlei Spekulation fatal ausgehen. So stehen bei der Neuen Heimat dem Buchwert der immer noch 260 000 Wohnungen im Wert von 14 Mrd. DM, Schulden von gut 17 Mrd. DM Mark gegenüber.

Mit den Anlage-Buchwerten in Unternehmens-Bilanzen ist es freilich immer so eine Sache. Ein kluges Management wird grundsätzlich seine (Abschreibungs-)Möglichkeiten nutzen, hier stille Reserven anzulegen, also Buchwerte auszuweisen, die unter dem tatsächlichen Marktwert der Vermögensteile liegen. Der angenehme Effekt solcher unternehmerischen Vorsicht (die man sich auch leisten können muß): Werden die unterbewerteten Gegenstände einmal verkauft, dann lassen sich in aller Regel Veräußerungsgewinne realisieren.

Auf genau diesen Effekt spekuliert auch das Management der Neuen Heimat. Nach seiner Rechnung stekken in jeder der 260 000 Wohnungen rund 20 000 DM an stillen Reserven. Einschließlich der unbebauten Grundstücke und der bereits aktivierten Bauvorbereitungen rechnet man sich damit ein Vermögen von 22 Mrd. DM aus. Lappas: „Wir sind imstande, die Probleme der Neuen Heimat zu lösen. Die Reserven im Wohnungsbestand reichen dafür bei weitem aus.“

Reserven sind nur schwer zu mobilisieren

Dahinter sind jedoch einige Fragezeichen zu setzen. Denn in der Situation der Neuen Heimat, die auf gewaltigen Zinslasten sitzt, nützt es wenig, Reserven nur zu besitzen – man muß sie auch mobilisieren können. Dem aber steht einiges entgegen:

- Der Immobilienmarkt liegt nach wie vor brach, die Preise sind am Boden. Die Zeit zum Verkauf ist also denkbar ungünstig.
- Die Objekte des Konzerns unterliegen in aller Regel der sozialen Mietpreisbindung, die auch nach einem Verkauf noch acht Jahre gültig bleibt. Damit sind sie für private Anleger meist uninteressant.
- Neue-Heimat-Wohnungen entsprechen nach Ausstattung und Komfort keineswegs immer den heutigen Anforderungen des Marktes. Eine Nachrüstung bis zur Verkaufsreife aber kann sich das Unternehmen nicht mehr leisten.

Aus der fehlenden Attraktivität für den privaten Markt erklärt sich auch das Buhlen der Wohnungsbauer um Käufer bei den öffentlichen Händen. Nur mit ihrer Hilfe lassen sich jeweils auf einen Schlag jene Mengen von Wohnungen „versilbern“, die Liquidität im dringend benötigten Maße bringen. Zudem bleibt bei dieser Strategie der Anschein der „sozialen Verantwortung“ gewahrt.

Daß dabei der Staat, der schon einmal mit Fördermitteln von insgesamt 10 Mrd. DM zum Bau beigetragen hat, noch einmal kräftig zur Kasse gebeten wird, vergißt man lieber. Viel stärker trifft die Neue Heimat ein anderes Problem: Weil sie beim Verkauf an den Staat auf das Wohlwollen von Politikern angewiesen ist, zählen bislang ausschließlich SPD-regierte Bundesländer zu ihrer Klientel. Dabei geraten dann auch Gesellschaften ins Aufgebot, die eigentlich als gesund gelten, wie etwa die Frankfurter Neue Heimat Südwest, deren Bestände zu großen Teilen von Hessen übernommen werden sollen.

Nebenbei läuft auch der mühselige Kleinverkauf weiter, plakativ ins Gewand der Aktion „WIM“ (Wohnungseigentum in Mieterhand) gekleidet. Wenn hier wirklich nur Preise angesetzt werden, die (gemeinsam mit der günstigen Finanzierung durch die Schwestergesellschaften) die Belastung der neuen Eigentümer auf dem Niveau ihrer vorherigen Miete halten, dann wird die Neue Heimat kaum nennenswerte Gewinne realisieren können.

Weil weder die Staats- noch die Mieter-Kunden rasch genug zugreifen, um der Neuen Heimat ganz aus der Klemme zu helfen, hat sich die Spitze des Unternehmens noch einen dritten Weg der Mobilisierung ausgedacht. Unter dem Schlagwort der Regionalisierung präsentiert sie ein Konzept, das ein wenig an Münchhausen erinnert, der sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zog.

Zunächst vor allem im Umfeld der Problemgesellschaften des Konzerns soll die Gewerkschaftsholding danach etliche kleinere Wohnungsverwaltungsgesellschaften gründen, die die Wohnungsbestände zu Marktwerten, also mit den benötigten Gewinnen bei den Altgesellschaften, übernehmen. An diesen Verwaltungsgesellschaften sollen sich zwecks Kapitalbeschaffung nicht nur die Gewerkschaftsunternehmen (wie Bank für Gemeinwirtschaft, Volksfürsorge-Versicherung oder Beamtenheimstättenwerk) beteiligen, sondern auch Teilhaber aus der privaten Wirtschaft. Deren Begeisterung aber dürfte sich in Grenzen halten.

So wird der Schwarze Peter der Finanzierung der Neuen Heimat zunächst wohl doch, wenn auch auf Umwegen, bei den besser situierten Schwestergesellschaften landen. Daß deren Vorbereitungen zur Kapitalbeschaffung am freien Markt in diesem Zusammenhang stehen könnten, wird zwar bestritten, ist aber wahrscheinlich. Immerhin wird mit dem Verkaufsakt, auch dem mehr oder minder internen, ein Effekt zusätzlich erreicht: Die Achtjahresfrist für die Entlassung der Wohnungen aus der Sozialpreisbindung beginnt zu laufen. Und damit wird die Möglichkeit des freieren Verkaufs wenigstens absehbar.

JOACHIM WEBER

HAMBURGER BANK

Expansion nach Konsolidierung

JB. Hamburg

Nach einem Jahr der Konsolidierung hat die Hamburger Bank von 1861, die ihr 125. Jubiläum in diesem Sommer mit zahlreichen Veranstaltungen feiert, eine neue Expansionsphase eingeleitet. Die Bilanzsumme stieg um 4,7 Prozent auf 1,2 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 4,4 Prozent auf 1,24 Mrd. DM. Im Kreditneugeschäft lag nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Rolf Lürig das Schwergewicht bei langfristigen Ausleihungen an die Privatkundschaft.

Die Nachfrage der mittelständischen Wirtschaft, wichtigster Kundenkreis der Bank, bleibt dagegen zurückhaltend. Das gesamte Kreditvolumen erhöhte sich um 3,9 Prozent auf 834 Mill. DM. Im Passivgeschäft registrierte die Bank eine Wiederbelebung traditioneller Sparformen. Die gesamten Kundengelder stiegen um 5,7 Prozent auf 914 Mill. DM.

Den Zins- und Provisionsüberschuß weist die Bank mit 53 Mill. DM aus; das entspricht einer Verbesserung um 5 Prozent. Das Teilbetriebsergebnis ging aufgrund eines überproportional gestiegenen Verwaltungsaufwands um 2,8 Prozent auf 10,4 Mill. DM zurück. Nach kräftig erhöhter Risikovorsorge verbleibt ein Jahresüberschuß von 3,1 Mill. DM, der für 2 Mill. DM Rücklagendotierung und unverändert 6,25 Prozent Dividende verwendet wird. Das Eigenkapital beträgt 45 Mill. DM und deckt 3,9 Prozent der Bilanzsumme.

Abgeschlossen ist, wie Lürig erklärt, die Sanierung der Volksbank im Wirtschaftsraum Geesthacht, für die der Sicherungsfonds der Volksbanken 11 Mill. DM aufbringen mußte. Die Bank habe 1985 wieder schwarze Zahlen geschrieben.

Anschlußaufträge kamen nicht

Im Verlaufe auf breiter Front nachgebende Aktienkurse

DW. – Nach Ausführung der vorliegenden Kaufaufträge, von denen einige aus dem Ausland kamen, wurde das Geschäft auf dem Aktienmarkt schließlich schleppend. Es überwogen später die Abgaben, so daß die anfangs eingetretenen Kursbesserungen meist wieder verlorengingen. Die Zurückhaltung der Käufer hat sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe. Immer mehr stellt sich heraus, daß die Aufwertung tiefergehende Auswirkungen auf die Unternehmensgewinne hat, als zunächst angenommen worden war.

Der feste Dollar vermochte den sogenannten Exportaktien nur vorübergehend Auftrieb geben. Immerhin konnten sich aber die Papiere der Großchemie gegenüber dem Wochenschuß einigermaßen behaupten. Das war zunächst auch bei den Autoaktien der Fall, die jedoch gegen Börsenschluß deutlich an Boden verloren. Bankaktien schlossen insgesamt nur wenig unter den Freitagskursen. Die Schwäche am Rentenmarkt macht sich aber stimmungsmäßig immer stärker belastend bemerkbar. Elektrowerte blieben gegenüber Freitag fast unverändert, dagegen bröckelten Stahlwerte ab. Von den Elektroversorgungswerten fielen HEW weiter zurück. Anlaß ist der Landesparteitag der SPD in Hamburg, der den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und sich dagegen ausgesprochen hat, daß das vor der Inbetriebnahme stehende Kernkraftwerk Brokdorf je ans Netz gehen wird.

Frankfurt: Riedel de Haen büßten 42 DM ein. Adler verloren 9 DM, Bekula 6 DM und Degussa und Henkel jeweils 8 DM. Schiess erhöhten um 12,50 DM und Kochs Adler um 14 DM. Rheinmetall verteuerten sich um 12 DM.

Düsseldorf: Audi legten 20 DM, Balcke Dürr 10 DM und Dahlbusch VA 20 DM zu. DAB verteuerten sich um 14 DM und Keramag um 10 DM. Hageda verloren 2 DM und Heinrich 11 DM. Kochs Adler verminderten um 3 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi stiegen um 10 DM. HEW schwächten sich um 4 DM ab. Beiersdorf verloren 10 DM. Hapag fielen um 2,90 DM zurück. Haller Meurer gingen 2 DM höher aus dem Markt.

Berlin: Kempinski wurden um 28 DM, DeTeWe um 14 DM und Bergmann um 10 DM heraufgesetzt. Berliner Kindl erholten sich um 4 DM. Berliner Elektro schwächten sich um 25 DM ab.

München: Agrob St. stockten um 8 DM, Audi um 20 DM und Bay. Lloyd um 15 DM auf. Dywidag verloren 7 DM und Electro 2000 11 DM. Escada verminderten um 15 DM. Tucher legten 14 DM und Wanderer 25 DM zu.

Stuttgart: Hohner stiegen um 14,40 DM. Boss legten 50 DM zu. Salamander verteuerten sich um 7 DM. Württembergische Feuerversicherung konnten sich um 21 DM erholen. Schwäbische Zellstoff waren um 3,50 DM ermäßigt.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 274,69 (275,87)
WELT-Umsatzindex: 5318 (4635)
Advance-decline-Zahl: 90 (131)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Wien

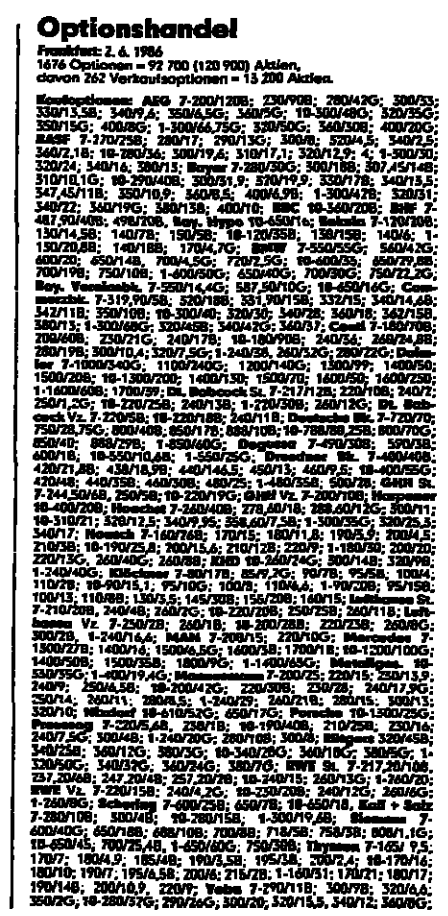
Toronto

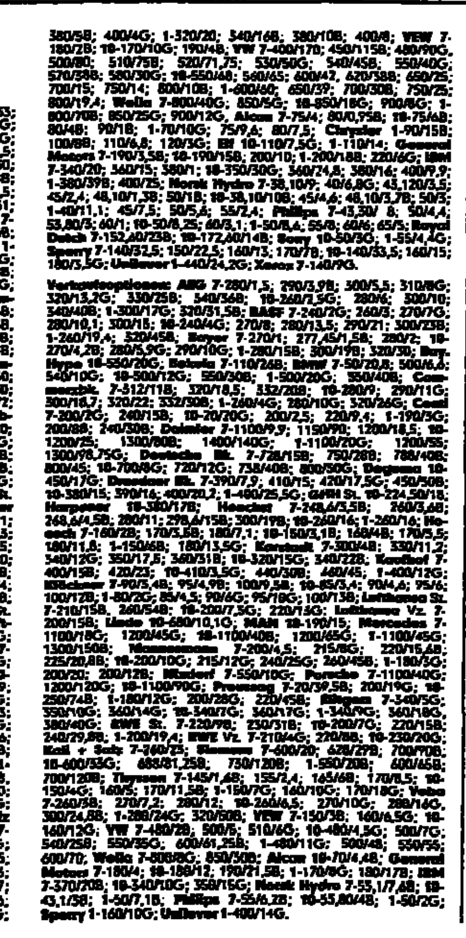
Zürich

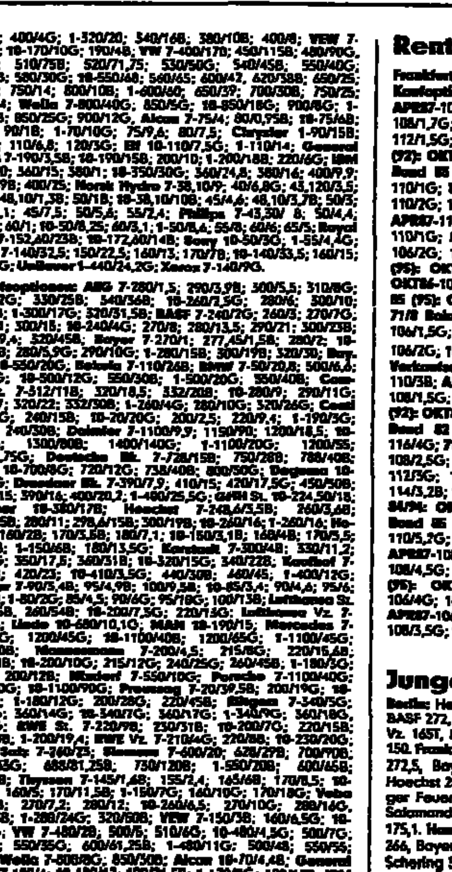
Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel







Renten-Optionshandel

Devisenmärkte

Der Dollar kletterte am 2. Juni weiter. Als höchster Tagespunkt wurde 2,3415 registriert nach 2,336 zu Beginn. Zu einem kleinen Einbruch bis 2,318 kam es um die Mittagszeit. Gerüchte, wonach Präsident Reagan verstorben sei, lösten Irritationen aus und waren für vorsorgliche Glattstellungen von Dollarpositionen verantwortlich. Nachdem dieses Gerücht vom Weißen Haus dementiert wurde, wurden wieder höhere Dollarkurse genannt. Der Kurs zog zur Notiz auf 2,3296 an. Später wurde zeitweise wieder über 2,33 gehandelt. Der Yen driftete weiter nach unten und wurde mit 1,3305 amtlich festgestellt. Die übrigen amtlich notierten Währungen waren wenig verändert. US-Dollar in: Amsterdam 2,6725; Brüssel 47,21; Paris 7,3665; Mailand –; Wien 16,359; Zürich 1,9299; Ir Pfund/DM 3,040; Pfund/Dollar 1,4732; Pfund/DM 3,432

Devisen und Sorten

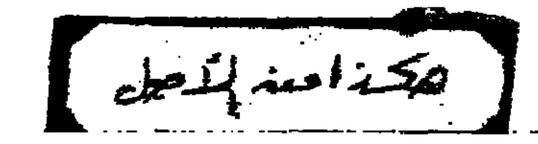
2.6.1986	Diskontsatz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten[*] Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,3256	2,3336	2,3205	2,28	2,38
London[2]	12,0	3,425	3,439	3,387	3,36	3,51
Dublin[2]	16,5	3,033	3,047	2,998	2,97	3,12
Montreal[1]	8,43	1,677	1,685	1,666	1,64	1,74
Amsterd.	4,50	88,83	89,05	88,69	88,15	89,90
Zürich	4,00	120,61	120,81	120,30	119,00	121,75
Brüssel	8,00	4,89	4,91	4,866	4,77	4,97
Paris	9,50	31,325	31,485	31,165	58,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,965	27,085	26,85	26,50	28,25
Oslo	8,00	29,66	29,78	29,02	29,00	30,75
Stockh.	8,00	31,435	31,595	31,10	30,75	32,50
Mailand[3]**	12,0	1,4545	1,4645	1,435	1,41	1,51
Wien	4,00	14,207	14,247	14,202	14,13	14,35
Madrid	8,00	1,565	1,575	1,542	1,53	1,63
Lissabon**	17,5	1,494	1,514	1,447	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,329	1,332	–	1,285	1,345
Helsinki	8,00	43,49	43,69	42,87	42,50	44,50
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,578	1,632	–	1,30	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,25	0,45
Sydney*	–	1,641	1,466	–	1,54	1,49
Johannbg.*	12,0	0,953	0,987	–	0,65	0,90
Hongkong *	–	29,67	29,95	–	25,50	31,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar, [2]1 Pfund, [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780G, Kötitzer 1850T, VAB 2900T. **Düsseldorf:** BASF 272, Bayer 292, Hoechst 278, IWK 263T, KSB St. 182T, KSB Vz. 165T, Nixdorf 562, Rütgers 556T, Salamander 312G, VEW 150. **Frankfurt:** Adt 60, Allweiler St. 275, Allweiler Vz. 225, BASF 272,5, Bayer 293, Commerzbk. 310,5, Conti Gummi 230G, Hoechst 280, IWK 265, KSB St. 196G, KSB Vz. 168G, Magdeburger Feuer NA 660B, Nixdorf 555, Pfaff 205G, Rütgers 550T, Salamander 315, Schering 559, VEW 150, Wella 806, Ymos 175,1. **Hamburg:** Doag 445bG, Schering 555. **München:** BASF 266, Bayer 292, Hoechst 280, Nixdorf 555, Salamander 310G, Schering 552, Stumpf 132rB, VAB 2790B, VEW 155bG, Wanderer 653.

Bezugsrechte: München: Bay. Vereinbk. 14,35bG, Frankona 295. **Düsseldorf:** IKB 8,2, Lehnkering 85.



Bundesanleihen

Bundespost

Bundesbahn

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Hohe Auslandsverkäufe

Die vorangegangene Schwäche am US-Bondsmarkt löste bei den deutschen festverzinslichen Papieren eine unverhoffte Verkaufswelle aus. Öffentliche Anleihen wurden erst zu Kursen aufgenommen, die um mehr als einen Punkt unter denen des Vortages lagen. Bei den Bundesobligationen machten die Abschläge bis zu 0,40 Prozentpunkte aus. Unter diesen Umständen ließen sich die in den letzten Tagen reduzierten Pfandbriefrenditen nicht halten. Im 10jährigen Laufzeitbereich wurden sie im Handel unter Banken auf etwa 6,80 Prozent heraufgesetzt. Auch DM-Auslandsanleihen gaben nach.

		30.5.	28.5.
F	6¼ dgl. 83 m. O.	263G	263G
F	6¼ dgl. 83 o. O.	94G	94
F	5¾ dgl. 83 m. O.	230G	230G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	95	94,3
F	6¼ dgl. 86 m. O.	154	135bG
F	6¼ dgl. 86 o. O.	99,2	99,25
F	3¾ Didier 85 m. O.	144,5	144,5
F	3¾ Didier 85 o. O.	80	80,5
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	197G	193G
F	4 dgl. o. O.	94	95,1
F	8 dgl. 84 m. O.	215	215
F	8 dgl. 84 o. O.	108bG	108,5bG
F	5½ Fuji 84 m. O.	151G	151
F	3¼ dgl. 84 o. O.	91,5	91G
F	3½ Hoewa 84 m. O.	145G	140G
F	3½ dgl. 84 o. O.	94,25	94G
F	7¼ Jap. Synth. 82 m.O.	230G	220G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102,7G	103
F	6¾ Jusco 85 m. O.	330G	325G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	101,25G	101,25
F	3¾ Kansai Paint84 m.O.	151,5G	151,5G
F	3½ dgl. 84 o. O.	94,3bB	94G
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	172G	172

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	30.5.	28.5.
7¼ Afr. Entwickl. 79/86	–	–
8 dgl. 79/87	103,5T	103,5T
10 dgl. 82/89	110,25G	110,25
8 dgl. 84/91	105	105,25
9 Air Canada 82/92	111,5	112,5G
7¾ dgl. 83/93	105,25G	105,25G
9¼ Akzo 82/89	104,6	104
7½ Allied Chem. 84/94	102,5	105T
8¼ AMCA Ltd. 85/91	102,65	102,75
8¼ A.N.A.S. 83/88	104,5	105
8¾ dgl. 84/91	106	106
5¾ Am. Express 79/87	99,75	100G
8 Arab.Banking 85/88	103,9	103,9
10¾ Ard.Sunnd. 81/89	102,8G	102,8G
6½ Argentinien 78/88	99,5	99,1T
7½ dgl. 79/89	101,5T	102G
6¾ Asfinag 85/95	101,15	101,25G
5¾ Asian Entwickl. 78/88	100,1G	100,5

	30.5.	28.5.
6 Dt. Bk. Fin. 85/91	102,8	102,8
4¾ Dt.Bk.Fin 85/90	100,25G	100,3
8¾ E.D.F. 82/92	106	106,05
8¼ dgl. 85/95	106,25G	106,5G
7 Elektrobras 77/87	102G	102G
7 dgl. 79/87	100,25	100,5
5¾ ELF Aquit. 78/88	99,75	100
6¾ Emhart Corp. 85/95	101,5	101,6T
9¾ Emhart Ovem. 82/89	101,6G	101,7G
6¼ Ericsson LM 72/87	100,8T	100,8G
6½ Escom 72/87	99,55	99,4
7 dgl. 73/88	100	99,5
9¾ dgl. 80/87	102,5bG	102,5G
9¼ dgl. 82/90	103,9	103,75
8½ dgl. 83/90	101,25	100,9
8 dgl. 84/92	100,5T	100
8¼ dgl. 84/92	100,9	100,75T
7¾ Estel 73/88	100,5xZ	–Zhg
6¾ Euratom 77/87	100,25	100,5G
7¾ dgl. 83/93	102,45	102,5G
6¼ Eurofima 72/87	100,5G	100,5xZhg
6¼ dgl. 73/88	102G	102G
5¾ dgl. 78/88	100,25	100,2G
6¾ dgl. 79/89	101G	101

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Fester präsentierte sich Silber, schwächer ging Kupfer und Kakao aus dem Markt. Um das Limit niedriger notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	30.5.	29.5.
Juli	248,75	247,00
Sept.	250,00	249,80
Dez.	259,00	257,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

30.5.	29.5.
27,75	27,75

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

WELTMEISTERSCHAFT / Favoriten haben Mühe – WELT-Interview mit dem Hamburger Felix Magath

Das Dokument

Franz Beckenbauer hat sich in einem Brief an die mexikanische Zeitung „Excelsior" für seinen Wutausbruch gegen einen Reporter des Blattes entschuldigt. Der Wortlaut:

„Die schönsten Erinnerungen in meinem Leben als Fußballer verbinden sich mit Mexiko. Ich war damals 25 Jahre alt. Die Begeisterung und das ausgezeichnete Verhalten der Zuschauer damals haben bewirkt, daß ich mich in Mexiko verliebt habe.

Seinerzeit war ich Spieler. Jetzt bin ich als technischer Leiter der deutschen Mannschaft wiedergekommen. Es tut mir daher weh, daß ein mexikanischer Reporter vielleicht denkt, daß ich etwas gegen sein Land und seine Landsleute haben könnte. Miguel Hirsch hat einen Bericht über unser erstes Trainingslager in Morelia geschrieben. Bei der Übersetzung dieses Artikels sind Fehlinterpretationen aufgetaucht.

Es wird vom Nachtleben meiner Spieler gesprochen. Dann hat die deutsche Zeitung mit der größten Auflage diese Information gebracht. In meiner Zeit als Spieler habe ich immer erwartet, daß mein Trainer uns in Schutz nimmt, und deswegen habe ich mich entsprechend verhalten, seitdem ich jetzt technischer Leiter der deutschen Mannschaft bin, allerdings ohne meine Formulierungen abzuwägen.

Ich habe Herrn Hirsch im deutschen Fernsehen angegriffen. Ich wollte ihn aber nicht verletzen. Die Mexikaner wissen vielleicht nicht, daß ich Bayer bin. Bayern ist ein Staat im Süden Deutschlands. Wir Bayern sind ein rauhes, aber herzliches Volk. Als ich mich auf Herrn Hirsch bezog, habe ich das in bayerischem Dialekt getan, und auf bayerisch klingen manche Wörter härter. Ich bedauere das. Herr Hirsch und ich haben uns die Hand gegeben. In Zukunft wird unsere Beziehung fruchtbar sein und wir werden zusammen den guten Fußball der Weltmeisterschaft genießen."

Das Stichwort

Wembley-Tor: Es war der Moment, in dem den Brasilianern der Atem stockte und die Spanier in ihrem Jubel noch zögerten. War der Ball nach dem Schuß von Michel hinter der Linie oder nicht? In jenem Moment sprach Fernsehreporter *Rolf Kramer* (ZDF) vom „Wembley-Tor". Was ist das für ein Tor, das Fußballgeschichte gemacht hat?

Es war der 30. Juli 1966, in der Verlängerung des WM-Finales zwischen England und Deutschland im Londoner Wembley-Stadion. Zwei Tore hatte Geoff Hurst bereits erzielt, als er sich in der 100. Minute erneut ein Herz faßte und vom rechten Strafraumeck auf das Tor schoß. Der Ball knallte gegen die Unterkante der Latte, von dort auf den Rasen und zurück ins Spielfeld. Selbst der Schweizer Schiedsrichter Gottfried Dienst, heute als 66jähriger bei der WM Reiseleiter für ein Touristikunternehmen, war unsicher: „Ich hatte nichts gesehen, bemerkte aber sofort, daß der Linienrichter mit seiner Fahne zur Mitte deutete." Dieser Linienrichter hieß Tofik Bachramow, ein Mann aus Baku in der Sowjetrepublik Aserbeidschan. Er schrieb später seine Memoiren, in denen er behauptete, gesehen zu haben, wie sich das Netz unter der Wucht des Schusses gebauscht habe. Eine bis heute ungeklärte Situation – eben das „Wembley-Tor".

Künstlernamen

Er heißt Muller (mit „u" geschrieben, aber wie mit einem „ü" gesprochen). Weil er genauso torgefährlich ist wie sein bewundertes Vorbild, der ehemalige deutsche Nationalspieler Gerd Müller, gab ihm sein Jugendtrainer diesen Künstlernamen. Der 19 Jahre alte Stürmer heißt richtig: Luis Antonio Correira da Costa. Muller blieb gegen Spanien erfolglos. Dafür traf Dr. Socrates. Er ist Arzt, deshalb heißt er so. Seinen vollständigen Namen kennen nur wenige: Socrates Brasileiro Sampaio de Sousa Vieira de Oliveira. So schwer auszusprechen wie Edson Arantes do Nascimento – Künstlername: Pelé.

Fernsehen heute

● *ARD: 6.00–9.00 Uhr:* Fußball zum Frühstück, 13.15: Mexiko gestern und heute. Berichte und Kommentare, 17.15: Mexiko-Magazin.

● *ZDF: 19.30–22.30: WM-Studio* Mexiko mit den Spielen Belgien – Mexiko (20.00, live), Algerien – Nordirland (Aufzeichnung). 23.45: Portugal – England (live).

Samba nach dem Treffer. Brasiliens Spieler sind keine Künstler mehr, aber Kunsthandwerker doch noch immer

U. SCHRÖDER, Guadalajara

Ganz Guadalajara ist eine Wolke in gelb und grün. Und auf dieser Wolke schweben die Brasilianer, als sei sie rosa. Die Fans aus Rio und Sao Paulo, die liebsten und verrücktesten Fans der Welt, gehen nun nicht mehr ins Bett. Die Samba-Trommeln rufen 24 Stunden lang zum Tanz.

Es war, als hätte sich der Himmel aufgetan und die Mutter Gottes, zu der die meisten jeden Tag beten und zu der sie wallfahrten. Bevor sie nach Mexiko flogen, hätte sie ihnen zugelächelt. 1:0 gegen Spanien. Das rettende, das goldene, das erlösende Tor erzielte der baumlange, bärtige Socrates. Da stimmte freilich das neue brasilianische Weltbild nur für jene, die nicht in der Wallfahrt sondern in anderen Ideen Kraft suchen: Socrates ist gläubiger Sozialist.

Ob sie in Guadalajara den falschen Sieger feierten? Vielleicht. Wahrscheinlich sogar. Sehr wahrscheinlich. Aber spielte das noch eine Rolle?

In der Nacht vor dem Spiel hatte Guadalajara, Mexikos „Perle des Westens", geschaukelt und geschunkelt, hatte die 400 Jahre alte Stadt sich freigemacht und Rouge aufgelegt, als sei hier die Copacabana und Karneval und der Tanga das einzige vertretbare Kleidungsstück. In den Diskos spielten Mariachi gegen Samba und es war wie vor sechzehn Jahren. Guadalajara verwandelte sich in ein Stück Brasilien. Die Mexikaner lagen den kaffeebraunen Menschen zu Füßen, obwohl sie bisher noch nichts Großes verbracht hatten.

Doch auch für die Mexikaner gilt dieser Spruch: Dienst ist Dienst und Tequila ist Tequila. Im Stadion jedenfalls haben sie Socrates und Kollegen erbärmlich ausgepfiffen, weil sie vor lauter Lampenfieber über die eigenen Beine fielen. Nach all den Schlägen und Verhöhnungen der Vergangenheit flatterten jedem einzelnen schon die Nerven, wenn der Ball nur in seine Nähe kam. In der 26. Minute verlangten die vierzigtausend zum ersten Male nach Zico, mit beißenden, peitschenden Pfiffen jagten sie die Brasilianer in die Kabine.

Und die Spanier? Die wurden jetzt belehrt, daß der am besten (und am unbeschwertesten) feiert, der zuletzt feiert: Sieben der Herren Profis nämlich waren in der letzten Woche mit ihren Damen zum Essen gewesen. In einem guten Restaurant. Aber der Vi-



rus sitzt eben überall. Jetzt saß Gordillo nur auf der Bank, weil ihn Montezuma um fast drei Kilo erleichtert hatte. Rincon war zu gar nichts zu gebrauchen. Und Gallego mußte sich sogar im Spital vor dem Zorn des Azteken-Gottes beschützen lassen.

So nahm das Schicksal seinen Lauf. Von Unrecht oder Ungerechtigkeit ist nicht zu reden, denn Bambridge, der Schiedsrichter aus Australien, pfiff reinen Gewissens.

Daß Michels Schuß in der 54. Minute von der Unterkante der Latte hinter die Linie prallte, war nur auf dem Bildschirm zu erkennen. Dort freilich haargenau. Und daß Edinho zwei Minuten später mit Unterstützung der Faust den Ball ins spanische Tor bugsierte, durfte Bambridge nicht durchgehen lassen, wo er es nun mal gesehen hatte.

Elendes Pech für die Spanier und deshalb sind sie durch die Hypothese kaum zu trösten. Sie hätten ganz gewiß nicht verloren, wäre Michels Tor anerkannt worden. Denn ein 1:0 gegen sie hätte die Brasilianer vollends von ihren zittrigen Beinen geholt.

Im Fußball geht es freilich sehr selten mit rechten Dingen, sondern viel häufiger total unberechenbar oder zutiefst geheimnisvoll zu.

Vor zwanzig Jahren, beim Finale in Wembley, jagte der Engländer Hurst den Ball unter die Latte und von dort sprang das Stück Leder vor die Linie. Aber Schiedsrichter Dienst erkannte auf Tor, das berühmte „Dritte" von Wembley (siehe auch „Das Stichwort"). Jetzt, in Guadalajara, schoß Michels unter die Latte und hinterher die Linie – und es ist kein Tor und genau zehn Minuten später, verfluchte *Duplizität der Ereignisse, schießt* Junior unter die Latte und auf die Linie. Und Mister Bambridge wird von Socrates aus dem Dilemma errettet. Denn der köpft ins Tor.

Schicksal? Die Brasilianer brauchten diese Hilfe dringlicher als die Spanier. Denn nun funktionierte der Samba endlich wieder. Nicht so wie früher, aber immerhin. Die Spieler sind keine Künstler mehr, aber Kunsthandwerker immer noch.

Und das reicht womöglich. Jedenfalls wird jetzt Jose Maria Marin, Chef der brasilianischen Expedition, mit sich reden lassen müssen. Hunderttausend Dollar pro Kopf verlangen die Stars, wenn sie Weltmeister werden sollten. Bisher erschien der Gedanke lächerlich und die Summe utopisch. Nun scheint nur noch die Summe zu hoch.

Denn Zico ist ja auch noch da. Schon vor dem Spiel gegen die Spanier hatte Frau Zico, hatte Sandra Coimbra gesagt, ihr Mann habe Kraft für 45 Minuten. Und die muß es ja wissen.



Handgreiflicher Jubel: Socrates ist nach seinem Tor in die Knie gegangen, Junior umarmt ihn stürmisch. FOTO: AFP

Service in letzter Minute

An der Tür steht eine junge Damen. Hübsch. Höhere Tochter. Kurz vor dem Abitur. Hosteß bei der WM. Wenn jemand hinein will, macht die junge Dame die Tür auf und verbeugt sich. Wenn jemand hinaus will, macht die Dame die Tür auf und verbeugt sich.

Mexikanischer Service für die Gäste. Ein bißchen viel Service.

Die Damen am Telefon in Guadalajara haben zitternde Hände. Das Make-up zerfließt, die Stimmen werden schrill. Keine Gespräche in den Rest der Welt.

Gar kein mexikanischer Service für die Gäste.

Die Maschine landet eine Stunde vor dem Anpfiff. Das ist knapp. Sehr sogar. Schnell laufende Damen lotsen im versammelten Trapp die Gäste zu Kartenschaltern. Hier Fernsehleute, dort Zeitungsleute. Das Ticket bitte schön. Im Stadion junge Herren in versammeltem Trapp. Diese Treppe bitte, hier hinein.

Unglaublicher Service.

Keine Tickets für Flüge nach Guadalajara. Eine Woche lang. Wartelisten, hundert Mann lang. Aber dann im Flugzeug zehn Plätze frei.

Kein mexikanischer Service, mexikanische Wirtschaft.

Flugticket nach Guadalajara? Einen Tag vorher? Klaro. Ein bißchen Beziehungen, ein bißchen Trinkgeld.

Typisch mexikanischer Service.

Maschine nach Guadalajara. Zwischenlandung irgendwo. Leute steigen zu. Sehr viele Leute. Herren nehmen Damen auf den Schoß, Kinder kommen zu den Piloten ins Cockpit.

Auch mexikanischer Service.

Landung in Guadalajara. Ziemlich hart. Plötzlich Qualm im hinteren Teil der Maschine. Ziemlich viel Qualm. Ziemlich ätzend. Die Maschine rollt in Parkposition. Bitte aussteigen.

Mexikanischer Service in letzter (oder vorletzter) Minute.

Rückflug von Guadalajara nach Mexiko. Auf der Piste eine Privatmaschine, verunglückt, Reifen geplatzt. Sechs Stunden arbeiten die Mexikaner. Die Maschine ist nicht zu bewegen. Hunderte Spanier, hunderte Mexikaner, hunderte Journalisten, eine Maschine voller FIFA-Herren, alle können nicht abfliegen.

Der Flughafen füllt sich. Die Menschen schlafen auf den Böden, die Manager wissen sich nicht zu helfen. Endlich, nachts um eins, ist das Flugzeug fortbewegt. Die Rückflüge beginnen, aber das Chaos hält an.

„Cosas de la vida", sagt ein Manager. „So ist das Leben", sagt man auf deutsch. ULFERT SCHRÖDER

Kanada: Schnörkellose, solide Arbeit

DW./sid/dpa, Leon

Es war eines jener seltenen Spiele, das eigentlich keinen Sieger verdient gehabt hätte, aus dem aber letztlich beide Mannschaften als Gewinner hervorgingen. Der Spielbericht weist sachlich korrekt den Europameister *Frankreich als Sieger seines ersten* WM-Vorrundenspiels aus. Erst in der 79. Minute erkämpfte Frankreich durch ein Kopfballtor von Jean-Pierre Papin (79. Minute) den erwarteten Sieg und die vorläufige Tabellenführung in der Gruppe C.

Moralischer Sieger aber war der Gegner aus Kanada, der in seiner unbekümmerten und respektlosen Spielweise die meisten Sympathien sammelte. Ausgerechnet Kanada, das seine WM-Teilnahme nur durch einen 500 000-Mark-Kredit finanzieren *konnte, brachte jenes Land an den* Rand einer Niederlage, in dem der Fußball wie selbstverständlich nach Millionen beziffert wird. Am Sonntagabend spielten Millionäre gegen Bettler. Doch in der Höhe von Leon wurden die Unterschiede auf ein gemeinsames Niveau relativiert. Dort wurde nicht nach Bankkonten und Bilanzen gerechnet, sondern vom Punkt Null der sportlichen Ausgangssituation.

„Was uns im Fußball fehlt, ist ein Star wie Gretzky im Eishockey", hatte Kanadas Coach Tony Waiters während der WM-Vorbereitung gesagt. „*Die Jugend braucht Helden, an de*nen sie sich orientieren kann. Vielleicht kommen wir mit einem WM-Star zurück." Einen Star konnten die Kanadier in der Begegnung mit Frankreich noch nicht vorweisen. Statt dessen demonstrierten sie den Vorteil einer Mannschaft ohne Stars.

Zur Schlüsselfigur dabei wurde ein Gegenspieler: Frankreichs Mittelfeldspieler Michel Platini (30), der allein durch Werbung mehr verdient, als die 1,5 Millionen Mark, die der kanadische Verband voraussichtlich aus Überschuß der WM *erhalten wird und* mit dem er seine Schulden tilgen will. Platini gilt als der kompletteste Spieler der Welt, doch im Spiel gegen Kanada war sein Wirkungsgrad beinahe so klein wie der Radius des Mittelkreises. Er sagt: „Das war nicht mein Tag. Heute habe ich gemerkt, daß ich langsam älter werde."

Superstar *Platini und seine Adju*tanten Alain Giresse, Jean Tigana oder Luis Fernandez standen sich gegenseitig auf den Füßen. „Jeder will hier die Rolle des Regisseurs spielen, aber keiner die des Arbeiters", sagte Englands Rekord-Nationalspieler Bobby Charlton. Ganz anders die Kanadier. Im eigenen Land ohne Profi-Liga, verdienen die meisten im Ausland ihren Lebensunterhalt. Doch nach dem Bankrott der nordamerikanischen Fußball-Liga wurde die Hälfte von ihnen arbeitslos, findet nur in der Hallen-Saison vorübergehende Beschäftigung. Umso eifriger stürzten sie sich jetzt in Mexiko in die Arbeit, spielten schnörkellos und mit jener wuchtigen Gradlinigkeit, wie sie sonst nur in England üblich ist. In nur dreijähriger Arbeit gelang es dem Trainer Tony Waiters, der Mannschaft seinen Stempel aufzudrücken. Waiters war Englands Ersatztorwart, als *sein Land 1966 Weltmeister wurde.* Mit der kanadischen Mannschaft bewies er jetzt, daß auch im Fußball mit solider Arbeit noch ebenso viele Sympathien zu gewinnen sind wie mit artistischen Spielereien.

Rekorde, aber weiter Pannen

Als Brasiliens Star Socrates den Ball zum 1:0 ins Tor köpfte, saßen 17,24 Millionen Menschen in der Bundesrepublik vor den Fernsehgeräten. Diese Rekord-Ein*schaltquote von 45 Prozent* erreichen sonst nur Sendungen wie „Dalli-Dalli" und „Derrick". Während der gesamten Fußball-Europameisterschaft in Frankreich *kam kein Spiel an diese Zahl* heran. Allerdings war während der ersten Halbzeit das Fußball-Interesse noch weitaus geringer. Da hatten sich nur 14,77 Millionen zugeschaltet. Die Wiederholung der zeitgleich ausgestrahlten ARD-Serie „Schöne Ferien" hatte immerhin 11,23 Millionen Zuschauer. Beim Anpfiff der Begegnung Frankreich – Kanada waren noch 4,05 Millionen vor den Bildschirmen, beim *Siegestor von Papin jedoch nur* noch 2,15 Millionen.

Hohe Einschaltquoten also, obwohl die Medien-Misere vom Eröffnungstag sich fortgesetzt hatte. Wieder mußten die Kommentatoren – dieses Mal die ZDF-Reporter Rolf Kramer und Marcel Reif – zum Telefon greifen, weil zum Spielbeginn erneut alle Tonleitungen ausgefallen waren. Kleinere Länder wie Dänemark, Österreich oder die Schweiz, *die sich die 2000* Dollar teuren Telefonanschlüsse für Notfälle nicht geleistet hatten, mußten aus den Heimatstudios kommentieren lassen.

Die andauernden technischen Pannen führen in Mexiko allmählich zu einer Medienkrise. „Wir haben vorab für Leitungen bezahlt, die jetzt nicht zur Verfügung stehen", sagte ZDF-Redakteur Wolfram Esser. Und von Regreßansprüchen ist nicht nur auf deutscher Seite die Rede. Unterdessen wird *die Verantwortung für das Dilem*ma wie ein Fußball hin- und hergeschoben. Die Mexikaner geben den europäischen Empfängern die Schuld, die Bundespost in Frankfurt verweist auf die mangelnde Erfahrung der Südamerikaner mit der Satellitentechnik.

„Total verunsichert. Niemand weiß, ob er spielt"

ULRICH DOST, Queretaro

Zwei Tage vor dem ersten Spiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Uruguay in Queretaro sind die Turbulenzen im deutschen Team abgeflaut. *Teamchef Franz* Beckenbauer glaubt nicht, daß seine Privatfehde mit einem mexikanischen Journalisten negative Auswirkungen auf die Mannschaft haben wird. Beckenbauer: „*Das ist mein* Problem, damit muß ich fertig werden."

Die WELT sprach mit dem Hamburger Felix Magath über die Stimmung innerhalb der Mannschaft nach den Aufregungen der letzten Tage.

WELT: *Bedrücken solche Vorfälle nicht eine Mannschaft in der Vorbereitung?*

Magath: Eigentlich nicht, weil die Mannschaft die Aussagen und die *Auswirkungen, die von Franz Bek*kenbauer ausgehen, gar nicht mitbekommt. Im Gegenteil: Ich glaube, daß wir Spieler jetzt noch enger zusammenrücken werden. Der Medien-Boykott war ohnehin nur für einen Tag befristet, um ein Zeichen zu setzen, daß wir uns nicht alles gefallen lassen.

WELT: Gerade bei dieser WM wollte der Deutsche Fußball-Bund eine offensive Medien-Politik betreiben...

Magath: Uns tut das auch sehr leid. Nur, die Dinge liefen nun einmal so.

WELT: Sie waren auch 1982 dabei, als es so viele Ausrutscher gab. Wann war es schlimmer: 1982 oder jetzt in Mexiko?

Magath: Das kann man doch noch nicht sagen. *Man weiß ja noch nicht,* was hier noch alles passiert.

WELT: Was glauben Sie, warum sich Franz Beckenbauer zu dem verbalen Kleinkrieg hat hinreißen lassen?

Magath. Das ist doch nichts Neues. Franz Beckenbauer war in seinen Äußerungen schon immer etwas voreilig. Nur wurden aus irgendwelchen Gründen seine Aussagen bisher immer positiv interpretiert. Nun werden ihm plötzlich alle seine Meinungen und Kommentare negativ ausgelegt.

WELT: Hat sich der Teamchef in der Zeit vor der WM verändert. *Können Sie und Ihre Kollegen* plötzlich andere Verhaltensweisen bei ihm feststellen?

Magath: Eigentlich nicht. Aus meiner Sicht verhält er sich hier vollkommen normal und souverän, so wie wir ihn kennen. Wenn er überhaupt nervös war, dann war er es im Trainingslager in Kaiserau. Jetzt läuft alles normal.

WELT: Das können die Journalisten nicht gerade sagen. *Die Mehrheit glaubt,* daß Beckenbauer bei weitem überzieht. Woran kann das nach Ihrer Auffassung liegen?

Magath: Es ist tatsächlich so, wie Beckenbauer es selbst gesagt hat. Er steht hier in Mexiko vor seiner schwersten Weltmeisterschaft. Für ihn ist der Druck groß, und er wird immer größer. Er ist zum Beispiel viel größer als für uns Spieler.

WELT: Wäre es nicht angebracht, wenn Beckenbauer einen Menschen in seiner Nähe hätte, dem er voll und ganz vertraut?

Magath: Das glaube ich nicht. Er kann einen Assistenten oder sonst auch wen neben sich haben, als Trainer ist man der einsamste Mensch auf der Welt. Für Entscheidungen, die Beckenbauer *trifft, muß schließlich* er allein den Kopf hinhalten.

WELT: Vielleicht ist der Teamchef auch deshalb so reizbar, weil er sich immer noch Gedanken über die Aufstellung für das erste Spiel machen muß. Noch weiß er ja nicht, wer auflaufen wird.

Magath: Das mag sein. Sicher ist auf *jeden Fall, daß die Mannschaft* total verunsichert ist. Niemand weiß, ob er spielen wird. Die Spieler haben es nun einmal lieber, wenn sich der Trainer frühzeitig für sie ausspricht und somit sein Vertrauen dokumentiert.

WELT: Wo liegen denn die Schwierigkeiten? *Warum hat sich Beckenbauer noch nicht entschieden?*

Magath: Wir wissen doch vor dem ersten Spiel überhaupt nicht, wo wir leistungsmäßig stehen, wozu wir *überhaupt in der Lage sind. Wir müs*sen mit einem Mittelstürmer spielen, der eine ganze Saison fast nicht gespielt hat. Nun scheint Rudi Völler wieder den Anschluß gefunden zu haben. Doch so ein WM-Spiel ist eben etwas anderes als ein Testspiel. Niemand weiß zudem, wie es mit Karl-Heinz Rummenigge weitergeht. Auch im Mittelfeld sind die Positionen noch nicht verteilt. Akzeptiert wird inzwischen *nur* meine Aufstellung. Auch die Besetzung des Liberos, eine *weitere zentrale Position, steht* noch nicht fest.

WELT: Zeit genug hatte Beckenbauer doch – zwei Jahre, um ein Team zu bilden?

Magath: Ich kann das auch nicht erklären, aber so ist nun einmal die Situation.

WELT: Was glauben Sie, kann die deutsche Mannschaft erreichen?

Magath: Die Erwartungen *sind* ja in Deutschland nicht sehr hoch. Man kann nicht davon ausgehen, daß wir die erste Runde überstehen. Ich denke dennoch, daß wir und Uruguay ins Achtelfinale kommen.

WELT: Lange Zeit waren Sie der *Buhmann bei schlechten Länder*spielen der Nationalmannschaft. Nun gibt es um Ihre Aufstellung überhaupt keine Diskussion. Woher dieser Wandel?

Magath: Ich bin tatsächlich psychisch wieder gefestigt. Die Kritik hat mich doch sehr *mitgenommen. Im* September 1985 saß ich gegen die Schweden in Stockholm auf der Bank, weil Beckenbauer mehr von mir erwartet hatte. Doch danach kamen Spiele, die schlecht waren, obwohl ich nicht dabei war. Also konnte es nicht immer an mir gelegen haben. Als ich dann wieder kam, konnte ich endgültig den Makel abstreifen, Franz Beckenbauer habe mich nur geholt, weil wir beim HSV in einer Mannschaft spielten.

WELT: Haben Sie denn jetzt das Gefühl, daß Ihre Mitspieler Sie als Spielmacher akzeptieren?

Magath: Ganz bestimmt. Bei den beiden Testspielen in Mexiko habe ich gemerkt, daß sie mich gesucht haben.

WELT: Aber lautstark kämpfen Sie noch immer nicht.

Magath: Das habe ich nie getan. In den letzten vier Wochen *meiner* Laufbahn werde ich mich auch nicht mehr ändern.

WELT: Sie werden Nachfolger von Günter Netzer als Manager beim *Hamburger SV ...*

Magath: Sicherlich, obwohl ich inzwischen *manchmal* daran zweifele, ob ich nicht zu früh aufgehört habe.



Verband für den harten Briegel

Folgen eines Zweikampfes im Training zwischen zwei harten Männern. Hans-Peter Briegel stürzte auf die Schulter, als er Karlheinz Förster den Ball abnehmen wollte. Die Schmerzen nimmt er leicht: „Mit einer Spritze geht es bestimmt. Das wirft mich doch nicht um." Es besteht nicht die Gefahr, daß Briegel morgen im ersten Spiel gegen Uruguay zuschauen muß.

Das Geld im Mittelpunkt

sid, Toluca

Nach der altbekannten mexikanischen Volksweisheit „con dinero baila el perro" („Nur für Geld tanzt der Hund") war das liebe Geld in Uruguays WM-Lager fast bis zur Mexiko-Premiere gegen Deutschland das Hauptthema. Zum Clinch mit seinen 22 WM-Stars bekam der Verband des *zweimaligen Fußballweltmeisters,* der chronisch in roten Zahlen steckt und sich von Mexiko eine Auffrischung für seine schwindsüchtige Kasse erhofft, auch noch Ärger mit seinen Betreuern – und zwar vom Chefredakteur bis zum Kofferträger.

Mit der Forderung nach den gleichen 1000 Dollar pro WM-Match, wie sie den Spielern im Prämienpoker versprochen wurden, sorgte der Stab – Nationaltrainer Omar Borras, sein *Assistent Luis Ayala, Konditionstrai*ner Prof. Guarino, der Arzt, die Masseure und der Zeugwart – für erhebliche Unruhe im Quartier in Toluca. Vor allem die Zusatzforderung, daß die Prämie auch im Falle eines Scheiterns in der Gruppe mit Deutschland, Dänemark und Schottland fällig werden soll, verstörte die Verbandsoberen.

Sie hatten, um überhaupt die WM-Vorbereitungen bezahlen zu können, den Weltverband (FIFA) schon um einen Vorschuß von 200 000 Schweizer Franken anpumpen müssen und reagierten frostig. Eine Lösung der heiklen Frage war zwei Tage vor dem Umzug nach Queretaro, wo man vorübergehend im Quartier der Dänen logieren wird, nicht in Sicht.

Abseits vom *Geldthema* wendeten sich die sportlichen Belange bei den Südamerikanern zum Wochenende weiter zum Positiven. Stopper Nelson Gutierrez macht die Platzwunde an seiner Stirn *keine* Kopfschmerzen mehr, Mittelfeldspieler Jorge Barrios hat seine Knöchelverstauchung ebenso überwunden wie der als Joker vorgesehene Stürmer Ruben Paz seine Achillessehnenreizung. „Alle drei sind gegen die Deutschen einsatzbereit", sagt Borras.

Der Trainer versuchte, die Stimmung im Trainingslager mit einem Trick zu verbessern. Über ein Amateurfunkgerät ließ er alle seine Spieler so ausführlich, wie sie es wünschten, mit ihrer Familie daheim sprechen.

HEUTE / Das erste Spiel von Mexiko



● Heute wird das Fußball-Fieber endgültig in Mexiko ausbrechen. Die Spieler des Veranstalterlandes, die Staatspräsident Miguel de la Madrid auf die Landesfahne schwören ließ, alles zu geben und zu kämpfen, treten gegen Belgien an. Im Mittelpunkt: Nationalheld Hugo Sanchez.

Pfaff: „Da muß ich mir Watte ins Ohr stopfen"

sid, Mexico City

Jean-Marie Pfaff weiß genau, was auf ihn zukommt. „110 000 werden brüllen, kreischen, pfeifen und mich vielleicht mit Apfelsinen bombardieren", sagt der Torhüter des FC Bayern München vor seinem ersten Auftritt mit dem belgischen Nationalteam in Mexiko. Gegner sind nicht nur elf Mexikaner, Gegner ist auch ein fanatisch mitgehendes Publikum, das mit seinen Schlachtrufen („Mexico, Mexico, Ra-ra-ra") in der Arena des Aztekenstadions Echowirkung erzielt. „Da muß ich mir wohl Watte in die Ohren stecken", sagt Pfaff, ergänzt aber trotzig: „Das Wort Angst ist für mich ein Fremdwort."

Während Belgiens besonnener Trainer Guy Thys den 32jährigen Torwart in einem Einzelgespräch nochmals auf seine besondere Rolle vorbereitet, gibt es auch beim Gegner einen Hauptdarsteller, auf den sich alle Blicke richten: Hugo Sanchez, den Mexikos Fans über ein Jahr lang nur im Fernsehen bei seinen Auftritten für Real Madrid sahen, nun aber endlich live bewundern wollen. „Hugito", nennen sie ihn liebevoll oder auch „Hugol", wobei die zweite Silbe ein Programm dessen ist, was ein ganzes Land von ihm erwartet: Tor, Tor, Tor.

Optimale Vorbereitung bietet Trainer Bora Milutinovic mit einer Videothek, die ihresgleichen sucht. Die Spiele der kompletten europäischen WM-Qualifikation wurden auf Band gebannt. Daher ist es keineswegs arrogant, wenn er sagt: „Ich kenne die Belgier in- und auswendig. Die Belgier besitzen ein erfahrenes Team und gute Individualisten."

Belgien: 1 Pfaff – 3 Franky van der Elst – 2 Gerets, 19 Broos, 4 de Wolf – 8 Scifo, 14 Clysters, 11 Ceulemans, 6 Vercauteren – 9 Vandenbergh, 10 Desmet. – **Mexiko:** 1 Larios – 3 Quirarte – 2 Trejo, 14 Felix Cruz, 12 Servin – 16 Munoz, 13 Aguirre (7 Espana), 10 Boy, 22 Negrete – 9 Sanchez, 5 Francisco Javier Cruz (15 Flores). – **Schiedsrichter:** Esposito (Argentinien).

● Bilanz der Spiele gegeneinander: 3 Spiele, 1 Sieg, 2 Niederlagen, 2:2 Tore.

Große Worte, große Taten?

dpa, Guadalajara

Sie zählen zu den Mauerblümchen im Weltfußball, doch sie träumen von einem Platz an der Sonne. „Ich denke, daß wir in unserer Gruppe Platz zwei erreichen können", stuft Algeriens Trainer Rabah Saadane (39) sein Team ein. Kollege Billy Bingham (54) sieht seine Nordiren gar schon im Viertelfinale: „Dank des K. o.-Systems können wir mit etwas Glück sogar noch weiter kommen."

Von großen Namen wie Brasilien und Spanien, die restlichen Gegner in der Vorrunden-Gruppe D, lassen sich der schlanke Algerier und der rundliche Nordire nicht schrecken. Heute *sollen den großen Worten die Taten folgen.*

Für ein druckvolles Spiel der Algerier sollen Belloumi und Madjer sorgen, deren Tore Algerien zur 2:1-Sensation gegen Deutschland bei der WM 1982 in Spanien verhalfen. Leitfiguren bei den Nordiren sind Pat Jennings, der zum 117. Mal für sein Land im Tor steht, und Norman Whiteside, der aus dem Mittelfeld in den Angriff rücken soll. Whiteside über die Vorbereitung: „Einige Male sind wir mit dem Zug auf 2600 m gefahren und haben dort Sprints am Berg gemacht."

Algerien: 1 Drid – 5 Mejadi, 4 Korichi, 2 Guendou, 16 Mansouri – 18 Benmabrouk, 6 Kaci Said, 11 Madjer, 10 Belloumi – 7 Assad, 9 Menad. – **Nordirland:** 1 Jennings – 2 Nicholl, 18 McClelland, 4 O'Neill, 3 Donaghy – 7 Penney, 8 McIlroy, 6 McCreery, 15 Worthington – 19 Hamilton, 10 Whiteside. – **Schiedsrichter:** Buteno (UdSSR).

● Bilanz der Spiele gegeneinander: noch keine Länderspiele.

Robson ist wieder fit

dpa/sid, Monterrey

Die Würfel sind gefallen: Englands Regisseur Bryan Robson (29) wird heute im ersten Gruppenspiel der Briten in Monterrey gegen Portugal spielen. Der Kopf der englischen Mannschaft hat eine Achillessehnenreizung, eine Schulterverletzung und eine Oberschenkelzerrung auskuriert. Team-Manager Bobby Robson (53) erklärte sichtlich erleichtert: „Bryan hat in den letzten beiden Tagen alle Trainingseinheiten schmerzfrei durchgestanden. Er will unbedingt spielen."

Sein Kollege, der portugiesische Trainer Torres, hofft, den Elan und großen Ehrgeiz der Briten stoppen zu können. Sein Gegenmittel: „Die Schnelligkeit ist unsere gefährlichste Waffe." Auch Robson warnt: „In dieser Mannschaft stehen Riesenfußballer, und wer in Deutschland gewinnt, muß schon etwas können."

Sein WM-Debüt gibt in diesem brisanten Duell Schiedsrichter Volker Roth aus Salzgitter. Der 43 Jahre alte Schiedsrichter war bereits im Eröffnungsspiel Italien – Bulgarien als Linienrichter eingesetzt.

Portugal: 1 Bento – 13 Morato – 2 Pinto, 15 Olivera, 3 Antonio Gomes – 10 Futre, 4 Ribeiro, 7 Pacheco, 6 Carlos Manuel – 14 Magelhaes (17 Diamantino), 9 Fernando Gomes. – **England:** 1 Shilton – 14 Fenwick – 2 Stevens, 6 Butcher, 3 Samson, 8 Wilkins, 4 Hoddle, 7 Robson – 10 Lineker, 9 Hateley, 11 Waddle; Schiedsrichter: Roth (Deutschland)

● Bilanz der Spiele gegeneinander: 14 Spiele, 1 Sieg, 5 Unentschieden, 8 Niederlagen, 16:35 Tore.

Am Rande der WM '86: Auch der Papst grüßt

● **Englische Rowdies:** Mehrere hundert englische Fußball-Fans sind durch das Sicherheitsnetz der mexanischen Behörden ins Land gekommen. Der von der englischen Regierung zusammen mit Polizeibehörden und dem Fußballverband ausgearbeiteten Sicherheitsplan ist anscheinend im Chaos untergegangen. Von der Liste der bekanntesten Randalierer wußten die amerikanischen und mexikanischen Grenzpolizeistellen offenbar nichts. Schätzungsweise 7000 bis 10 000 britische Anhänger werden die Mannschaften von England, Schottland und Nordirland unterstützen.

● **Grußbotschaft:** Papst Johannes Paul II. hat in einer Grußbotshaft an Veranstalter und Teilnehmer in Mexiko den Wunsch geäußert, „daß diese wichtige und beliebte Sportveranstaltung, die die ganze Welt verfolgt, gänzlich von echten ethischen und humanen Gefühlen geprägt sein soll, damit sie zu einem wahren und gerechten Wettkampf wird."

● **Fernsehzuschauer:** Insgesamt zwölf Milliarden Fernsehzuschauer in aller Welt werden die 52 Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko an den Bildschirmen verfolgen. Nach Einschätzung der Marketing-Gesellschaft ISL haben etwa 425 Millionen Menschen das Eröffnungsspiel Bulgarien gegen Italien (1:1) gesehen.

● **Lady Di:** Hoher Besuch kündigt sich in Mexiko City an. Wie der Duke of Gloucester, Vetter der englischen Königin, im Buckingham-Palast zu London bekanntgab, werden Prinz Charles und Lady Diana beim Endspiel am 29. Juni dabei sein. Allerdings nur dann, wenn England auch das Finale erreicht hat.

● **Computer-Rechnung:** Wenn die Computer der mexikanischen Megamicros-Datengesellschaft richtig programmiert waren, wird sich die deutsche Mannshaft für die nächste WM-Runde qualifizieren. Danach hat die deutsche Mannschaft eine 99,98 Prozent große Chance, als erste der Gruppe E das Achtelfinale zu erreichen.

● **Kranke Dänen:** Wegen einer Darminfektion konnten gleich drei dänische Spieler nicht trainieren: Michael Laudrup, Flemming Christensen und Lars Hog. Trainer Sepp Piontek: „Der Virus sitzt scheinbar in unserer gesamten Delegation, denn in den vergangenen Tagen war Durchfall an der Tagesordnung. Hoffentlich ist dieser Zauber bis zum ersten Spiel am Mittwoch vorbei." Dänemark muß dann gegen Schottland antreten.

● **Berthold:** Der deutsche WM-Nationalspieler Thomas Berthold wird in der nächsten Spielzeit nicht für den deutschen Vizemeister Werder Bremen spielen. Bremen bot eine Million Mark als Ablösesumme, Frankfurt forderte nach Aussage des Bremer Vize-Präsidenten Klaus-Dieter Fischer das Vielfache. Bertholds Vertrag bei Eintracht Frankfurt läuft 1987 aus. Dazu Fischer: „Dann werden wir neue Gespräche führen."

TENNIS / Claudia Kohde-Kilsch verlor in Paris überraschend gegen ein 14 Jahre altes Mädchen

In Gedanken bei Steffi Grafs Erfolgen?

H.-J. POHMANN, Paris

Am Abend nach ihrer Niederlage verzog sich die Weltranglistenvierte Claudia Kohde-Kilsch schnell. Da hockte sie auf Zimmer 364 im Spielerhotel „Mercure" und versuchte sich mit der Fußball-Weltmeisterschaft im Fernsehen abzulenken.

Zu tief saß bei der 22jährigen nach dem 6:7, 5:7 gegen die erst 14 Jahre alte Mary Joe Fernandez der Schock, als sich den Fans und den Medienvertretern beim gemütlichen Plausch an der Hotelbar zu präsentieren. Die Saarbrückerin erlitt eine Niederlage, die fast sensationellen Charakter hat und schwer zu verdauen sein wird. Dabei wirkte die innerlich sensible Claudia zumindest nach außen hin vor der Begegnung äußerst optimistisch: „Ich habe zwar noch nie gegen die Fernandez gespielt, aber ich glaube schon, daß mir die doppelhändig geschlagene Rückhand von ihr keine Schwierigkeiten machen wird."

Angesetzt auf Platz elf, einem sogenannten kleinen Centre Court, waren die Probleme der hochaufgeschossenen deutschen Ranglistenersten schnell zu erkennen. Keine durchgezogenen Grundlinienschläge, dazu ein halbherziges Angriffsspiel ermöglichten erst die gute Leistung des in der Dominikanischen Republik geborenen Mädchens. Taktisch klug von ihren Betreuern Fred Stolle (ehemals Wimbledonsieger im Doppel) und dem chilenischen Daviscup-Spieler Heinz Gildemeister eingestellt, lebte die braungebrannte Juniorin von dem undurchdachten Spiel ihrer Gegnerin.

Dabei sah die sich leichtfüßig bewegende Mary Joe Fernandez zugegebenermaßen glänzend aus. Fast unglaublich, wie abgeklärt und nervenstark die nun in Florida lebende Spielerin ihre prominente Gegnerin (immerhin Vierte der Weltrangliste) ausspielte.

Mit hochgestreckter linker Faust stürmte die 50. der Weltrangliste nach ihrem verwandelten Matchball an das Netz und war wohl am meisten von ihrem Sieg überrascht. Auf der anderen Seite des Netzes stand eine Claudia Kohde-Kilsch, die zwar auf dem Platz bemerkenswert ruhig und gefaßt ihre Niederlage hinnahm, auf dem Weg zur Kabine aber ihrer Enttäuschung freien Lauf ließ: „Nun treffe ich gar nichts mehr, weder an der Grundlinie noch am Netz."

Dies als einmaliges Geschehen hinzunehmen, wäre zu einfach. Vielleicht hat die 14jährige Mary Joe Fernandez, die zur Pressekonferenz mit Zahnspange und einem Louis-Vitton-Täschchen antrat, ungewollt den Punkt getroffen: „Ich glaube, daß Claudia im Tiebreak des ersten Satzes als sie 4:2 führte, auf einmal nervös wurde und Angst bekam."

Eine Aussage, die auch der vom Internationalen Tennis-Verband für das Damen-Tennis engagierte Experte Ted Tinling bestätigte: „Claudia wird wie all die anderen unruhig, wenn sie gegen jüngere antreten muß." Da mag einiges dran sein und dennoch scheint die Saarbrückenerin derzeit, wenn auch ungewollt, im Hinterkopf etwas ganz anderes zu beschäftigen: Steffi Graf.

Claudia Kohde-Kilsch hat, speziell nach Berlin, als die 16jährige Steffi im Finale Martina Navratilova schlug, daran zu knabbern, daß sie als Weltranglistenvierte dennoch im Schatten ihrer nationalen Konkurrentin steht. Eine Tatsache, die für den Außenstehenden verständlich, für Claudia selbst jedoch nur schwer zu akzeptieren ist.

Und insofern nimmt die Pariser Niederlage der Saarbrückenerin fast schon tragische Züge an. Die Gefahr ist zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich gegeben, von nun an bei allen Grand-Prix-Turnieren ängstlich auf irgendwelche Weltranglistenpunkte zu schielen.

Doch genau dies wäre falsch und unklug, eine Aufgabe, die es für Stiefvater Jürgen Kilsch und Coach Olaf Merkel zu lösen gilt. Bei all den Leistungen von Claudia Kohde-Kilsch, die sie in den letzten Jahren gebracht hat, wollte sie auch das Recht für sich beanspruchen können, einmal eine schwächere Phase durchwandern zu müssen. Jetzt erst recht gilt es, daß sich die 22jährige zu behaupten hat. Und sie muß auf dem Platz das umsetzen, „was im Training immer klappt", wie es Jürgen Kilsch so einfach und treffend formulierte.

ZAHLEN

GOLF

Nationale Offene Deutsche Meisterschaft um den „American-Express-Pokal" in München-Straßlach, Herren, Endstand nach 36 Löchern (Par 72): 1. Langer (Anhausen) 69+63 (Platzrekord)= 132 Schläge, 2. Koenig (Hanau) 74+70, Kilian (Feldafing) 73+71, Vollrath (Recklinghausen) 72+72 alle 144, 5. Bauerdick (Bielefeld) 73+72, Gögele (Augsburg) 70+75 und John (St. Eurach) 71+74 alle 145.

TISCHTENNIS

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft der Männer in Wiesbaden: Düsseldorf – Reutlingen 9:7.

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Frankreich in Paris, Damen, Achtelfinale: Fernandez (USA) – Kohde-Kilsch (Deutschland) 7:6, 7:5, Navratilova (USA) – Garonne (Italien) 6:1, 6:2, Evert-Lloyd (USA) – Bassett (Kanada) 5:7, 6:2, 6:1. – Herren, Achtelfinale: Vilas (Argentinien) – Forget (Frankreich) 6:2, 3:6, 4:6, 6:1, 8:6, Lendl (CSSR) – Keretic (Deutschland) 6:1, 6:2, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 2, 2, 0, 0, 2, 1, 0, 2, 0, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 11, 16, 17, 21, 22, 43, Zusatzzahl: 5.

(Ohne Gewähr).

STATISTIK

Gruppe C

Kanada – Frankreich 0:1 (0:0)

Kanada: Dolan – Lenarduzzi, Bridge, Samuel, Wilson – Sweeney (53. Lowery), Norman, Ragan, James (82. Segota) – Vrablic, Valentine. – **Frankreich:** Bats – Bossis – Amoros, Battiston – Fernandez, Tigana, Giresse, Platini, Tusseau – Papin, Rocheteau (68. Stopyra). – **Schiedsrichter:** Silva (Chile). – **Tor:** 0:1 Papin (79). – **Zuschauer:** 35 748.

Die Tabelle

1. Frankreich	1	1	0	0	1:0	2:0
2. UdSSR	0	0	0	0	0:0	0:0
2. Ungarn	0	0	0	0	0:0	0:0
4. Kanada	1	0	0	1	0:1	0:2

● Das nächste Spiel: Donnerstag: Frankreich – UdSSR.

Gruppe D

Spanien – Brasilien 0:1 (0:1)

Spanien: Zubizarreta – Maceda – Tomas, Giocoechea, Camacho – Michel, Victor, Francisco (81. Senor), Julio Alberto – Salinas, Butragueno. – **Brasilien:** Carlos – Julio Cesar – Edson, Edinho, Branco – Alemao, Socrates, Elzo, Junior (78. Falcao) – Careca, Casagrande (66. Muller). – **Schiedsrichter:** Bambridge (Australien). – **Tor:** 0:1 Socrates (62.). – **Zuschauer:** 64 000. – **Gelbe Karten:** Julio Alberto, Branco.

Die Tabelle

1. Brasilien	1	1	0	0	1:0	2:0
2. Algerien	0	0	0	0	0:0	0:0
2. Nordirland	0	0	0	0	0:0	0:0
4. Spanien	1	0	0	1	0:1	0:2

● Heute: Algerien – Nordirland.

Pressestimmen

Kaum Lob gab es für die Brasilianer nach ihrem 1:0-Sieg über Spanien. Die englische Zeitung „The Sun": „Brasilien wurde als die glücklichste Elf auf Erden verhöhnt. Sie wurde durch den alternden Socrates gerettet, ein Geist aus ihrer ruhmreichen Vergangenheit, und einen Linienrichter aus einer der neuen Fußball-Nationen." Das Blatt „Politiken" aus Dänemark schreibt: „Spanien wurde um ein eindeutige Tor betrogen." Und „Extra Bladet" (Dänemark) meint: „Die Brasilianer ließen bei ihrem Eröffnungsspiel die Maske fallen." Viel Kritik gab es auch an den Franzosen nach ihrem mühseligen 1:0 über Kanada. Das italienische Fachblatt „Gazetto dello Sport": „Platini, welche Mühe!" Und „Extra Bladet" aus Dänemark schrieb: „Platini war völlig außerstande, auch nur ansatzweise das französische Spiel zu steuern." Allerdings woch auch deshalb: „Die kanadische Mannschaft zerschlug in Holzhacker-Manier das ideenlose Spiel Frnakreichs" („B.T.", Dänemark).

Warum Ludwig nach Hause fuhr . . .

Als Jo Gartner gestorben war, nachts auf der Rennpiste von Le Mans, haben nur zwei seiner Rennfahrerkollegen den Mund aufgemacht: Der Österreicher Dieter Quester und der Bonner Klaus Ludwig. „Wir sind doch alle krank. Objektiv gesehen, ist es doch ein völliger Irrsinn, ein Rennen wie die 24 Stunden von Le Mans zu fahren", sagte Quester. Und Ludwig erzählte: „Als ich an dem brennenden Wrack des Gartner-Porsches vorbeifuhr, als wir wegen des Unfalls das Tempo drosseln mußten und wohl auf einmal deshalb mein Motor versagte, sagte ich zu mir: Gott sei Dank, jetzt brauchst du nicht weiterzufahren! Mensch, scheiß' doch auf den dritten Sieg in Le Mans! Und zu meinen Mechanikern sagte ich: Nichts wird repariert. Einpacken. Wir fahren nach Hause."

Was Quester und Ludwig bewegt, ist nicht etwa die pure Abscheu vor dem Motorsport, sondern die Sorge um den Menschen und die Angst, daß eine Unfallkette – wie sie sich seit Wochen ereignet – wohl gar nicht mehr abreißen könnte. Klaus Ludwig sagt, was seiner Meinung nach geändert werden sollte:

● „Rennen solcher Art, also über 24 Stunden, dürfen für Autos solcher Art wie jetzt nicht mehr stattfinden."

● „Die Rennpisten für Langstrekken-Rennen, die über sechs Stunden

STAND ● PUNKT

hinausgehen, müssen entschieden sicherer werden. Das gilt vor allem für Pisten wie in Le Mans."

● „Die Autos müssen langsamer werden. Das kann man erreichen, indem man den Ground-Effekt am Boden wegnimmt und auch, indem man eine Hubraumbeschränkung einführt. Die hat aber nur dann einen Sinn, wenn sie alle zwei Jahre den neuen Gegebenheiten angepaßt wird."

Ludwigs Ausführungen haben folgende Hintergründe: Früher wurde bei Langstrecken-Rennen mit einer entschieden geringeren Durchschnittsgeschwindigkeit gefahren als bei einem maximal zwei Stunden dauernden Grand Prix. Nun aber entwickeln Langstrecken-Sportwagen bei 800 bis 900 PS Geschwindigkeiten bis zu 350 Stundenkilometern, im Training. Im Rennen sind sie nicht viel langsamer, dann aber fast 24 Stunden lang.

Dabei steuert ein Fahrer seinen Wagen bis zur Ablösung durch seinen Partner etwa sechs Stunden lang. Trotz hoher Konzentration gelingt es ihm dabei nicht immer, das Auto einwandfrei über die Runden zu bringen. Das Material wird also höher beansprucht, als es von den Technikern jemals berechnet werden konnte . . .

Klaus Ludwig sagt: „In Le Mans waren wir in diesem Jahr gegenüber 1985 pro Runde acht Sekunden schneller." Und im nächsten Jahr?

KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Martina Koch Meisterin

München (GAB) – Neue Nationale Offene Deutsche Golfmeisterin wurde Martina Koch (Hannover). Die 20jährige Amateur-Nationalspielerin kam im bayerischen Straßlach mit 73+72=145 Schlägen bei Par 72 bereits zum zweiten Titelgewinn nach 1984. Es folgte Barbara Helbig (Buchholz-Nordheide) überraschend klar geschlagen mit 73+78=151 Schlägen.

Timmermann: 22,51 m

Erfurt (dpa) – Kugelstoß-Weltrekordler Ulf Timmermann aus der „DDR" erzielte in Erfurt mit 22,51 m eine neue Jahresweltrekordleistung. Er verfehlte seinen eigenen Weltrekord dabei nur um elf Zentimeter.

Europacup für Leverkusen

Leverkusen (sid) – Die Leichtathletinnen von Bayer Leverkusen siegten in Amsterdam beim 6. Europacup für Frauen-Vereinsmannschaften zum sechsten Male. Mit 197 Punkten lag das Team vor SNIA Mailand mit 182,5 Punkten.

Düsseldorf Meister

Wiesbaden (sid) – Mit 9:7 über den zweimaligen Europacup-Sieger SSV Reutlingen wurde Borussia Düsseldorf in Wiesbaden zum zwölften Mal seit 1961 deutscher Tischtennis-Meister der Herren. „Das war das beste Endspiel, das ich in den letzten 20 Jahren gesehen habe", sagte Verbandspräsident Hans Wilhelm Gäb.

Iffezheim: 56 000 kamen

Iffezheim (kgö) – Erstmals wurden auf einer deutschen Galopprennbahn exakte Zuschauerzahlen ermittelt. Das sechstägige Frühjahrs-Meeting in Iffezheim besuchten 56 032 Zuschauer, allein am Schlußtag 16 397. Wettumsatz: 13 097 915 Mark. Den Großen Preis der Badischen Wirtschaft gewann überlegen Acatenango mit Georg Bockai vor Cassis, Love Lettr und Daun.

Ommer Präsident

Homburg (sid) – Manfred Ommer (35), Vize-Europameister von 1974 im 200-m-Lauf, wurde Präsident beim FC Homburg, dem Aufsteiger in die Fußball-Bundesliga. Für Ommer, der mit einer Vermögens- und Unternehmens-Beratung den Klub unterstützt hatte, hat das Amt repräsentativen Charakter. Der Verein wird weiterhin vom 1. Vorsitzenden Udo Geitlinger geleitet.

U. Bräkers Bauerngespräch über das Bücherlesen

Sechs Männer, ein Weib

Die neuen Massenmedien müssen sich, kaum daß sie Popularität gewinnen, stets nachsagen lassen, daß sie dem Volke, dem unmündigen natürlich, schaden würden. So wetterte Luther einst: „Denn mancherlei Bücher lesen, machet mehr Verwirrung, denn daß man etwas Gewisses und Standhaftiges daraus lernet." Gute zweihundert Jahre später, war man sich noch immer nicht einig, ob es dem einfachen Manne frommt, sich Büchern zuzuwenden.

Das macht ein Schreibheft von 1777 bewußt, das die St. Gallener Kantonsbibliothek, die Vadiana, aufbewahrt. Auf 58 Seiten mit säuberlicher Schrift, wenngleich auch mit mancherlei eigenwilligen Abkürzun-



gen und unverkennbar schweizerischem Klange, führt es uns ein „Räsonierendes Baurengespräch über das Bücherlesen und den üsserlichen Gottesdienst" vor. Verfasser ist Ulrich Bräker, dessen „Lebensgeschichte und Natürliche Ebentheuer des Armen Mannes im Toggenburg" der Züricher Verleger Johann Heinrich Füssli anno 1788 erstmals veröffentlichte und die seitdem immer wieder gedruckt worden sind.

In dem „Baurengespräch" führt Bräker uns „Beobachtungen, die ich einiche Zeit her in meiner Nachbaurschaft gemacht habe, von der unterschiedenen Denkungsart unter uns Bauren, wie über alle Sachen, also auch über das Bücherlesen und andere gottesdienstlichen Üebungen", vor. Die „sechs Männer und ein Weib", die er in den Dialogen zu Wort kommen läßt, „sind keine erdichtete Personnen, sondern alle in einem Flecken zuhauße, wo ich weiß, daß sie allso denken".

Es sind also keine synthetischen Charaktere, die bestimmte Haltungen zum Lesen verkörpern, sondern Bauern, die das Lesen als Bereicherung ihres Lebens in einer Zeit entdeckt haben, als diese Kunst unter dem Landvolk eher die Ausnahme und der Analphabetismus zumeist die Regel waren.

Bräker stellt uns in seinen Szenen, die er gewiß als Lese- und nicht als Theaterdialoge geschrieben hat, sehr unterschiedliche Charaktere vor. Da gibt es den Fridli, wohl ein Selbstporträt, der bekennt, „ich lese mit Vergnügen und habe vielfachen Nutzen davon."

Ihm gegenüber steht Thoma, der gegen die „vom bösen Feind neüausgebrüteten Bücher", die „nur von hützutägigen Witzlingen aus ihrem Hirn" geschrieben wurden, vom Leder zieht, insbesondere den „Schachspear" und die „neüen Freygeister" wie Lavater, Gellert, Jerusalem. Er läßt von den Büchern nur die „alten, ie älter ie lieber, welche noch der Geist Gottes in die Feder dictierte", sowie den Zinzendorf gelten.

Auch begegnet man Verächtern jeglicher Lektüre. In der maulfeilen Gret, die ihrem Manne Melcher ständig das Lesen vermiest, weil er angeblich seine Arbeit darüber vernachlässigt (und sich in der Freizeit den Büchern statt ihrer zuwendet), soll Bräker, wie Zeitgenossen andeuten, seine Frau Salome porträtiert haben. Deshalb legt Bräker dem Fridli wohl nicht zufällig folgendes in den Mund: „Es gibt Pfarrer, die es nicht ungern sehen, wann wir ein bisgen in der Unwüssenheit und Aberglauben steken."

Aber wie es sich für ein moralisches Stück gehört, siegen im „Baurengespräch" am Ende die Leseeifrigen. Sie jagen der Gret einen gehörigen Schrecken ein, so daß sie verspricht, „kein bös Wort mehr zu geben". Das letzte Wort hat ihr Mann mit der Einsicht: „Die Weiber leyden keine Nebendbuhlerin, auch die Bücher nicht, wann wir allzu verpicht an denselben hangen."

Diese alte Geschichte ist auch nach zweihundert Jahren noch vergnüglich zu lesen. Besonders in der hübschen Ausgabe des St. Gallener Erker-Verlages. In einer Leinenkassette finden sich da zwei schmale Bände. Der erste enthält ein Faksimile des Bräkerschen Schreibheftes, der andere eine sparsam modernisierte Transkription samt einigen Erläuterungen zum Text und zum Autor.

PETER JOVISHOFF

Ulrich Bräker: „Räsonierendes Baurengespräch über das Bücherlesen und den üsserlichen Gottesdienst". Erker-Verlag, St. Gallen, 2 Bd. 58 u. 74 S., zus. 58 sfr.



„Der schnelle Tod", Zeichnung von Borislav Sajtinac FOTO: KATALOG

Böse Bilder: Das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover zeigt Borislav Sajtinac

Wenn die Schatten aufmüpfig werden

Idyllen und Katastrophen", der Titel einer Karikaturen-Sammlung von Olaf Gulbransson, paßte auch zu den Zeichnungen von Borislav Sajtinac, den das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover in der Ausstellung „Und alle sind sie Narren" vorstellt. Dieses Zitat hat man sich bei Baltasar Gracian ausgeborgt, der in seinem „Handorakel" sagt: „Die eine Hälfte der Welt lacht über die andere, und Narren sind sie alle." Und weiter heißt es da: „Ein unerträglicher Narr ist, wer alles nach einem Begriff ordnen will."

Diesen Versuch unternimmt Sajtinac gar nicht erst, aber da es viele solcher Narren gibt, mangelt es ihm nicht an Stoff. Selbst die „Idyllen", die Mann und Frau an einem Tisch vereinen, deuten bei ihm auf Katastrophen hin. Da sitzt man sich scheinbar friedlich-freundlich gegenüber, hat aber einen Revolver griffbereit, oder die Tischplatte, auf die sich der Mann bequem stützt, spitzt sich zu einem bedrohlichen Dreieck, das auf die Frau zielt.

Es war 1966, als der damals 23jährige Sajtinac mit seinen Zeichnungen in einem Suhrkamp-Bändchen die Aphorismen seines jugoslawischen Landsmannes Brana Crnčević begleitete. Diese absurden Bilder von der Denkmalsbüste, die unbeirrt auf ihrer Höhe bleibt, obwohl die stützende Säule längst zusammengebrochen ist, oder vom großen Fisch, der sich gierig auf den kleinen stürzt, wobei er nur übersieht, daß es sich um einen Köder an der Angel handelt, schlugen bereits den Ton an, den Sajtinac bevorzugt.

Er begnügt sich nicht mit eindeutigen politischen Anspielungen oder eingängigen Scherzen – obwohl er gelegentlich auch Kalauer nicht verschmäht. Die Tücken seiner Blätter erschließen sich oft erst bei genauerem Hinsehen. Da wirft eine Pappel einen Schatten, der sich nicht an den Boden schmiegt, sondern der nach einer kurzen Strecke ebenfalls aufmüpfig in die Höhe strebt. Oder ein Mann steht erschreckt vor einer Mauer, die ihm den Weg versperrt, doch sein Schatten geht ungerührt jenseits des Hindernisses weiter. Und der Künstler, der ungestört in seinen Kissen schwebt, obwohl das Bett unter ihm zusammengebrochen ist, variiert das frühere Thema als eine Art Selbstporträt.

Borislav Sajtinac ist ein brillanter Zeichner. Er entwirft sehr genau Räume und Landschaften, schraffiert penibel Wände und Figuren, die sich meist im hellen Schlaglicht vom dunkel drohenden Hintergrund abheben. Dabei sind Tod und Teufel, die natürlichen Protagonisten des schwarzen Humors, den er ausgiebig pflegt, bei ihm besonders häufig zu Gast.

Daneben zeigt das Wilhelm-Busch-Museum seine Tafelbilder und plakatgroßen Blätter, die beispielsweise als sarkastische Biographie „Die letzten 144 Tage des Herrn J. B." neben- und untereinanderreihen, oder die als „Graffiti" eine Fülle von Ideen durcheinandermischen und den Betrachter zum geduldigen Entschlüsseln herausfordern. Aber das lohnt, denn der Komik und der graphischen Kunst von Borislav Sajtinac sind in Deutschland keine Handvoll Konkurrenten an die Seite zu stellen. (Bis 17. Juni; Katalog 18 Mark, im Buchhandel, Merlin-Verlag, 24 Mark)

PETER DITTMAR

Bonn: „Der fliegende Holländer" in Ribers Regie

Hier geistert Franz Liszt

Es ist eben zweierlei, ein guter Intendant zu sein und ein guter Regisseur. Daß sich Jean-Claude Riber als Intendant in Bonn ganz große Meriten erworben hat, können nur die leugnen, die eine ganz andere Oper wollen als jene, für die sich Politik und Publikum in Bonn nun einmal entschieden haben. Wenn Bonns Oper heute international etwas darstellt, wenn man überhaupt über sie auf einem lohnenden Niveau redet (und reden kann), wenn sie in der Lage ist, hinreißende Aufführungen zu produzieren, dann ist das zu allererst das Verdienst des Intendanten.

Vielleicht ist es logisch, daß ein Opernchef mit so ausgeprägter Vorliebe fürs Kulinarische, in erster Linie fürs vollmundige Singen, eine ebenso ausgeprägte Reserviertheit zeigt gegenüber Regisseuren, die sich zu allererst fürs Theater auf der Bühne interessieren und es allenfalls als notwendiges Übel akzeptieren, daß ihre Darsteller auch noch singen können müssen. Es ist nur schade, daß Riber es nicht bei verbalen Bekundungen über die Unmaßgeblichkeit der Regie beläßt, sondern von Zeit zu Zeit auch auf der Bühne vorexerziert, was er als Inszenierung für ausreichend hält.

Wie nun mit Wagners „Fliegendem Holländer". Der geht damit los, daß während der Ouvertüre der Vorhang durchsichtig wird und das Tableau vivant eines friedlich kreuzenden Schiffes zeigt, während die Musik doch alle Schrecken eines Schiffes in Seenot ausmalt. Den Chor der Seeleute verbannt Riber, mit klanglich verheerendem Resultat, von der Szene und läßt dafür gut trainierte Jungens Matrosen mimen. Wie die in die Takelage klimmen, kommen sie wohl eher aus einem Turnverein als aus der christlichen Seefahrt.

Von einem Unwetter ist nicht viel zu merken. Dalands Segelschiff wird ein paar Male hin und hergeruckt wie ein Eßtisch: Da hätte die Bühne doch ganz andere Möglichkeiten. Daland, immerhin so etwas wie ein norwegischer Handelsherr, benimmt sich (und sieht aus) wie ein Kutterfischer, nicht wie ein Kapitän. Die Ankunft des Holländer-Schiffes hat nichts von Bedrohlichkeit, von Dämonie. Die Wellen schwappen im Swimmingpool-Format, die Segel wirken lustig bunt, nicht blutig rot. Wenn der Steuermann zum Geister-Schiff hinüberruft, geht er dazu so weit als möglich von seinem Ziel weg. Es sind diese Unachtsamkeiten Ribers, die diese Aufführung zu einem Ärgernis machen, diese Wurschtigkeit, diese Lieblosigkeit, diese Unmusikalität.

Da geht im zweiten Akt Daland an der einen Seite ab und tritt an der anderen wieder auf. Da beschreibt Wagners Musik auf geniale Weise das Summen und Surren der Spinnräder, aber Riber läßt fertige Seile auf die Haspel winden, die sich doch ganz anders, langsam und schwerfällig, dreht. Da singt Daland von des Holländers Reichtum, aber statt den angesprochenen Schmuck aus der Tasche zu ziehen, läßt er nur Goldglitter regnen. Wir wollen hier wohlgemerkt keinem Pseudo-Realismus das Wort reden. Aber wenn eine Inszenierung schon total perspektivelos bleibt, dann soll das Geschehen auf der Bühne doch wenigstens glaubhaft sein. Ribers „Fliegender Holländer" in der Ausstattung von Pier Luigi Pizzi aber ist unglaubhaft und langweilig noch dazu.

Bis auf die Szenen der Senta, dank Hildegard Behrens. Freilich braucht auch sie eine ganze Zeit, sich aus der Lethargie der Aufführung aufzuraffen. Die Ballade läßt Hellsichtigkeit und Vision noch vermissen, auch hat sie rein stimmlich Mühe mit diesem vertrackten Stück. Erst im Duett mit dem Holländer singt sie sich frei, im dritten Akt ist sie endlich so gut, wie sie sein kann. Aber da ist die Oper ja auch schon zuende.

Sie wird in Bonn, und dafür muß man Riber nun doch ein Kompliment machen, nach Wagners Willen und Bayreuther Vorbild als „dramatische Ballade" gespielt, also ohne Aktschlüsse, ohne Pausen. Das müßte der Spannung zugutekommen, aber Woldemar Nelsson am Pult des unter Form musizierenden Orchesters der Beethovenhalle stellt musikalische Spannung nicht her. Die Pausen sind nicht erfüllt, die Bögen nicht gespannt, es tönt nicht groß, sondern laut, grob, derb.

Durch die Absage von Simon Estes fiel James Johnson die Titelpartie zu: Er ist davon stimmlich hörbar überfordert; daß er mit weißer Mähne und schwarzer Kutte aussieht wie ein barfüßiger Franz Liszt im Gewand des Abbé, hilft ihm nicht. Stimmlich gut ist John Macurdy als Daland, im übrigen Ensemble bloß Mittelmaß.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 2., 4., 7., 10., 13., 15., 16., 23., 26., 28. Juni; Karteninformation: 0228 / 77 36 66

Der französische Choreograph Béjart in Japan

Nun dem Kabuki ergeben

Zuletzt hörte ihn Paris beinahe wie einen Rohrspatzen schimpfen. „J'accuse", rief Maurice Béjart wieder und immer wieder mit drohend gerecktem Zeigefinger, und der Mann, den er derart theatralisch anklagte, war Rudolf Nurejew, Ballettdirektor der Pariser Opera, über Jahrzehnte nicht weniger gefeiert als Tänzer denn Béjart als Choreograph. Béjarts Attacken irritierten selbst seine Bewunderer. Sie kamen überdies in einem Augenblick, da sich das Pariser Opernballett unter Nurejews Führung vor jungen Tanztalenten kaum noch zu retten weiß. Heute ist die Truppe, nach der Béjart selbst sich seit einiger Zeit recht geräuschvoll die Finger leckt, die beste der Welt.

Kulturweltspiegel – ARD, 23.00 Uhr

Béjart, der unermüdliche Feuerkopf, der im kommenden Jahr 60 wird (wenn es nicht seit zwei Jahren schon ist, wie manche Quellen behaupten), hat sich immer gern von fremden Kunstformen anregen lassen. Als choreographischer Guru führte er mit „Bakhti" die Indien-Welle an und erfand sich ein Zeremonial-Tanztheater von meditativer Prägung, nachdem er zuvor mit Spektakelstücken in Manegen und Riesenhallen gezogen war, dem Tanz ein neues Publikum zu erobern. Das gelang ihm auch. Hinfort ging sein Publikum mit ihm verläßlich durch dick und dünn.

Béjart warf choreographisch Beethovens 9. Sinfonie, alle Welt verbrüdernd, hoch in die Luft. Er ließ „Romeo und Julia" im Maschinengewehrfeuer immer wieder zusammenbrechen und auferstehen: Ein unvergeßliches Tableau der unsterblichen Liebe. Er fand der Jugendbewegtheit der Zeit einige ihrer schönsten, ehrlichsten, herzzerreißendsten Bilder. Sie waren hochfahrend, optimistisch, pathetisch.

In Japan faszinierte ihn bislang das Nô-Theater am meisten. Nun also hat er sich dem Kabuki ergeben. Doch mehr als choreographischer Mundraub kam im Grunde dabei nie heraus – auch nicht, als er vor Schah und Schabanu in Persepolis sich tänzerisch von den alten Nationaldichtungen Persiens labte. Immerhin – lange vor Khomeinis Glaubensherrschaft trat Béjart zum Islam über.

Er ist ein wundervoll aufreizender, phantasiebegnadeter, vielbelesener Mann, der seine Anregungen durchaus nicht von aktuellen Denkanstößen empfängt. Das Kopfhängerische des Deutschen Tanztheaters war aber seine Sache noch nie.

Er liebt die Menschen, kommt mit ihnen gut aus und springt ihnen gern helfend bei. Während Rolf Liebermann mit seiner Oper vom 21. Jahrhundert träumt, eröffnete Béjart bescheiden mit seiner Brüsseler Gruppe das 20. – und auch dies über ein halbes Jahrhundert zu spät.

Béjart hat nie aufgehört, die Welt zu erstaunen. Sein Tanztheater tanzte noch wirklich und schlich nicht fortgesetzt an der Wand lang. Seine Truppe öffnete sich zudem eine Schule, in der alle Künste gelehrt wurden: Vor allem Leben, Eintracht, Besinnung – und sei's auf dem Hochseil. Béjart ist immer auf hochsinnige Art etwas verschwiegen. Die Gipfel eines populären, gleichzeitig anspruchsvollen, anregenden Tanztheaters sind noch immer nach ihm benannt.

KLAUS GEITEL



Die höchsten Gipfel des Ballett erklommen – und zum Islam übergetreten: Maurice Béjart FOTO: MICHEL FOKO/STUDIO X

ZDF dreht intrigante Familienserie – zu Weihnachten soll sie gesendet werden

Pappmaschee-Dallas in Holstein

In den Regalen reihen sich drei Dutzend Meter Buch: Goethe, Schiller, Lessing sind mit Erstausgaben ihrer Werke dabei. Korinthische Säulen trennen die Bibliothek vom Frühstückszimmer, in dem ein Gobelelin neben dem anderen hängt. Inmitten dieser noblen Umgebung sitzt der junge Graf Guldenburg beim Morgenkaffee und streitet sich mit der Frau Mama um die Hinterlassenschaft des Familienoberhauptes.

Genauer betrachtet sind die Wandteppiche Imitationen, die Bücher Attrappen, das Schloß Pappmaschee. Sogar der Graf ist falsch: Die Innenräume des gräflichen Familiensitzes sind im Studio nachgebaut, denn in Hamburg dreht zur Zeit das ZDF die 14-teilige Familienserie „Das Erbe der Guldenburgs".

Um die Weihnachtszeit soll die neue Serie im 2. Programm zu sehen sein. Die Mainzer hoffen, damit an den Erfolg der „Schwarzwaldklinik" anknüpfen zu können. Jürgen Goslar führt in den ersten sieben Folgen der 8,5 Millionen Mark teuren Produktion Regie. *Die Serie spielt im südlichen* Holstein, der „Familienbesitz" der Guldenburgs liegt 20 Autominuten *vor Hamburg*.

In der Story sind Anklänge an amerikanische Serien unverkennbar. Vertrackte Familienverhältnisse und Intrigen sollen für Spannung (und für neue Fortsetzungen?) sorgen. Die Guldenburgs haben wirtschaftliche Probleme. Zwar wirft die hauseigene Bierbrauerei Gewinne ab, aber das gräfliche Gestüt mit mehr als 100 Pferden bringt nichts als Verluste. Deshalb entschließt sich Graf Martin (Karl Heinz Vosgerau), auf dem Gut Industrie anzusiedeln. Sehr zum Ärger der alten Gräfin (Brigitte Horney). Sie, die in ihrer Jugend noch vor dem Kaiser knickste, hält die Tradition in ihrer Familie hoch. Mit ihr ist die Hälfte der weitverzweigten Sippe gegen den Plan. Noch bevor der Graf sein Projekt verwirklichen kann, ereilt ihn der Unfalltod. Der Streit um das Erbe der Guldenburgs kann losgehen. Beim ZDF spricht man vom „Dallas à la Holstein".

Die Dreharbeiten führen mitten in *den Streit hinein*. Der Juniorgraf hat seiner Mutter zu verstehen gegeben, daß er den Plänen seines Vater folgen will. *Die Szene ist im Kasten. In* der kurzen Drehpause verfliegt die Spannung, die die Crew für wenige Aufnahme-Sekunden zusammengehalten hat. War alles in Ordnung? Während Kameramann Franz Lederle überprüft, ob der Film gut durchgelaufen ist und sich keine Fussel im Bildfenster seiner 32-Milimeter-Kamera festgesetzt haben, halten die Schauspieler einen Schwatz.

Regisseur Jürgen Goslar macht dem jungen Grafen (Wolf Roth) klar, daß er die gleiche Einstellung wiederholt haben möchte. Der Tonfall war ihm zu freundlich. Während er das sagt, rückt eine Maskenbildnerin dem Schauspieler mit Pinsel und Puderdose zu Leibe. Also alles noch einmal! Auf die Positionen!

Pro Tag sieht der Plan viereinhalb Minuten gelungene Aufnahmen vor. Ob das zu schaffen ist, hängt auch vom Wetter ab: Rund ein Drittel der Serie soll im Freien gedreht werden. Und das während eines norddeutschen Sommers.

D. SALZMANN

KRITIK

Nicht der Nabel der Welt

Deutschland ist nur ein Land in Europa und Europa nur eine Region auf der Welt. Diese Einordnung eines CBS-Korrespondenten war der Kernsatz der ARD-Reportage **Mit amerikanischen Augen** über die Arbeit von US-Journalisten in der Bundesrepublik. Der Terror, die Serie „Heimat", die Hitler-Tagebücher: diese Themen fielen dem Korrespondenten der New York Times auf die Frage ein, was den Durchschnitts-Amerikaner an Deutschland interessiere.

Dementsprechend kurz ist die Berichterstattung im US-Fernsehen; so entstehen Vergröberungen wie etwa anläßlich des Bitburg-Besuches Reagans. Jeder zweite US-Student kennt den Namen der Bundeshauptstadt. Wir sind nicht der Nabel der Welt, das war die Botschaft der Sendung. Natürlich wurde die Gelegenheit nicht versäumt, bissige Bemerkungen über privates Fernsehen loszulassen – was die Auslandsberichte im US-Fernsehen betrifft, waren sie gerechtfertigt.

da

ARD | **ZDF**

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

6.00 Fußball-WM Mexiko
9.45 ZDF-Info Verbraucher
10.00 heute
10.05 Rittmeister Wronski
11.45 Gott und die Welt
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.15 Fußball-WM
15.20 Tagesschau
15.30 Heimsuchung
Anne Ranasinghes Begegnung mit Deutschen
16.15 Tom und Jerry
17.15 Fußball-WM
17.45 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Monitor
Themen: Verharmlost die Strahlenschutzkommission? Trümmerfrauen. Verfassungsschutz in Niedersachsen. *Streit um Spannbeton.*
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Themen: Béjart in Tokio. Bericht von Gerd H. Pelletier.
Kultur nach der Kulturrevolution. Der „Chinesische Frühling" hat auch die Künstler des Landes erfaßt. Sie dürfen wieder mit neuen Inhalten und Formen experimentieren. Bericht von Jürgen Bertram
Culture. Bei offiziellen Einladungen in Togo oder Nigeria ist es selbstverständlich, im „cultural dress" zu erscheinen, dem traditionellen Gewand der einheimischen Stämme. Bericht von Luc Leysen
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Mit 22 Bussen nach Ruanda
Entwicklungshilfe auf Rädern
16.20 Junge Kunst für die Glotze
Streifzug durch die Videolandschaft
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Da lacht das Känguruh
Mit P. Hogan und P. von Zahn
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 WM-Studio Mexiko
20.00 Belgien – Mexiko
Live aus Mexiko-Stadt
Gruppe B
In der Pause: heute-journal
21.45 Algerien – Nordirland
Aufzeichnung aus Guadalajara
Gruppe D
22.30 Der Tod läuft hinterher
Dreiteiliger Krimi von H. Reinecker
Mit Joachim Fuchsberger, Marianne Koch, Gisela Uhlen
Regie: Wolfgang Becker
Ingenieur Edward Morrison, der aus Amerika zurückkommt, erfährt, daß seine Schwester Alice Selbstmord begangen haben soll – sie war ein lebenslustiges Mädchen. Morrison geht zur Polizei, wo er den Unfallbericht liest, aus dem hervorgeht, daß es einen Zeugen gibt.
23.45 WM-Studio Mexiko
0.00 Portugal – England
Live aus Monterrey
Gruppe F
In der Pause: heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Reinhard Behm aus Portugal
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Ein Mann mit Eigenschaften
Annäherung an Otto Schily
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Das verlorene Paradies
Strategische Zone Pazifik
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeitsplätze (2)
Ein Haushalt auf dem Lande
19.45 Wirtschaftslexikon
Einkommensverteilung
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt: Sicherheit
Wie dürfen Offiziere diskutieren?
21.00 Tatort
Exclusiv!
22.40 Autor-Scooter
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Vorschau
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Tatort
Wohnheim Westendstraße
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – international
22.30 Schmerz – Leid – Freude
23.15 Jazz – in Concert

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Henrys Kater
Der Traum
18.35 Fauna Iberica
Der Geier Kaspar
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Schauplatz Europa
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 Neues um 9
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der große Coup
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit Walter Matthau
Regie: Don Siegel
23.00 Die Sache mit dem „G"
Gutenberg und die Folgen (3)
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Bürgerforum
20.00 Landsberg am Lech
Historischer Bilderbogen
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Briefe aus dem Jenseits
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Mit Robert Cummings
21.15 Rundschau

SAT 1

15.00 APF blick
15.05 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 APF blick-telegramm
17.02 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschließend: Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Fußball-WM
19.05 Daddy Langbein
Amerikanischer Musikfilm (1955)
Mit Fred Astaire, Leslie Caron
Regie: Jean Negulesco
Die 18jährige Julie lebt seit dem Tod ihrer Eltern in einem Waisenhaus in der Nähe von Paris. Ein reicher Amerikaner lernt sie kennen und gibt ihr die Möglichkeit, ein College zu besuchen.
21.20 APF blick
22.05 FBI
Anschlag auf die Mid Pacific
22.50 APF blick
23.00 Die Hölle von Oklahoma
Amerikanischer Western (1945)
Mit John Wayne, Martha Scott
0.30 APF blick



19.00 Suche nach der Welt von morgen
Vom Telefon zur Telekommunikation
19.45 Grand Café
1. Der Film ist entdeckt
20.00 Tagesschau
20.15 Die Koblanks
Mit Günter Pfitzmann
21.05 Perlenkomödie
Von Bruno Frank
Mit C. Biederstaedt, G. Locker
Regie: Fritz Umgelter
22.20 Die Herrin von Thornhill
Englischer Spielfilm (1967)
Mit Julie Christie, Alan Bates
Regie: John Schlesinger
1.00 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 OKAY
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Kapitän Harmsen
Geschichte um eine Hamburger Familie
20.30 Die Seele Serbiens
Dokumentation von F. Orter
21.15 Bocuse à la carte
21.40 Spötterdämmerung
21.50 Zeit im Bild 2
22.10 Kulturjournal
22.20 Club 2
anschl. Nachrichten

RTL plus

18.00 RTL-Spiel
18.05 Stars, Tips und Spiele
18.15 Deutsche Szene
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.05 KAZ
20.50 RTL-Spiel
20.55 Filmvorschau
21.05 Diebe sind auch Menschen
Italienischer Spielfilm (1959)
22.45 Blick in die Welt
22.55 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Zensur mit Qualität

mar – Unsere progressiven Intellektuellen behaupten gern, daß sie mehr zu sagen hätten, als man sie sagen läßt. Also fuchteln sie mit der Vokabel „Zensur" herum wie ein Zwerg mit einem Zweihänder. Dieses drollige Schauspiel bieten uns „Westermann's", die gerade mit dem Öl des Fortschritts frisch gesalbten früheren „Westermanns Monatshefte". Thomas Rothschild ist da einer Verschwörung der Redaktionen auf die Spur gekommen, deren Opfer er selbst geworden ist. Hat man ihn doch im SDR in einem Kommentar nicht sagen lassen: „Während ich dies aufnehme, muß ich fürchten, daß amerikanische Truppen in Nicaragua einmarschiert sein werden, wenn diese Sendung ausgestrahlt wird." Im NDR wurde das dagegen nicht beanstandet.

Daraus deduziert er, daß die Behauptung, verfassungsgemäß finde eine Zensur nicht statt, allein ein „terminologischer Trick" sei. Es gäbe zwar keine Zensur-Behörde, aber „auch bei uns, in den bürgerlichen Demokratien, wurde die Defacto-Zensur an die Agenten des Kulturbetriebs delegiert". Und wie funktioniert sie dort? Da werde etwas eben als „zu emotional", als „moralisch" nicht vertretbar oder gar als „geschmacklos" abgelehnt. Summa summarum – und die Zeitschrift hebt das besonders hervor: „Das Argument ‚Qualität' ist längst zum subtilsten Zensurmechanismus geworden."

Thomas Rothschild ist nur ein Beispiel für die Ansicht unserer Mandarine, daß das, was sie zu sagen haben, außerhalb aller Kritik stehe. Und vor allem: daß ihnen, damit sie es aller Welt verkünden können, auch alle Medien – insbesondere die öffentlich-rechtlichen – zur Verfügung zu stehen hätten. Einen Unterschied zwischen „Zensur" und „Zensuren" vermögen sie nicht zu sehen. Die Urteile „gut" oder „schlecht" übersetzen sie, weil sie für sich allein das Recht der Kanzelabkündigungen und Abkanzelungen in Anspruch nehmen, sofort als „politisch genehm" oder „politisch nicht genehm".

Vor mehr als zwanzig Jahren schrieb Wolf Jobst Siedler: „An unseren Linken schockiert nicht, daß sie so wild und ungebärdig sind. Es macht mißmutig, daß sie so extrem schonbedürftig sind. Sie wollen wider den Stachel löcken, aber man kann sie so leicht kränken." Die Zeiten ändern sich, aber unsere Linken offenbar nicht.





Idyllen und Wunschbilder: Josef Raabes „Kinder des Malers Carl Gustav Carus" (1828, links) und Gaudenz von Rustiges „Familie Farina" (1837). Aus der Münsteraner Ausstellung
FOTOS: WESTF. LANDESMUSEUM

„Geborgen und Gefangen – Deutsche Familienbilder des 19. Jahrhunderts": Eine paradigmatische Ausstellung in Münster

Der alte, schöne Traum von einer heilen Welt

Es handelt sich um zwei verschiedene Ereignisse, die nicht ganz miteinander in Einklang zu bringen waren: eine Ausstellung des Westfälischen Landesmuseums in Münster mit dem Titel „Geborgen und Gefangen – Deutsche Familienbilder des 19. Jahrhunderts" und eine Buch-Neuerscheinung von Angelika Lorenz unter dem Titel „Das deutsche Familienbild in der Malerei des 19. Jahrhunderts" (Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 306 Seiten und 91 Abbildungen, 29 Mark). Die Autorin ist Mitarbeiterin des Museums; ihr Buch hat die Ausstellung angeregt und begleitet sie an Stelle eines Katalogs. Den Katalog ersetzt ein Faltblatt mit den allernotwendigsten Angaben.

Umgekehrt als gemeinhin üblich soll diese Ausstellung (mit rund siebzig Gemälden, einigen Grafiken und Aquarellen) also eine wissenschaftliche Abhandlung illustrieren und eine Sammlung mehr oder weniger einleuchtender Theorien belegen. Das aber können die ausgestellten Bilder nur sehr bedingt und nur in Einzelfällen leisten.

Vor keinem Bild zum Beispiel hat der Betrachter den Eindruck, es stelle sich darin die Alternative des Titels „Geborgen und/oder gefangen". Kein Mitglied der vielen dargestellten Familien fühlt sich offensichtlich gefangen; vielleicht fühlen sie sich nicht alle geborgen, aber doch unverkennbar zu Hause und dazugehörig. Auch will uns niemand unterdrückt erscheinen.

In allen Bildern stellt sich uns eine heile Familie in einer heilen Welt dar; auch da, wo sie sich sozialkritisch geben, ist für edles Mitleid und sanfte Retusche gesorgt. Natürlich gab es diese heile Welt auch in der „guten alten Zeit" des vorigen Jahrhunderts so nicht; die Historiker wissen es, die Autorin weiß es, unsere Urgroßeltern haben es erlebt, und zeitgenössische Dichter und Schriftsteller haben es auch nicht verschwiegen. Warum verschweigen es die Maler? Warum ist in all diesen schönen Familienbildern nichts zu spüren von den Problemen, Konflikten und Gefährdungen der Familie, die in der gleichzeitigen Literatur von Goethe bis Fontane immer wieder zur Sprache kommen?

Der Frage wäre einmal gründlich nachzuspüren. Neben zahlreichen theoretischen und dokumentarischen Texten, die ihr allemal passend zur Hand sind, verweist die Autorin auch auf die Oberhof-Erzählung Immermanns. Bei weitem triftiger hätte sie sich auf seinen großen sozialkritischen Essay „Die Familie" in den Memorabilien beziehen können.

Immermann entwirft darin ein großartiges Bild der Familie im frühen 19. Jahrhundert und liefert gleich eine umfassende kritische Analyse dazu. Freilich in diesem zweiten Teil taugt sein Essay auch wieder nicht als Kommentar zu diesen Bildern seiner Zeitgenossen, die von Chodowiecki bis Waldmüller nur Idyllen und Wunschbilder malten.

Es sind größtenteils sehr schöne und gut gemalte Bilder, ohne Frage; und wenn wir sie mitunter als zu feierlich, zu sentimental, zu naiv empfinden, liegt das hauptsächlich wohl daran, daß dazwischen ein schreckliches Jahrhundert liegt, das uns die Augen weit aufgerissen hat für die unfeierliche, unsentimentale, ungeschminkte Wirklichkeit. Damals aber standen diese Bilder in der Gunst des Publikums obenan. In der Tat war das Familienbild, in der Antike und im alten Ägypten schon bekannt, zu keiner Zeit so beliebt und verbreitet – wenngleich künstlerisch nicht eben hoch geachtet – wie im 19. Jahrhundert.

Der zunehmende Reichtum des Bürgertums, sein steigendes Selbstbewußtsein und Repräsentationsbedürfnis sorgten, wie beim Porträt, für lohnende Aufträge; und für begabte Maler war es ein leichtes Geldverdienen. Allerdings hatten sie dabei zum einen die Standes- und Rollenwunschbilder ihrer Auftraggeber zu respektieren; zum anderen fügten sich ihre Darstellungen bewußt oder unbewußt dem Zeitgeist, dem allmählichen Stil- und Geschmackswandel von Klassizismus und Romantik, Realismus und Biedermeier, die sich zeitlich und thematisch nicht immer leicht gegeneinander abgrenzen lassen.

Mit einer Reihe von Kupferstichen noch aus dem späten 18. Jahrhundert von Daniel Chodowiecki und dem Familienbild seines Freundes Anton Graff setzt die Ausstellung zeitlich ein. Romantisch-klassizistisch haben Josef Abel die Gräfin Fries mit ihren Kindern und Johann Friedrich Matthäi die Familie des Verlegers Heinrich Wilhelm Campe gemalt. Die Familie Farina posierte für den Maler H. F. Gaudenz von Rustige vor ihrem ländlichen Besitz, und Anton von Werner versäumte nicht, die Taufe in seinem Haus mit der königlichen Hofgesellschaft in einem repräsentativen Gemälde sozusagen dokumentarisch festzuhalten.

Anekdotisch aufgelockert erscheint die Familie in den Genrebildern Defreggers, Waldmüller, Hübners, die dabei auf durchaus gefällige Art auch soziale Mißstände („Die Pfändung") andeuten. Böcklin stellt in dem besinnlichen Bild mit seiner Frau, das an Renoir denken läßt, dar, „wie zwei Leute, die sich lieben, in den Herbst hineinwandeln und fest und treu zusammenhalten".

Lovis Corinth beschließt den Reigen mit zwei Bildern, dem „Weihnachtsbaum" von 1913 und der Familie seines Freundes Fritz Rumpf; er hätte sich eindrucksvoller mit einem Bild seiner eigenen Familie präsentieren können. Jedenfalls macht er auch so deutlich, daß ein neues Jahrhundert und eine andere Malerei begonnen haben, die von edler Einfalt, stiller Größe und romantischen Idyllen fürs erste nichts mehr wissen wollten (bis 29. Juni). EO PLUNIEN

Strindbergs „Totentanz" unter A. Lang in Ost-Berlin

Hölle voller Betulichkeit

Der Theaterfreund aus West-Berlin ist bald neidisch, nachdem er der deutsch-deutschen Grenzhölle in den Katakomben des schrecklichen Bahnhofs Friedrichstraße nach endlosem Anstehen und deprimierendem Warten entronnen ist. Wenn er sich dann also endlich dem hell restaurierten „Deutschen Theater" in der alten Schumannstraße nähern darf, sind die letzten paar 100 Meter vor seinem Ziel gesäumt von meist jungen Theaterhungrigen.

Sie warten und sprechen einen an, ob man ihnen nicht vielleicht doch eine Karte für die heutige Inszenierung von Strindbergs „Totentanz" zustecken könnte. Vor der Abendkasse wieder eine Schlange von rund 100 Meter Länge in drei- oder vierfacher Personenbreite. Vergleichbares findet der Westberliner bei sich zur Zeit nicht.

Man drängt sich zu sehen: Strindbergs „Totentanz". Den hat Alexander Lang an das Ende seiner theatralischen „Trilogie der Leidenschaft" gesetzt. Vorher hatte er spielen lassen die archaisch räudige „Medea des Euripides", dann die traurig unerfüllte, frühe Fassung von Goethes „Stella". Jetzt also Strindbergs eigentlich doch entsetzlicher, würgender „Totentanz": Leidenschaft als lebenslange Daseinslüge, als eine tödliche Verstrickung.

Alle drei Meisterstücke der Weltliteratur ließ und läßt Lang spielen wie in hoffnungslosen Menschenhöhlen. Das Dekor von Volker Pfüller für den „Totentanz" ist eine Mausefalle, trotz Ausblick aufs Meer und Meergestein. Die Umwelt ist den Höhlenbewohnern dieser Residenz des Inselkapitäns und seiner giftigen Gattin fast wie vergittert.

Beide, gespielt von dem außerordentlichen Christian Grasshof und der füllig-intensiven Katja Paryla, gehen sich vorher eine Stunde lang in deutlich manierierter Redeweise an die Gurgel. Man spricht die (heute eher etepetete wirkende) alte Übersetzung von Emil Schering. Das gibt allen Worten eine kalte Betulichkeit. Die Spieler agieren ihre Gänge und dramatischen Ausfälle wie hochmütige Marionetten. Hier ist, merkt man, die Unnatur einer Stilisierung das vorgefaßte Stilprinzip.

Die schrecklich aneinandergefesselten Gurgelbeißer, ohne daß wir die Musik hörten, beginnen ihren Totentanz zu zweien zu drehen. Zwei Menschen, die, als sie einander wählten vor mehr als zwei irrigen Jahrzehnten, damals deutlich die falsche Wahl trafen: sie dürfen voneinander jetzt, in ihrer Ehehölle, nicht mehr lassen. In Langs „Trilogie der Leidenschaft" ist diese letzte Inszenierung die durchaus schlimmste und hoffnungsloseste.

Alexander Lang läßt, wie Rudolf Noelte in seiner unvergeßlichen und auch unübertrefflichen Strindberg-Inszenierung vor 20 Jahren tat, die volle Fassung des finsteren Stückes spielen. Die nächste Generation wird leiden müssen an der Schuld der Väter und Mütter. Der schlimme Fluch, so lernen wir, ist vererbbar, ist unvermeidlich.

Inzwischen ist Dieter Montag, als der Vetter, Freund und neue Quarantänemeister, zwischen die beiden in Liebe und Haß Verbissenen getreten. Dieser Kurt ist eher arglos gespielt: Eine fidele Natur kommt und ist verdutzt. Ein Mensch in Knickerbokkern, der hilflos und ohne Arg in den Seelenclinch Strindbergs gerät. Wie Dieter Montag das darstellt, ist bewundernswert, auch voll heimlicher Komik.

Frank Liener, der Kurts Sohn spielt, und Katrin Klein, die des verfluchten Ehepaares liebesgierige und liebesunkundige Tochter gibt, sind von der Regie eher konventionell ausgerüstet. Da sinkt die sicher bedeutende Inszenierung von ihrem hohen Darsteller-Level, das die drei schrecklich Erwachsenen gesetzt haben, dann doch deutlich ziemlich enttäuschend ab.

Aber das tut dem nachdrücklichen Eindruck dieser Strindberg-Präsentation keinen Abbruch. Der lange Abend behält seine sozusagen fiebrige Ausführlichkeit bis zur letzten Minute.

Wie Christian Grasshof mit gereckter, hilfloser Fiesigkeit den armen Kapitän spielt; wie sein verfluchtes Haupt ständig wie von einem faulen Heiligenschein umflattert ist, wie er immer wieder, sei es aus Hilflosigkeit, sei es aus schlimmer Hinterlist, in ein aasiges Lachen ausbricht; wie Katja Paryla dem hämisch entgegensetzt, wie sie deutlich zwischen Liebe und Haß und Lust an der Pein zu zweit schalten kann; und wie zudem eben Dieter Montag, als der Arglose, sich zwischen so viel gründlicher Arglist entsetzt verreiben sieht – das lohnte das Hinsehen und den Beifall, der zum späten Schluß kurz, aber bemerkenswert heftig erklang, durchaus. FRIEDRICH LUFT

Musiktheater im Revier: Strauss' „Rosenkavalier"

Die Stiefmütterchenfrage

Gelsenkirchens Oberstadtdirektor drohte kürzlich, die „Stiefmütterchenfrage" zu stellen. Will sagen, ob es sich die Stadt angesichts ihrer Verschuldung noch leisten könne, Rabatten und Blumenkübel zu bepflanzen. Und das Musiktheater im Revier, so fügte Jürgen Linde hinzu, sei in seinem Bestand nur noch für fünf Jahre, also die vertraglich fixierte Amtszeit des neuen Intendanten Weigmann, der in diesem Sommer das Haus übernimmt, garantiert. In dieser Zeit müsse ein anderer Träger für das Musiktheater gefunden werden, die Stadt sei am Ende mit ihren finanziellen Möglichkeiten.

Die Entgegnung auf solche latente Bedrohung gab jetzt das Musiktheater im Revier auf die geziemende Art und Weise ab: Mit einer glänzenden Neuinszenierung des „Rosenkavalier", die anzuschauen man jedem empfehlen muß, dem es in der Oper noch mehr um Musik und Kunst geht als um öden Starkult. Die Aufführung hält sich den Abend lang auf ganz erstaunlich hohem Niveau.

Jaroslav Chundela geht in seiner von Carl Friedrich Oberle ausgestatteten Inszenierung jenen Weg in die Entstehungszeit des Werkes, wie ihn auch etwa Visconti oder Götz Friedrich beschritten haben. Es ist schon deutlich das sich verbürgerlichende Wien der Jahrhundertwende, das die Kulisse abgibt. Aber das so rundum Erstaunliche an dieser Inszenierung ist doch, wie subtil sie das erreicht, wie selbstverständlich sie den Figuren ein geradezu modernes Verhalten mit auf den Weg gibt, ohne irgendwo Widerspruch herauszufordern. Chundelas Inszenierung ist von schönster Stimmigkeit.

Hinzukommt, daß Uwe Mund, Gelsenkirchens GMD, ohnehin einer der besten Operndirigenten, die es heute gibt, als Österreicher zum „Rosenkavalier" eine ganze besondere Beziehung hat. Natürlich sitzen in Gelsenkirchen keine Wiener Philharmoniker im Graben, aber so pointierte Walzer-Delikatesse wie hier hört man doch nur ganz selten. Uwe Mund kennt das Stück, weiß, welchen Sinn die Musik macht, und er gibt nicht eher Ruhe, bis er das seinem Orchester vermittelt hat. Das Ergebnis ist entsprechend gut.

Wie bei den Sängern: Sue Patchell als eine ihren Part ganz genau darstellende Marschallin, Graciela Alperyn als ein Octavian, der an jedem großen Haus bestehen würde, Györgyi Benza als helle Sophie. Fast bezeichnend, daß nur der prominente Sängergast, Siegfried Vogel als Ochs, zum Chargieren und ungenauen Singen neigt – ein Stück jener staatsoperngängigen, stimmprächtigen Opernschlamperei, die das Musiktheater im Revier so gründlich von seiner Bühne vertrieben hat. Bth.

Weitere Aufführungen: 10., 19., 22. u. 29. Juni; Karteninformation: 0209 / 40970

Neue Schallplatte: Duke-Ellington-Evergreens

Kein Staub in den Noten

Der erfolgverwöhnte Bandleader Duke Ellington rutschte zu Beginn der fünfziger Jahre in eine musikalische Existenzkrise. Auf einen Schlag verließen ihn drei seiner besten Musiker. Nachdem er sich von dem Schock erholt hatte, besetzte er die Vakanzen mit Leuten, die er seinem Kollegen Harry James ausspannte.

Bei einem weiteren „Beutezug" konnte er die Trompeter Willie Cook und Clark Terry sowie die Posaunisten Britt Woodman und Quentin Jackson verpflichten. Mit dieser relativ frischen Konstellation gab er am 30. März 1953 im Pasadena Civic Auditorium in Kalifornien ein Konzert, das mitgeschnitten und jetzt, 33 Jahre nach seiner Entstehung, erstmals veröffentlicht wurde (Crescendo GNP 9045).

Wenn es stimmt, daß sich Ellingtons Krise auch darin manifestierte, daß er bei seinen Konzerten weitgehend auf Altbewährtes zurückgriff, wie ein Ellington-Biograph schreibt, so muß sich der Musiker in der Tat noch in einem Stimmungstief befunden haben. Was an jenem Abend zu Gehör gebracht wurde, sind vor allem (selbst damals schon) Ellington-Evergreens, denen jedoch jedweder Staub aus den Notenlinien geblasen und getrommelt wird.

Eine glänzend disponierte Band intoniert Standards wie „The Hawk Talks", den Cat Anderson mit geradezu unglaublichen Spitzentönen auf seinem Flug begleitet (diese schon fast zirkusreif zu nennende Leistung demonstriert er dann noch einmal in „Jam With Sam" und im „V.I.P.'s Boogie"). Zum fußwippenden Pizzicato-Swing wird, dank dem Bassisten Oscar Pettiford, der zu den Besten seiner Zunft gehörte, der Ohrwurm „Perdido".

An die ruhmreiche Swing-Ära erinnert Jimmy Hamiltons Klarinetten-Solo im Eingangstitel, „The Tattooed Bride"; und der Duke selbst erweist sich als witzig-sarkastischer Märchenerzähler bei der Rotkäppchen-Travestie „Pretty And The Wolf", die von einem Klarinetten-Trio ironisch kommentiert wird. Während der Band-Sänger Jimmy Grissom bei Youmans „Without A Song" gerade am „crooning" vorbeischrammt, beweist er beim „Street Blues" um so nachdrücklicher, wer Bill Haley und Elvis Presley beim Rock'n'Roll auf die Sprünge geholfen hat.

Auf das „Jazz-Potpourri", mit dem Ellington sein Konzert beendet, hätte man allerdings verzichten können. Die neun im Schnellverfahren (was, bitte, hat das noch mit „Jazz" zu tun?) abgefertigten „Ellington-Hits" sind denn auch nicht mehr als eine Konzession des Meisters an den Geschmack der Fans, die ohne „ihre" Evergreens nun mal nicht nach Hause gehen wollten.

RAINER NOLDEN



Als Mrs. Cheveley 1947 in dem Film „Ein idealer Gatte": P. Goddard
FOTO: LONDON FILM

Mit Chaplins „Modernen Zeiten" zum Ruhm – Paulette Goddard wird 75

Lucrezia Borgia sammelt Juwelen

Ihre größte Zeit lag in den Jahren, als Diktatur und Krieg sie von den deutschen Leinwänden verbannt hatten: Paulette Goddard, die heute 75 Jahre alt wird, ist bei uns, ungerechterweise, vor allem als Ehefrau dreier Prominenter des Kulturlebens in Erinnerung geblieben: Charlie Chaplin, Burgess Meredith, Erich Maria Remarque. Und als Deutschland sich dem amerikanischen Filmimport wieder begierig öffnete, senkte ihre Karriere sie schon wieder nach unten. Man liest die amerikanischen Filmtitel, überlegt sich, ob und in welcher Verstümmelung sie damals auch bei uns gelaufen sind – und kann sich nicht so recht erinnern.

Ein Griff in die Geschichte also. Paulette Goddard betrat die Leinwand erst richtig mit Chaplins „Modernen Zeiten" (1936). Da war sie 25 Jahre alt, unglaublich gut anzuschauen und überaus reich. Vorher war sie trotz einiger Filme kaum aufgefallen, erst der Chaplin-Film brachte sie auf die Erfolgsleiter.

Als nächster Film mit ihr fällt einem wieder einer mit Chaplin ein, „Der große Diktator". Da war die Ehe, die sie mit dem Komödianten 1936 geschlossen hatte, schon ins Wackeln geraten. Chaplin paßte offenbar ihr Erfolg nicht und 1942 wurden die beiden geschieden. Paulette Goddard war bei ihrer Produktionsfirma Paramount nun einer der weiblichen Topstars, und man sah sie zusammen mit Bob Hope und Ray Milland auf der Leinwand. Nur, auf dieser Höhe blieb sie nicht lange. Als sie auf die 40 zusteuerte, fiel auf, daß sie eine eigene schauspielerische Persönlichkeit kaum entwickelt hatte.

Es gab noch einen letzten Glanzpunkt in Paulette Goddards Karriere, in Jean Renoirs „Tagebuch einer Kammerzofe", ihrem besten Film vielleicht überhaupt, aber danach wirken schon wieder die archivalischen Angaben seltsam fremd. 1949 schließlich machte sie einen Film über Lucrezia Borgia, der so schlecht war, daß sie nie wieder für die Paramount arbeitete. Sie war dann auf die Schiene der B-Filme abgeschoben und hörte 1966 endgültig auf. Nötig hat sie die Arbeit auch nicht mehr: ihre Juwelenkollektion, so hört man, ist berühmt. SVEN HANSEN

JOURNAL

Giselher Klebe neuer Akademie-Präsident

DW. Berlin

Der Komponist Giselher Klebe ist zum neuen Präsidenten der Berliner Akademie der Künste gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Günter Grass an, der nach drei Jahren im Amt nicht wieder kandidierte. Klebe gilt als Vertreter der anspruchsvollen Literaturoper. Er schuf u. a. „Jakubowsky und der Oberst" (nach Werfel), „Die Räuber" (nach Schiller) und „Fastnachtsbeichte" (nach Zuckmayer). Klebes Stellvertreter wurde der Maler und Architekt Max Bill.

„Ein bißchen Frieden" ist kein Plagiat

rr, Berlin

Nicoles „Ein bißchen Frieden", Siegeslied beim Grand Prix '82, ist kein Plagiat. Dies entschied in letzter Instanz das Kammergericht Berlin am 16. Mai 1986. Der Komponist Ralph Siegel wurde 1982 von dem Wiener Otto Demler des Plagiats bezichtigt. Siegel habe die Melodie aus Demlers Song „Alle Liebe dieser Erde" genommen. Diesen Schlager sang Julio Iglesias 1973 auf Platte. In 1. Instanz beim Landgericht Berlin unterlag Siegel. Jetzt wurde das Urteil aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens trägt der klagende Verlag Demlers, die Gruner + Jahr-Tochter „Magazine Music".

Bachakademie Stuttgart: Monteverdi bis Verdi

Reg. Stuttgart

Zum achten Mal soll in Stuttgart vom 2. bis zum 17. August eine Sommerakademie Johann Sebastian Bach stattfinden. In mehr als 20 Konzerten, 15 Vorträgen sowie zwei Dutzend Instrumental-, Gesangs- und Musikwissenschaftskursen wird dabei das Generalthema „Von Monteverdi bis Verdi" bearbeitet. Höhepunkt ist am 17. August eine Aufführung von Verdis „Requiem", die Helmut Rilling vorbereiten und dirigieren wird. Zweites zentrales Ereignis ist die Erstaufführung einer Carl Philipp Emanuel Bach zugeschriebenen „Markus Passion".

Die Klezmer-Gruppe „Kapelye" auf Tournee

DW. Hamburg

Seit Sobols „Ghetto" und Giora Feidman ist die Klezmer-Musik auch bei uns bekannt. Es ist jene jiddisch-amerikanische Unterhaltungsform, die ihre Herkunft aus der ostjüdischen Folklore nicht verleugnet, auch wenn der Fiedler die erste Stimme an einen Klarinettisten abgeben mußte. Diese Musik führt die amerikanische Klezmer-Gruppe „Kapelye" bei ihrer Deutschland-Tournee vor, die am 7./8. Juni in Hamburg beginnt. Weitere Stationen: Berlin (9./10.6.), Köln (12.6.), Heidelberg (14./15.6.), Nürnberg (16.6.), Stuttgart (17./18.6.), Frankfurt (19.6.), München (21./22.6.).

Zur Erinnerung an Günter Sahm-Rastal

DW. Höhr-Grenzhausen

Die zehnte Ausstellung der Gruppe „Objekte '71" ist der Erinnerung an den Industriellen und Kunstförderer Günter Sahm-Rastal gewidmet, der Ende vorigen Jahres starb. Der Gruppe gehören Maler, Bildhauer, Photographen, Keramiker und Goldschmiede an. Die Ausstellung findet bis zum 29. Juni im Keramikmuseum Westerwald in Höhr-Grenzhausen statt.

Film über Milosz in Polen unerwünscht

JGG. Warschau

Der 1981 während eines Heimatbesuches gedrehte Film über den polnischen Literatur-Nobelpreisträger Czeslaw Milosz wird nicht in Polen gezeigt werden. Das hat, wie die Untergrundzeitschrift „Tygodnik Mazowsze" berichtet, das polnische Fernsehen die beiden Filmemacher Andrzej Milosz, den Bruder des Schriftstellers, und Wiktor Meller wissen lassen. Ein Versuch des Warschauer „Literaturmuseums", den Film fürs Archiv zu kaufen, lehnte die Generalintendanz des polnischen Fernsehens ab.

Eberhard Schlotter 65

DW. Hildesheim

Der Maler und Graphiker Eberhard Schlotter wird heute 65 Jahre alt. Für Hildesheim ist das ein besonderes Ereignis. Denn vor fünf Jahren, zu seinem 60., stiftete er rund 2800 seiner Gemälde, Zeichnungen und Graphiken seiner Vaterstadt. Schlotter, der zuerst eine Malerlehre machte, dann an der Münchner Akademie studierte und seit 1945 als freier Künstler arbeitet, pflegt, ungeachtet aller Malermoden, einen Stil, der zwischen Realismus und Surrealismus pendelt. Das hat ihm eine Reihe von Preisen und ein treues Publikum beschert. Da er seit 1956 einen großen Teil des Jahres in Spanien lebt, hat er sich als Illustrator auch der Literatur dieses Landes zugewandt. Deshalb ist der Don Quixote ein Thema, das nicht nur in seinem Illustrationswerk breiten Raum einnimmt.

Die Deutschen meiden Reiseziele in Osteuropa

Wegen Tschernobyl / Touristikbranche: 400 Millionen Verlust

HEINZ HORRMANN, Bonn

Optimismus blühte auf allen Ständen der Touristikbörse. Im bunten Treiben der Reise-Olympiade ITB Berlin feierte die Branche den glänzenden Start in das Reisejahr. Allgemein prognostizierte man ein kräftiges Buchungsplus für die kommende Saison. Das war Ende Februar. Knapp drei Monate später haben schwarze Wolken die strahlende Schönwetterlage verdrängt. Ohne Verschulden der Veranstalter verschlechterte sich die Situation spektakulär. Angst vor Terroranschlägen im Flugverkehr und die Folgeschäden nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl bremsten nicht nur den Touristenstrom aus USA, sondern verunsichert mehr und mehr die deutschen Kunden.

Betroffen sind vor allem die Veranstalter mit Schwerpunktprogrammen in Ostblockländern und im südlichen Mittelmeer. ITS meldet allein 10 000 Stornierungen für Rumänien und Bulgarien und 2000 für Tunesien. Geschäftsführer Hans Jürgen Kaul zieht in einem Gespräch mit der WELT Bilanz: „Wir werden wohl insgesamt 20 000 Kunden im Schwarzmeerraum verlieren, 4000 konnten wir bereits auf andere Ziele umbuchen. Natürlich haben wir Verständnis für die Ängste unserer Gäste vor verseuchtem Hotelessen oder gefährlichem Badesand, obwohl es in diesen Bereichen keine tatsächliche Gefahr gibt. Hinzu kommt, daß viele Reisen ins südliche Mittelmeer, nach Tunesien beispielsweise, Malta oder Ägypten kurzfristig abgesagt werden, weil die Kunden Angst vor Terroranschlägen der Libyer haben."

Kaul nennt ein spektakuläres Beispiel: „Ein Familienvater bat uns am Freitag händeringend, von einem Mallorca-Aufenthalt zurücktreten zu dürfen, obwohl die Stornofrist verstrichen war. Auf der Landkarte im Atlas hatte der Mann die räumliche Nähe der Mittelmeerinsel zu Nordafrika erkannt und war total in Panik geraten."

Ähnlich wie bei ITS in Köln ist die Situation bei Hetzel Reisen in Stuttgart. Das Unternehmen hatte einen Charterflug in die Hauptstadt der Ukraine angeboten und 400 Plätze verkauft. Nach der Atomkatastrophe stornierten 60 Prozent. Insgesamt stellte der Spezialist für Osteuropa-Reisen ein Drittel Umbuchungen und ein Drittel Stornierungen fest. Auch NUR-Touristik rechnet mit einem Buchungsminus von 10 000 im Bereich Rumänien, Bulgarien und Sowjetunion. Die TUI, Europas größter Reisekonzern, rechnet mit mehr als 100 000 Mark Mehrkosten durch Umbuchungen. Die genauen Verluste wurden noch nicht errechnet. Experten glauben, daß der gesamte Umsatzverlust bei 400 Milllionen Mark liege. Deshalb will die Touristikbranche in Bonn Hilfsmaßnahmen fordern.

Nicht alle Reiseunternehmen spüren den Druck der momentanen Situation. DER-Sprecher Gerd Leidinger meldet ein Plus von acht Prozent bis zum 30. April und auch für den Mai keine größeren Einbrüche. Ganz hervorragend sei die Steigerung im USA-Verkehr mit 15 Prozent. Der Kölner Reiseunternehmer Dieter Steinijans bestätigt diesen Trend in den gehobenen Preisklassen. Viele Kunden, die es sich leisten konnten, haben die Hiobsbotschaften über verseuchte Luft und gefährliche Milch zum Anlaß genommen, kurzfristig Urlaub zu machen: in Florida, in der Karibik oder in Asien.

Wie direkt und brutal das Ausbleiben *der Amerikaner in Europa durchschlägt*, wird am Beispiel des größten deutschen Incoming-Veranstalters Ingo Schneuing deutlich. Das Unternehmen, das eine eigene Charterkette für US-Touristen mit 15 000 Buchungen einrichten konnte, meldete Konkurs an. Nach dem libyschen Bombenterror und dem anschließenden US-Einsatz haben laut Schneuing etwa 75 Prozent der für 1986 und 1987 gebuchten Gruppen storniert. Die Katastrophe von Tschernobyl hatte zur Folge, daß auch noch das verbliebene Viertel absagte.



Der Krater des Taco ist seit vierzehn Tagen ein See. Eine Kunststoffschicht made in Germany machte es möglich FOTO: DIE WELT

Auf Teneriffa sollen tote Krater Leben spenden

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Kanarischen Inseln sind eigentlich nichts anderes als in den Atlantik verstoßene „Wüstenkinder" der Sahara. Wenn es im Winter regnet, dann nur deshalb, weil die vulkanischen Inseln von hohen Kratern gekrönt sind, an denen sich die feuchten Luftmassen des Atlantiks kondensieren und niederschlagen. Die beiden niedrigsten Inseln, Fuerteventura und Lanzarote, bekommen denn auch am wenigsten Regen ab.

Chronischer Wassermangel ist das Hauptproblem der Kanaren, denn es gibt keine Flüsse, die gestaut werden können. Die Wassermengen, die in Höhlen und unterirdischen Galerien, während der Regenzeit gespeichert werden, reichen nicht aus, um den steigenden Bedarf durch den Tourismus zu decken. Schließlich kam man auf die Idee, die seit Urzeiten toten Krater zu nutzen. Das Problem war nur: Wie läßt sich verhindern, daß das Wasser im Berg versickert? Die Firma Hoechst hatte den rettenden Einfall mit einer Art Plastikbett aus Trevira-Fasern.

Die für einen Stausee bestens geeigneten Kraterwände werden mit einer genau berechneten Trevira-Schicht ausgekleistert, die Wassersäulen bis zu 15 Meter aushält. Im Laufe der Jahrzehnte wird sich zwischen die Plastikschicht und das Stauwasser ein eigener, natürlicher Seegrund aus Staub und Algen bilden, der für einen zusätzlichen Schutz des künstlichen Bodens sorgen wird. 822 000 Kubikmeter faßt der Stausee des Taco auf Teneriffa, der vor 14 Tagen seiner Bestimmung übergeben wurde. Das Wasser wurde hochgepumpt.

Die 200 000 Einwohner der Insel beziehen für ihre 116 Quadratkilometer landwirtschaftlich nutzbare Fläche – etwa ein Fünftel der Gesamtfläche der Insel – jährlich 115 Milliarden Liter Wasser aus den 806 Galerien und Höhlen sowie 270 Brunnen und kleineren Staubecken mit einer Gesamtmenge von zwei Milliarden Litern Wasser. 12 Milliarden Liter fließen jedes Jahr in den Atlantik, weil sie nicht gestaut werden können.

*Nach der im Vergleich zu her*kömmlichen, mit Zement ausgebauten Stauseen erheblich billigeren Plastik-Methode sollen in den kommenden Jahren insgesamt 18 derartige Stauseen allein auf Teneriffa gebaut werden. Nun hoffen auch die anderen sechs „glücklichen Inseln" darauf, daß sie von dieser auf Teneriffa mit Erfolg erprobten Methode profitieren. Die sogenannte Wasser-Mafia, diejenigen also, die an dem raren und darum teuren Naß bislang gut verdienten, haben bereits Widerstand angekündigt. (SAD)

WETTER: Vereinzelt Schauer

Lage: Nach kurzer Wetterberuhigung greifen am Abend von Nordwesten her atlantische Tiefausläufer auf Deutschland über, die erneut sehr kühle Meeresluft heranführen.

Vorhersage für Dienstag: Veränderlich bewölkt, und nur vereinzelt Schauer, vornehmlich im Südosten Deutschlands. Am Nachmittag im Westen Bewölkungsverdichtung und am Abend hier aufkommender Regen. Temperaturen um 18, an der Küste und in den Mittelgebirgen um 14 Grad, nachts 10 bis 7 Grad.

Weitere Aussichten: Im Nordwesten Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern, im übrigen Deutschland Durchzug eines Regengebietes, sehr kühl.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.09 Uhr*, Untergang: 21.32 Uhr; **Mondaufgang:** 3.33 Uhr, Untergang: 18.35 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 3. Juni, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik 5 · Haparanda 7 · Stockholm 10 · Hamburg 10 · Berlin 10 · London 8 · Frankfurt 9 · Wien 9 · München 8 · Paris 10 · Dubrovnik 12 · Nizza 13 · Rom 15 · Madrid 13 · Lissabon 17 · Malaga 17 · Palma 12 · Tunis 17 · 990 · 1000 · 1010 · 1020 · 1030

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	14	bw
Bielefeld	16	bw
Braunlage	9	bw
Bremen	17	bw
Dortmund	16	bw
Dresden	15	bd
Düsseldorf	17	bw
Erfurt	10	R
Essen	15	bw
Feldberg/S.	5	R
Flensburg	18	bw
Frankfurt/M.	14	bw
Freiburg	14	bd
Garmisch	9	R
Greifswald	16	bw
Hamburg	15	bw
Hannover	15	bw
Kahler Asten	8	bw
Kassel	12	bw
Kempten	8	R
Kiel	16	bd
Koblenz	16	bw
Köln-Bonn	15	bw
Konstanz	11	R
Leipzig	14	bd
List/Sylt	15	he
Lübeck	14	bw
Mannheim	16	bd
München	10	bd
Münster	15	he
Norderney	16	wl
Nürnberg	15	he
Oberstdorf	7	R
Passau	15	he
Saarbrücken	13	bd
Stuttgart	13	bd
Trier	14	bw
Zugspitze	-4	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	23	he
Amsterdam	16	he
Athen	24	bw
Barcelona	21	he
Belgrad	19	he
Bordeaux	20	he
Bozen	16	bd
Brüssel	15	he
Budapest	17	he
Bukarest	21	he
Casablanca	24	he
Dublin	17	bw
Dubrovnik	19	he
Edinburgh	17	he
Faro	21	he
Florenz	23	he
Genf	14	bw
Helsinki	14	bd
Hongkong	32	bw
Innsbruck	11	Rs
Istanbul	29	he
Kairo	32	he
Klagenfurt	16	bw
Konstanza	23	he
Kopenhagen	17	bw
Korfu	25	he
Las Palmas	21	bw
Leningrad	20	bd
Lissabon	25	wl
Locarno	20	bw
London	17	bd
Los Angeles	–	–
Luxemburg	14	bw
Madrid	20	he
Mailand	20	he
Malaga	23	he
Mallorca	24	he
Moskau	23	he
Neapel	22	he
New York	–	–
Nizza	20	he
Oslo	16	he
Ostende	13	bd
Palermo	24	he
Paris	18	bw
Peking	37	he
Prag	14	bw
Rhodos	28	he
Rom	20	he
Salzburg	12	R
Singapur	–	–
Split	21	he
Stockholm	21	he
Straßburg	14	bd
Tel Aviv	28	wl
Tokio	24	bw
Tunis	26	bw
Valencia	22	he
Varna	26	bw
Venedig	18	bw
Warschau	10	bw
Wien	16	he
Zürich	11	R

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Wieder wohlauf

Auf dem Wege der Besserung ist Prinzessin **Margaret** (55), die an schweren Halsschmerzen erkrankte. Das teilte ihr Sprecher Major **John Griffin** mit. Sie hatte am Freitag in Berlin ihre Teilnahme an der Geburtstagsparade zu Ehren von Königin **Elizabeth** absagen müssen. Heute wird Margaret bereits wieder Termine wahrnehmen können.

Ja-Wort im Helikopter

Der Tradition gemäß erschien die die Braut in Weiß, der Bräutigam im Smoking. Der Ort der Trauung jedoch war ungewöhnlich: 500 Meter über dem New Yorker Hafenbecken kreiste der Hubschrauber, in dem sich **Wladimir Dobrecevic** und **Jenifer Berry** das Ja-Wort gaben, und zwar genau in dem Moment, als sich der Hubschrauber der Freiheitsstatue näherte. Die beiden arbeiten für die Fluglinie „New York Helicopter".

Noch keine Entwarnung

Bonn will die Auswertung der Käse-Proben abwarten

VERA ZYLKA, Bonn

In der Bundesrepublik ist zwar bisher kein mit Bakterien infizierter Käse gefunden worden, doch die Warnung vor dem Genuß der Sorten „Bonbel" und „Gracile" der Firma Fromagerie Bel (Paris) bleibt bestehen. Das teilte das Bundesgesundheitsministerium gestern der WELT mit. In der Bundesrepublik seien bis jetzt keine Krankheitsfälle bekannt geworden. Nach Angaben des Ministeriums erkrankt nicht jede Person, die infizierten Käse ißt. Dennoch wolle man abwarten, bis alle Käseproben mit derselben Kontrollnummer, die in Österreich unter Verdacht geraten ist, untersucht sind. Erst dann werde Entwarnung gegeben. Diese Vorsicht sei notwendig, da die Herstellerfirma mitgeteilt habe, es seien größere Mengen der beiden Sorten nach Deutschland importiert worden.

Am Sonntag hatte das Bonner Ministerium vorsorglich vor dem Verzehr von „Bonbel" und „Gracile" gewarnt, nachdem in Österreich in drei Proben Bakterienbefall festgestellt und die Sorten aus dem Verkehr gezogen worden waren. In der Bundesrepublik konnten die zuständigen Landesbehörden in den am Sonntag sichergestellten Proben keine Bakterien feststellen.

Der französische Käsehersteller Fromagerie Bel hat inzwischen das Auftreten des Bakteriums Listeria monocytogenes in den beiden Käsesorten als „Einzelfall, der stark übertrieben wird", bezeichnet. Das Pariser Unternehmen hatte am Sonntag aus Österreich von dem Vorwurf erfahren und noch am selben Tag Spezialisten nach Wien geschickt, um mit den Verantwortlichen die Vorwürfe zu klären. Bei den beiden betroffenen Sorten handele es sich ausschließlich um für den Export bestimmten Käse, der besonderen Lebensmittelkontrollen unterworfen werde.

Pommes frites und Süßigkeiten nicht verbieten

SAD, London

Eine moderne Form der Unterernährung hat der Professor für Biochemie an der englischen Universität Surrey, Vincent Marks, festgestellt. Kinder von Eltern, die „jeden Unsinn über die richtige Ernährung" mitmachen, zeigen besonders häufig Wachstumshemmungen. Der Experte: „Kinder brauchen Zucker und Fette für ein normales Wachstum." Man solle Kindern nicht die Freude an Süßigkeiten und am Schnellimbiß nehmen, sagte Marks.

Nach Auffassung von Professor Marks gibt es keine „ungesunden" Nahrungsmittel – abgesehen von möglichen allergischen Reaktionen seien alle von der Natur produzierten Nahrungsmittel sicher und gesund, solange man sie in Maßen genieße. Wichtig an der Ernährung sei lediglich die Ausgewogenheit.

England steht bei deutschen Wettern hoch im Kurs

CLAUS GEISSMAR, London

Wetten, daß Deutschland die Fußball-WM gewinnt und Steffi Graf Wimbledon-Siegerin wird? Leider kann man diese Wette in Deutschland ja nur am Biertisch abschließen (und dann nicht einmal einklagen, falls man gewonnen hat, weil das Bürgerliche Gesetzbuch so wettfeindlich ist). Aber glücklicherweise gibt es ja die wettverrückten Engländer. Das macht es endlich möglich, auch auf Schumacher und Co. oder Graf und Becker mal eine Mark zu setzen. Und man braucht nicht einmal nach London zu fahren.

Wie man die großzügigen britischen Wettgesetze auf ganz Europa ausdehnen kann, hat schon vor zehn Jahren der Schwede Peter Andersson entdeckt. Andersson gründete in London das Buchmacherbüro „SSP Overseas Betting Limited". Der Name der Firma sagte sofort, was der Schwede von Anfang an vorhatte: von London aus Wetten (betting) nur im Ausland (overseas) abzuschließen. Andersson weckte zunächst die Wettleidenschaft seiner eigenen Landsleute und entdeckte dann die deutsche Fußball-Bundesliga. Inzwischen hat er 15 000 Kunden aus der Bundesrepublik, die regelmäßig bei ihm Wetten abschließen. Das System ist einfach. Dem Kunden wird für eine individuelle Wette eine „Quote" (wie bei den Engländern) angeboten. Beispiel: Für einen Sieg des HSV gegen Bayern München wird „7" angeboten. Der Kunde, der wetten will, daß der HSV tatsächlich gewinnt, kann einen beliebig hohen Einsatz wagen. Der Einsatz wird mit der „Quote" multipliziert. Wer zehn Mark setzt und den HSV siegen sieht, kassiert 70 Mark. Bei einem Unentschieden oder einem Sieg der Bayern kassiert der Schwede. Britanniens Schatzkanzler Nigel Lawson holt sich von den Gewinnen zehn Prozent für sein Steuersäckel.

Einmal pro Woche schickt das Londoner Wettbüro allen Auslandskunden Briefe, in denen Wetten angeboten werden. Zur Zeit blüht das Geschäft mit der WM in Mexiko. Man kann sogar darauf wetten, wer Torschützenkönig wird. Wer an einen Endspielsieg der Brasilianer glaubt, kann mit einer „Quote" von 4,5 abschließen. Bei einem Sieg der Deutschen läßt sich das 7,5fache gewinnen. Falls die Fußballzwerge Irak oder Kanada Weltmeister werden, könnte man das zwei- und dreitausendfache verdienen. Kunden aus Deutschland legen Bargeld (nur Scheine) oder Verrechnungsschecks (alles in Mark) in ihre Antwortbriefe. Für jeden Kunden wird sofort ein Wettkonto eröffnet, so daß er später auch telefonisch wetten kann. Der gerissene Schwede hat für den Telefondienst sogar deutsche Mitarbeiter eingestellt, so daß ein Anruf aus Deutschland gleich in deutscher Sprache beantwortet wird.

14 Millionen Mark Jahresumsatz macht Peter Andersson inzwischen mit diesem Wettsystem. Insgesamt 17 Angestellte arbeiten in seinem Büro im Londoner Stadtteil Tottenham. Am besten bezahlt sind die Mitarbeiter, die als Fußball-, Tennis- oder Olympiaspezialisten die Quoten festlegen. Typisch für die sonst immer vorsichtige Kalkulation des Schweden: Wimbledon-Wetten werden erst angeboten, wenn die französischen Meisterschaften abgeschlossen sind und sich die sportliche Form der Tennisstars besser beurteilen läßt. (SAD)

In London können Deutsche wetten, ob Rudi Völler bei der Fußballweltmeisterschaft in Mexiko Torschützenkönig wird wie 1970 Gerd Müller mit seinen zehn Toren. FOTO: AP

Sechs Nonnen starben bei Brand im Kloster

AP/rtr, Dublin

Bei einem Brand in einem Konvent im Zentrum von Dublin kamen gestern früh sechs Nonnen im Alter zwischen 60 und 84 Jahren ums Leben. Das im Nachbargebäude ausgebrochene Feuer zerstörte ein zur Loreto-Tagesschule für Mädchen gehörendes viergeschossiges Gebäude, in dessen oberstem Stockwerk neun Nonnen schliefen. Drei der Frauen konnten sich in Sicherheit bringen. Zwölf weitere Nonnen, die in angrenzenden Gebäuden schliefen, flüchteten ebenfalls; das Feuer griff jedoch nicht auf ihren Schlafsaal über. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Noch keine Spur

dpa, Rotterdam

Trotz zahlreicher Hinweise aus der Bevölkerung und der in ganz Holland auf Hochtouren laufenden Fahndung fehlte gestern von der am Freitag in Rotterdam entführten 28jährigen Bankiersfrau noch jede Spur. Die Polizei vermutet, daß die Entführer Italiener sind (WELT vom 2. Juni).

Haftung trotz Warnung

dpa, Frankfurt

Ein Hundehalter haftet auch dann für Folgen eines Hundebisses, wenn er an seinem Grundstück ein Warnschild mit der Aufschrift „Vorsicht – bissiger Hund" angebracht hat. Das entschied das Frankfurter Oberlandesgericht in einem am Freitag veröffentlichten Urteil. (Az.: 21 U 49/83)

Tödliche Verwechslung

dpa, Bad Hersfeld/Alheim

Bei einem ersten Fahrversuch mit dem Wagen ihres Mannes raste eine 23jährige Frau aus Alheim-Heinbach (Kreis Hersfeld-Rotenburg) in einen Kiesteich und ertrank vor den Augen des Mannes. Dem 25jährigen Mann gelang es zwar, seine Frau aus dem Auto zu befreien. Die Nichtschwimmerin hatte sich jedoch so fest an ihn geklammert, daß er sie – um nicht selbst unterzugehen – kurz losließ. Anschließend konnte er sie nicht mehr retten. Er muß sich jetzt wegen fahrlässiger Tötung verantworten.

Patenschaft für Hunde

dpa, Düsseldorf

Mit der Aktion „Ein Herz für Wauzi" will der Deutsche Tierschutzbund auf die 25 000 herrenlosen Hunde in Tierheimen aufmerksam machen. Neben dem „Wauzi"-Stoffhund, der im Spielwarenhandel zu kaufen ist, kann der Tierliebhaber für zehn Mark eine Patenschaft für einen der Hunde in den 260 Tierasylen übernehmen. Die 60 Mark Pflegekosten täglich für einen Hund belasteten den Etat der Tierheime stark, sagte der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes, Wolfgang Apel.

Keine neuen Benzin-Bons

dpa, München

Italienreisende erhalten zur Zeit noch keine neuen Benzin-Gutscheine. Sie wurden trotz Zusagen der italienischen Regierung nicht rechtzeitig zum 1. Juni fertig. Die alten Benzin-Bons gelten nach Auskunft des ADAC nur noch bis zum 30. Juni.

ZU GUTER LETZT

„Füttern Sie bitte nicht die Fische, denn unsachgemäße Fütterung kann zu Ihrem Tode führen" – Schild am Japanischen Garten in Bonn auf dem Gelände der Bundesgartenschau.